



Sprengung der Nord-Stream-Pipeline doch nicht russisch: Mögliche Motive der Biden-Administration

SEITE 3

Wieder Antisemitische Hass-Demos in Berlin: Die Polizei schreitet weiterhin nicht hinreichend ein

SEITE 11



Exilmuseum: Dem geschichtlichen Exil eine Heimat geben

SEITE 29



KOLUMNE DES HERAUSGEBERS DR. R. KORENZECHER



Liebe Leserinnen und liebe Leser, zwei Ereignisse aus dem Ende der ersten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts dominieren das zeitgeschichtliche Geschehen des Monats Mai.

Es ist die vor 75 Jahren erfolgte Neugründung des jüdischen Staates Israel auf allerdings nur einem Teil des uralten jüdischen Gebiets des Königreichs Judäa, dem Land der berühmten jüdischen Könige Salomon, Shaul und David aber auch dem Land des jüdischen Religionsstifters der christlichen Glaubenslehre Jesus von Nazareth.

Und es ist der für die Gestalt des heutigen Deutschland, Europa und weiter Teile der übrigen Welt bestimmende totale Niederlage des deutschen Nazireichs und damit das Ende des Zweiten Weltkriegs in Europa.

Vor 78 Jahren am 9. Mai 1945 um 00.16 Uhr – und damit 75 Minuten später als in der Urkunde notiert – wurde der Zweite Weltkrieg in Europa beendet und die bedingungslose Kapitulation Deutschlands durch den bis zum bitteren Ende seiner späteren Hinrichtung arroganten und gegenüber jeder eigenen Schuld uneinsichtigen Kriegsverbrecher und Nazi-Feldmarschall Wilhelm Keitel in Berlin-Karlshorst unterzeichnet.

„Wir Endesunterzeichneten, die wir im Namen des deutschen Oberkommandos handeln, erklären die bedingungslose Kapitulation aller unserer Streitkräfte zu Lande, zu Wasser und in der Luft sowie aller übrigen Streitkräfte, die zur Zeit unter deutschem Befehl stehen vor dem Oberkommando der Roten Armee und gleichzeitig vor dem Oberkommando der alliierten Expeditionstreitkräfte.“

Mit diesen Worten der Kapitulationsurkunde endete in Europa endlich mit über 70 Millionen Toten der Zweite Weltkrieg. Besonders für die allzu wenigen noch überlebenden Juden Europas endete nach über 6 Millionen durch die

► Fortsetzung auf Seite 2



Genauere Erscheinungstermine unter <https://juedischerundschau.de/service/erscheinungsplan.html>

Österreich 4,90 €; Italien 4,70 €; Schweiz 6,20 CHF; Luxemburg 4,90 €; Belgien 5,00 €; Niederlande 5,90 €;



Am Israel Chai!



Von Simone Schermann

Es war der 14. Mai 1948 als David Ben-Gurion, mit der Verlesung der israelischen Unabhängigkeitserklärung, die Gründung des Staates Israel proklamierte.

Über ihm thronte Theodor Herzl, das Porträt des Mannes, der die Idee des jüdischen Staates auf die politische Weltbühne brachte, sie aber trotz ihrer Notwendigkeit auf den Minimalkonsens der „jüdischen Heimstätte“ reduzieren musste, ihr dennoch mit der jüdischen Nationalbewegung des politischen Zionismus, der Herztkammer des „Judenstaates“, Leben eingehaucht hatte. 1897, auf dem ersten Zionistenkongress in Basel, schuf er die theoretische Begründung für den historischen und biblischen Anspruch des jüdischen Volkes auf sein Land.

Herzl war jener Jude, der neben der Forderung nach einem jüdischen Staat und dem Recht auf Selbstbestimmung, jüdisches Selbstbewusstsein propagierte. Würdevoll und ernst blickte Theodor Herzl auf die rund 400 Gäste im Tel Aviver Kunstmuseum, auf ein im Ansehen gestiegenes Volk, das rund 50 Jahre später nicht nur die Erfüllung eines kollektiven Traumes verwirklichte. „Im Tirzu“ - Wenn ihr es wollt!

Ein eigener Staat als Heimstatt und sichere Zuflucht für alle Juden, die irgendwo auf der Welt verfolgt werden, dieses Muss hatte der Wiener Jude, österreichisch-ungarische Publizist und Bühnenautor, zuvor mit seiner Broschüre „Der Judenstaat. Versuch einer modernen Lösung der Judenfrage“ 1896 beschrieben - auf dem Höhepunkt

der antisemitischen Dreyfuß-Affäre in Frankreich.

Die Realisierung vollendete ein kleiner untersetzter Mann, mit der unverkennbaren wuschelig-weißen Haarpracht, der gebürtig aus dem russischen Zarenreich stammte und im Geiste des zionistischen Bewusstseins aufgewachsen war. David Josef Grün aus Plonsk.

Das Ende des Osmanischen Reiches, Theodor Herzls Staatsschrift 1896, der erste Zionistenkongress 1897, die Balfour-Erklärung von 1917, der Zweite Weltkrieg, die Shoa und der UN-Teilungsplan der Vereinten Nationen von 1947, waren dramatische historische Ereignisse und der Staat Israel erschien als gebotene Konsequenz.

Ben Gurion wusste, dass die arabischen Nachbarn die Ausrufung des Staates Israel als Provokation auffassen würden. Seit bereits sechs Monaten herrschte Bürgerkrieg zwischen den aufgetzten, arabischen Milizen und den Verteidigungskräften der jüdischen Einwanderer, den Überlebenden des Holocaust und Juden, die rechtzeitig aus Europa geflüchtet waren.

Die Araber antworten mit Krieg

Um 00.01 Uhr, eine Minute nach Ende des Mandats, meldete Ägypten Palästina militärisch besetzen zu wollen und die erste Nacht des Staates Israel fand in Verdunkelung statt.

Israels Staatsgründung begann mit Israels Unabhängigkeitskrieg, als die Briten den Jeshuv der Arabischen Liga auslieferten, die mit der geballten militärischen Macht von Süden, Osten und Norden ins Land eindrang.

„Was für ein schöner Tag, dieser 14. Mai, da die ganze Welt den Atem an-

hält, darauf wartet, dass sieben arabische Armeen nach Palästina einmarschieren, um es vom Zionismus und vom Westen zu erlösen“, sprach ein Jordanischer Offizier beim Überqueren der Allenbybrücke.

Am Morgen des Shabbat bombardierten ägyptische Kampfflugzeuge Tel Aviv, während die Arabische Legion (die halb britische Armee des Königreichs Transjordanien), irakische Truppen und bewaffnete muslimische Freiwilligenverbände aus mehreren Staaten, von den Engländern eingeladen worden waren, Schlüsselpositionen im ganzen Land zu besetzen, noch vor dem offiziellen Ablauf des britischen Mandats.

König Abdullah, Londons Protegé, sah sich bereits als König von Jerusalem und die Geschützatterien der Arabischen Legion standen unter dem Kommando britischer Offiziere. Ägyptische Flugzeuge warfen Brandbomben über Jerusalem ab, während transjordanische und ägyptische Geschütze die israelische Zivilbevölkerung unter Beschuss nahmen. Die Allianz aus sechs arabischen Nachbarländern, Ägypten, Transjordanien, Syrien, Libanon, Irak und Saudi-Arabien griffen an, um den jüdischen Staat zu beseitigen. Schnell war klar, dass ihr Schlachtplan keineswegs den militärischen Fähigkeiten und den politischen Absichten der einzelnen Regierungen entsprachen. Die unterlegene Hagana, die sich nach der Unabhängigkeitserklärung „Zahal“ - Verteidigungstreitkräfte Israel - nannte, erwies sich als einfallsreicher, schlagkräftiger und mobiler. Schwächen und Stärken waren also völlig unterschiedlich verteilt.

► Fortsetzung auf Seite 2

◀◀ Fortsetzung von Seite 1

75 Jahre Israel – Eine Heimstätte für alle Juden

Am 14. Mai 1948 rief David Ben-Gurion die Staatsgründung des jüdischen Staates aus – Israel war wiedergeboren. Nach zwei Jahrtausenden der Vertreibung, Verfolgung und der Pogrome durfte das jüdische Volk endlich wieder seine Heimstätte in Eretz Israel errichten. Auf die von der UNO legitimierte Staatsgründung antworteten die damals militärisch weit überlegenen arabischen Nachbarländer mit einem Vernichtungskrieg. Doch die auf sich allein gestellten jüdischen Frauen und Männer verteidigten ihren jungen Staat trotz erheblicher Menschenopfer und Landverluste mit dem Mut der Verzweiflung und bauten Israel in der Folge zu einem erfolgreichen und modernen Staat auf. Heute ist Israel eine starke Nation sowie die einzige Demokratie im Nahen Osten und ein Leuchtturm für Freiheit, wirtschaftliche Prosperität und Innovation. (JR)

Das arabische Lager verfügte über reguläre Armeen, den Juden vor allem an schweren Waffen weit überlegen. Was diese Überlegenheit im militärischen Bereich stark neutralisierte, waren differierende politische Interessen. Der Jeshuv bildete eine entschlossene, gut organisierte, hochmotivierte Gemeinschaft, deren politische und militärische Führung alle Kräfte mobilisierte. Abba Kowner, der von einer ganzen Nation geliebte Dichter und Partisanen-Kämpfer, linkszionistischer Kommandant bei Hashomer Hazair, gehörte zu den berühmtesten Figuren jüdischen Widerstandes in Osteuropa. Nach 1945 brachte er als Zionist hunderttausende DP's nach Palästina. 1947 wurde er Soldat der berühmten Givati-Brigade, die um Leben und Tod im Unabhängigkeitskrieg kämpfte.

Ein Krieg zur „Vernichtung“

Die offen formulierten Genozid-Androhungen der arabischen Führer beflügelten die Motivation der jüdischen Kämpfer, von denen nicht wenige gerade erst der NS-Vernichtungsmaschinerie entkommen waren. Ihnen war bewusst, dass eine Niederlage drei Jahre nach der Befreiung von Auschwitz die Auslöschung des Jeshuvs bedeutet hätte.

Achmet Shukeiry, ein Gehilfe des Mufti el-Husseini und Vorgänger Jassir Arafats als Führer der PLO, nannte als Ziel der arabischen Invasion „die Vernichtung des

jüdischen Staates“. Der Generalsekretär der Arabischen Liga, Abdel Rahman Az-zam, verkündete seinem Gesprächspartner von der Jewish Agency: „Dies wird ein Krieg der Vernichtung sein und ein enormes Massaker, von dem man noch ähnlich sprechen wird wie von den Massakern der Mongolen.“

In der Verlesung der Unabhängigkeitserklärung bezog sich Ben Gurion auf den Beschluss der Vereinten Nationen: „Gleich allen anderen Völkern, ist es das Recht des jüdischen Volkes, seine Geschichte unter eigener Hoheit selbst zu bestimmen“. Sie garantierte allen Bürgern ohne Unterschied von Religion, Rasse und Geschlecht die Gleichberechtigung, Glaubensfreiheit, Freiheit der Sprache, Kultur und Erziehung und sah den Schutz aller Heiligen Stätten vor. „Wir reichen allen unserer Nachbarstaaten und ihren Völkern die Hand zum Frieden“, so Ben Gurion.

Bemüht um einen Ausgleich, sah der Teilungsplan eine jüdischen und einen arabischen Staat vor, ebenso eine internationale Zone um Jerusalem – alles wurde von arabischer Seite kategorisch abgelehnt. Der zionistische Gedanke besagte: „Im Lande Israel entstand das jüdische Volk. Hier prägte sich sein geistiges, religiöses und politisches Wesen. Hier lebte es frei und unabhängig, hier schuf es eine nationale und universelle Kultur und schenkte der Welt das Ewige Buch der Bücher. Durch Gewalt vertrieben, blieb

das jüdische Volk auch in der Verbannung seiner Heimat in Treue verbunden.“

Unsichtbare Ghettomauern

Theodor Herzl war der Jude, der mit seiner jüdischen Nationalbewegung eine Befreiungsbewegung für das jüdische Volk begründet hatte, als Vorläufer der Staatsidee. Die Tatsache, dass Juden die Shtetl verließen, ihre jüdische Tracht ablegten, ihre jüdischen Namen, Traditionen, bis hin zu ihrer Religion, also ihre gesamte jüdische Identität aufgegeben hatten, hatte rein gar nichts gebracht. Assimilation und Emanzipation waren eine Farce und vollständig gescheitert. Herzl beschrieb dieses Dasein des Selbstbetrugs im antisemitischen Europa in dem Drama „Das Neue Ghetto“. Der politische Zionismus war seine Vorstellung einer jüdischen Exit-Bewegung für ein Volk, dass sich noch immer hinter unsichtbaren Ghettomauern befand, aus denen es sich selbst befreien musste, durch die Wiedergewinnung jüdischen Stolzes, der Selbstbestimmung und der Unabhängigkeit.

Exakt das braucht Deutschland für die verbliebenen Juden, jene lebendige Stolperstein-Fraktion und ewigen jüdischen Gedenk-Zwangsarbeiter, die wahlweise noch Antisemitismus-Abwehr-Arbeit leisten müssen. Wir müssen aufhören jüdische Münder zu sein. Wir müssen damit aufhören Zwangsarbeiter der Regierenden zu sein. Wir müssen Nein sagen.

Wenn Deutsche toten Juden gedenken, dann leisten sie Gedenkarbeit, die sie auch „gewertschätzt“ haben wollen, sonst werden sie ungehalten und nicht selten sogar böse. „Arbeit macht frei“ war das bitterböse Motto an den Eingängen der Todeslager, der Vorfahren von heute Gedenken. Gedenken macht die Nachfahren frei, es lockert die Zungen von Gedenk-Antisemiten, sodass der Juden Hass dieser Hamas- und BDS-Versteher leichter über ihre Lippen kommt. Sie bekommen glänzende Augen bei Synagogen, die vor 80 Jahren entweiht und geschändet wurden. Okkupiert und dauermissbraucht von links-deutschen Vereinen, die sich heute anmaßen, darin „die jüdische Kultur zu pflegen“. Dafür benutzen sie jüdische Zeitzeugen, die in diesen Gedenkkathedralen als ewige Zwangsarbeiter deutschen Gedenkens arbeiten.

Ihnen wurden die Synagogen weggenommen, das Gedenken entrissen und es fand eine Aneignung jüdischer Kultur unfassbaren Ausmaßes statt. Wer Erinnerungsarbeit macht, in den zu-Endearisierten Synagogen, der benötigt auch Menschen, die er für sich arbeiten lässt und so macht die Gedenkarbeit die Juden unfrei. In Israel kümmern sich die Israelis um sich selbst, in Deutschland werden die Juden gekümmert. Darum ist Israel der exakte Gegenentwurf zur deutschen Gedenkkultur.

►► Fortsetzung auf Seite 22

◀◀ Fortsetzung von Seite 1

KOLUMNE DES HERAUSGEBERS DR. R. KORENZECHER

Nazis ermordeten jüdischen Kindern, Frauen und Männern das unsägliche, unbeschreibbare Martyrium der Shoah und das schrecklichste Kapitel jüdischer Geschichte.

Die Wiedergeburt des jüdischen Staates

„State of Israel is born“, so titelte freudig drei Jahre später die „Palestine Post“ (heute „Jerusalem Post“) im Mai 1948, als der dem Königreich Judäa vor über 2.000 Jahren von den römischen Besatzern aufgezwungene Name Palästina noch kein Etikettenschwindel für eine frei erfundene Identität arabischer Usurpatoren war, sondern das bezeichnete, was es wirklich ist und für immer sein wird – die historische Heimat des jüdischen Volkes.

Erst in der Neuzeit konnten die Juden mit der Gründung des Staates Israel am 14. Mai des Jahres 1948, die sich in diesem Jahr zum 75. Mal jähren wird, besonders nach den unaussprechlichen Gräueln der von Nazi-Deutschland vor den Augen einer nahezu untätigen Welt verübten Shoah mit 6 Millionen Morden an unschuldigen und wehrlosen jüdischen Kindern, Frauen und Männern ein weiteres Mal ein Wunder erfahren, das den Ereignissen von Purim vor über 2.500 Jahren keinesfalls nachsteht und das wir nicht zuletzt bei allen dort durch Stalin und die Kommunisten begangenen Verbrechen vor allem auch der Sowjetunion verdanken.

Sehr zum Missfallen aller Feinde des jüdischen Volkes und aller seiner islamischen sowie besonders aller seiner

grünen und linken Delegitimierer: Israel, das sind 75 Jahre einer konsistenten Erfolgsgeschichte eines demokratischen und prosperierenden Staates zum Wohle aller seiner Menschen gleich welchen Ursprungs. Selbst Muslime sehen, wenn sie frei sprechen können, Israel heute in der Führungsrolle im Kampf gegen die Tyrannei des Islam und den Dschihad.

Ungeachtet des unendlichen Leids und der grausamen Schicksalsschläge, die das jüdische Volk nach der ethnischen Säuberung und Vertreibung durch die Römer in den zwei Jahrtausenden der Diaspora, besonders aber in den schrecklichen 12 Jahren des deutschen Nazireichs im letzten Jahrhundert ertragen musste, konnten weder die jüdische Identität noch die Zugehörigkeit der Juden zu dem jüdischen Stammland Judäa, Samaria und Galiläa zerstört werden.

Im Gegensatz zu der römischen Umbenennung Jerusalems in Aelia Capitolina, die heute kaum noch jemand kennt oder mit der jüdischen Hauptstadt Jerusalem in Verbindung bringt, blieb die römische Namensgebung Palästina – trotz diverser Fremd-Besatzungen – auch nach arabischer Usance als Synonym für die jüdische Identität erhalten und galt noch bis in die 80er Jahre des letzten Jahrhunderts als unwidersprochene historische Bezeichnung für das Land der Juden.

Auf die von der UNO legitimierte Staatsgründung antworteten die damals militärisch weit überlegenen arabischen Nachbarländer mit einem Vernichtungskrieg. Doch die auf sich allein gestellten jüdischen Frauen und Männer verteidig-

ten ihren jungen Staat trotz erheblicher Menschen- und Landverluste mit dem Mut der Verzweiflung und bauten Israel in der Folge zu einem erfolgreichen und modernen Staat auf. Heute ist Israel eine starke Nation sowie die einzige Demokratie im Nahen Osten und ein Leuchtturm für Freiheit, wirtschaftliche Prosperität und Innovation.

Genau das werden ungeachtet aller Feinde die Menschen in Israel und die Juden in aller Welt in aller Freude am 14. Mai feiern. Israel lebt bei aller politischer Verunglimpfung – als Heimat für alle Juden in der Welt – vitaler und erfolgreicher denn je. Dazu gratuliert aus ganzem Herzen auch die Jüdische Rundschau und ihr Herausgeber.

Am Israel Chai!!!

Leider konnte der zweifelsfrei belegte und vielfach ausgewiesene historisch legitimierte Anspruch auf sein jahrtausendealtes Staatsgebiet und seine ungeteilte Hauptstadt Jerusalem nicht verhindern, dass Islamambiederung und Delegitimierung des jüdischen Staates heute wieder die deutsche und westeuropäische Politik bestimmen. Verursacht ist dies vor allem durch die von Anstand und Vernunft verlassene grün und links dominierte hiesige Politik und zum Teil leider auch durch die heutige von der Biden-Administration und den Democrats fehlgeleitete Politik der USA. Dies geschieht vielfach in trauer Verbundenheit mit islamischen Unrechtsstaaten und in gemeinsam praktizierter Leugnung des geschichtlichen Anrechts des jüdischen Volkes auf sein Stammland

in Judäa, Samaria und Galiläa, ganz besonders aber auf seine ungeteilte uralte Hauptstadt Jerusalem.

Und weil es in dieses alles andere als friedvollen, von Vergeltungs- und Gegenoffensive-Plänen beherrschte Jahr 2023 so gut passt, hier gleich noch eine Notiz.

Anlässlich des 77. Jubiläums des Weltkriegsendes kam der ukrainische Botschafter in Deutschland Andrij Melnyk mit seiner Gattin zum Sowjetischen Ehrenmal im Berliner Tiergarten.

Für alle, die es nicht mehr wissen – Herr Melnyk, das war derjenige, der seinen diplomatischen Posten als Botschafter in Berlin dazu missbraucht hat, jenseits jeder diplomatischen Politesse reihum die wichtigsten gewählten politischen Vertreter seines Gastlandes wie etwa den Bundespräsidenten, den Kanzler u.a.m. – zu desavouieren und die Regierung eines der größten Hilfeleister für die Ukraine fast täglich zu beschimpfen.

Seiner Ansicht nach tun sie immer noch nicht genug für die Ukraine und jedenfalls zum Teil und wenn man mal von dem neuentdeckten pathetischen Kriegseifer der grünen Bevormundungs-Gagas und den Blackrock-Merz angeführten Schwarzen absieht, mit zugegeben schwächelnden Widerstand immer noch nicht bereit sind, sich ausgerechnet von und für die Ukraine in einen globalen Krieg mit Atomschlags-Potential hineinziehen zu lassen.

Um allen an dieser Stelle üblicherweise geäußerten Verdächtigungen zuvor zu

►► Fortsetzung auf Seite 8

Sprengung der Nord-Stream-Pipeline doch nicht russisch: Mögliche Motive der Biden-Administration

Die Jüdische Rundschau hat seit der Sprengung der Pipeline, unter großer Anfeindung vor allem von grüner aber auch von anderer Seite, dargelegt, dass ganz nach dem kriminalistischen Grundsatz „cui bono“ allen anderen voran Amerikaner und Ukrainer großes Interesse an der Unterbrechung der russischen Gas-Lieferung hatten. Nun werden Stimmen laut, wonach die Biden-Administration damit die Europäer wohl in einen langen Krieg mit Russland zwingen wollte und Deutschland als Wirtschaftskonkurrent das billige Gas und damit einen Teil seiner wirtschaftlichen Basis verlieren soll. Das sind nur zwei der veröffentlichten dunkelsten Verdachtsmomente seitens des anerkannten investigativen amerikanischen Journalisten Seymour Hersh über die Hintergründe der Sprengung der Nord-Stream-Pipeline. (JR)

Von Matthias Nikolaidis

Auch drei Monate nach seiner ersten Veröffentlichung zum Thema Nord-Stream-Sprengung kann Seymour Hersh, der Pulitzerpreisträger und langjährige Investigativjournalist mit exzellenten Kontakten in verschiedene Nachrichtendienste (auch die deutschen), ein größeres Publikum fesseln. Und das erstaunt viel weniger als das scheinbare Desinteresse der staatlichen Untersucher, vor allem in Deutschland. Dem Nicht-Sprechen über das Geschehene aus offiziellem Mund steht eine ungebrochene Neugier auf Seiten des breiteren Publikums gegenüber. Der schwedische Ermittler in Sachen Nord Stream, Mats Ljungqvist, hat aktuell konstatiert, dass er mit großer Sicherheit von einem „staatlichen Akteur“ hinter dem Anschlag ausgeht.

In seinem jüngsten Interview, das Hersh mit TE führte, gibt es zwei Wendepunkte, die das Geschehen erklären können und von denen der zweite um einiges raffinierter ist als der schon länger bekannte erste. Hershs Worte fallen dabei in eine Lage, in der die Unterstützung für einen lange anhaltenden Krieg in der Ukraine bröckeln könnte. Und genau dies thematisiert er als frühe Befürchtung der US-Regierung unter Joseph Biden.

Die Sprengung der Nord-Stream-Pipelines war ursprünglich wohl als eine Drohung an Russland entworfen worden für den Fall, dass das Land die Grenze zur Ukraine mit Waffengewalt überschreiten würde. Hersh beschreibt diesen Teil seines Arguments mit den Worten, „ein Lockmittel oder eine Drohung“ (an enticement or a threat) sollte die Sprengung für Russland sein, damit es den Waffengang in der Ukraine vermied. Egal, ob diese Annahme einer Wirksamkeit auf die russische Führung realistisch war oder nicht, die Idee der Pipeline-Sprengung war damit anscheinend fest in die Köpfe von Biden-Regierung und CIA gepflanzt. Dieser erste Wendepunkt in der US-Außenpolitik war schon um Weihnachten 2021 herum überschritten worden, um am 7. Februar festen Ausdruck in Joe Bidens öffentlichen Worten in einer Pressekonferenz mit Olaf Scholz zu finden.

Doch unmittelbar nach Beginn des Krieges sollte Biden zögern, die von ihm quasi angekündigte Strafsanktion durchzuführen und seinen Worten Taten folgen zu lassen. Aber warum entschied er sich dann ein halbes Jahr später dazu, als Russland entschieden schien, die Ukraine in einen langen Krieg zu verwickeln, und außerdem keinen direkten Schaden durch den Pipelineverlust erleiden würde? An die Europäer lieferte Moskau damals ohnehin kein Gas mehr, während es den Ölhandel vor allem mit Indien und China ausgebaut hatte.

Die Frage war also: Warum sollte die CIA Ende September 2022 einen Anschlag auf dieses russisch-deutsche Jointventure verüben? Die Antwort dreht sich nicht so sehr um Russland, sondern um

Deutschlands Platz im westlichen Bündnis. Die beiden Nord-Stream-Projekte



Die Berichterstattung über die Sprengung der Nord-Stream Pipeline ist sehr kontrovers.

waren in Washington schon seit langem als wirtschaftliches Konkurrenzprojekt, ja als neue Bedrohung der Westbindung Deutschlands ausgemacht worden. Hersh beschreibt den Handel mit den energiereichen Bodenschätzen Erdgas und Erdöl zwischen dem liefernden Russland und dem zahlenden Europa als beständigen Dorn im Auge der USA, und das schon seit den Zeiten John F. Kennedys. Washington habe das „schon immer als Instrumentalisierung“ (weaponization) aufgefasst: „Aus amerikanischer Sicht benutzten die Russen das Gas, um die Unterstützung zur Nato und für die USA zu reduzieren. Wir sahen es als Waffe.“

Betrieb Biden die Stockholmisierung der Europäer?

Und diese Waffe sollte nun nicht nur Russland endgültig aus der Hand genommen werden. Im gleichen Zuge sollte auch den Westeuropäern, vor allem den Deutschen, klar gemacht werden, dass sie auf absehbare Zeit ohne den exklusiven Zugang zu russischem Gas zu bleiben hätten. Es war eine Politik der Peitsche für die Verbündeten, und, wenn Hersh recht hat, eine Art Stockholmisierung der Europäer, die als enge Verbündete auf ihren Platz verwiesen wurden – den eines willfähigen Opfers der US-Energie- und Interessensphärenpolitik.

Auch hier erwies sich die Pipeline-Attacke also als ein Lock- oder Drohmittel der besonderen Art. Und Hersh bemüht sich, diese Entscheidung verständlich zu machen: „Indem Biden die Pipelines sprengen ließ, sagte er zu den Europäern: Mir fehlt eure Unterstützung. Ich habe Befürchtungen, dass ihr wanken könntet, wenn es auf ein Patt mit Russland hinauslaufen sollte. Es war seine Art zu sagen: Ich brauche mehr Geld von den Nato-Partnern, vielleicht sogar Truppen, speziell von Deutschland.“ Talking to you softly, könnte man dazu sagen. Durch die Sprengung des Infrastruktur-Großprojekts, die zu drei Vierteln gelang – eine der vorher vier Pipelines wären wohl noch heute einsatzbereit –, hätte

Präsident Biden die Nato-Verbündeten in Haft für einen Krieg genommen, der

laut Hersh auch in den USA immer kritischer gesehen wird. Und logisch scheint: Damit geht auch die Bereitschaft die Amerikaner zurück, für die Waffen der Ukrainer und vieles andere zu bezahlen, das das Land in dieser Situation braucht.

Staats- und Regierungschefs als unglückliche Figuren

Doch nicht nur die Problematik von Wirtschaftsbeziehungen zu Russland wurde durch den Anschlag in Erinnerung gebracht, sondern auch die Krise selbst, die der Krieg für Europa darstellte. Die Sprengung war ein Stück psychologischer Kriegsführung der Amerikaner, die so die Front gegen Russland letztlich zu stabilisieren hofften. Außerdem war ihrem langfristigen Interesse gedient, Westeuropa von Russlands Gas zu entzerren. Darüber hinaus könnte vor allem Hersh Urteil zu den Regierenden in Berlin, Washington und Moskau noch eine größere Rolle spielen, soweit es sich als fundiert erweist. Und dafür spricht einiges.

Dass Olaf Scholz eine unglückliche Figur in der ganzen Affäre macht, ist klar. Es war seine Partei, die sich Nord Stream von Gerhard Schröder angefangen bis hin zu einer amtierenden Ministerpräsidentin, Manuela Schwesig, auf die Fahnen geschrieben hatte. Und nun wurde die SPD quasi vom „größten Fisch“ im Nato-Teich auf eine Art zurückgepiffen, die alles andere als schmeichelhaft ist. Scholz musste zweimal in Washington antanzen, um zunächst die Order Bidens entgegenzunehmen – was Hersh selbst zwar nicht behaupten will, was aber für jeden guten Psychologen offenkundig sein dürfte –, dann nochmals, um eine Cover-up-Story zu vereinbaren, die gleichzeitig an die deutsche Wochenschrift Die Zeit und die New York Times gestreut wurde.

Eine private Yacht mit kleiner Crew sollte die Sprengung vorgenommen haben, ohne dass Polen oder die Ukraine als Staaten darin verwickelt wären. Hersh kann sich nicht genug über dieses „Geisterschiff“ amüsieren: Sogar

ihre illegalen Pässe hätte das private Sonderkommando aus Ukrainern und Polen neben einigen Gramm TNT auf dem Boot hinterlassen. Und natürlich sind die professionellen Taucher, ohne die er das Unternehmen nicht für realisierbar hält, ein Kernelement von Hershs Story. Hier ist auch die Beteiligung Norwegens laut Hersh von großer Wichtigkeit, weil die Amerikaner keine intensive Ortskenntnis von der Ostsee besessen hätten und in dieser Hinsicht zumindest auf norwegische Einweisung angewiesen waren. Nebenbei hat Hersh im Gespräch mit TE aber einen Teil des norwegischen Anteils an der Operation in Klammern gesetzt: Eventuell gehörte die P8-Maschine nicht zur norwegischen Marine, sondern war ein US-Flugzeug, das aber in Norwegen stationiert gewesen wäre.

Bloßgestellt sind aus Hershs Sicht vor allem Biden und die US-Regierung, die durch die Attacke den Zusammenhalt im westlichen Bündnis riskiert hätten, ganz abgesehen davon, dass sie die deutschen Bürger ihres Wohlstands und eines günstigen Wärme- und Energielieferanten beraubten. „Dumm und verrückt“ (stupid and crazy) sei diese ganze Politik, so Hersh.

Und dann ist da noch Putin, den Hersh zwar eher als Scholz, als klugen Politiker beschreibt, welcher aber einem „phantasmagorischen Traum von Russland“ anhängt, der ihn den ersten größeren Krieg in Europa seit 70 Jahren auslösen ließ. Es kommt niemand ungeschoren davon in diesem kritischen Investigativjournalismus Hershs, der sich natürlich strikt auf vertraulich zu behandelnde, anonym bleibende Quellen beruft.

Die längerfristige Transformation der europäischen Wirtschaft

Seymour Hersh ist sich sicher, dass Biden noch starken Gegenwind ernten wird für das, was er – laut Hershs anonymen Quelle – im letzten September vor Bornholm in Auftrag gab. Man kann hier natürlich eine Linie zu Scholz und anderen ziehen, deren Namen Hersh an der Stelle nicht im selben Maße nennt. Die Sprengung der Nord-Stream-Pipelines ist gerade dabei, Europa und seine Wirtschaftslandschaft neu zu formen. Vom einstigen Überfluss an Gas ist nichts mehr geblieben. Energieintensive Industrien und solche, die Gas als Rohstoff benötigen, werden in einen Ruin auf Raten gezwungen. Und dann ist da noch die Frage nach dem kommenden Winter, in dem Privatleute ihre Gasthermen anwerfen wollen und auf der Suche nach einem bezahlbaren Heizstoff sind.

Dieser Artikel erschien zuerst bei Tichys Einblick.

Biden-Regierung drängt Araber in die Arme des Iran

Viele Araber und Muslime begrüßen die Annäherung und die neuerliche Vereinbarung zwischen den traditionell verfeindenden Kontrahenten Saudi-Arabien und Iran über die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen als einen erheblichen Schlag gegen die USA und Israel. Besonders die sogenannten „Palästinenser“ goutieren diese Entwicklung, in der Hoffnung, dass das Abkommen Saudi-Arabien und andere arabische Länder davon abhalten wird, den Abraham-Abkommen beizutreten. Diese beinhalten sehr zum Missfallen der „Palästinenser“ eine Reihe von Verträgen zur Normalisierung der diplomatischen Beziehungen einiger arabischer Länder zum jüdischen Staat. Die Gegenvereinbarung zwischen Saudi-Arabien und dem Iran offenbart die Schwäche der Biden-Administration und stärkt die vom Iran angeführte Achse des Bösen gegen Israel. (JR)

Von Khaled Abu Toameh

Nach Ansicht dieser Araber und Muslime ist der saudi-iranische Pakt das direkte Ergebnis der Feindseligkeit der Biden-Administration gegenüber den traditionellen arabischen Verbündeten der USA, insbesondere Saudi-Arabien, und der amerikanischen Beschwichtigungspolitik gegenüber den Mullahs im Iran.

Der im Libanon geborene amerikanische Gelehrte Walid Phares schrieb, dass er in den vergangenen zwei Jahren davor gewarnt habe, dass die Beziehungen der Biden-Administration zu den arabischen Verbündeten „weder auf dem erforderlichen Niveau noch mit der notwendigen Tiefe“ stattfänden. Laut Phares ist die Obama-Regierung „in ihrer Partnerschaft mit dem Iran und den Muslimbrüdern zu weit gegangen, während sie den arabischen Ländern den Rücken gekehrt hat, um Partnerschaften mit Islamisten in der Region zu schließen“.

Phares wies darauf hin, dass diese Politik der Obama-Regierung zur ersten Vertrauenskrise zwischen Washington und den arabischen Ländern geführt habe. Die Trump-Administration hingegen, so Phares, habe „ein beispielloses Bündnis mit den Arabern geschlossen, um den Iran zu isolieren und den Islamischen Staat (IS) zu besiegen“.

„Die arabisch-amerikanische Allianz dauerte vier Jahre, und Saudi-Arabien und seine Partner verpflichteten sich an allen Fronten zu einer gemeinsamen Agenda, beginnend mit dem Kampf gegen die [vom Iran unterstützten] Houthis [im Jemen] und der Unterstützung derjenigen, die sich dem Iran entgegenstellten, sowie der Entwurzelung von Al-Qaida und ISIS und, was am wichtigsten ist, der Delegitimierung des radikalen Islam... Die Fluktuation in der US-Außenpolitik nach dem Ende der Trump-Administration und dem Amtsantritt von Präsident Joe Biden brachte die Saudis und mit ihnen alle Araber jedoch in eine schwierige Lage. Die Araber setzten ihr Engagement für die mit der Trump-Regierung vereinbarte Politik fort, aber die Regierung seines Nachfolgers wandte sich dagegen. Im Jahr 2021 befand sich die arabische Koalition auf dem Weg zu einem Krieg mit dem Iran, während die Regierung Biden Frieden mit Teheran schließen wollte!“

China fungiert als Strippenzieher

Laut Phares hat die Biden-Regierung die Politik der Obama-Regierung fortgesetzt, indem sie die arabische Koalition und die Sorgen der arabischen Länder über die expansionistischen und terroristischen Gefahren der Radikalen im Nahen Osten ignoriert hat. Die Araber hätten auch gesehen, wie die Biden-Administration Afghanistan den Taliban überlassen habe, „und waren schockiert, als sie sahen, wie der Westen sich an den Verhandlungstisch mit den



Der iranische Außenminister Hossein Amir-Abdollahian (R) mit dem saudischen Außenminister Prinz Faisal bin Farhan (L)

Iranern drängte, während er die arabischen Länder und ihre nationalen Interessen ignorierte.“

Viele Araber lobten in den sozialen Medien das von China vermittelte saudi-iranische Abkommen und bezeichneten es als große Niederlage für die Politik der Regierung Biden und als Sieg für China. „China kommt mit Macht und hat Amerika politisch besiegt“, hieß es in einem Kommentar des saudischen politischen Aktivisten Saeed Al-Mryti.

„China hat die volle arabische Anerkennung gegen die amerikanische Politik durchgesetzt. Heute ist China siegreich, indem es das historische Abkommen zwischen Saudi-Arabien und dem Iran unterstützt, während die USA einen neuen Präsidenten haben, der die von seinem Vorgänger getroffenen Vereinbarungen zunichtemacht und sogar während seines Wahlkampfes und seiner Präsidentschaft damit prahlt.“

Ein anderer Araber, Ahmed Al-Fifi, schrieb auf Twitter:

„Zwei seit fast 70 Jahren nicht mehr dagewesene Erdbeben haben Washington heimgesucht, und ihr Zentrum liegt in Riad! Das erste ereignete sich 1986, als Saudi-Arabien strategische Langstreckenraketen von China kaufte. Das zweite ereignete sich, als Saudi-Arabien unter chinesischer Schirmherrschaft seine Beziehungen zum Iran wiederherstellte.“

Der bekannte irakische Autor Iyad Al-Dalimi schrieb, dass die Saudis mit der Wahl Chinas als Sponsor des Abkommens darauf abzielten, die Regierung Biden in eine peinliche Situation zu bringen. Das saudi-iranische Abkommen, so Al-Dalimi, sei die Antwort auf Bidens

Ignoranz gegenüber Saudi-Arabien und die Teilnahmslosigkeit, die diese Beziehung seit seinem Amtsantritt vor mehr als zwei Jahren belastet habe.

Der libanesische Politologe Jubran Al-Khoury kommentierte das saudi-iranische Abkommen mit den Worten: „Egal, wie sehr Analysten versuchen, die Situation für die US-Politik zu beschönigen, was Saudi-Arabien heute getan hat, ist ein direkter und erfolgreicher Schlag gegen die Regierung Biden und ihre Politik im Nahen Osten“.

Al-Khoury wies darauf hin, dass die Regierung Biden versucht habe, aus dem Nahen Osten zu „fliehen“, um China in seiner Heimat im Fernen Osten zu konfrontieren.

Gefahr für Abraham-Abkommen

Die „Palästinenser“, die einen Frieden zwischen Israel und den arabischen Ländern ablehnen, betrachten das saudi-iranische Abkommen ebenfalls als einen schweren Schlag sowohl für die USA als auch für Israel. Die „Palästinenser“ sind optimistisch, dass das Abkommen Saudi-Arabien und andere arabische Länder davon abhalten wird, den Abraham-Abkommen beizutreten, die eine Reihe von Verträgen zur Normalisierung der diplomatischen Beziehungen zwischen Israel, den Vereinigten Arabischen Emiraten, Bahrain, Kosovo, Sudan und Marokko beinhalten.

Indem sie Saudi-Arabien den Rücken gekehrt hat, hat die Biden-Administration die Araber, die den Frieden mit Israel ablehnen, gestärkt und jede Chance auf eine Ausweitung des Abraham-Abkommens auf weitere arabische Länder zunichte gemacht.

So heißt es in einem Leitartikel der „palästinensischen“ Zeitung Al-Quds:

„Das saudi-iranische Abkommen ist nicht nur ein schwerer Schlag für Israel, sondern auch für Amerika und viele europäische Länder, die eine Blockade gegen den Iran verhängen und Unruhen im Land schüren... Ebenso wird das Abkommen ein Vorspiel für den Ausstieg der arabischen Welt aus der amerikanischen Kontrolle und Hegemonie sein und die internationale Tendenz gegen Amerika unterstützen, um dessen Vorherrschaft in der Welt durch Unipolarität zu beenden. Dieses Abkommen wird die arabische und islamische [Welt] vereinen; es wird auch die israelischen Hoffnungen beenden, Saudi-Arabien dazu zu bringen, dem Abraham-Abkommen beizutreten.“

Es ist daher nicht verwunderlich, dass der Iran und seine Terror-Vertreter – die Hamas, der „Palästinensische“ Islamische Dschihad und die Hisbollah – ihre tiefe Zufriedenheit über das saudi-iranische Abkommen zum Ausdruck bringen. In ihren Augen ist das Abkommen ein Zeichen für die wachsende Schwäche der USA und die gescheiterte Politik der Biden-Regierung im Nahen Osten. Dank der Schwäche der US-Regierung ist die vom Iran angeführte Achse des Bösen erheblich gestärkt worden, da Amerikas frühere arabische Verbündete den Mullahs in Teheran in die offenen Arme laufen.

Khaled Abu Toameh ist ein preisgekrönter Journalist mit Sitz in Jerusalem. Auf Englisch zuerst erschienen bei Gatestone Institute. Übersetzung Audiatur-Online.

Türkische Siedlungspolitik auf Zypern: Kein Aufschrei der Weltöffentlichkeit

Seit 1974 ist der Nordteil Zyperns gewaltsam und illegitim von der Türkei besetzt. In der sogenannten „Türkischen Republik Nordzypern“ regiert eine politische Marionette Ankaras von Erdogans Gnaden. Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan treibt die Islamisierung Nordzyperns im Stechschritt voran, so dass sogar Muslime, wenn sie einigermaßen gemäßigt sind, eine regelrechte Kolonialisierung der Insel und eine aggressive Siedlungspolitik durch staatstreue und streng gläubige türkische Nationalisten beklagen. Zwar hat der UN-Sicherheitsrat die Türkei für ihr Vorgehen mehrfach verurteilt, doch im Vergleich zum „Dauerfeuer“ gegen Israel ist dies eine eher magere Geste. Obwohl Judäa und Samaria historisch und juristisch zum israelischen Kernland gehören, nutzen die arabischen Staaten jede Gelegenheit, um in der UNO Resolutionen gegen Israel durchzusetzen, allzu oft auch mit der Unterstützung Deutschlands. Die Türkei dagegen erfreut sich nahezu vollständiger Zurückhaltung in der Völkerfamilie, wenn es um die Verurteilung ihrer imperialistischen Eroberungspolitik geht. Die ungerügte Nato-Mitgliedschaft ist angesichts der Angriffe und Provokationen gegenüber Griechenland, sowie der fortgesetzten Okkupation des nördlichen Teil Zyperns ein politischer Skandal und macht die Heuchelei und den doppelten Standard in der UN, in der EU und in der NATO nur noch deutlicher. (JR)

Von Mirjam Lübke

Das Wort „Siedlungspolitik“ lässt die meisten Deutschen erst einmal an Israel denken, an das sogenannte „Westjordanland“, also die Region Judäa und Samaria. Unsere Medien berichten gern mit erhobenem Zeigefinger von den dortigen Konflikten, und mancher, der sein negatives Bild von Israel schon festbetont im Kopf trägt, wird gar zum „Hobbyvölkerrechtler“, der genau zu wissen meint, welches Unrecht dort geschähe. „No Jews, no news!“ könnte man denken, wenn man hingegen betrachtet, wie wenig die türkische Siedlungspolitik auf Zypern beachtet wird. Die Regierung Erdogan treibt diese im Nordteil der Insel massiv voran – nicht immer mit der Zustimmung der dortigen türkischen Bevölkerung. Denn für diese war Zypern bisher eine säkulare Oase mit moderner, europäisch geprägter Lebensweise. Diese jedoch ist dem an der Reislamisierung der Türkei gelegenen Recep Tayyip Erdogan ein Dorn im Auge.

Nach einem Militärputsch im griechischen Teil der Insel ist der Norden seit 1974 von der türkischen Armee besetzt. Es folgte die Ausrufung der „Türkischen Republik Nordzypern“ im Jahr 1983. Diese wird allerdings bisher nur von der Türkei als Staat anerkannt. Als Zypern 2004 der EU beitrug, blieb der Nordteil davon unberührt, das EU-Recht ist dort bis zur Statusklärung der Insel ausgesetzt. Erdogan fordert hartnäckig eine „Zweistaatenlösung“, das läuft aber den Beschlüssen der UN zuwider. Frühere türkische Regierungen betrachteten Nordzypern tatsächlich wie einen eigenen, befreundeten Staat mit eigener Verwaltung, aber auch das hat sich in den letzten Jahren geändert. Die türkischen Zyprioten fühlen sich mehr und mehr wie die Bewohner einer türkischen Kolonie. Vor allem junge Menschen wandern aus, wenn sie die Möglichkeit dazu haben. Ein Auslandsstudium ist eine gute Gelegenheit dazu.

Islamisierung Nordzyperns

Die Oppositionspolitikerin Dogus Derya sprach auch mit deutschen Journalisten über die Veränderungen in ihrer Heimat. Der Weggang der jungen Zyprioten lässt sie um die Zukunft ihres Teils der Insel fürchten, er ist auch eine Folge der Politik in Ankara. Denn die Veränderungen sind kaum zu übersehen: Wie immer das auch mit Erdogans religiösem Anspruch zu vereinbaren ist, macht sich das Rotlichtmilieu im Norden der Insel breit. Der ungeklärte rechtliche Status lässt Interpol keine Chance, den aufblühenden Menschenhandel mit jungen Frauen zu verfolgen. Offiziell werden diese Frauen als Studentinnen angemeldet, müssen aber tatsächlich als Prostituierte arbeiten. Das geschieht nicht auf Erdogans Initiative hin, aber sein Unwillen, mit der UN in Verhandlungen zu treten, verzögert auch



Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan treibt die Islamisierung Nordzyperns im Stechschritt voran.

eine effektive Zusammenarbeit mit internationalen Behörden. Auf der anderen Seite will der türkische Präsident der Insel einen religiösen Stempel aufdrücken und finanzierte den Bau einer prächtigen Moschee, die weithin sichtbar die Landschaft dominiert. Angenommen wird das religiöse „Geschenk“ von den meisten türkischen Zyprioten nicht. Zwar sind sie auf dem Papier Muslime, aber nicht besonders religiös.

Nicht zufällig erinnert das an Erdogans Vorgehen in Deutschland. Denken wir nur an die Kölner Zentralmoschee, die zwar von der Stadt maßgeblich finanziert und als Zentrum der religiösen Begegnung gefeiert wurde. Bei ihrer Einweihung im September 2018 durch den türkischen Präsidenten waren Vertreter der Stadt nicht willkommen, trotz Verbots erschienen tausende Anhänger Erdogans mit türkischen Fahnen in Köln-Ehrenfeld um Erdogan öffentlich zu feiern. Damit sandten sie auch ein deutliches Signal an ihre eher weltlich orientierten Landsleute, die etwa die Hälfte der türkischen Gemeinschaft in Deutschland ausmachen: Auch wenn es bei der Demonstration nach Polizeiberichten keine Zwischenfälle gab, glich sie einer „Reviermarkierung“. Kritiker des Moscheebaus hatten gerade solche Dominanzgesten befürchtet. Der Enthüllungsauteur Günther Walraff schlug deshalb schon 2007 als Geste der Versöhnung vor, als Bekenntnis zum Grundgesetz Salman Rushdies „Satanische Verse“ in den Räumen der Moschee zu lesen. Die türkische Religionsbehörde Diyanet lehnte das rundheraus ab und Walraff erhielt anonyme Drohungen.

Zypern als Satellitenstaat der Türkei

Erdogan zeigt offenbar auch im Ausland

lebenden Türken gern, wem sie seiner Ansicht nach Loyalität schulden. In Deutschland geht es dabei um die Stimmen der nationalistisch eingestellten Wähler mit Doppelpass – mit dem Versuch, in Nordzypern einen türkischen Satellitenstaat zu etablieren, könnte er planen, einen Fuß in die Tür zur EU zu stellen. Bekanntlich hat die Türkei mehrfach um eine Aufnahme ersucht, stieß aber weitgehend auf Ablehnung.

Der türkische Präsident spielt dabei aber auch mit dem Feuer der internationalen Politik. Um die zerstrittenen Teile der Insel auseinanderzuhalten, richtete die UNO eine neutrale Pufferzone ein – nördlich davon liegt die „Geisterstadt“ Varosha, die von der türkischen Armee zur militärischen Sperrzone erklärt wurde. Damals mussten 40.000 Bewohner der Stadt Famagusta, deren Ortsteil Varosha ist, ihre Heimat verlassen und wurden in den Südtteil der Insel umgesiedelt. Um Varosha blieb es jahrzehntelang still, bis Erdogan bei einem Besuch auf Zypern 2021 erklärte, den einst beliebten und wohlhabenden Küstenort wieder zur Besiedlung freigeben zu wollen. Er und der Präsident Nordzyperns, Ersin Tatar, ließen einen Teil des Strandes sofort wieder eröffnen, es sei schließlich bekannt, wem die Stadt Famagusta gehöre. Das Leben dort solle wieder aufblühen, den ehemaligen Bewohnern wurde sogar angeboten, in ihre Häuser zurückzukehren. Was wie ein großzügiges Angebot klingt, würde in Wirklichkeit den Status Quo zementieren: Faktisch würden die Rückkehrer zu Bürgern Nordzyperns und Famagusta als Teil der nicht anerkannten Republik etabliert.

Erdogan setzte sich damit auch die Pläne der UN hinweg, Zypern als Einheit zu bewahren und eine Lösung zu finden,

die sowohl griechische als auch türkische Zyprioten an einen Tisch bringen würde. Das Empfinden der Bewohner des Nordteils ist also durchaus berechtigt: Anstatt sich eine relative Unabhängigkeit zu bewahren und mit dem griechischen Südtteil in Frieden zu leben, schürt Erdogan mit seinen Provokationen die Feindseligkeiten zwischen den Landesteilen. Ersin Tatar scheint nicht einmal zu bemerken, dass er damit auch einen Teil seiner Unabhängigkeit aufgibt, wenn er faktisch vom Präsidenten zum Verwalter von Erdogans Gnaden degradiert wird. Die geschaffenen Fakten dienen letztlich nur dem Machtanspruch des türkischen Präsidenten.

Zweierlei Maß der UN in Judäa und Samaria

Zwar legte die UN Protest gegen Erdogans Vorgehen ein, aber um noch einmal zum Vergleich mit der israelischen Politik zu kommen, fiel dieser sehr milde aus. Zudem gehören Judäa und Samaria zum israelischen Kernland, zu einem Gebiet, das dem jüdischen Staat bereits von den Vereinten Nationen zugesprochen worden war. Im von den arabischen Staaten provozierten Sechstagekrieg von 1967 eroberte Israel das sogenannte „Westjordanland“ also lediglich von Jordanien zurück. Seitdem steht der jüdische Staat sowohl wörtlich als auch tatsächlich unter Dauerfeuer – die arabischen Staaten nutzen jede Gelegenheit, um in der UN Resolutionen gegen Israel durchzusetzen. Leider auch mit der Unterstützung Deutschlands, dessen politische Vertreter sich zwar als „Beschützer“ Israels öffentlich präsentieren, aber aus wirtschaftlichen und politischen Interessen nur zu oft dem Druck der UN nachgeben. Es ist die übliche Doppelmoral: Obwohl im Falle Erdogans die Provokation weitaus eindeutiger ist, er der UN jegliche Kooperation verweigert und seine Machtansprüche offen auslebt, erhebt sich kein nennenswerter Protest.

An der mangelnden Größe Zyperns kann es nicht liegen, denn auch Israel ist ein kleines Land etwa von der Größe Hessens. Aber offenbar ist an der Weisheit „No Jews, no news!“ etwas dran. Während Israel unter moralischer Dauerüberwachung steht und beständig an der Wahrung selbst legitimer Interessen behindert wird, erhält Recep Tayyip Erdogan für seine Machtpolitik von der UN lediglich einen Klaps auf die Hand. Den deutschen Medien ist sein Verhalten kaum eine Zeile wert – dabei könnte man sein Vorgehen auch als Warnsignal für unser eigenes Land werten. Die Ereignisse von Köln haben gezeigt, dass der türkische Präsident auch hier nicht davor zurückschreckt, seinen Einfluss auszuweiten. Und das auch auf Kosten der hier lebenden, integrationswilligen Türken. Es hat den Anschein, als würde es bereits jetzt keiner mehr wagen, dem etwas entgegenzusetzen.

Problemfall Tunesien: Vom sicheren Drittstaat zum Pfeiler der Instabilität?

Nach der Türkei, Marokko und vor allem Libyen ist nun auch Tunesien ins Visier der Schlepper geraten. Die aktuelle Migrantenzelle, die auf die Küsten Italiens trifft, wird vor allem auf Boote aus Tunesien zurückgeführt. Italien war in den ersten drei Monaten des Jahres mit einer Steigerung der Anlandungen von über 300 Prozent konfrontiert und ist aus diesem Grund gezwungen, erstmals in diesem Zusammenhang einen Notstand zu verhängen. (JR)

Von Matthias Nikolaidis

Das neue Haupttransitland Tunesien wird nach der Türkei und Marokko zum neuen Prüfstein der noch immer wabernden EU-Migrationspolitik. Während den Grünen aus innenpolitischen Gründen die Menschenrechtssituation wichtig ist, wollen SPD und FDP künftig „Nicht-Fachkräfte“ aus dem Land importieren.

Nach der Türkei, Marokko und zuletzt vor allem Libyen gerät nun Tunesien ins Visier der Schlepper zu beiden Seiten der südlichen Mittelmeerküste. Die aktuelle Migrantenzelle, die auf die Küsten Italiens trifft, wird vor allem auf Boote aus Tunesien zurückgeführt. Eine Steigerung von 305 Prozent sah Italien in den ersten drei Monaten des Jahres und verhängt erstmals aus diesem Grund einen Notstand. Der tunesische Präsident Kais Saied hat seinerseits die Belagerung seines Landes durch „Horden illegaler Einwanderer“ aus dem Süden beklagt. Doch was tut Saied dagegen?

Wohl ist dem Präsidenten der destabilisierende Einfluss aufgefallen, den die teils auf den Straßen campierenden Migranten auf die tunesische Gesellschaft ausüben. Die Kriminalität sei durch die Schwarzafrikaner angestiegen, was die Afrikanische Union sogleich als „rassistische Hassrede“ zurückwies – anscheinend aus Prinzip, weil nicht sein kann, was nicht sein darf.

Auf der anderen Seite gibt Saied den Migrationsdruck an die Europäische Union weiter. Ähnlich wie Erdogan regiert er ein Land ohne funktionierende Grenzen. Dem Druck von Süden entsprechen die „kleinen Boote“, die sich zu den nördlichen Inseln Lampedusa und Sizilien aufmachen. Dabei könnte freilich jede Regierung dem Treiben ein Ende setzen, soweit sie gewillt ist. Der Eindruck muss erst noch zerstreut werden, dass Saied diese Zustände nicht willentlich eskalieren lässt, um von der EU – ähnlich wie vor ihm Erdogan oder der marokkanische König – Geld- und andere Tributleistungen einzufordern.

Die EU kooperiert schon heute mit Tunesien, in welcher ineffizienter Weise auch immer. Doch viele wollen, dass das schnellstmöglich aufhört: vor allem jene dubiosen „NGOs“ und „Menschenrechtsgruppen“, die allerdings nicht das beste Interesse der Menschen in Saieds Republik im Auge haben. Im Gegenteil: Von einem destabilisierten Tunesien profitieren zuallererst die Organisatoren der „Flucht“ übers Mittelmeer. Sie behaupten, dass auf der anderen Seite des Meeres das Unrechtsgebiet, eine No-Go-Area für „Flüchtlinge“ beginnt. Aber nicht einmal den illegalen Migranten ist gedient durch diese Ermutigung zum Besteigen windschiefer Schaluppen: So werden Drogensüchtige mit dem potentiell „goldenen Schuss“ versorgt. Das haben Migrationspolitiker aus Dänemark, Großbritannien und anderen Ländern verstanden. Nur in Deutschland



Ben Stensall / AFP

Solange Europa seine Asylpolitik nicht verschärft, werden Schlepper mit Menschenleben spielen.

scheint dieser verantwortungsethische Gedanke für die Politik tabu zu sein.

Die Welt ist nie europäisch genug

Natürlich passen Nachrichten von verhafteten tunesischen Oppositionellen da gut ins Bild und werden eifrig aufgegriffen – auch von der Außenministerin, die sich als gute Turnerin immer noch von Thema zu Thema „hangelt“, immer mit der „innenpolitischen Symbolkraft“ der Einzelfälle im Blick. Das gelte übrigens auch für Wirtschaftsklimaminister Habeck, Zitat aus einem China-Papier des Seeheimer Kreises der SPD laut Bericht der FAZ.

Tatsächlich wurde der Vorsitzende der „gemäßigt islamistischen“ Partei Ennahda gemäß dem Beschluss eines tunesischen Richters festgenommen. Unklar ist, was ihm vorgeworfen wird. Er gilt als Kritiker des „populistischen“, weitgehend per Dekret regierenden Präsidenten Saied. Ein ähnliches Schauspiel ereignete sich freilich erst im Dezember in der Türkei, wo der Istanbuler Bürgermeister Ekrem Imamoglu wegen Beleidigung von Offiziellen zu mehr als zweieinhalb Jahren Haft verurteilt wurde. Er hatte diejenigen, die seine Wiederwahl zunächst annulliert hatten, als „Dummköpfe“ bezeichnet. Trotzdem besagen solche vielleicht politischen und dann sicher kritikwürdigen Verfahren noch nicht, dass es sich um reine Willkürstaaten handelt. Als Saied letztes Jahr sein Badesdemokratie-Projekt abstimmen ließ

und gewann, vermisste die Süddeutsche Zeitung ein Verfassungsgericht in dem nordafrikanischen Land, das solche Reformen zurückweisen könne.

Dagegen wird den Europäern einmal mehr eine Mitschuld an den Toten an den EU-Außengrenzen gegeben, was beinahe einer klassischen Täter-Opfer-Umkehr entspricht: Schlepper und illegal Einreisende bringen sich und andere in Gefahr, und die Angegriffenen, die EU-Staaten mit dem Schengenraum, sollen es richten. So soll die EU die finanzielle und technische Unterstützung für die tunesische Küstenwache einstellen, was der Gipfel der Unvernunft wäre und offenbar nur einem Ziel dient: Das nordafrikanische Land soll weiter destabilisiert werden, damit die Migrantenströme noch leichter fließen. „Sichere Routen für alle“, so ist die Anspruchshaltung der Pro-Migrations-, eigentlich Pro-Asyl-Organisationen gültig umrissen. Doch für wen eigentlich? Für Vertreter des radikalen, politischen Islams wie den Ennahda-Vorsitzenden?

Was Fragilität, Demokratie und Freiheit angeht, bewegt sich Tunesien, wie nicht anders zu erwarten, auf den mittleren Rängen in der Welt. Die Ausdehnung der westlichen Freiheitsrechte auf die gesamte Welt ist noch nicht vollständig gelungen. Das beklagen grüne Traumtänzer und leiten daraus die Pflicht ab, keinen Menschen in solch prekärer Lage zu hinterlassen. Mehr noch, soll auch die Zusammen-

arbeit mit den „Pfeilern der Stabilität“ (die EU erst neulich über Marokko) eingestellt werden. Doch das hatte man schon einmal erlebt, als seit dem Winter 2010 in einer rätselhaften Kettenreaktion mehrere arabische Staaten vom Maghreb bis nach Syrien von Protesten heimgesucht wurden. Im Anschluss daran stieg die Zahl der „Flüchtlinge“, Ausländer, Migranten in Deutschland stark an und erreichte den ersten Gipfelgrat in den Jahren 2015 und 2016. Auf veröffentlichten Kurven ist der Anstieg freilich ungebremst.

Weber: Wiederauflage des Merkel-Deals nun mit Tunesien?

Der EU-Abgeordnete Manfred Weber (CSU) hat nun mit einiger Verve gefordert, den Schlepperbanden in Tunesien und anderswo das Handwerk zu legen. Weber ist zugleich EVP-Vorsitzender und fordert einen Migrationspakt mit Tunesien nach dem Vorbild der gemeinsamen Erklärung von 2016 mit der Türkei. Diese vom österreichischen Migrationsforscher Gerald Knaus erdachte und von Angela Merkel ins Werk gesetzte Abmachung besagt, dass die Türkei illegal eingereiste Migranten von Griechenland zurücknehmen soll. Dem Reglement zufolge durfte Ankara aber für jeden zurückgeführten Migranten einen Syrer (nennen wir sie einfach einmal so) in die Schengenzone exportieren, auch wenn diese Regel seit geraumer Zeit nicht mehr praktiziert wird, eigentlich nie praktikabel

war. Der griechische Grenzschutz hat diese misslungene Regelung so gut ersetzt, wie es ging.

Aber noch immer berichten Migranten auf der Balkanroute, dass sie über Griechenland nach Serbien gelangten, zum Beispiel im aktuellen ntv-Auslandsreport (Bericht „Unterwegs auf der Balkanroute – Geflüchtete im serbisch-ungarischen Grenzgebiet“). Auch ungarischen Grenzbeamten wird in diesem Zusammenhang Korruption und Durchwinken vorgeworfen. Weder hier noch am Grenzfluss Evros gibt es folglich Grund zur Entspannung.

Die wesentlichste Bedeutung des Türkei-Abkommens bleibt, dass die EU bis zum heutigen Tag Milliardenbeträge an Ankara überweist, damit die Bedürfnisse von möglichst vielen Migranten innerhalb dieses Landes, vor den Toren der Union zufriedengestellt werden. Italienische Experten wiesen darauf hin, dass dies auch einer indirekten „Seeblockade“ in der Ägäis gleichkommt.

Auch die Deals verbreiten das Wohlstandsversprechen der EU

Das wirkt wie ein provisorisch errichteter Notdeich, der die Flut fürs erste abhält. Aber auf Dauer stellt sich auch ein weiterer Gedanke ein: Jeder Euro, der in Migrantenlager oder Schulen für Syrer in der Türkei fließt, bestätigt das Wohlstandsversprechen der EU. Das aber dürfte langfristig noch mehr Migration in Richtung EU anziehen. Noch gewichtiger ist der Einwand, dass die EU durch den Türkei-Deal erpressbar geworden war. Wenn Erdogan mehr Geld will, muss er nur die Nettigkeiten an der Grenze einstellen, was er im März 2020 auch getan hat.

Hinter Erdogans Schlepper-Gendarmen am Evros und an der Ägäis muss insofern keine finstere Absicht stecken, die EU mit Glaubensbrüdern aus Syrien, Afghanistan und Somalia zu überschwemmen. Der Präsident ist eben launisch. Kommt er zum Ergebnis, dass der Deal mit der EU nicht mehr lukrativ genug ist, schickt er ihr mehr Migranten. Schon allein deshalb war der griechische Grenzschutz eine logische Notwendigkeit. Nun müssen es wohl die Italiener den Griechen gleichtun, wenn sie die chaotischen Zustände auf Lampedusa und Sizilien wieder beenden wollen.

Durchaus logisch erscheint daher, dass Weber eine parallele Operation der EU in Tunesien verlangt: Grenzschutz, Kontrollen und Zurückweisungen illegaler Migranten müssten „endlich funktionieren“. Dazu will Weber auch noch Rückführungsabkommen aushandeln. Aber sollen in denselben dann wiederum Migrantenkontingente vorkommen, wie es nun schon verlautete? Und ist es wirklich realistisch, dass der tunesische Präsident Saied sich das bequeme Ablassventil für illegale Migranten einfach so schließen lässt? Selbst für viel Geld? Die EU wird um einen aktiven Grenzschutz wohl nicht herumkommen. Die Frage ist nur, ob ein Manfred Weber dieses Werk vollbringen kann. Und wenn ja, mit wem.

Im Inland: Fiasco eines Debattenversuchs

Die Union im Bundestag versucht unterdessen, mit alten, aufgewärmten Groko-Klassikern Boden gutzumachen und auf nationaler Ebene eine ähnliche Scheinkulisse wie Weber im EU-Rahmen aufzustellen. Dass beide Parteienfamilien – die deutsche Union ebenso wie die EVP – nicht in der Lage sind,



Der EU-Abgeordnete Manfred Weber (CSU) fordert einen Migrationspakt mit Tunesien

im Alleingang eine auf Grenzschutz ausgerichtete Reform des europäischen Asyl- und Einwanderungssystems zu bewerkstelligen, wird schon durch die Machtverhältnisse klar.

Anfang März kramte der Parlamentarische Geschäftsführer der Unionsfraktion, Thorsten Frei (CDU), einen alten Vorschlag von den Maghreb-Staaten und Georgien als sicheren Herkunftsländern hervor, der noch immer im Bundesrat liege, jederzeit

cher für Kultur und Medien, fand allein das Reden von dem alten Vorschlag „geschmacklos“, weil kurz zuvor Migranten vor Crotona havariert waren. Frei beklagte eine um sich greifende „Politik der offenen Türen“ durch die Ampelregierung: „Wer es einmal nach Deutschland geschafft hat, der kann auch hier bleiben.“ Der CDU-Mann erntete hier Kritik von den Ampelfraktionen wie von der AfD. Fraglich scheint insbesondere, dass Frei etwas

„Die bundesweite Abschiebequote lag 2022 bei mickrigen 4,3 Prozent und war im mittleren Trend (seit 2019) um 40 Prozent gesunken“.

beschließbar, um der aktuellen Notlage im zentralen Mittelmeer zu begegnen. 10.000 Georgier seien 2022 nach Deutschland gekommen mit einer Anerkennungsquote von 0,4 Prozent. Der AfD-Geschäftsführer Bernd Baumann erinnerte in der Debatte daran, dass man für die 30.000 Asylbewerber, die monatlich ins Land strömen, jeden Monat eine mittelgroße Stadt bauen muss.

Dass solche Wahrheiten in der Ampelkoalition nicht wohlgefallen sind, zeigte Lamya Kaddor (grüne Sprecherin für Inneres und Heimat), als sie mehrfach begriffsstutzig nach einer Definition von „Orient“ fragte, während die „vage Theorie, dass Anreize, sogenannte Pull-Faktoren, Menschen zur Flucht verleiten“ von einer weiteren grünen Kollegin ins Reich der Legenden verwiesen wird. Wo Senioren aus ihrem Pflegeheim weichen mussten, damit Migranten einziehen können, wusste Kaddor ebenfalls nicht. Und die FDP? Will zusammen mit der SPD die „Westbalkan-Regelung“ ausweiten. Dank dieser weitgehend unbekannt gebliebenen Neuerung dürfen auch Nicht-Fachkräfte, so erfährt man aus einer dts-Meldung, aus Drittstaaten legal nach Deutschland einreisen. Eine Ausweitung auf Moldawien, Georgien und Tunesien (ausgerechnet) wird von der FDP-Politikerin Ann-Veruschka Jurisch befürwortet.

Von der Ampel wurde der Unionsvorschlag natürlich prompt abgeschmettert. Helge Lindh, SPD-Spre-

an solchen Zuständen ändern könnte, solange die No-Borders-Fraktion aus SPD und Grünen mit am Kabinettsitz.

Aber in der Tat: Die bundesweite Abschiebequote lag 2022 bei mickrigen 4,3 Prozent und war im mittleren Trend (seit 2019) um 40 Prozent gesunken. Die Versuche der Union, kurz nach diesem Fiasco eines Debattenversuchs auch noch über die Optimierung von Abschiebungen zu reden, haben in diesem Zusammenhang etwas Verzweifertes. Zu dieser Optimierung hatte die Union übrigens mehr als fünf Jahre (von 2016 bis 2021) Zeit, als die Grünen noch nicht im Kabinett saßen. Nun will die CDU/CSU angeblich die freiwillige Rückkehr fördern, ungefähr nach dem Vorbild Dänemarks, durch Hilfsprogramme für den Existenzaufbau im Herkunftsland. Außerdem forderte die Union Rücknahmeabkommen mit Drittstaaten für die abgelehnten Asylbewerber, die nicht freiwillig ausreisen wollen. Aber solche Abkommen wird es ohne einen grundlegenden Wandel in der EU-Migrationspolitik nicht geben.

Von Storch: Drittstaatenregelung und afrikanische Abkommen

Eine Koalition des rechten Lagers scheint also nicht direkt in Sicht. Oder ist da doch gemeinsamer Boden? Die stellvertretende AfD-Fraktionsvorsitzende Beatrix von Storch gab gegenüber TE zu Protokoll, dass die Ausweitung der sicheren Herkunftsstaaten ein

„Schritt in die richtige Richtung“ sei, der aber allein das Problem nicht löse. Die AfD-Position ist einfacher als das. Die Partei beharrt auf der Drittstaatenregelung des Grundgesetzes und den Dublin-Regeln, die dieselbe in europäisches Recht übersetzt haben: „Wer aus einem sicheren Drittstaat kommt, hat kein Anrecht auf Asyl und muss schon an der Grenze zurückgewiesen werden. Einreisen über Flughäfen darf es ebenso nicht geben.“

Daneben kann sich von Storch für die Bundesrepublik Abkommen vorstellen, wie sie die britische Regierung in Ruanda geschlossen hat: „Deutschland sollte mit Ruanda und einer Reihe afrikanischer Staaten solche Vereinbarungen treffen. Afrikanischen Staaten, die Asylbewerber aufnehmen, sollte verstärkte wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklungshilfe angeboten werden. Finanziert werden kann das, indem gleichzeitig jenen Staaten, die Migranten weiterreisen lassen und eigene Staatsbürger nicht zurücknehmen, die Entwicklungshilfe gestrichen wird.“ Auch die EU als Ganzes könne eine solche Regelung schaffen, an der dann die „europäischen Partner“ teilnähmen. Genau diese Strategie verfolgt die dänische Regierung.

Mit Maßnahmen wie diesen solle man „Wirtschaftsflüchtlingen die Motivation“ nehmen, sich „auf die gefährliche Reise zu machen, indem ihnen klar gemacht wird, dass sie selbst, wenn sie Deutschland erreichen, nicht in Deutschland bleiben werden“. Damit werde auch „das Geschäft der Schlepper zerstört“, zu denen von Storch auch die „sogenannten Seenotretter“ im zentralen Mittelmeer zählt, deren vorrangiges Ziel es sei, „aus ideologischen Gründen möglichst viele Migranten nach Europa zu bringen“. Diese Akteure, die „nachweislich illegale Einwanderung fördern“, müssten wie Menschenhändler bestraft werden. Das Gleiche gelte für „Personen, die illegal Abschiebungen behindern“.

Darüber hinaus dürften „Asylbewerber, die sich bereits in Deutschland aufhalten, nur Sachleistungen und keine Arbeitserlaubnis“ erhalten. Eine ebenfalls beliebte Forderung, bei der es am Ende auf die Umsetzung ankommen könnte. Bahnt sich hier nun insgesamt eine Koalition konservativer Kräfte an? Viele werden es verneinen. Aber die Positionen haben sich angenähert, auch durch den äußeren Druck der Ereignisse, zumal wenn man auf die Konservativen in Europa schaut.

„Ungarn heute“: EVP weder in der Lage noch willens zur Reform

Das Nachrichtenportal Ungarn heute kommentiert die gesamteuropäische Lage so: „Sieben Jahre nach dem Höhepunkt der Migrantenkrise im Jahr 2015 gibt es noch nicht einmal den Hauch eines Konsenses über den wirksamen Schutz der europäischen Außengrenzen, geschweige denn eine Lösung.“ Und vor allem sei auch die größte Fraktion des EU-Parlaments, die der EVP – zu der freilich Orbáns Fidesz nicht mehr gehört –, „nicht in der Lage und nicht willens, eine tragfähige Plattform für die Reform des kaputten Einwanderungssystems der EU zu präsentieren“. Geht die Lösung hier im Parteienstreit verloren? Vielleicht. Eine weitere Annäherung an die Wirklichkeit steht aus und ist vor allem von den Vertretern des alten „Mainstream“ zu erwarten.

Dieser Artikel erschien zuerst bei Tichys Einblick.

◀ Fortsetzung von Seite 2

kommen, dies ist keinesfalls eine Teilnahme für Putin oder den russischen Angriff. Eine schnelle Lösung, die den Krieg anhält, muss auf dem schnellsten Wege gefunden werden.

Doch bei aller von dieser Seite bereits mehrfach aufrichtig geäußerten Verurteilung des Ukraine-Krieges und des tief empfundenen Mitgefühls mit den unschuldigen zivilen Opfern in der Ukraine, vor allem mit Frauen, Kindern und Alten, erscheint es nicht angemessen, gerade den Zeitpunkt des Gedenkens an den mit alliierter Hilfe und einer zweistelligen Millionenzahl sowjetischer, allem voran russischer Opfer errungenen Sieges über Nazi-Deutschland und damit des Endes des unsäglichsten Martyriums und Genozids an über 6 Millionen Juden Europas zu instrumentalisieren, um sich darüber zu beschweren, dass das Gedenken an das Leid der Ukraine während der Nazizeit immer noch ein blinder Fleck auf der deutschen Gedenkkarte ist und allen Ernstes ein Mahnmal für die ukrainischen Opfer des 2. Weltkrieges zu fordern.

Kollaboration mit den Nazis

Nun muss man wissen, dass die Ukraine mit zu den größten Kollaborateuren der Nazis gehört. Sie hat zumindest zu Beginn des Krieges mit den von ihr herzlich willkommen geheißenen deutschen Invasoren, während die russische Bevölkerung geblutet hat, gegen die Sowjetunion gekämpft und sich neben der Tötung von Russen und Polen vor allem durch den Verrat und der gemeinsam mit den Nazis verübten Ermordung von über zwei Millionen ukrainischer Juden hervorgeraten.

Die in der sowjetischen Armee gefallenen Ukrainer waren nahezu sämtlich zwangsverpflichtet und nicht selten an Sabotage gegen die Sowjetarmee beteiligt. Freiwillige dienten sich -- zumindest in der ersten Zeit nach dem Kriegsangriff der Deutschen gegen die Sowjetunion -- fast durchweg den Nazis an.

Es gab eine über siebzehntausend Mann starke freiwillige ukrainische SS-Division „Galizien“ der zuverlässigsten ukrainischen Nazi-Kollaborateure, die für die Deutschen kämpften. Eine über zweihundert Tausend Mann starke freiwillige Hilfspolizei war den ortsunkundigen Deutschen gern beim Aufspüren und Ermorden von Juden zu Diensten. Allein ca. 50.000 dieser Hilfspolizisten waren unmittelbar an der Ermordung von ca. 850.000 Juden beteiligt.

Der Ort des schrecklichsten Einzelverbrechens an den Juden, die Kiewer Schlucht Babijar lag wie viele andere derartiger Verbrechensorte nicht zufällig in der Ukraine. In Russland konnten die Nazis trotz auch des dort nicht unüblichen Antisemitismus nicht auf so viel Sympathie und Hilfsbereitschaft bei der Ermordung von Juden hoffen.

So wurden in Babijar an nur zwei Tagen zu Yom Kippur im September 1941 über 33.000 jüdische Frauen, Kinder und Männer bestialisch erschossen. An dieser Aktion, wie sie genannt wurde, waren Angehörige des SD und des Sonderkommandos 4a, befehligt von SS-Standartenführer Paul Blobel, der SS-Einsatzgruppe C unter dem Kommando von SS-Brigadeführer Otto Rasch, die für die sogenannten Exekutivmaßnahmen gegen die Zivilbevölkerung zuständig war, außerdem Kommandos des Polizei-Regiments Süd der Ordnungspolizei, Angehörige der Geheimen Feldpolizei, ukrainische Hilfspolizisten, Mitglieder der Organisation Ukrainischer Nationalisten, OUN-Bandera und OUN-Melnyk sowie Angehörige der 6. Armee der Wehrmacht, unter Generalfeldmarschall Walter von Reichenau beteiligt. Vor den



Erschießungen ist es nach Augenzeugenberichten unter ukrainischer Beteiligung auch zu massiver sexueller Gewalt gegen die weiblichen Opfer gekommen.

Auch wenn dies schuld der Vorgenerationen und längst traurigste Geschichte ist, sollte man dennoch wissen, dass sich besonders der Nazi-Kollaborateur, Kriegsverbrecher und Judenmörder Bandera, dessen Verbrechensorganisation auch bei den Juden-Erschießungen in Babijar beteiligt war und dort unter anderem auch Kleinkinder auf den Armen der verzweifelten Mütter erschoss, bevor die Mütter selbst getötet wurden, immer noch gro-

„Die Bundesrepublik wäre ein besserer und für seine Menschen sicherer Staat, wenn sie schon in der Corona-Zeit neben den dort geltenden Richtlinien die 3G-Regel eingeführt hätte : Grün Geht Gar nicht !!“

ßer Verehrung und Beliebtheit bei nicht geringen Teilen der ukrainischen Bevölkerung erfreut. Es gibt in der Ukraine eine zweistellige Zahl seiner Denkmäler und viele Straßen in unterschiedlichsten Orten tragen seinen Namen.

Vielleicht sollte man es angesichts der schwierigen Situation der ukrainischen Menschen dabei belassen, obwohl noch sehr viel über den seit Chmielnicki immer wieder massiv und fulminant auftretenden Judenhass und die Judenpogrome beispielsweise in Kiew zu sagen wäre.

Es sollte reichen zu beleuchten, dass die Dinge so einfach und so schwarzweiß nicht sind, wie es uns die gefährlichen Kriegs-verliebten grünen Gagas und ihre Anhänger auch in anderen Parteien glauben machen wollen.

Und da will ich noch gar nicht von der durchaus zweifelhaften einheitlichen historischen Staatlichkeit der tief in sich zerrissenen Ukraine sprechen, die noch immer von dem Expansionslauf Stalins profitiert und gar nicht daran denkt, ehemalige polnische Gebiete, die ihr nach der Westverschiebung der sowjetischen Grenze zugewachsen sind oder auch ehemals habsburgische Gebiete im Süden zurückzugeben.

Ja - Russland hat angefangen !! Aber dieser Krieg hat mehrere Väter und sehr viele Profiteure -- nicht zuletzt auch bei uns und jenseits des Atlantischen Ozeans, wie die nun doch mehr und mehr zu Tage tretenden Hintergründe und Verursacher der North-Stream-Zerstörung immer deutlicher zeigen.

Vielleicht sollten einige noch verantwortlich und Vernunfts-behaftet handelnde Entscheidungsträger bei uns trotz der gegenwärtig in Mode gekommenen, sich gefährlich verselbstständigenden Kriegs-Dynamik versuchen, den Konflikt schnellstens durch beherzte Kompromissbereitschaft herunterzuziehen.

Den in der Ukraine auch an ihren dubiosen Helden leidenden Frauen und Kindern wird das sehr viel Elend ersparen und für uns die Gefahr eines globalen Krieges, in den uns die Melnyks, Baerbocks und Strack-Zimmermanns dieser

öffentlichen Demos vor Selbstmitleid wegen der furchtbaren Pressionen, denen sie hier täglich ausgesetzt sind, zu zerfließen.

Die Islamisierung Deutschlands und Europas schreitet den Pro-Islam-Demonstranten ganz offensichtlich nicht schnell genug voran.

Und -- man stelle sich vor, es gibt bei uns doch tatsächlich trotz allen grün und links gewollten Migrationsfortschritts immer noch unbelehrbare Ungläubige, die Scharia, Dschihad, Frauenvermummung und Entrechtung, Zwangs-Verheiraten, Schwulenfeindschaft, Judenhass, Ehrenmorde, Bombenterror, Steinigungen, Enthauptungen und all die anderen wunderbaren Segnungen des ach so fortschrittlichen, toleranten, weltbeglückenden und friedvollen Islam so schrecklich missverstehen oder sich sogar grundlos davor fürchten ---- und mit ihrer dumm-trotzigen, ablehnenden Haltung gegen all diese Segnungen, unsere muslimische Noch-Minderheit -- die Zierde und Bereicherung unserer Gesellschaft -- diffamieren.

Wen wundert es da noch, dass unsere einseitig erblindeten, die freiheitliche westliche Werte-Welt längst in den Müll der Geschichte stampfenden Islam-Claqueure aus Bevormundungs-Politik und Gutmensch-Journaille, die uns täglich gemeinsam mit den Straßenklebern aufgefordert vor den schrecklichen Gefahren von Glühbirnen, Staubsaugern, Autos und pupsenden Kühen warnen, mit glücksverklärten Gesichtern an den Lügen-Lippen der muslimischen Nebelkerzen-Verteiler und Islam-Verharmloser kleben und die jede islamische Selbstbekehrungs-Charade feiern, als sei Mohammed höchstpersönlich zum Christentum übergetreten.

Womit wir bei dem noch zu Ende dieses Monats anstehenden christlichen Pfingstfest, dem jüdischen Schewuoth und Israel wären, das sich trotz aller Verurteilung von grün und links sowie seitens der UNO und trotz allen hier mit großem Verständnis unserer Politik und ihrer Medien aufgenommen Raketen-Terror aus Gaza nicht davon abbringen lässt, seinen 75.ten und noch viele, viele weitere Geburtstage zu feiern.

Mazal Tov Israel !!!
Am Israel Chai !!!
Unseren Lesern und Freunden
alles erdenklich Beste!

Welt unbedingt hineinbringen wollen, ganz sicher auch bannen.

Grüne Vetterwirtschaft

Dabei haben wir mehr als genug Sorgen mit der von den Liberalen um Lindner durch Wählerverrat ins Regierungsamt gelassenen und die Ampel dominierenden grünen Verbotspartei samt der immer mehr zu Tage tretenden Selbstbedienungsmentalität ihrer höchsten Exponenten, die wegen ihrer nachweislichen Vetterwirtschaft und des an unserem Staat und seinen Menschen verursachten Schadens längst hätten zurücktreten müssen, es aber mit großer Sicherheit nicht tun werden, weil ihnen der politische und ethische Anstand fehlt.

Die Bundesrepublik wäre ein besserer und für seine Menschen sicherer Staat, wenn sie schon in der Corona-Zeit neben den dort geltenden Richtlinien die 3G-Regel eingeführt hätte : Grün Geht Gar nicht !!

Dafür dürfte es heute vielleicht schon zu spät sein. Uns allen, die wir entsetzt auf das ignorante und ideologisch verrante gefährliche grüne Gaga schauen, das hier täglich angerichtet wird, geht es zusehends wie Goethes Zauberlehrling: Wir werden die Geister, die wir riefen, einfach nicht mehr los.

Ja so ist es, Demokratiefeinde kann man auf demokratischem Wege wählen. Mit der Abwahl ist das schon eine etwas andere Sache, was ein weiterer Gedanke zum 9. Mai sein könnte.

Nur gut, dass sich die hiesigen Muslime endlich dazu entschlossen haben, in

Ihr
Dr. Rafael Korenzecher

Europas politischer Irrweg gegen Israel – Wie die EU die Verbrechen der Hamas ignoriert

Die Hamas stellt über die Hälfte ihres Budgets für die Finanzierung ihrer militärischen und terroristischen Aktivitäten bereit. Dagegen beträgt der Anteil des Budgets für den Wiederaufbau des Gazastreifens weniger als 5 %. Besonders Hilfsgelder aus Europa werden statt für den Wiederaufbau vorrangig zur Finanzierung des Terrors gegen Israel und seine Menschen eingesetzt. Bei ihren unablässigen Solidaritätsbesuchen ermutigen hochrangige EU-Politiker im Westjordanland die Hamas und die dortigen Araber weiterhin, gegen die Osloer Vereinbarung zu verstoßen. Eine Verurteilung des gewaltvollen Vorgehens der Hamas und anderer Terror-Gruppen gegenüber der eigenen Bevölkerung bleibt allerdings aus. (JR)

Von Bassam Tawil

Am 30. Januar besuchten Vertreter der Europäischen Union und mehrerer anderer Länder, darunter Belgien, Brasilien, Dänemark, Irland, Spanien und Schweden, die „palästinensische“ Gemeinde Khan al-Ahmar im Westjordanland, „um ihre Besorgnis über die drohende Zerstörung des Dorfes zum Ausdruck zu bringen“.

Khan al-Ahmar, in dem 38 „palästinensische“ Familien leben, wurde vor mehr als einem Jahrzehnt im Rahmen des Plans der „Palästinensischen“ Autonomiebehörde zur illegalen Aneignung von Land in der Nähe von Jordanien im Gebiet C des Westjordanlands, das gemäß den zwischen den „Palästinensern“ und der israelischen Regierung unterzeichneten Osloer Verträgen ausschließlich von Israel kontrolliert wird, illegal errichtet.

Wenige Tage vor dem Besuch der EU-Beamten und Diplomaten in dem Dorf ließ die „palästinensische“ Terrorgruppe Hamas, die den Gazastreifen beherrscht, Dutzende von Häusern auf der anderen Seite Israels, in der Nähe von Ägypten im Gazastreifen, im Rahmen eines Plans zum Ausbau einer Küstenstraße abreißen. Einige der Hausbesitzer äußerten sich empört über die Zerstörungen durch die Hamas. Einer von ihnen bezeichnete sie als eine neue Katastrophe und ein Todesurteil für zahlreiche Familien. Ein anderer „Palästinenser“ prangerte die Abrisse als „Verbrechen“ an und sagte, sie seien „von der Hamas unter Androhung von Waffengewalt durchgeführt worden“.

Die EU-Beamten und andere ausländische Diplomaten – die in den Nahen Osten gereist waren, um ihre Solidarität mit den Bewohnern des illegalen Dorfes im Westjordanland zu bekunden – machten sich nicht einmal die Mühe, den Abriss der von der Hamas zerstörten Häuser zu kommentieren. Zweifellos hätten sie von „Palästinensern“, die im Gazastreifen leben, oder über die „palästinensischen“ Medien von den Zerstörungen erfahren, doch die ausländischen Beamten zogen es vor, die „neue Katastrophe“ und das „Verbrechen“ zu ignorieren. Und warum? Ihr Hass auf Israel erlaubt es ihnen, der Hamas einen Freibrief für die Gräueltaten zu erteilen, die sie an ihrem eigenen Volk, den „Palästinensern“ im Gazastreifen, begeht, und dann die Israelis dafür anzuklagen, das zu verteidigen, was ihnen rechtmäßig gehört.

Die Bulldozer der Hamas

Die Notlage der Familien im Gaza-Streifen wird ebenso wie andere von der Hamas begangene Menschenrechtsverletzungen nicht nur von der EU, sondern auch von der internationalen Gemeinschaft ignoriert. Zum Leidwesen dieser Familien gehören die Bulldozer, die ihre Häuser zerstört haben, der Hamas und nicht Israel.

Man kann sich nur vorstellen, wie groß die Aufregung in der internationalen Gemeinschaft gewesen wäre, wenn Israel Bulldozer geschickt hätte, um Dutzende



1995 wurde beim Osloer-Abkommen über den Friedensprozess verhandelt und die Bebauung im Westjordanland geregelt.

von Häuser im Gazastreifen zu zerstören. Wären diese Häuser von Israel und nicht von der Hamas zerstört worden, wären dieselben EU-Beamten, die Khan al-Ahmar besuchten, in den Gazastreifen geeilt, um sich mit den verzweiferten Familien zu treffen. Noch schmerzhafter und demütigender für die „Palästinenser“ ist, dass EU-Beamte, die regelmäßig den Gazastreifen besuchen, das Leiden der unter der Hamas lebenden „Palästinenser“ bewusst ignorieren.

Am 2. Februar besuchten fünfzehn EU-Missionschefs den Gazastreifen, ohne ein einziges Wort über die Opfer der Verbrechen und Menschenrechtsverletzungen der Hamas zu verlieren.

Nach der Reise gab die EU eine Erklärung ab:

„Der Gazastreifen bleibt eine Priorität für die EU und ihre Mitgliedstaaten. Die humanitäre Lage gibt Anlass zu großer Sorge. Es ist höchste Zeit, die Abriegelung des Gazastreifens zu beenden und eine „palästinensische“ Versöhnung zu erreichen.“

Bemerkenswerterweise hat die EU nicht erwähnt, dass die Hamas, deren reiche Führer ein angenehmes Leben in Katar, der Türkei und anderen Ländern führen, die Hauptverantwortung für die schlechte „humanitäre Lage“ im Gazastreifen trägt.

Anstatt sich nach der gewaltsamen Übernahme des Gazastreifens im Jahr 2007 um die Stärkung der Wirtschaft zu kümmern, investiert die Hamas seitdem die Millionen Dollar, die sie erhält, in den Bau von Tunneln und die Herstellung und den Schmuggel von Waffen für Angriffe auf Israel. Als ob das nicht genug wäre, hat die Hamas vor zwei Jahren eine Reihe neuer Steuern auf importierte Waren eingeführt, was zu seltenen Protesten vieler „Palästinenser“ führte.

Die Hamas stellt 55 % ihres Budgets

für die Finanzierung ihres militärischen Bedarfs bereit, der Anteil des Budgets für den Wiederaufbau des Gazastreifens beträgt jedoch weniger als 5 %. Zusätzlich zu ihrem unverhältnismäßig hohen Militärhaushalt leitet die Hamas auch Hilfsgelder aus Europa und den USA zur Finanzierung ihrer militärischen Unternehmungen um.

Hamas klaut Land

Während die EU-Beamten ihre Unterstützung für das illegale Dorf Khan al-Ahmar im Westjordanland bekundeten, protestierten die Bewohner der Stadt Bet Lahiya, ebenfalls auf der anderen Seite Israels im Gazastreifen, gegen den Diebstahl ihres Landes durch die Hamas. Den Bewohnern zufolge hat die Hamas große Teile des Landes, das ihnen, den Bewohnern, gehörte, illegal an Hamas-Loyalisten übertragen, ohne dies mitzuteilen. In einer von den Bewohnern herausgegebenen Erklärung hieß es, sie seien entschlossen, die „Verschwörung“ der Hamas zu vereiteln.

Dies ist dieselbe Hamas, die von der EU-Delegation verlangt hat, darauf zu bestehen, dass Israel den Arabern, die Khan al-Ahmar illegal besetzt halten, gestattet, nicht räumen zu müssen. Israel hatte übrigens nicht weit von Khan al-Ahmar entfernt eine neue Stadt gebaut, in die diese Araber umziehen sollten, um „die gleiche Lebensstruktur beizubehalten“, aber die Araber wollten nichts davon wissen. „Die Aggression gegen Khan al-Ahmar wird abgelehnt, und [Israel] wird den Preis dafür zahlen, früher oder später“, sagte Hamas-Sprecher Mohammed Hamadeh.

Wenn die Hamas damit droht, dass Israel „den Preis zahlen wird“, meint die vom Iran unterstützte Gruppe eigentlich, dass sie weiterhin Juden ermorden wird,

weil diese es wagen, das Gesetz gegen diejenigen durchzusetzen, die das Gesetz verletzen, indem sie sich illegal Land aneignen und Häuser ohne Genehmigung bauen, wie in Khan al-Ahmar.

Die Solidaritätsbekundung der EU für die Bewohner von Khan al-Ahmar ermutigt nicht nur die Hamas, sondern ermutigt auch die „Palästinenser“, ihre illegalen Versuche fortzusetzen, Gebiete zu erobern, die ihnen laut Osloer Abkommen nicht gehören, und weiterhin Terroranschläge gegen Israel zu verüben.

Welches Recht hat ein europäischer Beamter, Israel zu sagen, dass es nicht berechtigt ist, das Gesetz gegen illegale Landbesitzer durchzusetzen? Würde es ein europäischer Beamter dulden, wenn beispielsweise ein israelischer Regierungsbeamter den Behörden in Paris oder Madrid sagte, dass sie nicht berechtigt sind, gegen diejenigen vorzugehen, die in ihren Städten das Gesetz brechen?

Die Europäer ermutigen die „Palästinenser“ weiterhin, gegen das Gesetz zu verstoßen, indem sie unter Verstoß gegen die Osloer Vereinbarungen illegal bauen. Kürzlich enthüllte ein vertrauliches Dokument der EU-Mission in Ost-Jerusalem, dass Brüssel aktiv mit den „Palästinensern“ zusammenarbeitet, um das gesamte Gebiet C durch den Bau zahlreicher weiterer illegaler „Fakten vor Ort“ zu schaffen. Damit hat sich die EU selbst von der Rolle eines ehrlichen Maklers in einem künftigen Friedensprozess zwischen den „Palästinensern“ und Israel disqualifiziert.

Das Vorgehen der EU offenbart ihre tiefe Feindseligkeit gegenüber Israel in Form von Europas Stellvertreterkrieg gegen den jüdischen Staat sowie ihre unverhohlene Voreingenommenheit zugunsten der „Palästinenser“.

Indem sie von Israel besessen ist und die Verbrechen der Hamas im Gazastreifen ignoriert, erweist die EU den dort lebenden zwei Millionen „Palästinensern“ einen Bärendienst. Bei den Aktionen der EU scheint es konstant mehr darum zu gehen, Israel zu hassen, als den „Palästinensern“ zu helfen.

Wenn den Europäern wirklich etwas an den „Palästinensern“ läge, würden sie die Verbrechen der Hamas an den Bewohnern des Gazastreifens anprangern. Und sie würden ihre Kollegen in der „Palästinensischen“ Autonomiebehörde wegen missbräuchlicher Regierungsführung, Korruption, Veruntreuung öffentlicher Gelder und vor allem wegen des harten Vorgehens der „Palästinenser“ gegen Menschenrechtsaktivisten und Journalisten, die versuchen, die EU, die internationale Gemeinschaft und die so genannten Menschenrechtsgruppen über die brutalen Bedingungen zu informieren, unter denen ihre Führer sie zu leben zwingen, anprangern.

Bassam Tawil ist ein muslimischer Araber mit Wohnsitz im Nahen Osten.

Dieser Artikel erschien zuerst bei Gaststone Institute.

Übersetzung aus dem Englischen von Daniel Heiniger

Nahezu waffenfähiges Uran: Das Mullah-Regime auf dem Weg zur Atom-Bombe

Der Iran steht kurz davor, waffenfähiges Uran auf die für einen Bau einer Atombombe erforderliche kritische Marke von 90 Prozent anzureichern. Es ist bereits keine Frage mehr, ob, sondern wann es gelingt, eine ausreichende Kernspaltungsreaktion zu erhalten. Was zwischen dem Iran und einer einsatzfähigen Atombombe steht, sind noch wenige technologische Hürden, darunter auch ein zuverlässiges Atomträgersystem. Allerdings schließt sich das Zeitfenster für geeignete Gegenmaßnahmen immer mehr. (JR)

Shimon Sherman/JNS.org

Die Behauptung des iranischen Regimes, dass das kürzlich von UNO-Inspektoren entdeckte, nahezu waffenfähige Niveau an angereichertem Uran das Ergebnis einer technischen Fehlfunktion war, ist „ohne eine kontinuierliche Überwachung vor Ort unmöglich zu bestätigen“, so Mark Heller, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für nationale Sicherheitsstudien (INSS) der Universität Tel Aviv, gegenüber JNS.

Die Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO) erklärte in ihrem vierteljährlichen Bericht, dass die Inspektoren am 22. Januar in der iranischen Nuklearanlage in Fordow Uranpartikel entdeckten, die auf einen Reinheitsgrad von 83,7 % angereichert waren, was nur knapp unter den für Atombomben erforderlichen 90 % liegt.

„Neunzig Prozent Reinheit sind notwendig, um eine Kernspaltungsreaktion zu erzeugen“, sagte Heller. „Es ist kein technologisches Hindernis, über 90 Prozent hinauszukommen, es ist nur eine Frage der Dauer und der Geschwindigkeit der Anreicherung.“

Irans Weg zur Bombe

Mehrere Quellen haben bestätigt, dass die Iraner in Schussweite zur Herstellung von waffenfähigem Uran sind. CIA-Chef William Burns sagte in einem Interview, die Iraner seien „so weit fortgeschritten, dass es nur noch eine Frage von Wochen wäre, bis sie auf 90 % anreichern könnten, wenn sie diese Grenze überschreiten wollten.“

Colin Kahl, der US-Unterstaatssekretär für Verteidigungspolitik, sagte in einer Erklärung, dass das iranische Regime in weniger als zwei Wochen genügend angereichertes Uran für eine Atombombe herstellen könnte.

Die Islamische Republik hatte zuvor die 60 %-Grenze durchbrochen und verfügt nach Angaben der IAEO bereits über einen Vorrat von 87,5 Kilogramm Uran, das auf diesen Wert angereichert wurde.

Heller sagte, der Iran benötige mindestens 50 kg (110 Pfund) über 90% angereichertes Uran, um eine „echte Bombe“ zu bauen.

Yoel Guzansky, ein leitender Forscher beim INSS und ehemaliges Mitglied des israelischen Nationalen Sicherheitsrates, sagte: „Der Iran festigt seine Position an der Schwelle zur Nuklearfähigkeit.“

Experten sind sich einig, dass Teherans Schritt in Richtung einer 90-prozentigen Anreicherung die Möglichkeit des Regimes erheblich einschränkt, zu behaupten, es strebe nicht nach Atombomben.

„Sobald man diesen Grad der Anreicherung erreicht hat, kann man nicht mehr behaupten, dass man dies zu friedlichen Zwecken tut“, erklärte Alexander Greenberg, Iran-Experte am Jerusalem Institute for Strategy and Security (JISS), gegenüber JNS.

Heller sagte: „Wenn die Iraner darauf bestehen, das Uran über 90 % anzureichern, dann haben sie offensichtlich die Absicht, Atomwaffen herzustellen. Es gibt viele Gründe für die Anreicherung



Reaktor IR-40, Teil der kerntechnischen Anlage in Arak

von Uran über das Niveau hinaus, das für die Erzeugung von Kernkraft, die Kernforschung, medizinische Zwecke usw. benötigt wird, aber nicht bis zu 90 %.

Teheran hat jedoch trotzdem noch einen langen Weg vor sich, bevor es Atomwaffen erlangen kann.

„Sie sind noch nicht so weit“, sagte Greenberg. „Ich glaube, dass es technische Gründe sind, die sie derzeit vom Bau der Bombe abhalten. Sie haben einfach nicht die technologischen Möglichkeiten.“

Es gebe mehrere technologische Hürden, die die Iraner neben der Anreicherung von Uran noch überwinden müssten, erklärte er.

„Sie müssen die Genauigkeit ihrer Raketen erhöhen. Sie haben derzeit eine Genauigkeit von 80 %, und die muss mindestens auf 95 % steigen, bevor sie ein brauchbares Atomträgersystem haben“, so Greenberg. Außerdem hat die Islamische Republik noch keinen Sprengkörper gebaut, der für eine nukleare Ladung ausgelegt ist. „Schließlich muss ein Land, das Atombomben haben will, einen Test durchführen“, so Greenberg weiter.

Die Vorbereitungen für einen solchen Test wären „zu umfangreich, um sie zu verheimlichen“, und es ist für ihn klar, dass die Iraner nicht annähernd über solche Fähigkeiten verfügen.

Heller fügte hinzu: „Es muss ein weiterer Weg zurückgelegt werden von der kritischen Masse für einen Sprengsatz bis zur Entwicklung einer Streitmacht von einsatzfähigen Waffen.“

Greenberg stellte fest, dass Teherans neue Allianz mit Moskau die Beziehungen zum größten Teil der westlichen Welt weitgehend ruiniert hat. Durch diese Isolierung ist die Islamische Republik nicht mehr darauf angewiesen, die westlichen Mächte zu beschwichtigen, und kann offener vorgehen.

„Sie werden bereits als aktive Verbündete Russlands verurteilt und verzweifeln bereits daran, jede Chance auf eine Lockerung der Sanktionen verwirkt zu haben“, so Heller.

Darüber hinaus könnten die anhaltenden regimefeindlichen Proteste im Iran dazu führen, dass die Regierung Atomwaffen als Mittel zur Stabilisierung ihrer Außenpolitik betrachtet, damit sie sich auf die Wiederherstellung der Kontrolle im Inland konzentrieren kann.

Heller sagte, dass „die wachsende Opposition im Inland sie [das Regime] nur noch paranoider macht, was die Notwendigkeit angeht, ausländische Aktionen zugunsten eines Regimewechsels abzuschrecken“.

Greenberg sagte, das Regime sei „derzeit stabil, aber die Zeit arbeitet gegen sie. Die wirtschaftlichen und sozialen Probleme häufen sich mit der Zeit an. Der Besitz von Atomwaffen könnte alles ändern. Es wäre eine große Garantie für Stabilität für den Iran“.

Militärische Drohung gegen den Iran

Der israelische Premierminister Benjamin Netanjahu hat in den letzten Wochen mehr als fünf Treffen mit hochrangigen Militärs abgehalten, um über mögliche Offensivmaßnahmen gegen die Islamische Republik zu beraten. Sowohl er als auch Verteidigungsminister Yoav Gallant, haben eine Reihe von Erklärungen abgegeben, in denen sie ihre Rhetorik gegenüber Teheran verschärften. So sagte Netanjahu kürzlich, dass er „alles in seiner Macht Stehende tun werde, um den Iran daran zu hindern, Atomwaffen zu erhalten“.

Experten sind sich jedoch nicht sicher, ob Israel allein den Iran davon abhalten kann, nach der Bombe zu streben.

„Es ist wichtig zu wissen, dass der Iran nicht mit dem Irak oder Syrien vergleichbar ist. Das Land verfügt über zahlreiche Anlagen, die verstreut, vergraben, getarnt usw. sind, und deshalb glauben nur wenige, dass es Israel allein möglich ist, eine Kampagne zu führen, die langwierig und effektiv genug ist, um der militärischen Infrastruktur des Irans langfristig zu schaden“, so Heller.

Aufgrund dieser Realität haben führende israelische Politiker die USA häufig aufgefordert, eine aktivere Rolle gegen die Islamische Republik zu übernehmen. Außenminister Eli Cohen forderte die Vereinigten Staaten letzte Woche auf, „eine glaubwürdige militärische Drohung gegen den Iran zu präsentieren“.

Netanjahu bekräftigte, dass die Verhinderung des Erwerbs von Atomwaffen durch Teheran „nicht nur im israelischen Interesse“ sei, sondern vielmehr „im amerikanischen Interesse und im Interesse der ganzen Welt“. Experten halten ein amerikanisches Eingreifen jedoch für immer unwahrscheinlicher.

„Das amerikanische Militär wird von einer Null-Risiko-Mentalität beherrscht; man kann nicht erwarten, dass sie den Iran angreifen oder auch nur damit drohen“, so Greenberg. „Sie haben ihre Hand schon oft gezeigt, und jedes Mal, wenn die Iraner die USA in den letzten zwei Jahren getestet haben, wurde ihnen gezeigt, dass eine militärische Drohung für die USA vom Tisch ist.“

Heller sagte, es gebe wenig Anzeichen für die Bereitschaft der USA, einen entscheidenden Präventivschlag zu führen. „Sie haben zu viel Ungewissheit über die Wirksamkeit [eines Schlags] und die iranischen Reaktionen und zu wenige potenzielle Partner“, sagte Heller.

Übersetzung aus dem Englischen von Daniel Heiniger

Wieder Antisemitische Hass-Demos in Berlin: Die Polizei schreitet weiterhin nicht hinreichend ein

Am 8. April marschierten etwa 3000 zumeist arabisch-muslimische Israel- und Judenhasser von Berlin-Neukölln nach Kreuzberg. Sie skandierten in Hass-Parolen: „Tod den Juden! Tod Israel!“. Obwohl Polizei-Dolmetscher vor Ort waren, wurde die Hass-Demo nicht aufgelöst. Nach Eingang mehrerer Strafanzeigen ermittelt der Staatsschutz nun wegen Verdachts auf Volksverhetzung. Warum derartige Demonstrationen überhaupt stattfinden dürfen, muss Berlins Innensenatorin Spranger sich zurecht fragen lassen. Muslimisch-arabische Vernichtungsaufrufe gegenüber Israel und jüdischen Kindern, Frauen und Männern werden fast durchweg von den Behörden toleriert und von den links-grünen Medien mit Sympathie relativiert. Dies ist eine unhaltbare Situation und eine große Schande besonders für unser geschichtsbelastetes Land, dessen Staatsräson, wie von höchster politischer Stelle erklärt, ja angeblich die Sicherheit Israels und seiner Menschen sein soll. (JR)

Von Simone Schermann

Berlin, Ostersonntag 2023, ein wilder muslimischer und israelhassender Mob macht in Berlin unmissverständlich klar, wer in Deutschlands Hauptstadt das Sagen hat und welche deutsche Staatsräson für Juden vorgesehen ist. „Tod den Juden“ und „Tod Israel!“

Aus ihrer Verherrlichung des „palästinensischen“ Terrors machte die Demo vom 8. April 2023, mitten im Pessachfest, überhaupt keinen Hehl, das musste sie auch nicht.

Ihr Aufruf zur Vernichtung Israels, die Glorifizierung von Hamas-Terror und der Gewalt gegen Juden, mit der Ankündigung „blutige Körper“ zu erzeugen, findet im deutschen Medien- und Kulturbetrieb durchaus Sympathien.

Mittendrin, das rote BDS-Logo jener antisemitischen Hetzkampagne, die in Claudia Roths Kulturbetrieb tonangebend ist und Israel vernichten will, wie auch das Netzwerk Samidoun und die PFLP (Volksfront zur Befreiung Palästinas).

Optisch unterscheiden sich die Sturmtruppen von BDS, Samidoun, PFLP auf der Karsamstagsdemo vom mörderischen Judenhass der SA der Nazis dadurch, dass letztere schneidigere Uniformen trugen, aber noch keine Musikanlage besaßen, geistig sind sie aber nahezu deckungsgleich.

Claudia Roths BDS-Schergen marschierten mit durch Berlin und grölten ihre blutrünstigen Parolen: „Tod den Juden!“ Abgewechselt mit „Tod, Tod, Tod Israel!“ ... „Ich erzeuge den blutigen Körper.“ ... „Tod, Tod, Tod Israel!“, so lauteten die Schlachtgesänge importierter muslimischer Antisemiten und Terroristen, untermalt mit musikalischer Begleitung.

In einem SA-„Sturmlied“ brüllte die Kampforganisation der NSDAP landauf und landab ihre Variante des Judenhasses: „Wir sind vom Gausturm Groß-Berlin/ Und haben frohen Mut/ Wenn das Judenblut vom Messer spritzt/ Dann geht's noch mal so gut“ oder „Blut muß fließen knüppeldick/ Wir pfeifen auf die Freiheit der Judenrepublik!“

Unter wohlmeinender Zurückhaltung der Polizei, durften diese Terrorverherrlicher wieder einmal die Vernichtung von Juden und Israel ungehindert propagieren. Der Aufruf zum Mord an Juden bleibt seit Jahren oft ungestraft, wenn er von Muslimen kommt, dann wird er relativiert, die Regierung übt sich in Toleranz. Hass und Hetze, Gewalt- und Vernichtungsfantasien gegen Juden und gegen Israel werden im Anschluss geradezu pathologisch verharmlost.

Fahrlässige Verharmlosung

Kaum haben aber die Vernichtungsparolen die Kehlen muslimischer Schutzsuchender verlassen, müssen große Denker des zwangsfinanzierten ZDF ihre wohl-dotierten Meinungen kundtun und

werden zu Verteidigern freiheitlicher-demokratischer Werte, zur richtigen Zeit und am richtigen Ort.

Beim konkreten Aufruf „Tod Israel!“, wird ZDF-Moderatorin Dunja Hayali zur Lobbyistin in Sachen Meinungsfreiheit für Terroristen.

In einem Tweet schreibt Dunja Hayali: „so, erste Frage dank dpa geklärt. Bleibt abzuwarten, ob das gerufene mit blick auf die Meinungsfreiheit auszuhalten ist, oder doch schon unter volksverhetzung fällt. „Tod Israel“ ist zb ein unterschied zu „Tod den J*d*n“ ... also abwarten“

Geradezu abstoßend ist ihre Differenzierung zwischen „Tod den Juden“ und „Tod Israel“, die sie mit den Worten rechtfertigt:

„Was ist Volksverhetzung?! Das ist eine formaljuristische Diskussion. Darum geht es. Äußerungen gegen einen Staat, ohne direkten Aufruf zur Gewalt, sind nicht strafbar. Egal wie ich das finde. Es der Glaubensgemeinschaft zu „wünschen“ schließt aber direkt an den Holocaust an.“

Das Netzwerk Samidoun gilt als Vorfeldorganisation der linksextremen Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP), eine Kooperation zwischen „Islamisten und Linken“, so die Islamismus-Expertin Susanne Schröter bei BILD. Muslimischer Antisemitismus wird heruntergespielt, und ein linker Antisemitismus bis in höchste Kreise des Kulturbetriebs ist hoffähig geworden, wenn er im Gewand der „Israel-Kritik“ daher kommt“, so Schröter.

Die Terrororganisation PFLP werbe offen für den bewaffneten Kampf gegen Israel, während Samidouns Funktion darin bestehe, Gelder zu beschaffen und Personal in Deutschland zu rekrutieren. Zudem seien PFLP und Samidoun von EU und Israel als Terrororganisationen eingestuft, laut Verfassungsschutz sucht PFLP Schulterchluss zu Terrororganisationen Hamas und Hisbollah.

Das alles weiß Frau Hayali, die Verfassung sieht sie nicht als gefährdet und die Unversehrtheit des Einzelnen ebenfalls nicht. Der ZDF-Antizionismus, sein Judenhass unter dem Deckmantel der Israel-„kritik“, wird in einem atemberaubenden Tempo rücksichtsloser.

Diese gutverdienende TV-Blase hat den althergebrachten schmutzigen, Straßenantisemitismus outgesourcet. Sie twittert stattdessen kommod von daheim für Meinungsfreiheit, aber nur in Bezug auf Genozidfantasien, die Muslime dem Staat Israel „wünschen“, wirkt so als geistiger Helfershelfer und fordert gerne noch mehr „Fachkräfte“ fürs Innland, Billigarbeiter für einen eliminatorischen Judenhass, der aus deutschen Sozialsystemen finanziert wird.

Deutsches Geld für Juden-Mörder

Aus dem EU-Haushalt wird Terror gegen Israels Bevölkerung vom deutschen Steuerzahler finanziert.

Für 2019 spürte Joachim Kuhs, Mit-



Arabisch-muslimische Israel-Hasser nutzen das Demonstrationsrecht für ihre Agenda aus.

glied des EU-Parlaments für die AfD im Haushaltsausschuss, 257.450.000 Euro EU-Geldern nach, die an die „Palästinensische Autonomiebehörde“ (PA) flossen. Laut „Palestinian Media Watch“ bezahlte die PA 517 Millionen Schekel für Löhne an inhaftierte Terroristen aus, rund 130 Millionen Euro gehen als Renten an Terroristen.

Ausführlich berichtete die Jüdische Rundschau darüber im März 2021, wie die EU Terror-Renten finanziert und mit Hunderten Millionen israelfeindliche, linke NGOs oder illegale Schwarzbauten der PA in Gebieten, die nach dem Osloer Abkommen von 1995 unter israelischer Verwaltung stehen. Der Bombenmord von 2019, an dem 17-jährigen Mädchen Rina Shnerb, wurde von Angestellten EU-geförderter NGOs verübt, die im Zeitraum von 2011-2019 26,8 Millionen Euro von der EU kassierten.

Lediglich „Tod den J*d*n“, ein Wort, dass sie nicht einmal auszuschreiben vermag, löst bei der ZDF-Frau unwillkürlich Holocaust-Phantasien aus. „Tod Israel“ - die Vernichtungsandrohung für das jüdische Volk, für jüdische Israelis, das ist für die ZDF-Frau „auszuhalten“. Sie insinuiert, dass man Juden als Nation, den jüdischen Israelis, etwas „wünschen“ dürfe, auch den Genozid, nicht aber den Juden als Religion.

Da die große Denkerin des ZDF den Holocaust-Parameter bemüht, sollte Sie wissen, dass die Juden von den Nazis nicht als Glaubensgemeinschaft, dafür aber als Volk verfolgt und ermordet wurden, überall dort, wo man ihrer habhaft werden konnte. Die biologisch begründete Rassenlehre, der Rassismus der Nazis, galt den Juden als Volk und nicht (nur) als Religionsgemeinschaft.

Jemand sollte ihr erklären, dass die geistigen Vorfahren ihrer kuriosen Arithmetik, alle Juden weltweit meinten. Hitler und seine Schergen hatten vor, das Volk der Juden auszulöschen,

auch den alten Yeshuv in Israel, das war eine ganz einfache Gleichung. Mohammed Amin al-Husseini, der Mufti von Jerusalem, Intimfreund Adolf Hitlers, scharfte bereits mit den Hufen. Der muslimische Hass auf Israel heute gilt wie der Hass der Nazis auf Juden damals dem jüdischen Volk, dem jüdischen Israel und nicht allein der Glaubensgemeinschaft.

Erkennt Frau Hayali womöglich die jüdische Nation, das Volk Israel gar nicht an, nur das Judentum als Religion? Die Mitarbeiterin des ZDF kategorisiert in: Israel, das Genozidandrohungen „auszuhalten“ habe oder eben in „den J*d*n“, die das nicht aushalten müssten, nuanciert zwischen (jüdischen) Israelis und den (anderen) Juden, teilt ein Volk in zwei Gruppen. Gibt es in ihrer Welt einerseits die ermordeten Shoa-Juden, eine (reine!) Glaubensgemeinschaft, denen man nicht den Tod „wünschen“ dürfe? Genozid-Äußerungen gegen einen jüdischen „Staat“ und seine jüdische Bevölkerung sind aber erlaubt?

Oder sind für Frau Hayali nur die Juden die nicht in Israel wohnen „safe“? In ihrer Rechenweise scheinen die Juden, die formaljuristisch nicht im Staat Israel leben, auf der sicheren Seite zu stehen. Es gibt weltweit insgesamt circa 15 Millionen Juden, davon ungefähr acht Millionen in Israel. Die meint Frau Hayali aber nicht, wer ihnen den Tod wünscht, ist durch Meinungsfreiheit gedeckt. Bleiben also die restlichen sieben Millionen, außerhalb Israels. Meint Sie die? Ahja und nicht zu vergessen, die aus dem Holocaust. Jüdische Israelis wären dann „formaljuristisch“ legitime Opfer für die ZDF-Moderatorin, deshalb schaffen es wohl Bilder ermordeten Jugendlichen, Kindern, Frauen und Männern auch nicht ZDF-Sendungen.

Seit Beginn des Jahres 2023 sind 18 Israelis Opfer von Terroranschlägen geworden. Das steckt in dem Ruf „Tod Israel“.

Clanstrukturen um Robert Habeck: Der Fall „Abu Graichen“

Auch die JR hat immer erwähnt, dass sich der grüne Öko-Sozialismus auf Kosten der Bürger und ihres Wohlstands nährt. Nun ist, entgegen dem propagierten und mit Heiligenschein ständig verkauften moralischen Anspruch, gerade der grüne Bundeswirtschaftsminister und Kinderbuchautor Robert Habeck in einen Skandal um das Clan-mäßige Zuschancen von Ämtern und Vetternwirtschaft verwickelt. Sein Staatssekretär und ideologischer Vertrauter Patrick Graichen hat es beim Auswahlverfahren für den Spitzenposten bei der Deutschen Energie-Agentur arabischen Clanfamilien gleichgetan und den Chef-Posten bei der bundeseigenen Deutschen Energie-Agentur mit seinem Trauzeugen besetzt. Die Energiepolitik und die Verteilung der damit verbundenen Zuwendungen ist bei den Grünen offensichtlich ein Familienprojekt, denn Graichens Schwager Michael Kellner ist, wie es wahrscheinlich nicht nur der Zufall will, auch Staatssekretär. Graichens Schwester und Bruder arbeiten beide bei dem Öko-Institut, das im Auftrag des Wirtschaftsministeriums Studien erstellt und dafür entlohnt wird. Verena Graichen ist zudem auch Vizechefin bei dem Umweltverband BUND. Zusammen treibt man die grüne Transformationsagenda voran, was sicherlich ein Sonderfall der „nachhaltigen Kreislaufwirtschaft“ sein dürfte. Die verfilzten Clanstrukturen sind symptomatisch und offenbaren die Erosion von Moral und Anstand in der eher als Sekte fungierenden grünen Öko- und Verbotspartei. Personelle Konsequenzen sind bislang nicht zu erkennen, obwohl in anderen Ländern und an anderer Stelle Minister und Staatssekretäre bereits für erheblich geringere Verstöße gegen ihre öffentliche Treuepflicht den Hut nehmen mussten. (JR)

Von Dirk Maxeiner

Um den grünen Staatssekretär Patrick Graichen hat sich eine Großfamilie auf der grünen Allmende des Wirtschaftsministeriums breitgemacht. Wenn man lange genug filzt und walkt, dann kommt dabei ein Qualitäts-Clan made in Germany heraus, der mindestens 20 Jahre hält. Und die deutschen Schafe schauen in die Röhre.

Wer genauer wissen will, mit wem er so verwandt oder verschwägert ist, der kann eine der einschlägigen Ahnenforschungsseiten im Netz aufrufen und anschließend nach Herzenslust Stammbäume und Verwandte sortieren. Mein Onkel hat so etwas mit Begeisterung gemacht, ist in alten Schul- und Kirchenbüchern auf allerhand interessante Beziehungen gestoßen und hat sie sogar in einem Buch für die handverlesene Verwandtschaft verewigt. Einer meiner Vorfahren wurde in einem Schulzeugnis beispielsweise als „kühn und unartig“ bezeichnet, ein anderer laut einem Sterbebuch während einer Auseinandersetzung mit einer Grubenlaterne erschlagen. Auch Alkoholmissbrauch zieht sich immer wieder durch die Maxeiner-Files. Ehrlich gesagt: Ich will es gar nicht so genau wissen, mit wem ich so verwandt oder verschwägert bin. Mir reicht völlig, dass ich mit mir selbst verwandt bin, wer weiß, was da noch so alles rauskommt.

Insofern verfolgte ich mit gehobener Empathie die Berichterstattung über Robert Habeck, in dessen Ministerium und der angrenzenden grünen Almen- de sich eine ehrenwerte Gesellschaft aus Bekannten, Freunden, Geschwistern und Ehepaaren ausgebreitet hat. Um die beiden Habeck-Staatssekretäre Michael Kellner und Patrick Graichen ist im Ministerium und darum herum eine richtige Großfamilie von sizilianischen Ausmaßen versammelt. Organigramme, die das Geflecht visualisieren, sind so verzweigt wie das Vietcong-Tunnelsystem von Cú Chi oder der Kabelbaum einer Mercedes S-Klasse. Wollte man Nutznießer, Profiteure und Abzocker zu einer Grill-Party nach Corleone einladen, so bräuchte man dafür einen Großraumjet der Lufthansa.

Ich blicke durch den Irrgarten der feinen Reisegesellschaft nur rudimentär durch, möchte mich daher hier auf einen exemplarischen Beziehungsstrang beschränken: Staatssekretär Michael Kellner, ehemaliger Bundesgeschäftsführer der Grünen, ist mit Verena Graichen, der Schwester von Staatssekretär Patrick Graichen, verheiratet. Die wiederum arbeitet beim vielfach von Staatsknete profitierenden Öko-Institut und wurde von der Bundesregierung in den Nationalen Wasserstoffrat berufen, der wiederum in einem Staatssekretär-Ausschuss mit Patrick Graichen und ihrem Bruder besetzt wird. So, und jetzt multiplizieren Sie diese



Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck ist wegen der Personalie Patrick Graichen in der Kritik.

nachhaltige Kreislaufwirtschaft mit zehn und verschachteln sie untereinander. Recht ausführliche Schilderungen für genealogische Trüffel-Liebhaber finden sich hier und hier und hier. Aus meiner Zeit in Paris weiß ich, was ein Franzose zu den Verhältnissen sagen würde: „Le plus grand bordel de Berlin“.

Den deutschen Filz endlich auf Weltniveau gebracht

Es kommt aber auch alles auf einmal. Zu allem Unglück musste sich der arme Habeck unlängst auf der Hannover-Messe auch noch von seinem dankbaren Bruder Hinrich Habeck den „Energieküste Award“ verleihen lassen. Bruder Hinrich ist nämlich Chef der steuerfinanzierten Institution „Wirtschaftsförderung und Technologietransfer in Schleswig-Holstein“. Vor Schreck vergaß Habeck die pinkfarbene Trophäe mit der Aufschrift „Tolle Arbeit, gut gemacht“ mitzunehmen.

Bislang wurde Wirtschaftstransfer in Deutschland meist von hochbegabten Familien wie den Remmos oder den Abou-Chakers vorangebracht, die haben bei der großen Transformation der Eigentumsverhältnisse Bestechendes geleistet, in den Medien ist die Rede von einem Überfall auf ein Pokerturnier im Berliner Hyatt-Hotel, einem Überfall auf die Schmuckabteilung des Kaufhauses

des Westens oder einem unangemeldeten Besuch im Grünen Gewölbe zu Dresden.

Sie verleihen zwar keine pinkfarbenen Pokale, sondern höchstens rosa Veilchen, richten aber sehr stilvolle Familien-Beerdigungen mit zahlreichen illustren Gästen aus. Dort bietet sich stets auch ein beeindruckender Überblick über die zeitgenössische Haar- und tiefergelegter S-Klasse-Fahrer. Begräbnisse sind so zugleich Tuningmesse und Leistungsschau des deutschen Coiffeur-Handwerkes.

Das LKA von Nordrhein-Westfalen hat einen hübschen Erkennungs-Katalog für derartige Selbsthilfegruppen entwickelt, dazu gehören sehr viel traditionelle Familienwerte: „Verwandtschaft als Bedingung der Mitgliedschaft, Ablehnung der geltenden Rechtsordnung in Deutschland, ideologische Legitimation des kriminellen Handelns durch Abwertung der Opfer, nach außen dokumentiertes Machtstreben durch Besetzung des öffentlichen Raums“. Das „Abou“ von Abou-Chaker bedeutet übrigens „Vater“ im Arabischen.

Dem Vater des Graichen-Clans, möchte ich hier mit dem ihm gebührenden Respekt den Ehrentitel „Abu Graichen“ verleihen, das finde ich sehr viel hübscher als einen rosa Pokal. Die führenden Persönlichkeiten derer von Abu Graichen sind modisch nicht ganz so auf dem Laufenden wie die arabische Konkurrenz –

bevorzugen allerdings ebenfalls schwarze Limousinen der Oberklasse. Die sind allerdings nicht von AMG tiefergelegt, sondern durch ein Bundestagskennzeichen höhergestellt.

Abu Graichen und sein Räumkommando geben sich allerdings nicht mit ein paar Millionchen ab, sie haben sich entschlossen die Besitzverhältnisse in Deutschland grundsätzlich neu auszuhandeln, pardon „neu zu denken“. Und dies mit einem sehr empathischen Slogan: „Du wirst nichts besitzen und glücklich sein“. Die familiäre Arbeitsgemeinschaft denkt nicht nur neu, sondern auch weit und dreht nun das ganz große Transformationsding.

Dabei haben die Abu Graichens den deutschen Filz endlich auf Weltniveau gebracht. „Filz ist ein textiles Flächengebilde, das aus Schafwolle oder beigemischten Synthefasern besteht, die durch Filzen oder Walken verfestigt werden“, heißt es bei Wikipedia. Und wenn man lange genug filzt und walkt, dann kommt ein Qualitäts-Clan made in Germany heraus, der mindestens 20 Jahre hält. Und die deutschen Schafe schauen in die Röhre.

Sie legen sich nicht mit dem Staat an, sie sind der Staat

Für den konservativen Teil der grünen Wählerschaft ist es sehr schön zu sehen, wie konsequent traditionelle Familienwerte wieder entdeckt und bei Graichen & Family neu gelebt werden. Verwandtschaft – zumindest ideologisch – ist ein unausgesprochenes Gesetz, die Ablehnung der Rechtsordnung wird im familiären Interesse konsequent befördert – allerdings outgesourced an Klimakleber und Tagebaubesetzer. Die Abwertung der Opfer übernehmen befreundete Medien, bei den Öffis wird dreimal täglich ein Gebetsteppich ausgerollt, um Sonne und Wind huldvoll zu loben und zu preisen. Die Besetzung des öffentlichen Raumes durch Abu Graichen ist vollzogen, siehe oben Bundestagskennzeichen. Der „Unique Selling Point“ von Abu Graichen lautet, kurz gesagt: Sie legen sich nicht mit dem Staat an, sie sind der Staat. Und bei all dem sind sie fest im Glauben, vor allem dem an sich selbst, das Magazin Cicero attestiert „den Hochmut des Glaubenskriegers“.

Wie das etwa im Falle der Wärmepumpen-Gesetzgebung so vor sich geht, schildert die AfD-Abgeordnete Beatrix von Storch in einer kurzen Rede im Bundestag, denn auch dein Häuschen wird jetzt täglich neu versteigert. Die Heizungsgesetzgebung von Abu Graichen basiert auf einem religiösen Rechts- und Wertesystem, so eine Art grüne Sharia, die mir noch sehr ausbaufähig erscheint.

Die betroffenen Häuslebesitzer müssen sich aber nicht grämen, ihr Grund und

Boden ist ja nicht weg, er wird künftig nur für jemand anderen geheizt. Von Storch: „Sobald Sie am grünen Lack kratzen, Milliardäre, Milliardäre, Milliardäre“. Die Rede klingt mir ziemlich gerichtsfest formuliert. Die Rainers, Patricks und Verenas überfallen nicht die Schmuckabteilung, sie räumen gleich das ganze Kaufhaus des Westens ab. Seit letzte Woche fehlt übrigens auch die Heizungsfirma Viessmann in der Auslage.

Das Grüne Gewölbe ist für Anfänger – die richtig großen Jungs bevorzugen das Grüne Himmelreich – und machen mit der Weltrettung ein Angebot, das man nur schwer ablehnen kann. Das Verkaufsgespräch muss man sich wie folgt vorstellen.

Klingeln zwei nette Herren von der Abteilung Schutzgeld an der Haustür und sagen:

„Gute Frau, guter Mann, ihre Heizung ist ab sofort verboten.“

„Aber wir hätten hier eine Wärmepumpe im Angebot, macht so 75.000 bis 100.000 Euro – und wir lassen Sie in Ruhe.“

„Was? Können Sie nicht? Wollen Sie nicht?“

„Na gut, dann gibt's halt ein Bußgeld von 50.000 Euro und keine Wärmepumpe.“

Und dann im Weggehen:

„Sie haben, wie immer in diesem Land, die freie Wahl, wir sind schließlich eine Demokratie. Und noch einen schönen Nachmittag, auf bald.“

Nach zehn netten Gesprächen dieser Art hat die Arbeitsgemeinschaft Grünes Himmelreich schon mehr verdient als die Selbsthilfegruppe Grünes Gewölbe insgesamt. Ach ja: In Deutschland stehen alleine über 16 Millionen Einfamilienhäuser.

Die Prinzipien von Abu Graichen sind ebenso einfach wie erfolgreich, es gilt schlicht, die folgenden vier Schritte zu beherzigen: 1. Schaffe künstlich eine Notlage. 2. Verbiete strafbewehrt alle Möglichkeiten zu Selbsthilfe und Autarkie. 3. Schaffe dadurch eine noch viel größere Notlage, indem Du die Menschen in den Ruin und in die Verzweiflung treibst. 4. Regiere dann durch mit Notstandsgesetzen, weil es alternativlos ist.

Normalerweise kommt man ohne Zeugen aus

Robert Habeck lobte gerade seinen Staatssekretär: „Ohne die konsequente Art von Patrick Graichen wäre Deutschland heute in einer schweren Wirtschaftskrise.“ Es entzieht sich meiner Kenntnis, was im Wirtschaftsministerium in den

letzten drei Monaten geraucht wurde, um zu dieser Einschätzung zu kommen. Ich möchte die Aussage aber wie folgt korrigieren: Ohne die konsequente Art von Patrick Graichen wäre Deutschland heute in keiner schweren Wirtschaftskrise.

Habeck zählt auf: „Er hat in Windeseile das Gesetz zur Befüllung der Gasspeicher durchgebracht und die rechtzeitige Einspeicherung von Gas gewährleistet, den Bau von LNG-Terminals für eine sichere Gasversorgung vorangetrieben, den Gasversorger Uniper stabilisiert und alte Kohlekraftwerke zurück ans Netz geholt.“

Tatsache ist freilich: Graichen und seine Clanmitglieder haben die funktionierende deutsche Energieinfrastruktur in den vergangenen Jahrzehnten erfolgreich sabotiert und von russischen Gaslieferungen abhängig gemacht. Schon von 2001 bis 2012 war Graichen im Umweltministerium tätig und bereitete den großen Coup als Verhandler des Kyoto-Klima-Protokolls vor. Dem Wirken des Staatssekretärs und seines Umfelds ist zu verdanken, dass die energiegewendeten Deutschen zwei bis dreimal soviel für den Strom zahlen wie viele Nachbarn und das bei schlechterer Leistung, denn jetzt steigen auch noch die CO₂-Emissionen, weil Kohlekraftwerke für Atommeiler einspringen müssen. Finde den

Fehler! Oder: Durch welches Loch in der Abu Graichen-Pipeline entweichen die Milliarden und wo fließen sie hin?

Mit der Wärmepumpen-Erpressung sind sie jetzt am Ziel, nachdem sie mit dem Verbrennerverbot schon die deutsche Autoindustrie abgewickelt haben. Grüne Hedgefonds lassen indes die Champagnerkorken knallen wie dereinst Putin den Krimsekt beim Atomausstieg. Immer dabei: Abu Graichen und sein grüner Familienverband.

Der Wirtschaftsminister sah sich aktuell nun genötigt, ihm in der gerade geschilderten Form zur Seite zu springen, weil die Sache allmählich einen Geruch entfaltet wie jemand, der den Habeckschen Dusch-Tipps folgt („Meine Duschzeit habe ich deutlich verkürzt“). Graichen hatte Habeck angeblich erst zu Wochenbeginn darüber informiert, dass der von ihm als einziger Kandidat vorgeschlagene neue Geschäftsführer der bundeseigenen Deutschen Energie-Agentur (dena), Michael Schäfer, sein Trauzeuge war.

Sehr leichtsinnig, in dieser Branche kommt man normalerweise ohne Zeugen aus. Das wäre Abou-Chaker nicht passiert.

Dieser Artikel erschien zuerst bei Achgut.com

Zuwanderer-Kriminalität: Berlin, wir haben ein Problem

Die polizeiliche Kriminalstatistik für das Jahr 2022 offenbart alarmierende Zahlen: Von den etwa zwei Millionen Tatverdächtigen besaßen nahezu 784.000 keine deutsche Staatsangehörigkeit. Damit ist diese Gruppe, darunter vorwiegend Islamo-Migranten, weit überproportional vertreten. Auch die von überwiegend islamo-migrantischer Seite begangenen Messerattacken nehmen weiter zu. Darüber hinaus sind allein in Berlin seit Jahresbeginn über 600 Messerangriffe registriert worden – macht etwa acht pro Tag. Solange die Politik sich weigert, die Massenmigration besonders von islamischer Seite unter Kontrolle zu bekommen, und die Justiz sich unfähig oder unwillig zeigt, die Verursacher der Straftaten ohne falsche Zurückhaltung zu benennen sowie straffällig gewordene „Neubürger“ angemessen zu sanktionieren, wächst die Gefahr für Sicherheit und Leben der hier ansässigen Allgemeinheit ungebremst weiter. (JR)

Von Claudio Casula

Die vom BKA erfassten Daten über deutlich steigende Zahlen von Straftaten und Tatverdächtigen offenbaren ein ernstes Problem. Wir sehen: Die Kriminalität unter Ausländern und dabei insbesondere unter „Flüchtlingen“ ist dramatisch hoch.

5,628 Millionen Straftaten führt die polizeiliche Kriminalstatistik, über die Die Welt (hinter der Bezahlschranke) berichtet und Bild kolportiert, für das Jahr 2022 auf – das bedeutet einen Anstieg von 11,5 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Die gesamte Gewaltkriminalität stieg im Vergleich zum Vor-Corona-Jahr 2019 um 8,9 Prozent. Die Zahl der Tatverdächtigen stieg demnach insgesamt auf 2,09 Millionen (Anstieg um 10,7 Prozent). Von den zwei Millionen Tatverdächtigen besaßen 783.876 keine deutsche Staatsangehörigkeit (Anstieg von 22,6 Prozent).

Vor allem steigt der Anteil von kriminellen Zuwanderern – um satte 35 Prozent. Als „Zuwanderer“ definiert das Bundeskriminalamt (BKA) Personen mit dem Aufenthaltsstatus „Asylbewerber“, „Schutzberechtigter“, „unerlaubt aufhältig“ und „geduldet“. Sage und schreibe 310.062 Zuwanderer wurden im vergangenen Jahr als Tatverdächtige erfasst. Über 310.000 als „Flüchtlinge“ und „Schutzsuchende“ bezeichnete Menschen begingen im Laufe eines einzigen Jahres Straftaten (gemeldete Fälle, Dunkelziffer unbekannt). Damit ist diese Gruppe weit überproportional vertreten.

8.160 Messerangriffe wurden polizeilich registriert, ein weiterer Anstieg um 15,4 Prozent (2021: 7.071 Messerattacken). Diese Art der Gewaltkriminalität wird erst seit 2020 statistisch bundesweit erfasst – ein glasklares Indiz für die auch

von der Statistik bestätigte Zunahme dieses Phänomens, auch wenn sie von den „Faktencheckern“ dieses Landes immer wieder geleugnet oder mit wachsweißen „Erklärungen“ verbrämt wird.

Nachsicht und Milde bei der Justiz

Der überproportionale Anteil der „Zuwanderer“, die man insbesondere seit 2015 millionenfach ins Land ließ, an den Tatverdächtigen ist bei Achgut immer wieder thematisiert worden. So war dieser Tage zu lesen, dass in Berlin seit Jahresbeginn 635 Messerangriffe registriert wurden – macht etwa acht pro Tag. Wie aus einer Stellungnahme des Senats auf Anfrage der AfD hervorgeht, wurden 2022 insgesamt 3.317 Messerangriffe gezählt, dabei 2.428 mutmaßliche Täter ermittelt. Von diesen hatten 1.194 die deutsche und 1.234 eine ausländische Staatsangehörigkeit – wobei für die Statistiker jeder Mensch mit deutscher Staatsbürgerschaft als Deutscher zählt, unabhängig davon, ob er Doppelpass-Inhaber ist oder über Migrationshintergrund verfügt. Aber auch so schon stellen ausländische Straftäter hier die Mehrheit.

Wir reden jedoch nicht nur von zunehmenden Messerattacken, die mit der anhaltenden Migration korrelieren. Beispiel Gruppenvergewaltigungen: Die BZ Berlin berichtete kürzlich, dass seit 2020 in Berlin jährlich etwa 100 Fälle von sexuellem Missbrauch oder Vergewaltigung mit der Beteiligung mehrerer Täter angezeigt wurden. 2022 hatten 24 Verdächtige die deutsche und 45 Verdächtige eine andere Staatsangehörigkeit. Hier ist das Missverhältnis also noch dramatischer. Gegenüber Bild sagte der Vize-Chef der Bundespolizeigewerkschaft Manuel Ostermann: „Auch im Zusammenhang mit

der Migrationskrise wird das Problem steigender Gewalttaten deutlich. Die Statistik spricht da eine erschreckende, aber deutliche Sprache.“

Der steigende Anteil der „Zuwanderer“ um satte 35 Prozent lässt sich nicht allein mit ihrer steigenden Zahl erklären. Wohl dürfte sich unter den „Zuwanderern“ herumgesprochen haben, dass sie nicht nur keine Sorge vor Ausweisung haben müssen, sondern auch von der Justiz mit Samthandschuhen angefasst werden, sobald sie etwas ausfressen. Ein ums andere Mal werden milde Urteile verhängt, Bewährungsstrafen verfügt – wenn es überhaupt zu einer Verurteilung kommt, Stichwort „psychische Probleme“. Erst vor drei Wochen wurde in Osnabrück ein Syrer wegen Vergewaltigung eines 15-jährigen Mädchens zu einer Bewährungsstrafe von zwei Jahren verurteilt, denn, so Richter Hune in seiner denkwürdigen Begründung, der Syrer habe jetzt eine Wohnung und demnächst sogar einen Job: „Sie sind ja auf einem guten Weg, hier ein ganz normaler Mitbürger zu werden.“

Wir haben es mit einem ernststen Problem zu tun

So lange die Politik sich weigert, die Massenmigration unter Kontrolle zu bekommen, und die Justiz sich unfähig oder unwillig zeigt, straffällig gewordene „Neubürger“ angemessen zu sanktionieren, wächst die Gefahr für die Allgemeinheit weiter, Opfer der zunehmenden Kriminalität zu werden. Insbesondere junge Männer aus gewaltaffinen Kulturen nehmen einen Staat nicht ernst, der sich nur den eigenen Bürgern gegenüber autoritär aufzuführen weiß, und leiten daraus ein natürliches Recht

ab, sich wie die Axt im Walde zu benehmen. Das muss ein Ende haben.

Gleichwohl wird das Problem noch immer unter dem Deckel gehalten, offensichtlich, um die Mitverantwortung der Politik zu umschiffen. Aus guten Gründen schrieb Ahmad Mansour jedoch bereits Ende 2021 im Focus:

„Durch Ignoranz, Relativierung und verharmlosende Erklärungen kommen wir den Ursachen nicht näher, genau so wenig ist es die Aufgabe der Medien, aus erzieherischen und politischen Gründen Informationen von öffentlichem Interesse zu ignorieren.“

Um es klar zu sagen: Das Argument, man dürfe die Herkunft eines Täters nicht nennen, um keine Vorurteile gegen eine bestimmte Gruppe zu schüren, weshalb man jeden kriminellen Syrer, Afghanan oder Eritreer als einen anonymen „Mann“ vorstellt bzw. als „Bielefelder“ oder „Wuppertaler“ oder wahlweise sein Alter nennt, zieht schon lange nicht mehr. Wenn etliche Hunderttausend von Millionen hereingeströmten Migranten polizeilich auffällig werden, haben wir es mit einem ernststen Problem zu tun. Unsere Minister haben geschworen, Schaden vom Volk abzuwenden, nicht ihn zu vergrößern und die Bürger einem allmählich unkalkulierbaren Risiko auszusetzen, das muss ihnen jeden Tag, den sie im Amt sind, unter die Nase gerieben werden. Sie tragen die Verantwortung für die zunehmend unhaltbaren Zustände in diesem Land.

Claudio Casula arbeitet als Autor, Redakteur und Lektor bei der Achse des Guten.

Dieser Artikel erschien zuerst bei Achgut.com

Mediale Trump Verurteilung: Markus Lanz als moralische Instanz

Im ZDF-Late-Night-Talk bei Markus Lanz fanden sich, wie regelmäßig üblich, wieder einmal einschlägige Medienvertreter und Polit-Influencer ein, um die mediale Vorverurteilung und in trauter Übereinstimmung die Anklageerhebung gegen Donald Trump zu begrüßen. Die ebenfalls geführte Diskussion über den Umgang mit Fake News bezog sich natürlich nur auf die von den Teilnehmern behaupteten Fake-News der politischen Gegenseite und nicht etwa auf die eigenen. Flankiert wurde das Ganze dazu auch noch von einem einschlägig gegen Trump gesonnenen deutschen Amerika-Korrespondenten aus New York. Wie nicht anders erwartet, triefte die Sendung insgesamt vor einseitig Trump-feindlichen Angriffen und links-ideologischen Moral-Belehrungen. (JR)

Von Niels Betori Diehl

Bei Markus Lanz ging es am 4. April unter anderem um die Anklageerhebung gegen Donald Trump, später um den Umgang mit Fake News und Deep Fakes. Dafür hatte sich mal wieder eine politisch ausgewogene Runde zusammengefunden, bestehend aus Martin Knobbe vom Spiegel, Florian Flade von der Süddeutschen Zeitung und Linus Neumann vom Chaos Computer Club, der auch immer wieder den Poster Boy auf Facebook-Zitat-Kacheln von Georg Restles Propaganda-Format Monitor gibt. Den ersten Teil der Sendung dominierte fast ausschließlich der zugeschaltete, vor dem Gerichtssaal in New York postierte Korrespondent Johannes Hano, der von Lanz als „Amerika-Experte“ vorgestellt wurde und dessen Äußerungen folglich unwidersprochen blieben.

Die Sendung war ein Paradebeispiel dafür, wie abgeschirmt von jeglicher ihm unangenehmer Realität der Anstandsdeutsche lebt und wie sehr sein Weltbild von seiner Eigenwahrnehmung als Gerechtester unter den Gerechten geprägt ist — vor allem aber für einen immerwährenden, kaum verhohlenen deutschen Antiamerikanismus, der den Blick auf die tatsächlichen Konflikte und Verschiebungen, die sich gegenwärtig in den USA vollziehen, komplett verstellt, und der den Zug zum Autoritären hinter dem deutschen Bessermenschentum nur zu offensichtlich hervortreten lässt.

Anti-amerikanische Projektionen

Hano beginnt seinen Bericht mit einer Lobpreisung der New Yorker Justiz. Der Staatsanwalt Alvin Bragg, der zum Zeitpunkt der Sendung gerade die Anklage gegen Trump verlies, wolle „die Stadt hier sauber halten“, und das gelte eben für jeden. Bragg gehe es gar nicht um den Ex-Präsidenten, sondern nur ums Prinzip. Im Laufe der Sendung wird Hano keine Gelegenheit auslassen, Trump als Tyrannen zu charakterisieren, der nun endlich gedemütigt gehört — eine Charakterisierung, die angesichts Trumps Selbstverständnis als Man of the People und als deklariertes Feind autoritären Gehabes pure Projektion von Hanos Seite ist. Der Elitismus deutschen Schlages ist immer zwiespältig, er manifestiert sich immer im Zusammenspiel mit einer Sehnsucht nach Regelkonformität und, paradoxerweise, mit einem Hass auf jegliche Verkörperung des Besonderen.

Bragg selbst hat sich in seinem Amt vor allem damit ausgezeichnet, über die Hälfte der Verbrechenfälle in New York zu Vergehen herabzustufen, einschließlich bewaffneter Raubüberfälle und Drogenhandel, ganz im Sinne einer woken Reform des Strafrechts, während er die wildesten Verbiegungen unternommen hat, um aus Trumps angeblichem Vergehen 34 strafrechtliche Anklagen zu stricken. In New York stieg infolge von Braggs Soft-on-Crime-Kurs die Gewaltkriminalität 2022 um fast 30 Prozent im Vergleich zum Vorjahr, und in den amerikanischen



Die Diskussion bei Markus Lanz war einseitig und klar Trump-feindlich.

Medien haben die obsessiven Züge von Braggs Bemühungen gegen Trump mittlerweile zu einem seltsamen Konsens von links bis rechts geführt: Jeder, der verstehen will, weiß — jenseits der politischen Couleure —, dass das Endziel dieses Schauprozesses die Verhinderung einer zweiten Trump-Präsidentschaft ist.

Braggs ganzer Ehrgeiz ist es, sein bereits 2021 ausgesprochenes Wahlkampfversprechen, sich Trump „schnappen“ zu wollen („Get Trump“), zu halten. Dass es hier nicht um „Sauberkeit“ geht, so wie sich das Johannes Hano vorstellt, sondern um einen weiteren Akt in der Säuberungsaktion des Establishments gegen die MAGA-Bewegung, ist glasklar: Die Anklageerhebung gegen Trump ist ein persönlicher Rachefeldzug eines von George Soros unterstützten Vollstreckers einer Agenda der vollständigen Zersetzung der amerikanischen Gesellschaft, so wie sie nach der amerikanischen Verfassung von 1789 gediehen ist, und der Schaffung einer progressiven Biden'schen Dystopie. Allein schon deshalb stellt dieser Prozess mehr als einen Skandal dar. So sieht es übrigens auch Harvard-Rechtsprofessor und Bestsellerautor Alan Dershowitz, ein selbsterklärter stolzer Jude und Zionist, der über diesen Fall gerade ein Buch mit dem Titel „Get Trump“ herausgebracht hat. Ihn darf man — nach eigener Aussage — gerne zitieren, wenn bei Kritik an Soros mal wieder die Keule der vermeintlichen antisemitischen Verschwörungstheorie geschwenkt wird.

Ideologische Konformität in den Öffentlich-rechtlichen

Nichts von alledem ist bei den Gästen in Lanz' Studio auch nur ansatzweise an-

gekommen, und wie sollte es auch? Das Problem ist nicht bloß die ideologische Konformität in den Öffentlich-rechtlichen: der Mangel an jeglicher Nuance ist in Deutschland systemisch. Man nährt sich, was Amerika betrifft, weiterhin von uninformatierten Teilübersetzungen aus New York Times und Washington Post, man wiederholt die Talking Points von CNN und MSNBC. Nach den vielen Lücken in Braggs Anklage sucht man in deutschsprachigen Medien vergebens, obwohl seine Theorie, nach der Trump den wahren Zweck seiner Zahlungen an Stormy Daniels verheimlicht habe, auf Sand gebaut erscheint. Bragg behauptet, Trump hätte gezahlt, um seine Präsidentschaftskampagne 2016 zu schützen, und nicht um die Affären vor seiner Frau, seinen Kindern und Geschäftspartnern zu verbergen. Jedoch gibt es außer den fragwürdigen Aussagen von Trumps ehemaligem Anwalt Michael Cohen keine weiteren Beweise, die Braggs Behauptung stützen könnten. In der NZZ nimmt man trotzdem, wenn es um Trump geht, selbst halbseidene Gestalten wie Cohen reflexartig in Schutz. Kürzlich hieß es dort in einem Artikel, Trump habe Cohen als verurteilten Verbrecher und Meineidiger „verunglimpft“. Dabei hatte sich Cohen gerade in einem Interview für CNN selbst als solcher bezeichnet.

Trump wurde letztendlich mit der Begründung angeklagt, er hätte versäumt, offenzulegen, Schweigegeld gezahlt zu haben, um eine Affäre zu vertuschen. In einem Interview für The National Desk bemerkt Alan Dershowitz dazu, dass sich in der Geschichte der New Yorker Staatsanwaltschaft kein einziger vergleichbarer Fall findet. Dershowitz wendet sich im

Interview direkt an Bragg mit der Frage, warum jemand Schweigegeld zahlen würde, wenn er weiß, dass er sich am nächsten Tag öffentlich darüber äußern muss. Doch von Bragg sollte man sich keine Antworten erwarten. Auf der Pressekonzferenz nach der ersten Anklageerhebung gegen einen Ex-Präsidenten in der Geschichte der Vereinigten Staaten wird Bragg vor den Fragen der Journalisten einfach davonlaufen.

Unklar bleibt auch, warum das Verfahren anfänglich um eine Woche verschoben wurde. Trump habe die Staatsanwaltschaft und den Richter bedroht, weiß Johannes Hano, weshalb ein ordentliches Verfahren gar nicht möglich gewesen sei. Nirgendwo finden sich Belege für diese Behauptung, im Studio wird genickt. Markus Lanz legt noch genüsslich nach: den Richter Juan Merchan hätte es aufgrund seines Migrationshintergrunds „möglicherweise im Land von Donald Trump, Stichwort Mauer an der Grenze zu Mexiko“ gar nicht geben sollen. Die Tatsache, dass die Obama-Biden-Regierung lange vor Trump mit dem Bau des längsten Teils der „Mauer“ begonnen hatte, und der feine Unterschied zwischen legaler und illegaler Einwanderung wird hier elegant verschwiegen. Trump hasst Einwanderer, mehr brauchen wir nicht zu wissen — egal, wie viele Hispanics für ihn stimmen.

Häme und Halbwahrheiten

Wenn Lanz dann von Johannes Hano wissen will, wie es mit der Anzahl der Trump-Supporter vor Ort aussieht, richtet sich Hanos Häme gegen das, was er sich darunter vorstellt. Die Tatsache, dass die Präsenz von Pro-Trump-Protestlern vor dem Gericht eher bescheiden

ausgefallen ist, wird sarkastisch auf Armut zurückgeführt: Trump-Anhänger „können sich wahrscheinlich nicht mal die Parkgebühren leisten, wenn sie hier in New York mit ihren Trucks reinfahren.“ Im Studio, hochgezogene Augenbrauen und süffisantes Lächeln. Die Deplorables mal wieder.

Johannes Hanos wiederholte Beschreibung New Yorks als „eigener Kosmos“, als die Stadt der Anständigen, wo man „ein anderes Selbstbewusstsein“ habe als im Rest des Landes, ist pure, notdürftig kaschierte Verachtung für Amerika. Hano berichtet mit der Gravitas eines Grandseigners und in stillem Triumph, wie die New Yorker Polizei und der New Yorker Bürgermeister „relativ von oben herab klar gemacht“ hätten, dass Marjorie Taylor Greene, die zu Protesten gegen Trumps Anklage aufgerufen hatte, sich benehmen müsse, „denn das sei New York“ und wenn sie zu Gewalt aufrufe, komme sie ins Gefängnis. Plötzlich ist Rudy Giuliani Nulltoleranzstrategie wieder en vogue, und die Tatsache, dass Greene nicht irgendeine verrückte Trump-Supporterin ist, sondern zufällig auch den 14. Distrikt des Bundesstaats Georgia im Repräsentantenhaus der Vereinigten Staaten vertritt, bleibt unerwähnt. Hinzu kommt, dass New Yorks Bürgermeister Eric Adams in der erwähnten kurzen Rede zwar behauptet, Marjorie Taylor Greene verbreite Falschinformation und Hate Speech, er sich aber mit seiner Warnung, Gewalt werde nicht toleriert, keineswegs direkt an sie richtet—wahrscheinlich auch deshalb, weil Greene in ihrer gesamten politischen Karriere nie zu Gewalt aufgerufen hat.

Dann ist natürlich Fox News dran, von Lanz als „die Propagandamaschine von Trump“ bezeichnet, was wohl weder Fox News CEO Robert Murdoch so sehen dürfte noch Donald Trump selbst. Trump war vor seinem letzten Interview mit Fox-News-Fernsehmoderator Sean Hannity am 27. März für viele Monate auf dem Sender, der jetzt die Werbetrommel für Ron DeSantis rührt, nicht mehr willkommen. Bei Tucker Carlson würde allabendlich „gelogen, was das Zeug hält, und zwar deswegen, weil es schlicht und ergreifend einen Haufen Kohle bringt“, behauptet Lanz ohne näher darzulegen, um welche Lügen es sich genau handelt. „Das ist tatsächlich so“, bestärkt ihn Johannes Hano, „und wir dürfen eins jetzt mal nicht vergessen—und da muss man mal eine Lanze für den Öffentlich-rechtlichen Rundfunk brechen, in gewisser Weise: Die Medien hier [in Amerika] produzieren für Kunden und

für Märkte, wir Öffentlich-rechtliche, wir produzieren für Bürger und Gesellschaft, und können so gar nicht arbeiten.“ Man wäre „schon längst irgendwie gefeuert“ worden, so Hano, „das würd's bei uns so nicht geben“.

Auch er liefert keine Auflösung darüber, um welche Lügen es hier genau gehen soll, und das gilt auch für den weiteren Verlauf einer Sendung, die sich u.a. mit dem Thema Fake News befassen will. Stattdessen bricht ein Mitarbeiter des ZDF eine Lanze für sich selbst und die Rundfunkanstalt, bei der er angestellt ist. Und für die dreieinhalb Millionen Zuschauer der Sendung Tucker Carlson Tonight hat Hano auch eine Diagnose parat: Diese Leute „wollen diese ganzen Lügen hören, weil sie in ihr Weltbild passen“. Das sei „ein riesiges psychologisches Problem, dass die Medien hier massiv angeheizt haben“.

„Und vor allen Dingen ein Problem, mit dem der Name Tucker Carlson verbunden ist“, kommentiert Markus Lanz zur Einleitung eines Ausschnitts aus der Sendung, in der Carlson bis dahin unter Verschluss gehaltenes Videomaterial zum 6. Januar 2021 zeigt, und in dem man unter anderem sehen kann, wie der als Wikinger verkleidete Jacob Chansley von Polizeibeamten freundlich durch das Kapitol begleitet wird. „Wer glaubt so was, Johannes?“, fragt Lanz im Anschluss Hano, der mit gespielter Ratlosigkeit gekünstelt lachend entgegnet: „Es ist mir ein Rätsel, ganz ehrlich. Denn wenn man die Bilder vom Kapitol sieht, wenn man sieht, wie das zerstört worden ist... Wenn man sieht, dass dort der Parlamentsdienst mit Waffen in der Hand die Abgeordneten verteidigen musste gegen gewaltsame Demonstranten, dann kann man da eigentlich gar nicht gegen sprechen.“

Die zwei reden über Bilder, die sie, wie alle anderen auch, gerade gesehen haben. Aber diese Bilder existieren nicht wirklich, weil sie von Tucker Carlson gesendet wurden. Die Zerstörung des Kapitols, die dagegen nie stattgefunden hat, ist jedoch real, weil die Qualitätsmedien immer wieder davon berichtet haben. Und dass die Trump-Supporterin Ashli Babbitt erschossen wurde und zu Tode kam, soll auch unerwähnt bleiben. Wenn Carlson Material aus dem Inneren des Kapitols zeigt, wird das, was außerhalb passiert ist, als Gegendarstellung herbeigezogen. Dass Carlson nie bestritten hat, dass es Rangeleien und Chaos gegeben hat, dass er das Verhalten der Protestler von Anfang an verurteilt hat, interessiert nicht oder ist nicht bekannt.

Richtige und falsche Fake News

Lanz fragt Hano, wohlgermerkt im Jahr 2023, ob es mittlerweile in den USA eine Debatte darüber gäbe, „wie man sozusagen Fake News verhindern kann“ und „wie man wieder einen unabhängigen Journalismus hat“, der seine Rolle wieder erfüllt. Und Hano: „Es gab diese Debatte, wie man dem entgegenarbeiten soll, und es sind vor allem die großen Zeitungen gewesen, Washington Post und New York Times, die gesagt haben, wir müssen hier mehr investigativ arbeiten. Ich persönlich würde das, was Fox News macht, nicht als Journalismus bezeichnen.“ Wieder müssen wir Hano einfach glauben, wieder einmal scheinen Belege überflüssig zu sein, denn hier geht es um Haltung und Haltung allein. Die von Fox News verbreitete „Legende der Wahlfälschung“ wird kurz vom Politikressortleiter vom Spiegel Martin Knobbe erwähnt, doch auch mit dem Thema beschäftigt man sich hier nicht wirklich, es ist bereits alles gesagt.

Genauso wenig beschäftigt man sich damit, dass die im Laufe der Sendung wiederholt und mit großer Besorgnis erwähnte russische Einmischung in die US-Wahlen 2016 größtenteils selbst zu der Kategorie Fake News gehört und gezielt zur Diskreditierung der Trump-Regierung eingesetzt wurde — was die ins Leere führende Mueller-Untersuchung und der Schwindel des Steele Dossiers gezeigt haben. Während Hillary Clinton nie müde wird, haltlos Trump zu beschuldigen, mit russischer Hilfe die Wahl 2016 gestohlen zu haben, spricht seit Trumps Vorwurf der Fälschung durch manipulierte Wahlmaschinen bei der Präsidentschaftswahl 2020 niemand mehr über die nur ein Jahr zuvor von den Demokratischen Senatorinnen Elizabeth Warren und Amy Klobuchar initiierte Untersuchung von Schwachstellen und Unzulänglichkeiten in der Wahltechnologiebranche mit Verbindungen zu Private Equity. Es gibt die richtigen Fake News und die Falschen.

Der Mohawk-tragende Linus Neumann vom Chaos Computer Club kommt die Aufgabe zu, mit nieselnder Stimme den schlauen Punkt des Abends zu bringen, den Moment der Erkenntnis, der Markus Lanz zu einem bewundernden „Ach, interessant!“ verleiten wird: „Was mir auffällt, ist, wir sitzen hier in einer Runde von Menschen, denen irgendwie an der Wahrheit gelegen ist. Wir haben aber gerade viel darüber gesprochen, dass es eine ganze Menge Leute gibt, denen es gar nicht vielleicht unbe-

dingt an der Wahrheit gelegen ist.“ Neumann bezeichnete es als eine „schlimme Krise“, dass es Leute gibt, die womöglich an Donald Trumps Unschuld glauben, obwohl dieser „mit 34 Anklagepunkten vor Gericht geht“. Hier ist er ganz auf Linie mit einem Tweet der ehemaligen Sprecherin des Repräsentantenhauses der Vereinigten Staaten Nancy Pelosi, in dem sie Trumps Anklage mit den Worten kommentiert: „Niemand steht über dem Gesetz, und jeder hat das Recht auf einen Prozess, um seine Unschuld zu beweisen.“ Die Unschuldsvermutung gilt für politische Gegner der Demokraten nur noch auf dem Papier. Neumann fährt fort und bringt seine Sorge über eine Gesellschaft zum Ausdruck, „die auf einmal glauben kann, was sie will, und der es auch einfach gemacht wird, zu glauben, was man will, und auch alles, was man sieht, nicht zu glauben.“ Wie Hano, pathologisiert auch er die Abweichler vom Konsensdenken: „Würde das auf eine gesunde Gesellschaft stoßen, dieses Phänomen, dann müssten wir uns nicht solche Sorgen machen.“

Den Trump-Anhängern würden, nach sowjetischem Vorbild, so viele Lügen erzählt, dass sie gar nicht mehr wüssten, was die Realität ist, erklärt Florian Flade von der Süddeutschen Zeitung. „Und am Ende zweifelst Du das ganze System an, oder auch, ob eine Wahl richtig und ehrlich und sauber stattgefunden hat oder eben nicht. In den USA ist ja das Erschreckende, dass das übernommen wurde, und zwar vom Präsidenten.“ Flade behauptet, die Frage nach den „Einflussagenten Moskaus“ sei womöglich die falsche, da der Agent „vielleicht im Weißen Haus“ gesessen habe. Wir sind nun gänzlich bei der Verschwörungstheorie gelandet, nur diese ist eben öffentlich-rechtlich wasserdicht. Im Jahr 3 nach Covid sitzen Linke in Talkshows und beklagen, dass die Bürger eines freien Landes Zweifel am System und an seiner Funktionsweise erheben könnten. Nicht verwunderlich, für die, die aufgepasst haben.

Schließlich bringt Linus Neumann noch ganz überraschend eine eher konservative Kategorie ins Spiel, einen nicht näher definierten „Wertekanon“, den es gelte, den Menschen näherzubringen, damit sie ihn „leben können“. Es werde aber „nicht funktionieren, sie zu bevormunden—leider nicht. Oder zum Glück nicht. Oder vielleicht funktioniert's auch, aber dann müssen wir unsere demokratischen Werte aufgeben.“ Alles klar! Worüber man halt so diskutiert, im ZDF-Abendprogramm.

Keine Zeitung ohne Leser: Wir freuen uns auf Ihre Leserbriefe!

**Senden Sie uns Ihren Leserbrief an folgende Mailadresse:
leserbriefe@juedische-rundschau.de**

Einsendungen über diese Mailadresse können sowohl in der Printausgabe der Jüdischen Rundschau als auch online veröffentlicht werden.

Die Jüdische Rundschau behält sich vor, zu entscheiden, welche Leserbriefe erscheinen und welche nicht.

Die Redaktion behält es sich außerdem vor, die Leserbriefe sinnwährend zu kürzen.

Für die Veröffentlichung muss der Leserbrief bitte mindestens folgende Angaben enthalten:

- Auf welchen Artikel bezieht sich der Leserbrief und in welcher Ausgabe ist der Artikel erschienen?
- Ihr Vor- und Nachname sowie der Wohnort (werden veröffentlicht)
- Ihre Anschrift (wird nicht veröffentlicht)

Ihre vollständige Anschrift ist wichtig, da der Leserbrief sonst als anonym gelten muss und damit nicht veröffentlicht werden kann.

Wir lesen alle Briefe sorgfältig, auch wenn wir sie nicht alle beantworten können.



Ein weiterer fataler Schritt in Richtung Energienotstand: Deutschland nimmt seine letzten Atomkraftwerke vom Netz

Ausgerechnet in dem Land, in dem die Kernspaltung entdeckt und sogar eine nukleare Kreislaufwirtschaft entwickelt wurde, gingen am 15. April die letzten drei Atomkraftwerke vom Netz. Berechtigte, auch von Seiten der Jüdischen Rundschau von Beginn an vorgetragene, Bedenken aus Wirtschaft und Wissenschaft, das Risiko von Ausfällen oder Einschränkungen der Energieversorgung könnte ein faktischer Todesstoß für das Industrieland Deutschland sein, wurden und werden von den grün-linken Klima-Ideologen der Ampel-Regierung kenntnisfrei und in ideologisch verrannter System-Change-Absicht in den Wind geschlagen. Der grüne Bundeswirtschaftsminister und ehemaliger Kinderbuchautor Robert Habeck hält ignoranter Weise an der Ideologie der Unabkehrbarkeit des Atomausstiegs und damit am Selbstzerstörungskurs Deutschlands fest. Wie sinnentleert und mit doppelter Moral behaftet sein Vorgehen ist, belegt seine nahezu zeitgleiche, mehr als merkwürdige Aussage zu den tatsächlich Sicherheitsbedrohten Kernkraftwerken in der Ukraine: ‚weiterlaufen lassen‘, „die Dinger sind ja gebaut“. Mehr an ideologischer Ignoranz und Fehlbesetzung im Amt hat die Bundesrepublik bislang nicht erleben müssen. (JR)

Von Holger Douglas

Eine in über 120 Jahren von klugen Ingenieuren aufgebaute Versorgung mit preiswertem und verfügbarem Strom wird in wenigen Jahren durch Ideologen zerstört. Und zwar am liebsten „unumkehrbar“: Die Nachfahren sollen es möglichst schwer haben, wieder eine halbwegs funktionierende Energieversorgung aufzubauen.

Am 15. April endete nach rund 60 Jahren die Nutzung der Kernkraft für die Produktion von Strom. Vorerst – wenn die Energienöte zu groß werden, dürfte sich das Blatt schnell wieder wenden. Nur ist bereits jetzt nahezu sämtliche kern-technische Kompetenz aus dem Land verschwunden, in dem Kernspaltung entdeckt und sogar eine nukleare Kreislaufwirtschaft entwickelt wurde. Das künftige energiehungrige Deutschland wird Kernkraftwerke aus dem Ausland kaufen und hierzulande betreiben lassen müssen.

Fast zwei Drittel der Deutschen sprach sich in Umfragen kernkraftfreundlich für einen weiteren Betrieb aus. Sehr spät dämmerte das heraufziehende Desaster auch der Wirtschaft. Peter Adrian, Präsident der Deutschen Industrie- und Handelskammer, befürchtet einen Standortnachteil für Deutschland, steigende Kosten und Probleme bei der Energieversorgung. »Das in Deutschland bislang unbekannte Risiko von Ausfällen oder Einschränkungen der Energieversorgung ist ein Standortnachteil, der in einem Industrieland durch nichts ausgeglichen werden kann«, so Adrian gegenüber der Rheinischen Post. Deshalb würden weite Teile der deutschen Wirtschaft darauf setzen, funktionsfähige Atomkraftwerke bis zu einem Ende der Krise in Betrieb zu lassen.

Auch Bild fragt bang: Wo soll künftig der Strom herkommen? Der derzeitige Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck hält den sogenannten Ausstieg für »unumkehrbar« – natürlich ist nichts unumkehrbar – und meint, die Versorgungssicherheit in Deutschland sei gewährleistet. Zu den Kernkraftwerken in der Ukraine hat er noch gemeint, »weiterlaufen lassen«, »die Dinger sind ja gebaut«. Mehr Idiotie geht kaum.

Zunahme des Kohlendioxid-Ausstoßes

Vor einer Zunahme des Kohlendioxid-Ausstoßes nach dem sogenannten Atomausstieg warnt jetzt auch der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) unter der grünen Kerstin Andreae. Gegenüber der Rheinischen Post sagte sie, die Gefahr länger laufender Kohlekraftwerke nehme zu. Immerhin erspart ein Kernkraftwerk mit einer Leistung von 1 GW gegenüber einem Kohlekraftwerk mit 1 GW etwa 10 Millionen Tonnen CO₂.

Auf die paar Gigawatt Leistung aus den letzten drei Kernkraftwerken komme es jetzt auch nicht mehr an, meinte noch der Vorstandsvorsitzende des Energiekonzerns



Eine Ära geht zu Ende: Am 15. April gingen die letzten drei Atomkraftwerke in Deutschland vom Netz.

RWE, Markus Krebber. In einem Interview sagte er vor kurzem: »In der gesamten europäischen Energieversorgung machen die gut vier Gigawatt Leistung der drei letzten deutschen Kernkraftwerke keinen Unterschied«. Die Politik habe entschieden, dass Ende April abgeschaltet werde. »Wir setzen das nun um.«

Klar ist: An Kernkraftwerken haben die deutschen Energieversorger die Lust verloren, zu wild geht es hin und her, das ist schlecht fürs Geschäft, vor allem, da es sich bei Kernkraftwerken um große Industrieanlagen handelt, die man nicht eben nach Belieben ein- oder ausschalten kann wie einen Teekoher. RWE beispielsweise hat erkannt: Für Windräder gibt es so unfassbar viel Geld vom Staat, dann werden eben Windräder »noch und nöcher« (Claudia Kemfert) gebaut und daran wird prächtig zulasten der deutschen Stromverbraucher verdient. Für Krebber steht übrigens fest: Deutschland wird Energieimportland bleiben.

Die FDP-Bundestagsfraktion forderte, die letzten drei Kernkraftwerke noch mindestens ein Jahr in einem betriebsbereiten Zustand zu halten, damit sie wieder hochgefahren werden könnten. Dem hielt Habeck entgegen: »Wir setzen mit dem Atomausstieg um, was Union und FDP 2011 beschlossen haben.«

Fest steht: Noch nie hat ein Land freiwillig seine Energieversorgung abgeschaltet und zerstört. Das, was fremde Armeen zuerst in Feindesland tun, nämlich die Energieversorgung anzugreifen und lahmzulegen, erledigen „Grüne“ im eigenen Land. Nach dem politischen Geplänkel ist die Frage, wie schnell grüne Truppen die Kühltürme in die Luft sprengen wie dies Baden-Württembergs Ministerpräsident Kretschmann getan hat, als der letzte Block des Kernkraftwerkes Philippsburg abgeschaltet wurde. Es sollen so schnell wie möglich Fakten geschaffen und verbrannte Erde hinterlassen werden. Die Nachfahren der grünen zerstörerischen Hardcore-Ideologen sollen es

möglichst schwer haben, wieder eine halbwegs funktionierende Energieversorgung aufzubauen. Sie träumen von Beschlüssen für die Ewigkeit, der Begriff »unumkehrbar« taucht nicht zuletzt deswegen so häufig auf. Doch unvorstellbar, dass ein Land auf Dauer auf die Nutzung einer der vier Naturkräfte verzichten kann.

Der Ausstieg hat viele Mütter und Väter

Wobei – dies muss präzisiert werden –, es waren nicht nur die Grünen, sondern die CDU, die letztlich das Werk der Kernkraftwerksvernichter besorgt hat. Die Grundlagen für die Nutzung der Kernkraft wurden unter anderem 1955 gelegt, als das Bundesministerium für Atomfragen gegründet wurde, dem Vorläufer des Forschungsministeriums. Übrigens wollten seinerzeit auch die Sozialdemokraten Kernkraftwerke. Der Mensch solle sein Leben im atomaren Zeitalter erleichtern, von Sorgen befreien und Wohlstand für alle erschaffen, so schrieben sie 1959 in ihr Godesberger Programm, wenn er die Macht über die Naturkräfte nur für friedliche Zwecke einsetzen.

Der Ausstieg hat allerdings viele Mütter und Väter. Bereits 1998 beschlossen die Grünen, in deren DNA „Atomkraft – nein, danke“ angelegt ist, in einem Grundsatzpapier, die Kernkraftwerke sollen abgeschaltet werden. Im Jahr 2000 unterschrieb dann mit Gerhard Schröder als Chef der rot-grünen Bundesregierung ein anderer Sozialdemokrat die Ausstiegsvereinbarung mit den Stromerzeugern. 2008 dann wollte wieder eine Mehrheit, dass die Kernkraftwerke weiter betrieben werden. Der damalige CDU-Generalsekretär Pofalla bezeichnete die Atomkraft gar als »Ökoenergie«. Nicht nur die Kernkraftwerke, sondern auch die Kohlekraftwerke sollen gleich mit abgeschaltet werden – diesmal aus angeblichen Klimaschutzgründen. Am 3. Juli 2020 dann im Bundestag der Beschluss, die sogenannte Kohleverstromung zu verbieten, also die

Verbrennung der Kohle in Kraftwerken, um Strom und teilweise Fernwärme zu erzeugen.

Dem stimmte übrigens SPD-Mann Michael Vassiliadis von der Gewerkschaft IG-Bergbau Chemie Energie zu; der saß mit in den entscheidenden Kommissionen und beschloss den Kohleausstieg mit. Vorteil: Er kann verhindern, dass rund 30.000 Gewerkschaftsmitglieder gegen die Vernichtung ihrer Arbeitsplätze und für die Weiterverwendung der Braunkohle auf die Straßen gehen, wenn sie gemerkt haben, wie sehr sie angeschwindelt wurden. Jetzt fordert Vassiliadis massive Subventionen für zu teure Energie, noch mehr Windräder und plädiert massiv für die Illusion »Wasserstofftechnologie«.

Gepflastert war der Weg mit »Ethikkommissionen«. Die »Ethikkommission für eine sichere Energieversorgung« sollte für Merkel den Atomausstieg rechtfertigen. Anlass: jener Tsunami, bei dem auch die japanische Kernkraftwerksanlage Fukushima beschädigt wurde.

Rohstoffmangel

Keine Frage: Künftig wird auch Deutschland nicht darum herumkommen, weitere Kohlekraftwerke in Betrieb zu nehmen. Kohlebefeuerte Kraftwerke und eher weniger Kernkraftwerke sind weltweit auf dem Vormarsch. China mit seinem enormen Energiehunger zum Beispiel hat Kernkraftwerke mit lediglich 50 GW Leistung in den vergangenen 25 Jahren aufgebaut, im Jahr 2020 aber allein 40 GW an Kohlekraftwerkskapazität. Aus Russland ist in absehbarer Zeit kein preisgünstiges Erdgas mehr zu erwarten, von den vier Röhren Nord Stream 1 und 2 ist lediglich eine noch vorhanden. Reparaturen sollen möglich sein, sind aber unter den gegenwärtigen politischen Vorzeichen illusorisch. Die Mengen an verflüssigtem Erdgas (LNG) sind weltweit gering und zu teuer, um wesentliche Anteile an der Energieversorgung Deutschlands zu übernehmen.

Das trifft auch die chemische Industrie ins Mark, bei der Erdgas immer mehr das Rohöl als Rohstoff ersetzt. Statt wie bisher die Kohlenwasserstoffketten des Erdöls zu cracken, werden immer mehr Produkte aus den Kohlenwasserstoffmolekülen des Erdgases zusammengebaut. Synthetisieren anstelle von Cracken ist eine elegante Lösung in dem molekularen Legospiel bei BASF, Bayer und Co. Doch wenn Erdgas fehlt, fehlt nicht nur die Energiequelle, sondern auch der Rohstoff. Dass mit Windrädern und Photovoltaikanlagen fehlendes Öl, Gas oder Kohlekraft oder Kernkraft ersetzt werden kann, können nur Hardcore-Grüne glauben.

Nein, es passt nichts mehr zusammen. Da sind einstürzende Kraftwerke und Abschaltung der letzten drei Kernkraftwerke nur der letzte Tropfen auf dem heißen Stein.

Dieser Artikel erschien zuerst bei Tichys Einblick.

Die größten „Wendehälse“ beim Atomausstieg

Viele Politiker wittern beim Thema Atomausstieg politisches Oberwasser und vergießen öffentlichkeitswirksam „radioaktiv strahlende“ Krokodilstränen. Wechselstimmungs-konform seien sie schon immer für den Weiterbetrieb der Atomkraftwerke gewesen, verschweigen aber ihre frühere Komplizenschaft bei der Merkel'schen Besiegelung des Endes der Kernenergie in Deutschland. Unter ihnen auch die wegen der vollständigen Ermangelung an Sachkompetenz der grünen Politik bereits als kompetent geltenden sogenannten Querschläger Friedrich Merz, Wolfgang Kubicki oder Markus Söder. Die JR und ihr Herausgeber, Dipl.-Chem. Dr. Raphael Korenzecher, haben nach dem, wegen des japanischen Fukushima-Unfalls, erfolgten Atomausstiegsbeschluss Angela Merkels, vom ersten Tag an, vor einer Abschaltung dieser wichtigen und sauberen Energiequelle gewarnt. Ganz besonders in unserem, ach so schrecklich von Erdbeben und Tsunamis gefährdetem Land. (JR)

Von Marco Gallina

Der eine spricht von der „dümmsten Energiepolitik der Welt“, der andere von einem „schwarzen Tag“. Doch viele der Politiker, die der Kernenergie nachweinen, haben sich früher weggeduckt, gewähren lassen oder waren sogar aktive Unterstützer des Atomausstiegs.

Es gibt sie, die radioaktiv strahlenden Krokodilstränen. Dass die Grünen dem 15. April entgegenjauchzen, darf keinen überraschen; sie eifern diesem Ziel seit Jahrzehnten entgegen. Anders sieht es bei den Parteien aus, die nun behaupten, schon immer für einen Weiterbetrieb gewesen zu sein, oder nun zumindest den Ausstieg beklagen – obwohl sie diesen mitgetragen haben. TE stellt fünf Personalien vor.



Politiker treffen populistische Entscheidungen, dies ist keine Neuigkeit...

#6 Christian Dürr

Christian Dürr ist der Fraktionsvorsitzende der FDP im Deutschen Bundestag. Auf Twitter beklagt er: „Die beste Option wäre der Weiterbetrieb der Kernkraftwerke gewesen. Dafür gibt es leider keine Mehrheit. Die zweitbeste Option ist es, immerhin nicht sofort mit dem Rückbau zu beginnen. So sind wir auf mögliche Energieengpässe in der Zukunft besser vorbereitet.“

Schöne Worte. Doch sie haben wenig Substanz. Als die CDU/CSU-Fraktion am 31. März einen Gesetzesentwurf in den Bundestag einbringt, der eine Laufzeitverlängerung vorsieht, lehnen die Vertreter der Ampel-Koalition geschlossen ab. Neben der Union stimmt auch die AfD zu. Insgesamt stimmen 247 Abgeordnete für, 397 Abgeordnete gegen die Laufzeitverlängerung. Hätten die anwesenden 79 Abgeordneten der FDP für eine Laufzeitverlängerung gestimmt, wäre diese Abstimmung 326 zu 318 ausgefallen – eine knappe Mehrheit für die Kernkraft. Christian Dürr hat an diesem Tag wie fast alle seine Kollegen gegen eine Verlängerung gestimmt. Nur Nicole Bauer enthielt sich.

#5: Friedrich Merz

Der CDU-Chef beklagt immer wieder den Ausstieg und setzt sich für längere Laufzeiten ein. Es gebe im Ausland kaum jemanden, „der Verständnis dafür hat, dass Deutschland in der größten Energiekrise seit Jahrzehnten drei sichere, CO₂-freie Anlagen der Energieerzeugung abschaltet und dafür wieder auf Kohle und Gas setzt“.

Doch wie so häufig bleibt auch dieser Appell von Merz höchstens halbherzig. Denn schon im Dezember 2022 hatte der Saarländer in einer Schaltkonferenz gesagt, dass ein Weiterbetrieb der Atomkraftwerke wegen fehlender Brennstäbe nicht möglich sei. Der Ausstieg im April sei also endgültig. Auch das ist wieder ein typisches Merz-Manöver: Obwohl Merz im Grunde weiß, dass es nicht geht, stellt die CDU dennoch einen Antrag am 31. März, die Kraftwerke weiterlaufen zu lassen. Glaubte er nun daran, oder doch nicht?

#4: Wolfgang Kubicki

Wer laut poltert, muss auch einstecken – das gilt auch für den Bundestagsvizepräsidenten Wolfgang Kubicki. Er warnte vor dem „dramatischen Fehler“, den der Atomausstieg bedeute, spottete über die

„dümmste Energiepolitik der Welt“, wie sie das Ausland nennen würde. Die Abschaltung der Kernkraft werde „schmerzhafte ökonomische und ökologische Konsequenzen haben“, konstatierte der FDP-Mann.

Doch die Sache hat einen Haken. Denn Kubicki hat wie sein Kollege Christian Dürr bei einem Antrag zur Laufzeitverlängerung diesen abgelehnt. Zur Erinnerung: Mit einer CDU/CSU-FDP-AfD-Mehrheit wäre die Laufzeit am 31. März bis Ende 2024 verlängert worden. Doch Fraktionsdisziplin hatte wie immer die Oberhand gegenüber pragmatischer Politik und dem freien Gewissen des Abgeordneten bei der Abstimmung. Bei einem ähnlichen Antrag aus dem Juli 2022 hatte Kubicki sich wenigstens noch zu einer Enthaltung durchringen können.

#3: Jens Spahn

Spahn macht in diesen Tagen Furore. Bei n-tv bezeichnet er den 15. April als „schwarzen Tag“ für den Klimaschutz. Er fordert eine Laufzeitverlängerung bis 2024. Sogar den Neubau von Atomkraftwerken wollte er nicht ausschließen. Zuletzt appelliert er gar an die FDP, den Atomausstieg in der Regierung zu verhindern. „Denn die FDP hat ja recht – und da, wo sie recht hat, wollen wir sie ausdrücklich unterstützen.“

Ratschläge aus der Opposition an die Regierung. Da kann man natürlich fragen: Wie lange ist eigentlich die letzte CDU-Regierung her? Und welche Rolle spielte Spahn in dieser? Die CDU hat das Land seit dem Beschluss des Atomausstiegs kontinuierlich regiert. Aber nun, da sie nicht mehr an der Macht ist, sollen es andere richten? Gab es für Spahn zuvor keine Möglichkeit, das Thema anzusprechen?

Es ist nicht das einzige Mal in seiner Karriere, in der Spahn seine politische Vergangenheit von sich wegschiebt. So wenig, wie wir von Spahns Verantwortung während der Corona-Krise hören, so wenig hören wir von seiner Verantwortung für den Atomausstieg. Dabei gab es doch mal eine CDU/CSU-FDP-Koalition – nämlich damals, als der Atomausstieg beschlossen wurde. Von fünf Ausnahmen abgesehen, stimmte die Union durchweg für den Atomausstieg am 31. Dezember 2022. Von den 513 Abgeordneten, die damals für das Ende der Kernkraft in Deutschland

stimmten, war einer – Jens Spahn.

#2: Markus Söder

Wie heißt es so schön: ein Mann, ein Wort – ein Söder, viele Worte. Der bayrische Ministerpräsident steht heute an vorderster Front in der Schlacht um Isar 2. Neuerlich gilt es, den norddeutschen Furor mit bayerischer Stärke zu verteidigen. Das letzte Wort, so poltert der verhinderte Prinzregent, sei noch nicht gesprochen. Der AKW-Ausstieg sei eine „absolute Fehlentscheidung“. Es handle sich um eine „energiepolitische Sünde“ und „reine Willkür“.

An dem Bild ist nicht nur schief, dass Söder Franke, und kein Bayer ist; denn Söder war einer der schärfsten Befürworter des Ausstiegs im Jahr 2011. Die FDP, die in Bayern gerne längere Laufzeiten durchgesetzt hätte, setzte er unter Druck, drohte gar mit Rücktritt als damaliger bayerischer Umweltminister, wenn der Ausstieg nicht im Jahr 2022 stattfinde. Die Süddeutsche Zeitung berichtet von den Verhandlungen zwischen CSU und FDP in Bayern im Mai 2011, die in einer Zerrüttung enden, weil Söder kompromisslos mit dem Koalitionspartner umgeht:

„Der Auftritt an diesem Tag ist eine einzige Provokation von Markus Söder. Der Umweltminister der CSU hat sich für diese wichtige Sitzung des bayerischen Kabinetts eine grüne Krawatte umgebunden. So gibt sich Söder seit dem Reaktorunfall von Fukushima, grün bis zum Hals. [...] In dieser aufgeheizten Stimmung meldet sich Teilnehmern zufolge Markus Söder zu Wort, und wirft der FDP vor, Politik gegen Mehrheiten zu machen. Und dann wird er an diesem Vormittag noch sehr deutlich. Sollte sich Bayern auf einen späteren Zeitpunkt für den Atomausstieg als 2022 festlegen, habe ‚dies tiefgreifende Konsequenzen‘ für das Kabinett und auch für ihn ‚ganz persönlich‘.“

Söder rechtfertigt sich. Die Welt habe sich verändert. „Das zwingt uns, alte Entscheidungen zu überdenken“, sagt Söder. Auch das ist eine Parallele zu Jens Spahn. Dass man auch Verantwortung für vergangene Entscheidungen – nicht nur beim Atomausstieg – tragen könnte, das kam Söder damals wie heute nicht in den Sinn. Wer dauernd falsche Entscheidungen trifft, die er revidieren muss, ist möglicherweise für ein so hohes Amt ungeeignet, hätte aber

eine Karriere als hervorragende Windfahne in Aussicht.

#1: Christian Lindner

Er profiliert sich seit Monaten als vermeintlich rationaler Leuchtturm der Ampel, der am liebsten wollte, wenn er denn nur könnte. Im September letzten Jahres forderte der FDP-Chef einen Weiterbetrieb der drei verbliebenen Meiler bis 2024 – nachdem seine FDP einen Antrag der CDU/CSU zum Weiterbetrieb bereits einmal abgeschmettert hatte. Auch am 31. März votierte Lindner wie Dürr und Kubicki gegen den CDU/CSU-Antrag, obwohl es numerisch für eine Verlängerung gereicht hätte, hätten die Liberalen dem Antrag zugestimmt.

Was Lindner zur Nummer 1 macht, ist aber nicht nur das aktuelle Verhalten und seine größere Verantwortung als FDP-Parteichef und Bundesfinanzminister. Denn Lindner war – wie heute oftmals vergessen – als Generalsekretär eine beteiligte Kraft hinter dem Atomausstieg 2011. Es war Lindner, der als einer der ersten bei der FDP lospreschte.

Kurz nach den verlorenen Landtagswahlen im März 2011 erklärte er, dass die damals vorübergehend stillgelegten Atomkraftwerke endgültig stillgelegt werden müssten. „Eine Übertragung von Reststrommengen auf jüngere Meiler solle es nicht geben. Das sei ‚politisch nicht vorstellbar und nicht wünschenswert‘“, zitiert der Spiegel Lindner damals. Und weiter: „Lindner sprach sich für eine sofortige Vereinbarung mit der Atomindustrie aus, in der die Abschaltung der AKW verbindlich festgeschrieben wird. Jetzt müsse ‚rasch Rechtssicherheit‘ geschaffen werden.“

So viel Forschheit sorgte in der FDP, die damals noch zögerte, für Aufsehen. Es kam nicht bei allen Liberalen gut an. Vize-Bundesvorsitzende Walter Döring wies den erst 32 Jahre alten Generalsekretär zu recht: „Was Lindner da über Nacht verkündet hat, einfach mal ein Atomkraftwerk abschalten, das ist doch Kokolores. Das ist einfach nur Ausdruck von Planlosigkeit.“ Am Ende setzte sich der Regierungskurs durch. Die FDP stimmte im Sommer 2011 fast geschlossen für den Ausstieg ab. Darunter auch: Christian Lindner.

Dieser Artikel erschien zuerst bei Tichys Einblick

Dunja Hayali und der „koschere“ Antisemitismus

In Berlin rufen islamische Extremisten am Karsamstag wieder einmal ungestraft: „Tod Israel! Tod den Juden!“ und die ZDF-Moderatorin Dunja Hayali fühlt sich, statt dies insgesamt eindeutig und entschieden zu verurteilen, viel eher dazu berufen, den spitzfindigen Unterschied zwischen diesen beiden Hetzparolen herauszuarbeiten. Insbesondere sieht sie einen Unterschied zwischen einer „formaljuristischen und einer moralischen Bewertung bei Volksverhetzung“. Wenn es gegen Israel und die Juden geht, scheint offensichtlich jedes noch so haarspalterische Mittel der Rechtfertigung zulässig. Hayalis unsägliche Aussage ist nur ein weiterer Beleg für den anti-jüdischen Vorbehalt einer Moderatorin, von der sich der Sender trotzdem und offensichtlich partout nicht trennen will. (JR)

Von Stefan Frank

Der private Twitter-Account der ZDF-Mitarbeiterin Dunja Hayali hat 550.000 Follower, also in etwa so viele, wie die Stadt Bremen Einwohner hat. In Hayalis Profil erfährt man, dass sie Journalistin und news-anchor ist. Letzteres klein geschrieben, aber mit Bindestrich, auf die Idee war vor ihr noch niemand gekommen. Für die, die es interessiert, teilt sie zudem ihre englischen Geschlechtspronomen mit. Derzeit lauten sie she/her.

Anchor ist Englisch und heißt Anker. Dunja Hayali, soll das wohl heißen, ist das Gewicht, dass die Nachrichten davon abhält, in eine unerwünschte Richtung abzutreiben. Ihr selbst fehlen manchmal die richtigen Koordinaten. Ausgerechnet am Karfreitag, dem Tag, an dem Christen des Sterbens Jesu Christi gedenken, wünschte sie „Frohe Ostern!“ und eine „gute Zeit“:

Frohe Ostern! Und eine gute Zeit, wo und mit wem auch immer Sie sind! w&dh

Das „dh“ steht für „Dunja Hayali“, das „w“ für Wilma. Wilma ist Hayalis Hündin. Dunja Hayali wünscht Christen also „Frohe Ostern“ im Namen ihres Hundes. Das beigefügte Foto zeigt Wilma inmitten von Plüschfiguren, darunter Charlie Brown und ein Schwein. Es ist gut, dass Christen nicht so eine kurze Lunte haben wie manche Angehörige einer anderen Religionsgemeinschaft, sonst müsste das ZDF nun seine Sicherheitsvorkehrungen verschärfen. Eine Leserin machte Hayali behutsam auf ihren Fauxpas aufmerksam:

„Für unseren christlichen Karfreitag (Kar=Kummer/Trauer), an dem Jesus gekreuzigt wurde und starb, sind diese ‚Wünsche‘ absolut unpassend und geschmacklos.“

Worauf Hayali, die vor Äonen aus der katholischen Kirche ausgetreten ist, sich patzig auf ihre Qualifikation als ehemalige Katholikin berief. In Originalorthografie:

„habe ich als Messdienerin anders gelernt.“

Botschafterin für ein weltoffenes Deutschland

Nicht nur ein Nachrichten- sondern auch ein Glaubensanker ist Dunja Hayali. Als Botschafterin unterstützt sie die Initiative „Respekt! Kein Platz für Rassismus“ ebenso wie deren schärfste Rivalin „Gesicht zeigen! Für ein weltoffenes Deutschland“. Hayali ist Trägerin des Bundesverdienstkreuzes am Bande und ausgezeichnet mit der Goldenen Kamera 2016, dem Preis für Zivilcourage, dem Walter-Lübcke-Demokratiepreis, dem Toleranz-Preis der Evangelischen Akademie Tutzing und dem Regine-Hildebrandt-Preis der Stiftung Solidarität. Die Liste ist sicherlich unvollständig. 2021 dann der bisherige Höhepunkt in Hayalis Karriere: die Verleihung des Barbara-Künkeln-Preises der Stadt Schorndorf. Die Laudatio hielt keine Geringere als Bundesministerin Christine Lambrecht.

Hayali hat sich auch des Kampfes gegen Antisemitismus angenommen. Das wird die Juden freuen. Während des Pas-



ZDF-Moderatorin Dunja Hayali polarisiert mit ihren Statements

sahfestes, bei dem sie des Auszugs aus der ägyptischen Knechtschaft und der Flucht vor den Streitwagen der Verfolger gedenken, teilte Hayali mit ihrem Stab das Meer der Strafrechtsparagrafen und erklärte, welche Form von Antisemitismus koscher ist: Gediegener als „Tod den Juden“ ist es, „Tod Israel“ zu sagen. Anlass waren die Berichte über die Demonstration am Karsamstag in Berlin, bei der für „Tod Israel“/„Tod den Juden“ demonstriert wurde. Ein Anliegen, das heutzutage offenbar vielen Berlinern auf den Nägeln brennt, der Zulauf war groß.

Tod den Juden! Tod Israel!

Das Publikum dürfte teildentisch gewesen sein mit früheren von muslimischen Antisemiten organisierten Kundgebungen in Berlin wie dem „Al-Quds-Tag“, bei dem 2014 etwa „Israel vergasen“ und „Sieg heil!“ skandiert wurde, was der öffentlich-rechtliche Rundfunk damals sehr treffend als „israelkritisch“ bezeichnet hatte.

In jenen Zeiten leben wir nicht mehr. Heutzutage, da die meisten Deutschen Antisemitismusbeauftragte sind, kann man Antisemitismus durchaus manchmal beim Namen nennen, statt das sperrige Synonym „Israelkritik“ benutzen zu müssen.

Und da kommt auch schon Dunja Hayali aufs Spielfeld. Wie der Blog Die Ruhrbarone als erster berichtete, differenzierte sie auf Twitter feinsinnig zwischen „Tod den Juden“ und „Tod Israel“. Ja, Hayali twitter-

te ihren 500.000 Anhängern zu:

„bleibt abzuwarten, ob das gerufene mit blick auf die meinungsfreiheit auszuhalten ist, oder doch schon unter volksverhetzung fällt. „Tod Israel“ ist zb ein unterschied zu „Tod den J*d*n“... also abwarten.“

Ein Leser fragte: „Wieso zensurieren Sie Juden? Ist Juden für Sie ein Schimpfwort?“

Hayali erklärte: „Weil ich den Satz, auch nicht als Zitat, so wiedergeben möchte“

Das sagt einiges aus darüber, wie vergleichsweise leicht es ihr fällt, „Tod Israel“ zu schreiben, ohne dass man dabei Sternchen sieht.

Fragen Sie einen Juristen!

Das war am 11. April. Die folgenden beiden Tage verbrachte Frau Hayali (Apple Pages will aus ihrem Namen „Halali“ machen, ich werde das der Antidiskriminierungsstelle des Bundes melden), nicht nur mit Abwarten, sondern vor allem mit Erklärungen. Eine Klarstellung jagte die andere. Beide Aussagen – also „Tod Israel“ und jene, die sie nur mit Asterisken schreiben mag – finde sie „widerlich“. Hayali hat dazu mittlerweile auf Twitter so viele Expertisen erstellt, dass wir sie nicht alle wiedergeben können, darum hier nur die wichtigsten.

Als sie von einem Leser gefragt wurde, wo denn der Unterschied zwischen „Tod

Israel“ und „Tod den Juden“ sei und ob sie „da eine Skala für islamistische Vernichtungswünsche“ habe, antwortete sie mit dem hermeneutischen Konzept des gefühlten Verstehens:

„gefühlte verstehe ich ihren Einwand. Fragen Sie bitte einen Juristen, der kann Ihnen das besser erklären, als ich.“

Das war am 11. April um 20:12 Uhr. Am 12. April um 8:50 Uhr griff sie erneut zur Tastatur:

„Was ist Volksverhetzung?! Das ist eine formaljuristische Diskussion. Darum geht es. Äußerungen gegen einen Staat, ohne direkten Aufruf zur Gewalt, sind nicht strafbar. Egal wie ich das finde. Es der Glaubensgemeinschaft zu ‚wünschen‘ schließt aber direkt an den Holocaust an.“

Israel ist auch ein Staat

In der Parole „Tod Israel“ vermag Hayali also keinen Aufruf zur Gewalt zu erkennen, sondern lediglich eine „Äußerung gegen einen Staat“. Frau Hayali, wir müssen reden. Israel ist auch ein Staat, das stimmt schon. Es gibt daneben aber auch das Land Israel (Eretz Israel), das es schon sehr viel länger gibt als den Staat und das Volk Israel. In der Bibel steht, dass das in Zukunft einmal eine Rolle spielen wird, also sollte man jetzt vielleicht besser aufpassen. Joel 4, Verse 1-4:

„Denn siehe, in jenen Tagen und zu jener Zeit, wenn ich das Geschick Judas und Jerusalems wenden werde, dann werde ich

alle Nationen versammeln und sie ins Tal Joschafat hinabführen. Und ich werde dort mit ihnen ins Gericht gehen wegen meines Volkes und meines Erbteils Israel, das sie unter die Nationen zerstreut haben.“

Sehen Sie, Frau Hayali, mit „Israel“ ist hier kein Staat gemeint. Und als die Nationalsozialisten ab 1939 die männlichen deutschen Juden zwangen, „Israel“ als zweiten Vornamen in ihren Reisepass einzutragen, ging es ebenfalls nicht um den Staat Israel, den es damals leider noch nicht gab. Ich werde das auch noch der Berliner Staatsanwaltschaft erklären, aber dazu später. Zurück zu Dunja Hayalis Schrifttum in den sozialen Medien. Am Nachmittag des 12. April twittert Hayali:

„Ich möchte das noch x deutlich sagen: Für mich sind beide Aussagen („T*d den Juden/ T*d Israel“) antisemitisch und widerlich. Keine Toleranz! Ich habe lediglich auf den Unterschied zw einer formaljuristischen und einer moralischen Bewertung bei Volksverhetzung hingewiesen!“

Hayali hat die Lizenz zum Ausrufezeichen

Es ist kein Wunder, dass sie Botschafterin der Initiativen „Respekt!“ und „Gesicht zeigen!“ ist. Weil die Wirkung von Tweets bekanntlich nur wenige Stunden anhält, schreibt sie am gleichen Tag um 20.25 Uhr:

„es ist keine Relativierung, sondern es geht um eine juristische Einordnung. Sie können dem Staat Israel etwas wünschen, den Juden als Glaubensgemeinschaft nicht.“

Sie hält die Juden für eine bloße Glaubensgemeinschaft, etwas, das sie als Messdienerin gelernt bzw. „anders gelernt“ hat. Das Problem mit dem Antisemitismus erscheint nun freilich lösbar: Wer Jude ist, kann ab sofort austreten, dann hat er nichts mehr zu befürchten.

Ich bitte Elvira Groezinger um eine Einschätzung. Sie ist Schriftführerin im Internationalen Präsidium von Scholars for Peace in the Middle East (SPME) in Berlin, einer Organisation, die sich weltweit gegen Antisemitismus einsetzt.

Nur dank der Aufmerksamkeit von zwei kleinen Organisationen sei die antisemitische Demonstration in Berlin dokumentiert worden und die jüdenfeindliche Hetze an die Öffentlichkeit gelangt, schreibt sie in einer E-Mail. Trotz Dolmetschern – deren Qualifikation angezweifelt werden dürfe – habe die Berliner Polizei weder an der „Volksverhetzung“ noch an den „Aufrufen zur Gewalt“ Anstoß genommen. Hayalis Bewertung des Unterschieds zwischen „Tod den Juden“ und „Tod Israel“ sei „entlarvend“, findet Groezinger. Weiter schreibt sie:

„Man fragt sich auch, warum sie das Wort ‚Juden‘ nicht ausschrieb und erst nach und nach ihre Kritik an dem Mob formulierte. All dies ist ein Skandal, der zeigt, wie wenig die Anstrengungen im Kampf gegen Judenhass und israelorientierten Antisemitismus hierzulande bisher erreicht haben.“

Denkt man über den Fall nach, stellt sich auch die Frage, warum Dunja Hayali überhaupt meinte, eine juristische Einschätzung geben zu müssen, obwohl man doch, wie sie selbst schreibt, lieber einen Juristen fragen sollte, wenn man den Sachverhalt „besser“ erklärt haben möchte als von der Nichtjuristin Hayali.

Anfangsverdacht auf Volksverhetzung

Viele Leser auf Twitter verstanden ihren Kommentar so, als würde sie Antisemiten erklären wollen, wie sie ihren Hass auf die Juden rauslassen könnten, ohne juristisch belangt zu werden. Eine Leserin machte auch auf die entlarvende



Auf Twitter löste Dunja Hayali eine kontroverse Debatte über Antisemitismus aus. (Bildquelle: Screenshot Twitter)

Tatsache aufmerksam, dass bei der Demonstration ja beides parallel gerufen wurde, wodurch die Behauptung, dass das eine mit dem anderen nichts zu tun habe, „ad absurdum“ geführt werde. Bundesjustizminister Marco Buschmann (FDP) schrieb auf Twitter:

„Wenn Gruppen auf deutschen Straßen ‚Tod den Juden‘ skandieren, dann besteht ein Anfangsverdacht auf Volksverhetzung nach § 130 Abs. 1 StGB.“

Er gehe davon aus, dass die Sicher-

„Dies wäre ausnahmsweise nur dann der Fall, wenn mit der für ein Strafverfahren notwendigen Sicherheit festgestellt werden kann, dass mit dem Angriff auf den Staat Israel in seinem Aussagern tatsächlich die in Deutschland lebenden Menschen jüdischen Glaubens oder ‚die Juden‘ schlechthin gemeint sind. Ob sich antisemitische Klischees als wohlfeile Israelkritik rechter oder linker Provenienz camouflieren, hängt vom Inhalt und von der Art und den

„Viele Leser auf Twitter verstanden ihren Kommentar so, als würde sie Antisemiten erklären wollen, wie sie ihren Hass auf die Juden rauslassen könnten, ohne juristisch belangt zu werden“.

heitsbehörden entsprechend vorgehen. Achgut fragte das Bundesjustizministerium: Gibt es einen solchen Anfangsverdacht auch im Hinblick auf die Parole „Tod Israel“? Aus dem Ministerium heißt es dazu:

„Das Bundesministerium der Justiz nimmt keine Einzelfallbewertung vor, da die Strafverfolgung in die Zuständigkeit der Strafverfolgungsbehörden und der unabhängigen Gerichte fällt. Wir gehen davon aus, dass die zuständigen Strafverfolgungsbehörden auch solche Parolen auf ihre strafrechtliche Relevanz im konkreten Einzelfall prüfen.“

Davon sollte man vielleicht nicht ausgehen, wie die Antwort der Generalstaatsanwaltschaft Berlin auf meine gleichlaufende Frage zeigt:

„Hinsichtlich der Parole ‚Tod Israel‘ wurde ein Anfangsverdacht nach erster grober Prüfung zunächst verneint.“

Denn der Tatbestand der Volksverhetzung gemäß § 130 StGB sei „nur dann erfüllt, wenn gegen eine nationale, rassistische, religiöse oder durch ihre ethnische Herkunft bestimmte Gruppe oder gegen Teile der Bevölkerung zum Hass aufstachelt oder zu Gewalt- oder Willkürmaßnahmen aufgefordert wird und dies geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören“.

Das Aufstacheln zum „Hass gegen bestimmte Staaten, wie den Staat Israel“, sei hiervon „grundsätzlich nicht erfasst“.

betrifft. In den sozialen Medien teilen Antisemiten immer wieder falsche Landkarten, die behaupten, den „palästinensischen Landverlust 1946–2000“ zu zeigen. Freilich gab es 1946 – wie in der gesamten Geschichte davor – keinen Staat Palästina, und auch ansonsten sind die Karten von vorn bis hinten erlogen.

Es geht darum, den Staat Israel als eine Art wucherndes Krebsgeschwür darzustellen und davon abzulenken, dass es die Führer der Araber sind, die seit hundert Jahren jeglichen Kompromiss ablehnen und Krieg gegen die Juden führen – mit ähnlichen Parolen wie denen, die heutzutage auch in Berlin wieder zu hören sind. Die vermeintlichen Landkarten sind antisemitische Propaganda. Dunja Hayali teilte sie 2014 auf ihrer Facebookseite. Okay, das Beispiel ist alt. Aber mit Dunja Hayali ist es seither nicht besser geworden, wie ein Fall aus 2022 zeigt, über den Max Mannhart auf Tichys Einblick berichtete:

„Im Morgenmagazin spricht ein ‚US-Experte‘ allen Ernstes von der ‚jüdischen Lobby‘, die angeblich unter anderem dafür sorgen soll, dass Biden eine anti-palästinensische Politik betreiben würde. Dunya Hayali lächelt. Widerspruch gibt es keinen.“

Leonard Kaminski, Gründungsmitglied des RIAS-Bundesverbands (Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus), kommentierte auf Twitter:

„Wollte meinen Ohren nicht trauen, aber Josef Braml hat im @morgenmagazin gerade unwidersprochen von der Macht der ‚jüdischen Lobby‘ fabuliert, die die Politik der USA lenkt. Ganz klassischer Weltverschwörungsgesetz-Antisemitismus ist in Deutschland jetzt wohl wieder Mainstream. Toll.“

Dunja Hayali, die die Deutschen schon frühmorgens darüber informiert, was die jüdische Lobby in den USA in der Nacht wieder angestellt hat, moderierte 2018 eine Sondersendung des ZDF über Antisemitismus. Anlass war der Jahrestag des Pogroms vom 9. November 1938. Ins Studio eingeladen war u.a. Sawsan Chebli („Antisemitismus bedroht vor allem auch Muslime“). Die Ankündigung der Sendung steht immer noch auf der Website des ZDF:

„Am Mittwoch, 7. November 2018, 23:30 Uhr geht es bei ‚dunja hayali‘ im ZDF um Antisemitismus in Deutschland. In Deutschland werden damals jüdische Geschäfte, Wohnungen und Einrichtungen geplündert und verwüstet, Synagogen werden in Brand gesetzt.“

Das klingt, als seien am 7. November 2018 um 23.30 Uhr bei ‚dunja hayali‘ im ZDF jüdische Geschäfte verwüstet, Wohnungen und Einrichtungen geplündert und Synagogen in Brand gesetzt worden.

Das ist glücklicherweise völlig übertrieben.

Dieser Artikel erschien zuerst bei Achgut.com

DIE ÄLTEREN AUSGABEN DER „JÜDISCHEN RUNDSCHAU“ SIND IN DER REDAKTION ERHÄLTlich.

Wenn Sie eine oder mehrere Ausgaben brauchen, können Sie die auf der Seite www.juedische-rundschau.de/shop bestellen und bezahlen oder teilen Sie uns bitte auf dem Postweg (J. B. O., Postfach 12 08 41, 10598 Berlin) mit, welche genau, an welche Adresse sie geschickt werden sollte und legen Sie bitte als Bezahlung Briefmarken zu je 85 Cent bei:

• Für jede Ausgabe – 3 Briefmarken;

Für mehr als zwei Ausgaben wenden Sie sich bitte an die Redaktion, um die Rechnung zu erhalten.

Kein sicherer Ort für Juden: Eine Reisewarnung für Hamburg – Teil II

Während die Hansestadt Hamburg Besucher mit attraktiven Sehenswürdigkeiten anlockt, sind gewisse Stadtviertel bereits längst zu gefährlichen No-Go-Areas geworden. Besonders wächst mit der ständigen Zunahme der muslimischen Migration auch der mitgebrachte islamisch-motivierte Judenhass. Während sich die Politik gerne hinter dem Alibi des Gedenkens an ermordete Juden versteckt, bleibt gleichzeitig die Gefährdung und die Verunmöglichung existierendes jüdischen Lebens in der Stadt faktisch ohne wirksame Gegenmaßnahme. Auch wenn das Recht auf ein unbeeinträchtigtes und sicheres Leben für alle Menschen in unserer Gesellschaft ohne jede Bedingung besteht, darf gerade angesichts des faktischen Laissez-faire gegenüber dem wachsenden gewalttätigen Antisemitismus darauf hingewiesen werden, wie viel die Stadt Hamburg in ihrer Geschichte gerade auch jüdischen Kaufleuten und in anderen Bereichen engagierten jüdischen Bürgern zu verdanken hat. Insbesondere im Hinblick auf die Morde an jüdischen Mitgliedern der Hamburger Bürgerschaft in der dunkelsten Zeit deutscher Geschichte ist die gegenwärtige wachsende Verunmöglichung jüdischen Lebens ein echter Skandal. (JR)



Von Birgit Gärtner

Stolpersteine beim Eingang des Hamburger Rathauses

Hamburg bezeichnet sich in der Außen-darstellung gern als „schönste Stadt der Welt“. Darüber ließe sich sicherlich streiten. Darüber, dass die zweitgrößte Stadt Deutschlands sehenswert und allemal eine Reise wert ist, an sich nicht. Doch statt eines leidenschaftlichen Plädoyers für einen Hamburg-Besuch möchte ich an dieser Stelle eine Reisewarnung aussprechen.

Diese gilt für Frauen insbesondere in den Abendstunden in der milderen Jahreszeit oder an besonderen Tagen wie beispielsweise Silvester. Juden hingegen ist generell zur Vorsicht zu raten – vor allem, wenn sie als solche erkennbar sind oder für Israel demonstrieren, wie Michael T.* schmerzhaft erfahren musste: Er wurde im September 2021 bei einer „Mahnwache für Israel und gegen Antisemitismus“ vor dem Elektro-Kaufhaus „Saturn“ von dem syrisch-stämmigen Juden- und Israelfeind Aram A. so schwer verletzt, dass er nun auf einem Auge erblindet ist. Die Jüdische Rundschau berichtete in der letzten Ausgabe über den Vorfall.

Eine besondere Gefährdungslage für Frauen und Juden will die Polizei Hamburg indes nicht feststellen, wie sie auch schriftliche Nachfrage der Jüdischen Rundschau mitteilte. Allerdings seien „einzelne Körperverletzungsdelikte im öffentlichen Raum zum Nachteil jüdischer Personen, deren religiöse Einstellung aufgrund ihrer Bekleidung und Erscheinung erkennbar ist, einzukalkulieren“, so die Polizei-Pressestelle.

Konkret lokalisieren lässt sich diese „abstrakte Gefährdung“ nicht.

Doch bevor wir uns in einem weiteren Teil näher mit der Antwort der Polizei-Pressestelle auf unsere Nachfrage zur etwaigen Gefahrenlage beschäftigen, setzen wir unseren kleinen Innenstadt-Spaziergang unter dem Aspekt „jüdisches Leben“ fort. Der Weg führt uns in dieser Ausgabe zum Rathausmarkt und der Gedenktafel für die von den Nazis ermordeten Bürgerschaftsabgeordneten, die z. T. jüdischen Glaubens waren oder jüdische Vorfahren hatten. Im nächsten Teil begeben wir uns auf die Spuren jüdischen Lebens in der Mönckebergstraße, der Einkaufszone der Hansestadt.

Wiederaufbau nach dem großen Brand

Die in Teil I beschriebene Enteignung der Familie Tietz, den ursprünglichen Eigentümern des heutigen Alsterhauses, wurde zwar nicht auf Initiative des Hamburger Senats betrieben, aber dieser ließ es geschehen. Der SPD-Bürgermeister Carl-Wilhelm Petersen war zu dem Zeitpunkt schon durch NSDAP-Mitglied Carl-Vincent Krogmann ersetzt. Dieser war an der „Industrielleneingabe“ vom 19. November 1932 beteiligt, mit der sich rund 20 Industrielle an den damaligen Reichspräsidenten Paul von Hindenburg wandten, mit der Aufforderung, Adolf Hitler unverzüglich zum Reichskanzler zu ernennen.

Dabei hätte der Hamburger Senat allen Grund gehabt, die Enteignung zu verhindern, denn schließlich verdankt die Hansestadt einem Juden, dem Bankier Salomon Heine, dass die Stadt nach dem großen Brand 1842 wieder aufgebaut werden konnte. Dieser hatte es zu großem, um nicht zu sagen für damalige Verhältnisse sagenhaften Reichtum gebracht. Diesen Reichtum nutzte er viel und oft, um Gutes zu tun. Während des Brandes ließ er es zu, dass sein Geschäftshaus am Jungfernstieg gesprengt wurde, in der Hoffnung, den Brand so aufzuhalten. Das gelang leider nicht, doch die Binnenalster konnte das Feuer schließlich stoppen. Weite Teile der Stadt waren zerstört und damit auch die Wirtschaftskraft. Salomon Heine gewährte den Kaufleuten großzügige zinslose Kredite, mit denen sie die Schäden beheben oder auch neu anfangen konnten.

Außerdem stiftete Salomon Heine 1939 auch die Mittel zur Errichtung eines neuen Hospitals der jüdischen Gemeinde. Das Israelitische Krankenhaus, ein 80-Betten-Haus, wurde zwischen 1841 und 1843 erbaut. Als er Ende 1844 starb, bedachte er in seinem Testament alle Beschäftigten und spendete 8.000 Mark zum Wiederaufbau von zwei Kirchen, die durch den Brand zerstört wurden. Kurzum: Salomon Heine war eine Integrationsfigur und ihm erwiesen nicht nur Juden, sondern auch viele Nicht-Juden die Ehre. Tausende sollen

ihn auf seinem allerletzten Weg begleitet haben. Die patriotische Gesellschaft hatte ihn bereits im Jahr zuvor zum Ehrenmitglied ernannt, obwohl sie bis zu dem Zeitpunkt Juden die Aufnahme verweigerte.

Seine Tochter Therese, die das Wohn- und Geschäftshaus erbt, ließ es am Jungfernstieg 34 wieder aufbauen und eröffnete im späteren „Heine Haus“ eine Unterkunft für alleinstehende Frauen, das „Heine'sche Asyl“ für Witwen und Jungfrauen ab 50 Jahren ohne Unterschied des Standes und der Konfession.

Die Alster als Touristenattraktion

Die Alsterpromenade wurde im Laufe der Jahrhunderte immer wieder aufgehübscht. Heute ist sie ein beliebtes Ausflugsziel und der treppenförmig angelegte Platz lädt zum Verweilen ein. Einheimische und Touristen können dort Möwen, Enten und Schwäne beobachten, sich an der von Auszubildenden der Hamburger Traditionswerft Blohm & Voss gebauten Fontäne erfreuen oder die Schiffe der Alsterflotte beobachten. Laut Wikipedia nahm „am 15. Juni 1859 das erste Alsterdampfschiff, die Alina, den Linienbetrieb auf der Binnen- und Außenalster sowie den angrenzenden Kanälen auf.“ Zur Jahrhundertwende waren demnach schon 30 Alsterdampfer im Einsatz, 1911 hatten bereits mehr als 11 Mio. Menschen eine Dampferfahrt genossen. Die Alsterdampfer seien seinerzeit „ein leistungsfähiges und preis-

wertes Nahverkehrsmittel“ gewesen, so Wikipedia. Doch Busse und Bahnen erwiesen sich schließlich als flexibler und günstiger, schon in den „Goldenen Zwanzigern“ des letzten Jahrhunderts nutzten nur noch ca. 6 Mio. Reisende diese Möglichkeit. Inzwischen ist es eine reine Tourismus-Linie, mit 18 Schiffen und knapp einer halben Million Fahrgästen pro Jahr – und entsprechend höheren Preisen als die der Verkehrsbetriebe. Dennoch für Reisende ein attraktiver Punkt auf der To-Do-Liste der Sehenswürdigkeiten in der Hansestadt.

Gedenken an die von den Nazis ermordeten Bürgerschaftsabgeordneten

Wenige Schritte vom Jungfernstieg entfernt befinden sich der Rathausmarkt und das ehrwürdige Rathaus. Dieses wurde 1897 errichtet und ist Sitz der Landesregierung, der Hamburgischen Bürgerschaft. Am Aufgang zum Plenarsaal ist eine Gedenktafel angebracht mit der Aufschrift: „Zum Ehren und Gedenken an die Mitglieder der Bürgerschaft, die nach 1933 Opfer totalitärer Verfolgung wurden.“ Gedacht wird 23 Abgeordneten, die von den Nazis ermordet wurden, sowie einem Abgeordneten, der Opfer des Stalinismus wurde. Die Namen der Nazi-Opfer sind:

Kurt Adams, Etkar André, Bernhard Bästlein, Adolf Biedermann, Gustav Brandt, Valentin Ernst Burchard, Max Eichholz, Hugo Eickhoff, Theodor Haubach, Wilhelm Heidsiek, Ernst Henning, Hermann Hofer, Heinrich Louis Erich Hoffmann, Franz Jacob, Fritz Lux, Adolf Panzner, Fritz Reich, August Schmidt, Otto Schumann, Theodor Skorzisko, Ernst Thälmann und Hans Westermann. Alfred Levy floh nach mehrmaligen Verhaftungen durch die Nazis in die Sowjetunion, dort wurde er Opfer der stalinistischen Säuberungen.

Alfred Levy, Etkar André, Valentin Ernst Burchard, Max Eichholz, Theodor Haubach und Fritz Reich waren jüdischen Glaubens oder hatten jüdische Vorfahren.

Alfred Levy

Der 1885 in Hamburg geborene spätere KPD-Politiker wuchs in einer streng religiösen Kaufmanns Familie auf und besuchte die Talmud-Tora-Schule am Grindel. Diese verließ er ohne Abschluss, absolvierte eine Lehre als Schriftsetzer und Buchdrucker und ging auf Wanderschaft. Früh kehrte er dem Judentum den Rücken und engagierte sich bei den Jungsozialisten, später schloss er sich der KPD an. 1921 bis 1927 gehörte der der Hamburgischen Bürgerschaft an. Ende 1933 wurde er das erste Mal verhaftet und war zeitweise im KZ Wittmoor am Rande Hamburgs interniert. Dieses war eines der ersten KZs, die überhaupt errichtet wurden. Vor allem Antifaschisten, aber auch Zeugen Jehovas und Homosexuelle wurden dort interniert. Die Gefangenen wurden – wie die berühmten Moorsoldaten aus dem Emsland – zur Torfgewinnung und Moorkultivierung eingesetzt. Aufgrund einer schweren Magenkrankheit erhielt er Haftverschonung und wurde in das Eppendorfer Krankenhaus gebracht. Dort gelang ihm die Flucht und er floh über Berlin nach Prag und schließlich weiter bis Moskau. 1938 wurde er verhaftet, aus der KPD ausgeschlossen, zum Tode verurteilt und erschossen. 1957 wurde er in der Sowjetunion posthum rehabilitiert.

Etkar André

Für den 1894 in Aachen geborenen Sohn eines jüdischen Kaufmanns, dessen Mut-



Gedenktafel am Aufgang zum Plenarsaal im Hamburger Rathaus

ter nach der Heirat zum Judentum konvertierte, spielte dieses keine Rolle. Nachdem sein Vater früh verstarb und die Mutter die Familie mehr schlecht als recht durchbringen konnte, holten belgische Verwandte diese zu sich. Dort begann er zunächst eine kaufmännische Lehre, diese brach er ab, um Schlosser zu werden. 1911 wurde er Mitglied der Sozialistischen Partei Belgiens, später ging er nach Koblenz, dort schloss er sich der Sozialistischen Arbeiterjugend an. 1920 siedelte er nach Hamburg über und trat 1923 in die KPD ein. 1928 bis 1933 gehörte er der Hamburgischen Bürgerschaft an. Am 5. März 1933 wurde er verhaftet und während der Untersuchungshaft so schwer gefoltert, dass er nur noch an Krücken gehen konnte. Am 10. Juli 1936 wurde er zum Tode verurteilt, obwohl ihm der zur Last gelegte geplante Mord an dem SA-Truppführer Heinrich Dreckmann nicht nachgewiesen werden konnte. Eine internationale Protestbewegung setzte sich für die Freilassung des in Fuhlsbüttel Inhaftierten ein, dennoch wurde er dort am 4. November 1936 hingerichtet. 75 politische Gefangene mussten der Hinrichtung zusehen. Trotz dieser offensichtlichen Drohgebärde traten 5.000 Santa-Fu-Insassen anschließend in den Streik.

Valentin Ernst Burchard

Der 1891 in Hamburg geborene spätere Politiker der linksliberalen Deutschen Demokratischen Partei (DDP) absolvierte eine kaufmännische Ausbildung und arbeitete u.a. in den Niederlanden. 1920 machte er sich in Hamburg selbstständig und war als ehrenamtlicher Arbeitsrichter tätig. Von 1932 bis 33 gehörte er der Hamburgischen Bürgerschaft an. Nach der Machtübernahme der Nazis entschied er sich zunächst gegen die Auswanderung, bemühte sich im Januar 1939 schließlich doch darum. Daraufhin wurde sein Betrieb „arisiert“, sprich enteignet. Er war verheiratet und hatte zwei Töchter und zwei Söhne. Es gelang der Familie, den jüngsten Sohn nach England zu verschicken, der ältere starb mit 18 Jahren. Gemeinsam mit seiner Frau und seinen beiden Töchtern wurde er im November 1941 in das Ghetto Minsk deportiert. Dort verliert sich die Spur der Familie Burchard.

Max Eichholz

Der 1881 in Hamburg geborene spätere Politiker der DDP war der Sohn des Ju-

weliers Franz Eichholz und der Frauenrechtlerin Julie Josefina Catharina Eichholz, geb. Levy. Sie war Mitbegründerin des Allgemeinen Deutschen Frauenvereins (ADF), der 1896 in Hamburg ins Leben gerufen wurde und etablierte eine Rechtsberatung für Frauen, insbesondere in Sachen Ehe- und Strafrecht. Sohn Max betätigte sich nach Studium der Rechtswissenschaften in Marburg und Berlin und der Promotion in Heidelberg in Hamburg als Anwalt. Zunächst leistete er in einer Kanzlei sein Referendariat, arbeitete danach als Anwalt und engagierte sich innerhalb der jüdischen Gemeinde im liberalen Tempelverein. Diese unterhielt mit dem „Israelischen Tempel“ eine der ersten reformierten Synagoge der Welt. Die 1818 entstandene Synagoge zog zweimal um, bevor sie an ihrem Standort in der Oberstraße in der Pogromnacht am 9. November 1938 verwüstet und geschändet wurde. Das Gebäude blieb allerdings unversehrt und wurde 1953 vom NDR gekauft. Dort erinnert heute ein Mahnmal an die ehemalige Synagoge. Der Hamburger Tempelverein nahm 2004 seine Aktivitäten wieder auf.

Max Eichholz war von 1921 bis 33 Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft. Nach dem Erlass des „Reichsbürgergesetzes“ am 30. September 1938 wurde ihm die Zulassung entzogen. Seine Kanzlei, die er seit 1935 geführt hatte, musste er schließen. Nach der Pogromnacht wurde er verhaftet und in das KZ Sachsenhausen gebracht. Im Januar 1939 wurde er zwar entlassen, im März desselben Jahres aber erneut verhaftet und am 12. Juli wegen angeblicher „Rassenschande“ zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt. Am 10. Dezember 1942 wurde er aus der Strafhaf nach Auschwitz deportiert; dort wurde er 1943 ermordet.

Theodor Haubach

Der 1896 in Frankfurt/Main geborene spätere SPD-Politiker wurde als Sohn des Kaffeegroßhändlers Emil August Justus Haubach und der aus einer jüdischen Familie stammenden Emilie Hirschfelder geboren. Er engagierte sich bei den Wandervögeln und den Jungsozialisten, studierte in Heidelberg, München und Frankfurt Philologie, Philosophie, Sozialwissenschaften und Nationalökonomie. Von 1924 bis 1929 arbeitete er als Redakteur der sozialdemokratischen Tageszeitung Hamburger Echo; von November 1929 bis

März 1930 war er als Pressereferent im Reichsministerium des Innern tätig und von Mai 1930 bis Juli 1932 als Pressechef beim Berliner Polizeipräsidenten. Von 1927 bis 29 gehörte er der Hamburgischen Bürgerschaft an, trat jedoch zurück, um sich ganz seinen Aufgaben in Berlin konzentrieren zu können. 1934 wurde er das erste Mal verhaftet und im KZ Esterwegen interniert. Dieses wurde im Sommer 1933 für die Unterbringung von 2.000 politischen Häftlingen errichtet und im Sommer 1936 wieder aufgelöst. Dort saß u.a. auch der bekannte Publizist Carl von Ossietzky ein.

Haubach wurde 1936 entlassen, 1939 jedoch erneut inhaftiert, allerdings vorübergehend. Nach seiner zweiten Entlassung nahm er Kontakt zum Kreisauer Kreis auf, eine Widerstandsgruppe, die u.a. von Helmuth James Graf von Moltke gegründet wurde. Dieser wurde Anfang 1944 verhaftet, die Gruppe löste sich auf, einige der früheren Mitglieder schlossen sich der Gruppe um Claus Schenk Graf von Stauffenberg an. Dieser verübte das Attentat am 20. Juli 1944 auf Hitler, das jedoch misslang. Nach dem Attentat wurde auch Haubach wieder verhaftet und zum Tode verurteilt. Am 23. Januar 1945 wurde er in Berlin-Plötzensee gemeinsam mit Helmuth James Graf von Moltke erhängt.

Fritz Reich

Der 1868 geborene spätere Politiker der Wirtschaftspartei des Deutschen Mittelstandes stammte aus einer jüdischen Familie. Er absolvierte eine kaufmännische Lehre in einer Kolonialwarenhandlung und arbeitete später u.a. in London. 1897 ließ er sich in Hamburg nieder und gründete eine eigene Firma. Im Oktober 1927 wurde Reich für die Wirtschaftspartei in die Bürgerschaft gewählt, bei der Wiederholungswahl im Februar 1928 verlor er sein Mandat jedoch wieder. In den 1930er Jahren besaß er eine Firma für Öle, nach der Pogromnacht wurde er zum Umzug ins Grindelviertel gezwungen. Dieses galt als Zentrum jüdischen Lebens in der Hansestadt, deshalb wurde die jüdische Bevölkerung Hamburgs von den Nazis dort konzentriert. Im Januar 1944 wurde er in das KZ Theresienstadt deportiert, dort verliert sich seine Spur. Es wird angenommen, dass er dort oder in einem anderen Lager ums Leben kam.

Nur die toten Juden zählen

Den von den Nazis ermordeten Juden wird nicht nur im Rathaus gedacht, sondern auch davor: Im Juni 2012 wurden Stolpersteine zu ihrem Gedenken verlegt. Diese werden von Abgeordneten der CDU, den Grünen, der LINKEN und der SPD gereinigt. Für den an einer im November 2022 – äußerst medienwirksam inszenierten – Putzaktion beteiligten LINKEN-Politiker bedeutete diese laut NDR „gelebte Demokratie und Respekt vor der deutschen Geschichte, die zur Vorsicht mahnt.“

Andere Politiker äußerten sich ähnlich. Das ließe hoffen, dass die Politik sich auch gegen den ständig wachsenden Antisemitismus – auch und gerade vor der eigenen „Haustür“ – beschäftigt. Und zwar nicht vorsichtig, sondern ganz energisch. Das ist jedoch nicht der Fall. Zwar gedenken sie oft und gern der ermordeten Juden, die lebenden lassen sie mit der wachsenden Gefährdung, die diese selbst konstatieren und die Michael T.* am eigenen Leib erfahren hat, nahezu komplett allein. Lediglich einzelne Politiker beschäftigen sich damit.

*Name von der Redaktion geändert

◀ Fortsetzung von Seite 2

75 Jahre Israel – Eine Heimstätte für alle Juden

Am 14. Mai 1948 rief David Ben-Gurion die Staatsgründung des jüdischen Staates aus – Israel war wiedergeboren. Nach zwei Jahrtausenden der Vertreibung, Verfolgung und der Pogrome durfte das jüdische Volk endlich wieder seine Heimstätte in Eretz Israel errichten. Auf die von der UNO legitimierte Staatsgründung antworteten die damals militärisch weit überlegenen arabischen Nachbarländer mit einem Vernichtungskrieg. Doch die auf sich allein gestellten jüdischen Frauen und Männer verteidigten ihren jungen Staat trotz erheblicher Menschenopfer und Landverluste mit dem Mut der Verzweiflung und bauten Israel in der Folge zu einem erfolgreichen und modernen Staat auf. Heute ist Israel eine starke Nation sowie die einzige Demokratie im Nahen Osten und ein Leuchtturm für Freiheit, wirtschaftliche Prosperität und Innovation. (JR)

Von Simone Schermann

Nathan der Weise und Shylock

Mit der Unabhängigkeitserklärung hat der Staat Israel Theodor Herzls zionistischen Exit aus der Bevormundung längst vollzogen. Genau dafür hasst man Israel, da es eine eigenständige Nation ist und sich gegen jene wehrt, die Israel vernichten wollen. Juden in Deutschland wehren sich nur gegen das, was ihnen die Regierung als Feindbild gestattet. Nach 1945 kümmerten sich die Henker der Juden um die Überlebenden. Heinz Auerswald, Kommissar des Warschauer Ghettos ab April 1941, ist niemals für seine Verbrechen zur Verantwortung gezogen worden. Nach dem Krieg hatte er seine Anwaltskanzlei auf der Königsallee in Düsseldorf und befasste sich mit Wiedergutmachung. Die deutschen Juden verblieben im selbstgewählten Ghetto, denn sie betrieben die „Entnazifizierung“ ihrer einstigen Henker gleich selbst, wie der Musterjude Nathan, der seinen Mördern vergibt.

Israel dagegen ist der Shylock - der Judenstaat, der sonnengebräunte, stolze Muskeljude, Erez Israel, wo Juden ihr Judentum völlig frei leben können und ihr Gemeinwesen notfalls auch mit der Waffe in der Hand verteidigen.

Israel ist ein jüdischer Staat, der sich wie Shylock dieselben Rechte herausnimmt, die alle anderen Länder sich herausnehmen.

„Gleich allen anderen Völkern, ist es das Recht des jüdischen Volkes, seine Geschichte unter eigener Hoheit selbst zu bestimmen“.

Shakespeares Shylock aus Der Kaufmann von Venedig, war der Jude, der seinen Rivalen zum Prozess vor den venezianischen Dogen bringt. Ein Jude der das Recht der Christen gegen die Christen verwendet. Dem Judenhass der Christen setzt er seinen gerechtfertigten Christenhass entgegen. Warum sollte Shylock seinen christlichen Widersacher nicht hassen, beschimpfte und misshandelte er ihn doch selbst in dem Augenblick, da er das Geld Shylocks braucht, er seinen Hass und seine Verachtung dennoch nicht verbergen mag.

Der jüdische Geldverleiher ist eine imaginäre, aber nicht unwahrscheinliche Figur aus Fleisch und Blut, der Jude mit echten jüdischen und ganz menschlichen Eigenschaften, der mit seinen Hass- und Rachegefühlen ein außergewöhnlich moderner Mensch ist, denn er fordert mutig Gleichheit im Anderssein. Seine Worte sind wie Peitschenhiebe: „Er hat mich beschimpft, mir eine halbe Million gehindert; meinen Verlust belacht, meinen Gewinn bespottet, mein Volk geschmäht, meinen Handel gekreuzt, meine Freunde verleitet, meine Feinde gehetzt. Und was ist sein Grund? Ich bin ein Jude!“

Lessings Nathan der Weise und Shylock sind vollkommen verschiedene Charaktere. Nathans idealer Judengestalt mit ihren gottgleichen Eigenschaften, sich ewig verzeihend und opferbereit zu zeigen, gilt auch heute sämtliche Empathie deutscher Medien.

Die Christen erschufen sich für ihre Toleranzidee den Nathanjuden, eine „Gum-

mielastikumfigur“, ein biegsamer Kronzeuge der Emanzipation, der den Flammentod seiner Familie in geduldiger Gelassenheit erträgt. Er diente den Deutschen nach 1945 als Repräsentant für ein Volk, zu dessen Charakteristika wieder „Barmherzigkeit, Güte und vor allem Versöhnung“ gehören sollten. Einer der den Genozid mit ewiger Toleranz und Liebe vergeltet, der Jude ohne jüdische und menschliche Eigenschaften, als Sinnbild humanistischer Tradition für jene, die Nathans Erben direkt in die Gaskammern und Krematorien von Auschwitz gesteckt hatten.

Israel wächst

Seit 1948 hat sich Israels Bevölkerung verzehnfacht, schon zu biblischen Zeiten war es dichtbesiedelt und hatte eine bunt durchmischte Bevölkerung.

Bei der Staatsgründung waren es 650.000, 1988 bereits 4,5 Millionen Einwohner, was am schnellen Bevölkerungswachstum liegt, aber eben auch an den Einwanderungswellen. Eine enorme Herausforderung, da die Infrastruktur an das rasante Bevölkerungswachstum angepasst werden muss. 75 Jahre sind vergangen, und der Staat zählt bereits jetzt knapp 10 Millionen Menschen. In 25 Jahren, wenn Israel sein 100-jähriges Bestehen feiert, werden es rund 17 Millionen Einwohner sein.

Das winzige Land, dessen Namen man auf der Landkarte ins Meer schreiben muss, ist ein Phänomen, da ungewöhnliche Faktoren aufeinander treffen. Einerseits ist da die enorme Bevölkerungsdichte mit hoher Geburtenrate, was eigentlich für Länder der Dritten Welt bezeichnend ist. Im krassen Kontrast dazu stehen eine Wirtschaft und das Verbrauchs- und Konsumniveau eines hochtechnisierten Industrielandes, das zu einer militärischen und technologischen Supermacht geworden ist.

Gegensätzliche Pole und ihre Vereinigung sind Israels Geschichte und Gegenwart. Israel vereint, manchmal auch unter Schwierigkeiten, weltliches und religiöses, alltägliches und heiliges, konservatives und tolerantes in einer Nation. Es sind gerade die Gegensätze, die Israels Existenz und Einzigartigkeit ausmachen, wie es die alltägliche Koexistenz beweist. Die Vorfahren der Nation, die später Israel genannt wurde, ließ Gott durch seinen auserwählten Moses von der Sklaverei befreien, um die Israeliten dann erst 40 Jahre durch die Wüste wandern zu lassen, bevor sie das Gelobte Land erreichten.

Die kleine Raumsonde „Beresheet“ legte 4 Millionen Kilometer zurück, um zum Mond zu gelangen, und stürzte nur wenige Kilometer vor der Landung ab.

Sie trug auch eine hebräische Fassung der Bibel in Münzgröße mit auf ihrer Reise. Nun spielt Israel bei einer Jupiter-Mission der Europäer eine Schlüsselrolle, sowohl bei der Technik als auch



David Ben-Gurion, flankiert von Mitgliedern seiner provisorischen Regierung, bei der Verlesung der israelischen Unabhängigkeitserklärung in Tel Aviv unter einem Porträt des Begründers des Zionismus Theodor Herzl am 14. Mai 1948.

bei geplanten Experimenten. Israelische Wissenschaftler wollen die Atmosphäre des Jupiters untersuchen, eine Oszillator-Atomuhr, die weltweit präziseste Art, kommt bei dem Projekt zum Einsatz, was Israel mit an die Weltspitze im Bereich der Weltraumforschung setzt.

Eine Heimat für Juden und alle Israelis

Israel ist das Land, das inmitten von gesellschaftlichen Gräben und trotz wiederkehrender Krisen und Kriege, auf seine Menschen zählen kann, die nicht nur von Koexistenz reden, sondern diese einfach leben. Jeden Tag aufs Neue, an ihren Arbeitsplätzen, in ihrem Alltag, in ihren Träumen und den Familien.

Israels gesellschaftliche Heterogenität ist beispiellos im Nahen Osten, ist geprägt von den Aschkenasim, Sephardim und Mizrachi, geht von säkular bis religiös und ultra-orthodox; beherbergt nationalreligiöse Zionisten und säkulare Zionisten, ultra-Linke und ultra-Rechte, Israel-ablehnende und Israel bejahende Muslime sowie arabische Christen, alteingesessene Israelis und Olim (jüdische Einwanderer), Junge und Alte, Angerhörige aller Religionen und Ethnien - sie alle sind Israelis.

Sie alle repräsentieren Israel in den Städten und auf dem Land, in Krankenhäusern, in den Universitäten, beim Militär, bei der Polizei, in Kindergärten und in Schulen. Tora-Gelehrte, Siedler in Judäa und Samaria, die das Land bewirtschaften, Holocaust-Überlebende, Hinterbliebene und Familienangehörige von Soldaten.

Ein Land voller Leben

Wen wählst Du? Bibi oder Nethanjahu? - war der Running Gag meiner Familie im November letzten Jahres.

Mein Aufenthalt liegt einige Monate zurück, dennoch erinnere ich mich gut, wie der bei jungen Israelis beliebte Ben Gvir zum identitätsstiftenden Rockstar bei den Wahlen in Israel wurde. Wie ich einen feinen Käsekuchen im angesagten Tel Aviver Szene-Viertel Neve Zedek mit einer Straßkatze teilte, in einem rumänischen Restaurant in Haifa neben gehackter Leber und mariniertem Hering auch Kreplach-Suppe, Gefilte Fish oder jiddische Kishke essen konnte.

Ich vermisste Israel, wo wir den deutschen Winter verkürzten und den Sommer wieder trafen, und erstmals bei einem Abendflug Tel-Aviv bei Dunkelheit erreichten. Eine hell erleuchtete, funkelnde Stadt, ein Lichtermeer am Mittelmeer.

Israel wählte Bibi, den jüdischen Rock'n Roll, anstatt eine deutsche Blockflöte wie Olaf Scholz. Bibi Netanjahu vereint den heldenhaften Soldaten und Zionisten in dem rechtskonservativen Politiker, der zusammen mit Ben Gvir gerade für junge Leute, für nichts als die Sicherheit ihrer Heimat steht.

Wir tauchten ein, in ein pulsierendes, lebendiges und vibrierendes Land. Israel ist der Ort, wo man nicht irgendwo hingehen muss, um jüdisch zu sein, da alles um einen herum so jüdisch und israelisch ist.

Im Auto hören wir israelische Musik, eine Mischung aus House und Orient, und verlassen Haifa im zartblauen und rosafarbenen Sonnenuntergang, der die Palmen und das Meer umspielt. Langsam versinkt die Sonne als orangefarbener Feuerball im Mittelmeer, als wir Tel Aviv erreichen. Ein romantisches Bild - die Ruhe vor dem Sturm, der herannahenden Wahnsinnsmetropole. Beim Hineinfahren sieht man wie Tel Aviv nach oben wächst. Hochhäuser, kleine Wolkkratzer: ein jüdisches Manhattan am Mittelmeer entsteht. Die Stadt scheint zu pulsieren, sie bebzt vor Lebenskraft und scheint jeden Augenblick vor Vitalität zu bersten, denn nach links und nach rechts ist bereits längst kein Platz mehr.

Die jungen Frauen und Männer tragen, beflügeln, inspirieren und motivieren, bereichern und beschwingen dieses Land der unbegrenzten Möglichkeiten.

Sie sind die Herzkammer des Landes, bilden die Muskulatur und das Rückgrat Israels.

Die wunderschöne Tochter meiner Cousine dient in der israelischen Marine, Cheil haJam haJisra'eli. Auf einem Schnappschuss sehe ich sie nach einem Einsatz. Schwarzhaarig, pitschnass und überglücklich. Eine stolze Israelin.

Happy Birthday, Israel
4000 Jahre alt, 75 Jahre jung!

Die Lüge von den durch Israel „besetzten Gebieten“ ist nur einer von den vielen anti-jüdischen Neid- und Hass-Gründen des arabischen Terrors

Juden- und Israel-feindliche Journalisten und UN-Beamte nähren das antisemitische Narrativ, der jüdische Staat würde die Araber unterdrücken und das in Wirklichkeit seit 1967 durch Israel befreite historisch jüdische Gebiet in Judäa und Samaria „besetzen“. Dieses aus Geschichtsverdrehung und infamer Verleumdung Israels genährte falsche Narrativ liefert eine von den westlichen Medien gerne aufgenommene Pseudolegitimation und eine Pseudorechtfertigung für den abgrundtiefen islamischen Hass und die nahezu tägliche Gewalt muslimischer Terroristen gegenüber jüdischen Kindern, Frauen und Männern. (JR)

Von Jonathan S. Tobin/JNS.org

Die voreingenommenen Reaktionen von UN-Beamten und Konzernmedien auf Angriffe auf Israelis sowie auf Streitigkeiten um den Jerusalemer Tempelberg wurzeln in linken Lügen über den Zionismus.

Die Wut auf die UN-Sonderberichterstatterin für die „palästinensischen“ Gebiete, Francesca Albanese, wegen ihrer unverschämten Verleumdungen Israels ist mehr als berechtigt. Das Gleiche gilt für die Frustration und Empörung über die einseitige Berichterstattung über den Nahen Osten in führenden Medien wie CNN und der New York Times über eine Reihe von tödlichen „palästinensischen“ Terroranschlägen sowie über die jüngsten Ereignisse auf dem Tempelberg in Jerusalem.

Die nicht enden wollende Serie ungeheuerlicher Kommentare von Albanese bietet reichlich Futter für Kritiker der Vereinten Nationen und der internationalen "Menschenrechts"-Gemeinschaft. In ähnlicher Weise werden Nachrichtenberichte, die Terroranschläge auf Juden mit Gleichgültigkeit behandeln, während sie die Erschießung „palästinensischer“ Terrorverdächtiger durch die israelischen Verteidigungskräfte oder sogar die Versuche, die Ordnung auf dem Tempelberg wiederherzustellen, nachdem die dortigen Moscheen von Randalierern beschlagnahmt worden waren, als schwere Menschenrechtsverletzungen darstellen, von den wichtigen Gruppen, die die israelfeindliche Medienbeeinflussung überwachen, aufgezeigt.

Diese schrecklichen Beispiele dafür, wie sowohl internationale Gruppen als auch die Medien über Ereignisse in Israel falsch berichten und sie falsch darstellen, sind an sich schon wichtig und verdienen einen energischen Gegenschlag. Aber solche Äußerungen und eine Medienberichterstattung, die man eher als eine Form der Desinformation oder Propaganda, denn als Journalismus bezeichnen könnte, sind nur die Spitze des Eisbergs, mit dem sich diejenigen auseinandersetzen müssen, denen die Kampagne gegen Israel am Herzen liegt. Und so wichtig, ja sogar unerlässlich es auch ist, jeden einzelnen Fall von Lügen und Vorurteilen anzuprangern, so sollte das Zusammenreffen so vieler ungeheuerlicher Vorfälle doch als Erinnerung daran dienen, dass das Problem viel tiefer liegt.

Die Galle und die Lügen, die Albanese getwittert hat, sowie der größte Teil der Medienberichterstattung über die Geschehnisse auf dem Tempelberg und die Anschläge, wie die tragische Ermordung der 48-jährigen Lucy Dee und ihrer Töchter Maia, 20, und Rina, 15, als „palästinensische“ Terroristen auf ihr Auto schossen, sind wütend. Aber es ist nicht nur das Ergebnis von Gleichgültigkeit gegenüber jüdischem Leid und jüdischen Rechten oder gar von Antisemitismus, obwohl all dies in solchen Fällen leicht zu beobachten ist.

Dennoch sind dies eher Symptome als die eigentliche Ursache, die das Problem erklärt, das sich in so vielen



Francesca Albanese

Diskussionen über Israel und seinen Konflikt mit den „Palästinensern“ zeigt. Die wirkliche Komplexität liegt nicht in der Voreingenommenheit, der Ignoranz oder gar dem Judenhass, der sich nicht weit unter der Oberfläche der Kritik am jüdischen Staat befindet. Das Problem sind nicht so sehr die Vorurteile, sondern vielmehr die weit verbreitete Annahme, dass Israel palästinensische Gebiete "besetzt".

Es ist die Bereitschaft sowohl neutraler Beobachter als auch vieler, die behaupten, Israel zu unterstützen, zu glauben, dass die Beziehung zwischen den Juden und dem fraglichen Gebiet eine "Besetzung" ist, die die negative Bewertung des israelischen Verhaltens vorantreibt. Es ist das endlose Gerede über dieses Konzept, das die Haltung gegenüber den „Palästinensern“ und die so genannten "Lösungen" - sei es die Zwei-Staaten- oder die Ein-Staaten-Lösung - und den jahrhundertealten Dschihad gegen den Zionismus in den Medien erklärt. Die Überzeugung, dass die Besetzung beseitigt werden muss, motiviert auch die Gegner Israels in multilateralen Institutionen wie den Vereinten Nationen sowie den zunehmend einflussreichen intersektionellen linken Flügel der Demokratischen Partei. Aber es ist auch wichtig, um zu verstehen, warum die Regierung Biden und liberale jüdische Gruppen glauben, dass Israel vor sich selbst gerettet werden muss, um als jüdischer Staat zu überleben.

Die Lüge vom 'gestohlenen Eigentum'

Einfach ausgedrückt: Solange Israel als im Besitz von Gebieten angesehen wird, die jemand anderem gehören, sei es in Judäa und Samaria - oder sogar in Jerusalem und in Israel vor 1967 innerhalb der alten "Grünen Linie" - werden die Verleumdungen und die Voreingenommenheit der Medien weitergehen.

Das Argument, das von Leuten wie Albanese offen geäußert wird und sich in der Berichterstattung von CNN und

der Times widerspiegelt, ist einfach. Israel hält Judäa, Samaria und große Teile Jerusalems seit dem Sechs-Tage-Krieg im Juni 1967 unrechtmäßig "besetzt". Sie betrachtet alles, was die Übergabe dieses Gebiets durch Israel behindert - was sowohl die Gründung jüdischer Gemeinden dort als auch die Bemühungen der IDF, den „palästinensischen“ Terrorismus auszurotten, einschließt - als ein "Hindernis für den Frieden".

Albanese, wie auch die „Palästinenser“ und die antizionistische Linke hier in den Vereinigten Staaten und in der ganzen Welt, definieren die Besetzung anders. Für sie ist die Anwesenheit eines jüdischen Staates irgendwo im Lande ebenfalls eine "Besetzung". Und das ist eine Definition, die in der ganzen Welt akzeptiert wird. In diesem Sinne ist jeder israelische Jude, selbst die liberalsten Siedlungsgegner, die mit der Notlage der „Palästinenser“ sympathisieren, ebenso schuldig, ein Besatzer zu sein wie die Bewohner der Siedlungen im Westjordanland.

Natürlich akzeptieren liberale Kritiker Israels das nicht. Sie glauben, dass Israel innerhalb der "Grünen Linie" legitim ist, während Juden, die auf der anderen Seite leben, dies nicht sind.

Das Problem bei dieser Denkweise ist, dass man, sobald man einen Teil des Landes, das die alte Heimat des jüdischen Volkes darstellt und auf das es historisch und völkerrechtlich begründete Rechte hat, als für Israelis und Zionisten tabu anerkennt, den Frieden eher weniger als wahrscheinlicher macht.

Fehlgeleitete Pro-Israel-Befürwortung

Leider wird ein Großteil der Bemühungen des Staates Israel und der Gruppen, die ihn in den Vereinigten Staaten verteidigen sollen, durch ihre Bereitschaft beeinträchtigt, dem Besatzungsnarrativ eine gewisse Legitimität zu verleihen, selbst wenn sie sich für eine faire Behandlung des jüdischen Staates einsetzen. Allzu viele Befürworter Israels behandeln die Frage der Besetzung mit einem "Ja, aber"-Ansatz, bei dem sie zugeben, dass Israel nicht die vollen Rechte auf die Gebiete hat - die

zumindest theoretisch im Austausch für einen echten Frieden noch wegverhandelt werden könnten. Das war der Grundgedanke des katastrophalen Osloer Abkommens, das darauf abzielte, mit der „Palästinensischen“ Befreiungsorganisation "Land gegen Frieden" zu tauschen. Doch abgesehen davon, dass es sich um einen Tausch von Land gegen noch mehr Terror handelte, legitihierten die Zugeständnisse auch die Vorstellung, dass Juden kein Recht hätten, in Judäa und Samaria zu leben. Anstatt, wie die israelischen Architekten der Vorschläge dummerweise dachten, Israels Friedensliebe und Kompromissbereitschaft zu demonstrieren, überzeugten sie lediglich einen Großteil der Welt davon, dass der jüdische Staat ein Dieb sei, der nur widerwillig einen Teil des gestohlenen Eigentums zurückgibt.

Unabhängig von ihrer politischen Zugehörigkeit oder ihren Sympathien müssen diejenigen, denen Israel am Herzen liegt, verstehen, dass sie sich nicht vor der Besatzungslüge drücken können. Man kann ihr nicht ausweichen, indem man Israel als eine Quelle schöner Landschaften oder wissenschaftlicher Innovationen "umdeklariert", wie einige törichterweise meinen. Man kann ihr auch nicht ausweichen, indem man ständig von Israels Bereitschaft spricht, eine Zweistaatenlösung zu akzeptieren, die die andere Seite nicht will.

Wenn Sie Leute wie Albanese oder diejenigen in den Medien, die über Israel lügen, anprangern wollen, dann tun Sie das bitte. Solche Bemühungen sind sowohl notwendig als auch wichtig, um den antizionistischen Lügen, die sich weithin durchgesetzt haben, den Boden zu entziehen. Aber jedes Argument, das es nicht schafft, die falschen Vorstellungen über die „Besetzung“ zu korrigieren, ist zum Scheitern verurteilt und hat Konsequenzen, die über unsere Frustration über die Vereinten Nationen und die Voreingenommenheit der Medien hinausgehen.

Jonathan S. Tobin ist Chefredakteur von JNS (Jewish News Syndicate). Folgen Sie ihm auf Twitter unter: @jonathans_tobin.

Sie interessieren sich für die „Jüdische Rundschau“, möchten sie aber aus bestimmten Gründen nicht abonnieren. Deswegen haben Sie die Zeitung ab und zu im Zeitungskiosk gekauft. Aber Sie laufen nicht gerne zum Zeitungskiosk oder finden da die Zeitung nicht immer. Möglicherweise ist Ihre Beweglichkeit begrenzt oder Sie möchten es lieber bequem...

DANN HABEN WIR EIN TOLLES ANGEBOT FÜR SIE!

Sie können auf unserer Website

www.juedische-rundschau.de/shop die aktuelle Ausgabe der „Jüdischen Rundschau“ bestellen und online bezahlen. Die Zeitung wird innerhalb von 24 Stunden nach Bestellung und Bezahlung an Sie verschickt und kommt direkt zu Ihnen per Post in einem neutralen Briefumschlag.

„Tod für Israel“: Der iranische Plan zum Angriff auf Israel

Wie es selbst nicht müde wird zu betonen, wartet das Mullah-Regime in Teheran nur darauf, den jüdischen Staat von der Landkarte zu bomben. Mit seinen regionalen Terror-Alliierten - der Hisbollah im Libanon, den Houthis-Rebellen im Jemen, den bewaffneten Milizen in Syrien und der Hamas - plant der iranische Kraken den Staat Israel von verschiedenen Seiten anzugreifen. Mit katarischem Geld und dem Dschihad-TV Al Jazeera wird das Feuer des Hasses auf Israel immer weiter angefacht und die öffentliche Meinung im Nahen Osten, in den nur allzu bereitwilligen westlichen Medien und in der ganzen Welt auf den großen, letzten Vernichtungskampf vorbereitet. (JR)

Von Mordechai Kedar/JNS.org

Eine Quelle, die ich seit Jahren kenne, hat mir ihre Einschätzung mitgeteilt, dass der Iran in absehbarer Zeit einen kombinierten Angriff auf Israel plant, der alle ihm zur Verfügung stehenden Kräfte in mehreren arabischen Ländern einbeziehen wird:

- Libanon: Hisbollah und Hamas mit vielen Tausenden von Raketen, einige davon präzisionsgelenkt, und UAVs.
- Syrien: Hisbollah sowie 16 weitere bewaffnete und kampfbereite Milizen. Der Iran hat eine sehr große Anzahl von Raketen und Drohnen nach Syrien geliefert.
- Irak: Dutzende von Milizen, bewaffnet mit Raketen und UAVs.
- Jemen: Die Houthis, die über iranische Langstreckenraketen und UAVs verfügen.
- Gazastreifen: Die Hamas und der Palästinensische Islamische Dschihad, die über Raketen verfügen, mit denen sie die israelische Armee und die israelischen Luftwaffenstützpunkte außer Gefecht setzen können.

Es ist wahrscheinlich, dass der Iran keine Raketen direkt von seinem eigenen Territorium aus abfeuern wird, um sich nicht der Gefahr eines Vergeltungsschlags auszusetzen.

So viel zur Einschätzung, die ich aus dem Irak erhalten habe.

Was folgt, ist meine Interpretation:

Unter dem Vorwand, die Al-Aqsa-Moschee vor der israelischen Besatzung und Unterdrückung zu retten, wird der Iran einen umfassenden koordinierten Angriff auf Israel durchführen. In der ersten Phase werden Raketen und Drohnen aus allen genannten Regionen gleichzeitig auf Israel niedergehen; nach iranischer Einschätzung wird der Vorrat an Abfangraketen der Eisernen Kuppel innerhalb von zwei bis drei Stunden erschöpft sein, worauf der israelische Himmel offen und die Luftwaffe geschwächt sein wird.

Die Luftangriffsphase wird von einem Cyberangriff auf israelische Infrastruktursysteme begleitet. Nach einem ganzen Tag Cyberangriff und einem Regen von Raketen und UAVs auf Militärbasen und zivile Infrastrukturen wird die zweite Phase beginnen: ein koordinierter Bodenangriff aus dem Libanon, Syrien und dem Gazastreifen durch Infanterietruppen auf Kross-Motorrädern und Geländefahrzeugen, die mit Panzerabwehrwaffen ausgerüstet sind und die israelischen Bodentruppen angreifen, um so schnell wie möglich jüdische Siedlungen zu erreichen.

Das Kalkül der Iraner ist, dass die Mobilisierung der israelischen Reserven mehrere Tage dauern und aufgrund des Chaos, das der erste Angriff auslösen wird, bestenfalls teilweise erfolgen wird. Die IDF-Verstärkungen werden nicht rechtzeitig an den verschiedenen Fronten eintreffen, und die regulären Streitkräfte werden angesichts des Bodenangriffs innerhalb von Stunden zu-



Das Mullah-Regime in Teheran stimmt seine Verbündeten darauf ein, Israel zu vernichten.

sammenbrechen, wie es am Suezkanal und auf den Golanhöhen während des Jom-Kippur-Kriegs (1973) geschah.

Die Invasion der Bodentruppen wird sich auf die israelischen Siedlungen konzentrieren, mit dem Ziel, die israelische Öffentlichkeit zu demoralisieren und die Regierung zur Kapitulation zu zwingen, um das Leben der vielen israelischen Zivilisten zu retten, die von den arabischen und iranischen Milizen gefangen genommen werden. Die israelischen und die sozialen Medien werden die israelische Öffentlichkeit in Panik versetzen.

Wahrscheinlich werden die Hamas, der Palästinensische Islamische Dschihad und die PA die „Palästinenser“ ermutigen, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um Israelis, die Armee, die Polizei und Zivilisten, die sich auf den Straßen bewegen, zu verletzen und Angriffe auf Siedlungen und Militärstützpunkte zu verüben.

Darüber hinaus erwarten die Iraner, dass die Araber in Galiläa und im Negev Aktionen gegen die IDF durchführen, wie z. B. Straßen blockieren, Brücken beschädigen, Öl auf die Straßen schütten, Kreuzungen blockieren, Hochspannungsleitungen beschädigen und jüdische Siedlungen angreifen.

Da die israelische Nationalgarde noch nicht einsatzbereit ist, werden diese Aktionen großen Schaden anrichten.

Die internationale Bühne:

Russland und China, die Alliierten des Iran, werden „beide Seiten zur Einstellung der Gewalt aufrufen“, den Iran fast offen unterstützen und ihn mit Informationen über die Vorgänge in Israel versorgen. Die Türkei wird sich dem Aufruf zur Einstellung der Gewalt anschließen, den Iran aber auch unter-

stützen. In der arabischen und islamischen Welt wird es zu Demonstrationen zur Unterstützung des Irans und seiner Maßnahmen zur Beseitigung des zionistischen Staates kommen, ähnlich wie im zweiten Libanonkrieg 2006, als Hassan Nasrallah von den Massen unterstützt wurde. Anders als 2006 wird Saudi-Arabien dieses Mal keine negative Haltung gegenüber dem Angriff auf Israel einnehmen.

Die amerikanische und die europäischen Regierungen werden nicht militärisch eingreifen, denn niemand im Westen ist auf der Suche nach einem weiteren Kriegsschauplatz, der die Munitionslager der NATO leert und den Wunsch ihrer Führer, in Kriege einzugreifen, die nicht die ihren sind, austrocknet.

Aus Sicht des Westens wäre der Verlust Israels nicht so schlimm, denn der Nahe Osten hat dem Westen ohnehin den Rücken gekehrt, als Saudi-Arabien und seine Partner am Golf-Länder, die viel wichtiger sind als Israel – beschließen, der schwachen westlichen Koalition den Rücken zu kehren und sich der starken und wachsenden östlichen Allianz anzuschließen, der Russland, China, der Iran, Nordkorea, Venezuela und andere angehören.

Die iranische Regierung ist sehr beeindruckt von dem anhaltenden Wunsch des Westens und der Amerikaner, sie zu beschwichtigen, die Sanktionen aufzuheben und sie als respektiertes Mitglied der Familie der Nationen zu akzeptieren, während sie das iranische Rennen um die Bombe nachweislich ignorieren. Dieses Verhalten des Westens gibt den Entscheidungsträgern im Iran das Gefühl, dass niemand im Westen auf der praktischen, militärischen Ebe-

ne etwas tun wird, um einen Luft- und Bodenangriff auf Israel wie den oben beschriebenen zu verhindern.

Die amerikanische Regierung kennt die negative Haltung der linken Mehrheit des amerikanischen Judentums gegenüber Israel, insbesondere in den letzten Monaten, und hat keine Angst, einen zu hohen Preis zahlen zu müssen, wenn sie Israel erlaubt, mit der iranischen Invasion allein fertig zu werden. Biden wird vor den Kameras erklären, dass „Israel das Recht hat, sich zu verteidigen“, aber er wird versuchen, keine konkreten Schritte zu unternehmen.

Ein koordinierter Raketen- und Drohnenangriff ist keine Theorie; der Iran hat dies in Saudi-Arabien am 14. September 2019 bereits getan, und dieser Angriff hat Saudi-Arabien Ölexportkapazitäten für viele Monate reduziert. Dies war wahrscheinlich der Grund dafür, dass Saudi-Arabien dem Abraham-Abkommen nicht beigetreten ist, und ein Faktor, der Saudi-Arabien dazu veranlasst hat, vor kurzem die Vereinbarung mit Israel aufzugeben und sich dem iranischen Lager anzuschließen. Die USA unter Trump und Europa haben nach dem Angriff 2019 nichts gegen den Iran unternommen, und sie werden auch heute unter Biden nichts unternehmen.

Ich weiß nicht, wie realistisch dieses Szenario eines Luft- und Bodenangriffs auf Israel ist, aber selbst, wenn die Chance, dass es in absehbarer Zeit eintritt, gering ist, muss der Staat Israel geschlossen auftreten, und es ist sehr wichtig, dass die Koalition mit der Opposition zusammenarbeitet, um das Land und das Militär darauf vorzubereiten.

Wenn die israelische Öffentlichkeit überleben will, muss sie sich mental und physisch auf einen Krieg mit der iranischen Krake vorbereiten, die es geschafft hat, den Gazastreifen und die gescheiterten Nachbarländer Israels in ihren Griff zu bekommen: Libanon, Syrien, Irak und Jemen – alles Länder, die nichts zu verlieren haben. Mit katarischem Geld und dem Dschihad-TV Al Jazeera wird das Feuer des Hasses auf Israel immer weiter angefacht und die öffentliche Meinung im Nahen Osten und in der ganzen Welt auf den großen, letzten Feldzug vorbereitet.

Katarisches Geld hat auch westliche Politiker gekauft, damit sie nicht sehen, was Katar sie nicht sehen lassen will, von der Verletzung der Menschenrechte und der ausländischen Arbeitnehmer in Katar bis hin zu dem, was Katars Alliierten, der Iran, mit Israel vorhat.

Es ist Zeit, aufzuwachen. Dieses gefährliche Szenario könnte realistisch sein.

Mordechai Kedar ist ein israelischer Wissenschaftler für arabische Kultur, Dozent an der Bar-Ilan-Universität und Vizepräsident von NEWSRAEL, wo dieser Artikel zuerst erschienen ist.

Übersetzung aus dem Englischen von Daniel Heiniger

BDS-Chefdemagoge Omar Barghouti: „Unser Boykott richtet sich gegen Juden“

Wie die Aussage des bezeichnenderweise auch noch mit dem Gandhi-Friedenspreis ausgezeichneten Antisemiten und Chefdemagogen der judenfeindlichen BDS-Bewegung ein weiteres Mal klar belegt, ruft die BDS nicht nur von Anbeginn an zum Warenboykott israelischer Produkte auf, sondern ist auch eine massiv judenfeindliche Initiative. So fordert sie friedensfeindlich in einer „Anti-Normalisierungskampagne“, Treffen zwischen Arabern und Israelis einzustellen, wenn die Israelis Juden sind. Einzige Ausnahme: Wenn die Juden sich selbst gegen Israel stellen. BDS-Gründungsmitglied Omar Barghouti machte nun in einem Video-Interview gegen alle verharmlosenden Behauptungen westlicher Medien ein weiteres Mal klar, dass sich der Boykott nicht nur politisch gegen den Staat Israel, sondern wirklich und explizit gegen Juden richtet. (JR)

Von Stefan Frank

Der BDS-Chefdemagoge Omar Barghouti macht in einem Interview klar, dass sich der Israelboykott seiner Bewegung nur gegen israelische Juden richtet.

Gelegentlich hört man im deutschsprachigen Raum die irrwitzige Behauptung, die Boykottkampagne BDS (Boycott, Divestment, Sanctions), die den Staat Israel zerstören und durch einen nicht-jüdischen Staat „Palästina“ ersetzen will, sei gar nicht antisemitisch. Ein paar Beispiele:

Der israelisch-deutsche Philosoph Omri Boehm stellte diese Diagnose 2020 auf Zeit Online. Der Schweizer Presserat glaubt das auch.

Auch die vom Goethe-Institut und anderen staatlich finanzierten deutschen Kulturinstitutionen unterzeichnete Pro-BDS-Initiative GG 5.3 Weltoffenheit beruht auf der Idee, dass BDS nicht antisemitisch sei; anderenfalls wäre es ja nicht möglich, sich gegen den Anti-BDS-Beschluss des Deutschen Bundestages zu wenden, gleichzeitig aber – wie die Unterzeichner das tun – zu behaupten: „Der gemeinsame Kampf gegen Antisemitismus (...) steht im Zentrum unserer Initiative.“

Zudem müssen die Unterzeichner des Textes den Antisemitismus von BDS leugnen, wenn sie ausgerechnet in dem Mob der Israelboykotteure „wichtige Stimmen“ ausgemacht haben wollen, die durch angeblich „missbräuchliche Verwendungen des Antisemitismusvorwurfs“ davon bedroht seien, „beiseitegedrängt“ zu werden.

Barghoutis Frau ist Israelin

Und dann ist da noch der bekannte Erziehungswissenschaftler und Publizist Micha Brumlik, der in einem Beitrag für die Website dis:orient ebenfalls behauptete, BDS sei nicht antisemitisch, sich aber die Hintertür offenhielt, seine Meinung könne sich jederzeit ändern. Brumlik schrieb:

„In diesem Zusammenhang bietet sich auch ein Lackmüstest an, ob die BDS-Bewegung nicht doch auch antisemitische



Omar Barghouti ist Gründungsmitglied der antisemitischen BDS-Bewegung.

Züge aufweist: sollte auch nur ein Fall bekannt werden, bei dem die Bewegung christliche oder muslimische Personen israelischer Staatsangehörigkeit nicht boykottieren, so wäre der Beweis erbracht, dass diese Politik sich nur gegen jüdische Israelis richtet. Meine Antwort auf die Frage, ob BDS antisemitisch ist, würde sich in diesem Fall ändern.“

Wenn wir uns auf einen Fall beschränken wollen, wie wäre es mit Sara Tamish, der Ehefrau des BDS-Führers und Chefdemagogen Omar Barghouti? Sie ist arabische Israelin, ihretwegen hat Barghouti in Israel Aufenthaltsrecht. Davon, dass Omar Barghouti seine Frau boykottiert, weil sie Israelin ist, ist zumindest öffentlich nichts bekannt.

Nur gegen jüdische Israelis

Angesichts all der wiederkehrenden Versuche, den Antisemitismus der Israelboykott-Bewegung in Abrede zu stellen, ist es hilfreich und löblich, dass Omar Barghouti nun noch einmal klargestellt hat: BDS richtet sich gegen Juden.

Der Zusammenhang, in dem er dies sagte, war die „Anti-Normalisierung“-Kampagne, die sich gegen jegliche Kon-

takte zwischen Arabern und jüdischen Israelis richtete, es sei denn, diese Kontakte finden zum Zweck des Kampfes gegen Israel statt. „Normalisierung“, so Barghouti, „ist die Teilnahme an jeglichem Projekt, jeglicher Initiative oder Aktivität, vor Ort oder international, bei der auf derselben Plattform Araber – Palästinenser inbegriffen – und Israelis, ob Institutionen oder Einzelpersonen, zusammengebracht werden“. Anschließend präzisierte Barghouti, was „israelische Seite“ bedeutet:

„Israelische Seite heißt jüdische (!) Israelis beziehungsweise jüdische (!) israelische Institutionen.“

Das Video, in dem Barghouti diese Äußerung macht, ist auf der Website des Pro-Israel-Bloggers Elder of Zion zu sehen. Elder of Zion buchstabiert in seinem kommentierenden Text aus, was die oben genannte Forderung Barghoutis in der Praxis bedeutet:

„Es ist keine ‚Normalisierung‘, sich mit israelischen Arabern oder israelischen Christen zu treffen, selbst wenn diese Zionisten sind. Das ‚Verbrechen‘ der Normalisierung betrifft nur Treffen mit Juden.“

Die Frage, ob ein Israeli zu boykottieren ist, hängt einzig davon ab, ob er jüdische Verwandte hat. Sollte die Frage nicht auf Anhieb zu beantworten sein, würden die Boykotteure wohl wie weiland einen Abstammungsnachweis verlangen, der die Herkunft aus einer nicht-jüdischen Familie beweist.

Boykott aufgrund von Nationalität und Religion

Die israelische Journalistin Amira Hass von der Tageszeitung Haaretz bekam das im September 2014 zu spüren. Damals war sie schon bekannt als jemand, der Steinwürfe auf Autofahrer rechtfertigte, sofern diese aus der Perspektive des Steinwerfers „jüdisch“ aussehen. „Steinwürfe sind ebenso eine Aktion wie eine Metapher des Widerstands“, philosophierte sie, nachdem bereits zahlreiche Menschen, darunter Kinder, durch Steinwürfe getö-

tet worden waren.

Trotz ihres Hasses auf Israelis wurde ihr bei einer Konferenz der deutschen Rosa-Luxemburg-Stiftung an der „palästinensischen“ Universität Birzeit bei Ramallah der Zutritt verwehrt, weil sie Jüdin war. Darüber schrieb Hass anschließend einen trotzig und mit Vorwürfen gespickten Artikel.

BDS bedeutet, Israelis zu boykottieren, sofern sie jüdisch sind. In vielen Ländern, darunter Deutschland und Österreich, fände ein solcher Boykott keinerlei Akzeptanz. Wohl kein Politiker, Journalist oder Intellektueller würde die Diskriminierung von Menschen aufgrund ihrer Nationalität oder Religion verteidigen – jedenfalls dann nicht, wenn man dies so klar aussprechen würde.

Darum rückt BDS in Deutschland lieber den „Warenboykott“ in den Fokus. Und darum tut Omar Barghouti im Gespräch mit deutschen Journalisten das, was er am besten kann: Er lügt. In einem Interview, das er vor acht Jahren dem eifrig nickenden Journalisten Tilo Jung gab, sagte er (ab Minute 15:31):

„Im palästinensischen Boykott rufen wir nicht dazu auf, einzelne Personen zu boykottieren. Es ist nur ein Boykott von Institutionen, die gemeinsame Sache machen. Das Thema Identität ist hier nicht wichtig. Es kommt darauf an, ob man an Verbrechen, an Menschenrechtsverletzungen beteiligt ist.“

Man vergleiche die Äußerung mit der obigen, wo er – an ein anderes Publikum gerichtet – sagt, dass kein Araber gemeinsam mit einem israelischen Juden irgendwo auf der Welt an irgendeiner „Aktivität“ teilnehmen dürfe. Er selbst, als der Chef, ist übrigens von allen Regeln befreit, die für andere gelten sollen. An der israelischen Universität Tel Aviv, die andere boykottieren sollen (weil sie eine jüdisch-israelische Institution ist), hat der Boykott-Führer Philosophie studiert und 2009 Examen gemacht.

Dieser Beitrag erschien zuerst bei Mena-Watch.

Unterstützen Sie Deutschlands einzige unabhängige jüdische Zeitung!

Abonnieren Sie und schalten Sie Werbung in der JÜDISCHEN RUNDSCHAU!

Liebe Leserinnen und Leser,

gegründet im Sommer 2014, als Reaktion auf die antisemitischen Demonstrationen in ganz Deutschland, setzt sich die JÜDISCHE RUNDSCHAU heute für jüdische Belange und für Israel ein wie kein zweites Medium im deutschsprachigen Raum.

Die positiven Rückmeldungen aus Deutschland, Österreich, der Schweiz und Israel bestärken uns in unserer Arbeit.

Dennoch brauchen wir auch Ihre Hilfe: Abonnieren Sie die JÜDISCHE RUNDSCHAU, erzählen Sie in der Familie, im Freundes- und Bekanntenkreis von unserer noch jungen Zeitung! Verschenken Sie Abos und reichen unsere Zeitung weiter!

Denn eine Zeitung wird erst durch ihre Abonnenten stark.

Auch Deutschland, Österreich und die Schweiz brauchen eine selbstbewusste jüdische Stimme!

Ihre JÜDISCHE RUNDSCHAU-Redaktion

Israel zum 75. Geburtstag - Eine Hommage an eine kleine große Nation

Chaim Weizmann, der erste Präsident Israels, prägte seinerzeit, angesichts der gigantischen Aufgabe den Staat Israel auf historischem Gebiet wieder aufzubauen, das Bonmot: „Um Zionist zu sein, muss man nicht unbedingt verrückt sein, aber es hilft“. Blickt man 75 Jahre zurück, auf ein Land, das größtenteils aus Steinen und Wüstensand bestand, begreift man die außerordentliche Leistung des jüdischen Staates Israel und wie viel Entbehrung, Idealismus, Mut und Opferbereitschaft die Männer und Frauen bewiesen, die den Grundstein ihrer jüdischen Heimstätte legten und erfolgreich die einzige freiheitliche Demokratie in der gesamten Region aufbauten. (JR)

Von L. Joseph Heid

In der fast 2000-jährigen Diasporageschichte der Juden war der Traum von der Rückkehr in das alte, verheißene Land nie erloschen. Die zerstreut unter den Völkern der Erde lebenden Juden waren von der Sehnsucht beherrscht, irgendwann wieder in das biblische Land der Väter zurückzukehren.

Mit seiner 1896 veröffentlichten Flugschrift „Der Judenstaat. Versuch einer modernen Lösung der Judenfrage“ hatte der bis dahin wenig bekannte Wiener Stückeschreiber Theodor Herzl gleichsam das Manifest der national-jüdischen Bewegung verfasst und war damit zum Begründer des politischen Zionismus geworden.

Am 27. August 1897 fand auf Einladung Herzls in Basel der erste Zionistenkongress statt, auf dem die Delegierten einstimmig das „Baseler Programm“ verabschiedeten, was zugleich die prägnanteste Definition der nationaljüdischen Bewegung liefert: „Der Zionismus erstrebt für das jüdische Volk die Schaffung einer öffentlich-rechtlichen gesicherten Heimstätte in Palästina“. Bald wurden ihm die Tore zu den europäischen Höfen geöffnet und Herzl begann mit seiner zionistischen Pendeldiplomatie.

Balfour-Deklaration

In der Nachfolge Herzls stehend war es dem späteren ersten israelischen Präsidenten Chaim Weizmann 1917 gelungen, die Briten zu einer weitreichenden prozionistischen Erklärung zu veranlassen. Ohne diese sogenannte Balfour-Deklaration wäre es niemals zur Gründung des Staates Israel im Jahre 1948 gekommen. Dieser 117 Wörter lange Brief machte Geschichte, wie kaum je ein anderer. Seine Regierung, so teilte Außenminister Arthur Balfour mit, betrachte „die Schaffung einer nationalen Heimstätte in Palästina für das jüdische Volk mit Wohlwollen“ und wolle die größten Anstrengungen zur Erreichung dieses Zieles unternehmen.

Ab 1922 wurde Großbritannien vom Völkerbund beauftragt, Palästina zu verwalten und das Mandat über dieses Gebiet zu übernehmen. Nachdem es während der englischen Mandatszeit in Palästina immer wieder zu Unruhen zwischen Juden und Arabern gekommen war, reifte bei dem Mandatar 1937 erstmals die Überzeugung, es sei besser, das Land zu teilen und das Mandat zu beenden.

Während Europa dem deutschen Eroberungswahn ausgesetzt war und die Schornsteine der KZ-Krematorien rauchten, führte England in Palästina mit einem Aufgebot von 100 000 Soldaten Krieg gegen menschliches Strandgut. Achtzehn Monate nach Kriegsschluss waren die Briten am Ende ihrer Weisheit und gingen mit ihrem Problem vor die Vereinten Nationen.

Jerusalem als neutrale Enklave

Am 29. November 1947 wurde mit einer Majorität von mehr als zwei Dritteln der



Am 14. Mai 1948 proklamierte David Ben Gurion die Gründung des jüdischen Staates Israel.

Mitgliedsstaaten entschieden, den Teilungsvorschlag anzunehmen. In Palästina sollten ein arabischer und ein jüdischer Staat entstehen. Jerusalem, von zentraler Bedeutung für Juden, Christen und Muslime, war als neutrale Enklave gedacht.

Ein arabischer Vertreter kündigte an: „Es ist der feste und eindeutige Wille der Araber, keine Lösung in Betracht zu ziehen, die den Verlust ihrer Souveränität auch nur über irgendeinen Teil ihres Landes bedeuten würde“. Für die Juden bedeutete der UN-Beschluss, dass ihnen eben dieses Recht auf die Erneuerung ihrer Souveränität endlich zuerkannt worden war. Die jüdische Bevölkerung Palästinas nahm daher die Resolution mit Begeisterung auf.

Obwohl nur teilweise verwirklicht, gilt die UN-Resolution 181 bis heute als völkerrechtliche Legitimation sowohl der Staates Israel als auch des „palästinensischen“ Rechtsanspruchs auf einen eigenen Staat. Die Ansprüche der beiden Nationen waren gerecht - und doch völlig unvereinbar.

Mufti Hadji Amin al-Husseini, der ab 1936 den Vorsitz des Obersten Arabischen Komitees innehatte (und der während des 2. Weltkrieges mit Hitler-Deutschland paktiert hatte), war als Oberhaupt der „palästinensischen“ Araber aus seinem Exil zurückgekehrt. Er hatte sich dem Kampf gegen den Zionismus verschrieben, mehr noch: Die jüdische Gemeinschaft in Palästina sollte vernichtet werden. Die arabischen Angriffe auf jüdische Siedlungen nahmen Anfang 1948 bedrohlich zu.

Der Gründungsakt

Mit Datum vom 13. Mai 1948 erhalten die palästinensischen Pressevertreter eine Einladung zur Sitzung der Verkündung der Unabhängigkeit, die am Freitag, den 5. Ijar 5708 (14. Mai 1948) um vier Uhr nachmittags im Museumssaal, Tel Aviv, Rothschild Boulevard 16 stattfinden soll. Die Gäste werden gebeten, um 15.30 Uhr zu erscheinen. In der Einladung ist „dunkle Festkleidung“ erbeten.

Die ganze Zeremonie hat gerade einmal 35 Minuten gedauert! Schon lange vor der festgesetzten Stunde füllt sich der Saal des Tel Aviver Kunstmuseums allmählich mit einer festlich gekleideten Gesellschaft.

Kurz vor vier springt ein untersetzter Mann mit weißer Haarmähne aus einer schwarzen amerikanischen Limousine vom Typ Lincoln. David Ben Gurion trägt einen dunklen Anzug, die Krawatte ist mit einer silbernen Nadel befestigt, in der linken Hand hält er einen Hut und unter dem rechten Arm eine dünne Aktenmappe. Er wirkt eher wie ein gewiefter Anwalt und nicht wie ein kühner Revolutionär. Neben dem Wagen steht ein junger Mann in der Uniform eines noch nichtexistierenden Staates stramm, unsicher, was er zu tun hat. Ben Gurion bleibt vor ihm stehen, biegt das Rückgrat durch und legt die rechte Hand zu einem formvollendeten staatsmännischen Salut an die Stirn. Gleich wird er die Unabhängigkeitserklärung unterzeichnen und der erste Ministerpräsident des Judenstaates werden und diesen fast fünfzehn Jahre lang durch seine schwierigen Anfänge führen.

Von der Längswand des Saales, an der sonst die Bilder alter Meister hingen, die Werke von Joseph Israels, Marc Chagall und Max Liebermann, grüßt anlässlich des feierlichen Aktes ein überdimensionales Herzl-Bild. Der mittlere Teil der Längswand ist mit weißem Stoff bespannt, über dem rechts und links zwei Zionsfahnen gehängt sind. Ernst blickt Theodor Herzls aus dem Bilderrahmen auf die Szene herab. Vor diesem Hintergrund ist auf einer Estrade ein mit grauem Tuch bedeckter Tisch aufgebaut, an dem die Mitglieder der Volksleitung Platz nehmen. Auf dem Tisch stehen mehrere Mikrophone, die zur Übertragung der Feier im neuen jüdischen Sender „Kol Israel“ („Stimme Israels“) bestimmt sind, der mit dieser Live-Übertragung zugleich seine regelmäßigen Sendungen aufnehmen wird.

Vor dem Tisch der Volksleitung und im rechten Winkel dazu sind – eben-

falls auf der Estrade – die Sitzreihen für die Mitglieder des Volksrats aufgestellt. In der ersten Sitzreihe sitzen die beiden Oberrabbiner von Tel Aviv. Daneben Bürgermeister Israel Rokach und Vize-Bürgermeister Perlson, die beiden alten zionistischen Kämpen und Delegierten des 1. Zionisten-Kongresses des Jahres 1897, die hier die Verwirklichung des Traumes ihrer Jugend erleben. Ein ganzes Heer von Pressefotografen und Filmleuten ist aufmarschiert, die alles in ein wahres Blitzlicht-Kreuzfeuer nehmen.

Erwartungsvolle Stille legt sich über den Museumssaal als der Uhrzeiger sich der „Vier“ nähert. Diese Uhrzeit ist mit Bedacht gewählt, um allen Anwesenden Gelegenheit zu geben, noch vor Schabbateingang rechtzeitig in die Synagoge oder nach Hause zu gelangen. Auf die Sekunde genau um 16 Uhr eröffnet David Ben Gurion mit einem Hammerschlag die historische Sitzung des Volksrates. Alle Anwesenden erheben sich und singen gemeinsam die Hatikwa. Ben Gurion verliert nunmehr die Proklamation der Staatsgründung. Als er die Errichtung der Medinat Jisrael verkündet, erheben sich die Menschen im Saal spontan von ihren Sitzen und minutenlang Beifall begrüßt die damit vollzogene Errichtung des Judenstaates Israel.

Nach Ben Gurion erhält das Wort Raw Fishman, der mit tränenerstickter Stimme den Schehechejanu-Segensspruch spricht. Viele Anwesende können ihre Tränen nicht länger unterdrücken. Die Mitglieder des Volksrats werden nun zur Unterzeichnung der Staatsgründungs-Proklamation aufgerufen. Als erster unterzeichnet Ben Gurion.

Das Erklingen der Hatikwa

Und dann spielt das Palestine Orchestra die Hatikwa, die nunmehrige Nationalhymne des Staates Israel. Da ist es genau 16.32 Uhr. Und dass die Hymne sanft durch das Haus streicht, wie aus der Ferne erklingt und darum eine besondere Wirkung verströmt, liegt an einer organisatorischen Panne. Als schon alle im Saal versammelt sind, stellt sich heraus, dass für das Orchester kein Platz vorhanden ist und man es in der Beletage unterbringen muss.

Draußen vor dem Museum drängt sich eine nach vielen Hunderten zählende Menschenmenge – es sind nicht Tausende, weil der Ort der Staatsgründungs-Zeremonie bis zuletzt streng geheim gehalten worden ist. Vor dem im Umkreis mehrerer Häuserblocks streng abgesperrten Gebäude des Museums ist eine Ehrenwache der Haganah aufmarschiert, die das Gewehr präsentiert, als der Präsident der Volksleitung, David Ben Gurion, das Gebäude verlässt und in einem mit der blau-weißen Flagge geschmückten Wagen davonfährt, dem ein Jeep mit der Leibwache folgt. Und damit ist der Gründungsakt des Staates Israel vollzogen.

Über der Gründungsveranstaltung lag ein gewisses Schweigen und man wollte vermeiden, dass zu viele Schaulustige sich

einfinden, da befürchtet wurde, dass ein ägyptisches Flugzeug die Stelle bombardieren könnte. Der aus Berlin stammende Journalist James Yaacov Rosenthal erinnert sich: „Am Abend des 14. Mai hatte ich mich mit einigen Journalistenkollegen verabredet, um auf den Staat ein Gläschen zu trinken. Kaum hatten wir die Gläser erhoben, da heulten auch schon die Sirenen.“

Am späten Abend dieses ereignisreichen Tages notierte Ben Gurion in sein Tagebuch: „Jubel und Freude im Lande. Wieder, wie am 29. November 1947 (UN-Teilungsbeschluss), ich bin ein Trauernder unter Frohlockenden“. Die Trauer, von der er hier sprach, bezog sich auf die bereits Gefallenen des Krieges und auf das Schicksal des Staates, das in den Händen der Sicherheitskräfte lag. Die Freude, auf die er sich bezog, mag auch seinem Bonmot geschuldet sein, das er einmal von sich gegeben hatte und lautet: „Wer nicht an Wunder glaubt, ist kein Realist“. Dieses prophetische „Wunder“ war an jenem 14. Mai 1948 Wirklichkeit geworden.

Dass die nationale Wiedergeburt Israels der obwaltenden Umstände wegen in Tel Aviv und nicht in Jerusalem stattfinden musste, verlieh dem Gründungsakt eine emotionale Tragik. Aber eine gewisse Logik hatte die lokale Besonderheit doch: Das aus dem Sandboden vor Jaffa im Jahre 1909 gegründete Tel Aviv war die erste rein jüdische Stadt in Eretz Israel vor der Staatsgründung.

Mag sein, dass die Teilnehmer der Unabhängigkeits-Zeremonie sich der globalen Bedeutung dieses Gründungsaktes nicht bewusst waren, auch wenn nationale und religiöse Sentiments an jenem Freitagnachmittag berührt wurden. Für die etwa 600.000 Juden, die an diesem 14. Mai 1948 den sechs Monate zuvor gefassten UN-Beschluss umsetzten, war es jedenfalls ein historischer Tag. Und das galt gewiss auch für Tausende und Aber-tausende Diasporajuden in allen möglichen Teilen der Welt. Für die Zionisten gab es keine Alternative zu einem eigenen Staat, der die Existenz des jüdischen Volkes nachhaltig zu schützen bereit war.

Wenige Stunden nach der Unabhängigkeitserklärung gab US-Präsident Harry S. Truman eine Presseerklärung und gab bekannt: „Die US-Regierung wurde davon in Kenntnis gesetzt, dass ein jüdischer Staat in Palästina proklamiert wurde, und dass dessen Provi-

sorische Regierung um Anerkennung ersucht. Die US-Regierung erkennt diese Provisorische Regierung als die de facto-Autorität des neuen Staates Israel an“. In einer anschließenden Erklärung gab das Weiße Haus bekannt, dass der Wunsch der Vereinigten Staaten für einen Waffenstillstand im Heiligen Land durch die Proklamation des Staates Israels nicht gemindert sei. Die USA waren in dieser angespannten Krise, als sich der Nahostkonflikt zu einem Flächenbrand auszuwachsen schien, bemüht, zwischen Juden und Arabern zu vermitteln, um eine Ausbreitung des Konflikts über die Grenzen Palästinas hinaus zu verhindern. Ein anderer Faktor war der amerikanische Wunsch, den UdSSR um eine Nasenlänge voraus zu sein und damit zu verhindern, dass die Sowjetregierung überragenden Einfluss auf die jüdische Politik gewann.

Angriff auf den jungen jüdischen Staat

Die arabische Antwort auf die israelische Unabhängigkeitserklärung ließ nicht lange auf sich warten. Radio London meldete in seiner Spätsendung am 14. Mai 1948, die arabischen Staaten seien im Begriff, von allen Seiten in Palästina einzudringen. Ein großer Teil der Arabischen Legion, ausgestattet mit Waffen, die die Engländer geliefert hatten, stehe bereits auf palästinensischem Boden und ägyptische Truppen hätten die Grenze bereits überschritten. Im Norden traten nach englischen Meldungen syrisch-libanesischen Truppen in der Nacht gleichfalls den Vormarsch über die Grenze an.

König Abdallah von Transjordanien - ausgestattet mit einem zwei Monate zuvor mit den Engländern geschlossenen Bündnisvertrag, mit dem der arabischen Intervention in Palästina Rückendeckung gegeben worden war - begab sich um Mitternacht des 14. auf den 15. Mai 1948 an die Grenze, um seinen Truppen Glück zu wünschen, und feuerte dann aus seinem Revolver den ersten symbolischen Schuss auf Palästina als Zeichen des Kriegsbeginns. Danach überschritten seine Truppen die Grenze, „um das Heilige Land von den Zionisten zu befreien“.

An diesem Schabbatmorgen, dem 15. Mai 1948 fielen die ersten Bomben auf Tel Aviv - die ersten Bomben seit 1940/41, als die Italiener die Stadt angegriffen hatten. Diesmal kreisten mehrere Spitfires über der Stadt. Von mindestens

zwei Stellen bellte Flak auf. Dazwischen knatterten die MG's. Der Luftangriff traf die Tel Aviver Bevölkerung, die nach der Logik der letzten Entwicklung mit derartiger gerechnet hatte und durch die Luftschutzanweisungen vorbereitet worden war, gefasst. Eine Spitfire wurde abgeschossen und fiel in die Hände der Haganah. Der ägyptische Pilot wurde gefangen genommen. Überall im Lande kam es zu Bombenanschlägen und Feuerüberfällen auf jüdische Siedlungen und Wohnbezirke.

Walter Grab und das „Hakenkreuz“ am Gewehr

Am Tage der Unabhängigkeits-Proklamation erobert die Haganah das zum größten Teil arabisch bewohnte Jaffa im Handstreich. Zwei Tage später werden Reservisten rekrutiert, um Jaffa zu halten. Unter diesen Reservisten ist auch der 1938 aus Wien geflohene, später international bekannt gewordene Historiker und Jakobiner-Forscher Walter Grab, der freilich zu diesem Zeitpunkt seine akademische Karriere noch vor sich hat. Tagsüber ist ihm gestattet, in seiner Werkstatt zu arbeiten, abends muss er wieder „an der Front“ sein. Im Juni 1948 wird Grab mit weiteren schlecht ausgebildeten Reservisten nach Ramle versetzt. Man drückt ihm einen alten Schießprügel in die Hand, der vermutlich noch aus der Türkenzeit vor dem Ersten Weltkrieg stammt und gibt ihm den Befehl, sich mit einem Spaten einzugraben.

Eines nachts hört Grab, dass sich auf der Landstraße von Tel Aviv ein Lastwagen nähert und dass einige Leute sich dort zu schaffen machen. Kurz darauf kommt der Zugführer zu ihm und flüstert: „Leg deine Flinte weg, wir haben gerade die neuen tschechischen halbautomatischen Gewehre erhalten - hier steckst du das Magazin hinein, hier sind hundert Schuss Munition“. Grab hat ein Gefühl der Erleichterung, spürt, dass es sich um ein gut geöltes, noch unbenutztes Gewehr handelt und ist sich sicher, sein Leben nun teuer verkaufen zu können.

Als er in der Morgendämmerung seine Faust öffnet, die den Lauf des Gewehres umklammert, erblickt er zu seiner großen Verblüffung, dass auf dem Gewehrschaft ein Hakenkreuz eingestanz ist. Da begreift er, was Dialektik ist: Diese Gewehre waren von der tschechischen Skoda-Waffen-Fabrik am Ende des Krieges für die Wehrmacht produziert, aber nicht

mehr ausgeliefert worden. Die Behörden der Tschechoslowakei konnten die Waffen mit dem eingestanzten Hakenkreuz jedoch nicht den eigenen Soldaten geben, und blieben daher liegen. Als Israel gegründet wurde und Ben Gurion sich an die Tschechoslowakei mit der Bitte um Hilfe wandte, wurden auf Anweisung Stalins Israel Waffen zur eigenen Verteidigung zur Verfügung gestellt.

Gewiss sandte die Sowjetunion die Waffen via CSR nicht aus Judenliebe, sondern um einen Stützpunkt im Nahen Osten zu erringen. Aber das galt natürlich für alle Großmächte auch.

Diese Episode sei auch deswegen erwähnt, weil es heute weitgehend vergessen ist, dass die Sowjetunion den Juden zweimal das Überleben ermöglicht hat - einmal durch den Sieg über Nazi-Deutschland, das andere Mal durch die Waffenhilfe an Israel.

Während bereits einen Tag nach der Staatsgründung im Hafen von Jaffa die ersten 555 „Olim“, die Neueinwanderer, ohne britische Zertifikate zum Teil jedoch mit sogenannten „Bergen-Belsen-Zertifikaten“ ausgestattet, aus den Zypern-Lagern eintrafen, warteten die in den DP-Lagern Deutschlands und Österreichs lebenden aus den Konzentrationslagern befreiten Juden darauf, stehenden Fußes nach Palästina zu gehen und sich in die Haganah, der „Israelischen Verteidigungsarmee“, einzureihen. In der ersten Sitzung der Provisorischen Regierung am 16. Mai 1948 erklärte Ben Gurion, dass Israel sich auf den Empfang der Menschen aus den Lagern in Deutschland und Österreich einzustellen habe. Wörtlich fügte er hinzu: „Wir haben sie brüderlich aufzunehmen und dafür zu sorgen, dass sie im Boden des Vaterlandes Wurzeln schlagen“.

Der Unabhängigkeitskrieg endete im Januar 1949 mit dem militärischen Sieg Israels. Unter Vermittlung der Vereinten Nationen kamen Waffenstillstandsverträge mit Ägypten, dem Libanon, Transjordanien und Syrien zustande. Der Irak zog seine Truppen ohne vertragliche Regelung ab.

Am 14. Mai 1949, beging der Staat Israel seinen ersten Geburtstag. Noch herrschte kein Friede im Land. Die offenen Kampfhandlungen des Unabhängigkeitskrieges waren beendet. Immigranten aus vielen Teilen der jüdischen Diaspora kamen nach und nach ins Land, vor allem Überlebende der Shoah.

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

in der digitalen Welt, in der wir leben, darf unsere Redaktion sich nicht auf die gedruckte Zeitung beschränken. Denn die Verbreitungsmöglichkeiten der Zeitung auf Papier sind beschränkt. Sie bekommt man nicht unbedingt in jedem Pressekiost - besonders in kleineren Orten ist das problematisch. Sie wird nicht überall ins Ausland ausgeliefert, und wenn, dann mit einigen Tagen Verspätung. Eine Abo-Lieferung ins Ausland kostet zusätzlich.

Aber auch wenn alle diese Schwierigkeiten auf Sie nicht zutreffen und Sie vor der Haustür einen Pressekiost haben, wo die Zeitung regelmäßig angeboten wird, möchten Sie möglicherweise nicht immer vor die Tür gehen und in der Zeitung blättern (falls das vom Kioskbesitzer geduldet wird), bevor Sie sie kaufen.

Für alle, die es bequem, schnell und ohne geografische Einschränkungen mögen, bieten wir nun eine neue Vereinfachung:

Kaufen Sie auf der Seite www.juedische-rundschau.de/shop jede einzelne Ausgabe der „Jüdischen Rundschau“ oder abonnieren Sie die Zeitung als e-Paper.

Das bringt Ihnen nur Vorteile:

- Sie können die Zeitung lesen noch bevor sie an die Kioske und zu den Abonnenten der Druck-Ausgabe kommt.
- Sie können die Zeitung bzw. einzelne Artikel bequem elektronisch archivieren, ohne viel Papier zu Hause zu stapeln.
- Sie können sich vor der Kaufentscheidung einen Eindruck über den Inhalt der aktuellen Ausgabe verschaffen, ohne einen kritischen Blick des Kioskbesitzers ertragen zu müssen.
- Sie können die Zeitung an jedem Ort der Welt lesen, wo Sie Internet haben - ohne zeitliche Verzögerungen und ohne Aufpreis.
- Sie sparen Geld - die Einzelausgabe kostet als e-Paper 4,25 Euro statt 4,95 Euro am Kiosk, das Jahresabo 49,75 Euro statt 57,50 Euro für die Druckausgabe.
- Und nicht zuletzt tragen Sie sogar zum Schutz der Umwelt bei.

Um all diese Vorteile zu nutzen, brauchen Sie nur unsere Website www.juedische-rundschau.de/shop zu besuchen. Ein Button für den Kauf der Zeitung als e-Paper finden Sie sowohl auf der Hauptseite (oben links) als auch hinter jedem einzelnen Artikelausschnitt in der Online-Version der Zeitung.

„Whispered in Gaza“ – Ein Filmprojekt, das die Wahrheit über die Hamas ausspricht

In 25 Animationsfilmen hat das Projekt „Whispered in Gaza“ des US-amerikanischen Center of Peace Communications Menschen aus Gaza eine Stimme gegeben. Zum ersten Mal wird sogar von den dortigen Arabern das ewige Narrativ, dass die israelische Regierung an der Lage in Gaza schuld sei, durchbrochen. Faktisch hat Israel im Jahr 2005 aus eigenem Antrieb, ohne jedes Erfordernis, ohne arabischen Anspruch und gegen den Willen der dort lebenden jüdischen Menschen ein blühendes und prosperierendes Gaza abgegeben. In einer bedrückenden Authentizität erfährt der Zuschauer Geschichten aus dem Alltag und wie die Hamas Gaza zugrunde gerichtet hat, die eigene Bevölkerung unterdrückt, ausbeutet und terrorisiert. Kaum hinzunehmen ist auch, dass sich die westlichen Medien ganz offensichtlich scheuen und winden, auszusprechen, dass Gaza inzwischen ein für Juden verbotenes Gebiet ist. (JR)

Von Julian M. Plutz

Das Bild, das der Westen von Gaza hat, ist häufig zweigeteilt. Zum einen werden Bilder von einer feiernden Meute gezeigt, wenn ein Anschlag in Israel aus den Augen der Hamas gelingt, in dem ein Jude getötet wurde. Die Terroristen und ihre Familien werden fürstlich entschädigt, während die Kinder auf der Straße, die mit den Erwachsenen einen Mord feiern, mit Spielzeugen und Süßigkeiten beschenkt. Im Hinter-, so wie im Vordergrund brennen Israelfahnen und die Protagonisten sind sich sicher, auf der richtigen Seite der Geschichte zu stehen. Dabei erziehen sie ihre Kinder in eine Richtung, indem der Tod als Mittel des politischen Protestes nicht nur erlaubt, sondern sogar wünschenswert ist.

Und dann gibt es einen zweiten Blick, der nicht selten von links und aus Deutschland kommt. Gaza sei ein Lager, es herrsche dort Unterdrückung und Elend, das die Israelis billigend in Kauf nehmen. Doch passt die Realität nur bedingt zu den Schilderungen aus Europa. So liegt die Lebenserwartung dort mit 75 Jahren über dem internationalen Durchschnitt von 69 Jahren. Zum Vergleich: Thailand, die Türkei, aber auch Rumänien haben eine vergleichbare Lebenserwartung, wie in Gaza. Auch in Sachen Armut rangiert der Landstrich im internationalen Mittelfeld. Lediglich 1 Prozent der Bewohner haben weniger als 1,90 Dollar zur Verfügung, ähnlich wie Costa Rica oder Paraguay.

Doch es gibt aus Gaza durchaus auch differenzierte Stimmen, die in vielen Medien kein Gehör finden. Denn es passt nicht ins Erzählmuster, wenn „Palästinenser“ nicht den Juden die Schuld an ihren Problemen geben, sondern der Hamas. Denn Widerspruch gegen die Terrorregierung kann tödlich enden. Umso bemerkenswerter ist eine Filminitiative des Center of Peace Communications (CPC), einer Nichtregierungsorganisation aus New York, zu bewerten.

Hamas und Fatah sabotieren die Arbeit von Journalisten

In insgesamt 25 Kurzfilmen schafft die Organisation mit dem Projekt „Whispered in Gaza“ (Geflüstert in Gaza) ein kleines Wunder: Zum ersten Mal wird von „Palästinensern“ selbst das ewige Narrativ, dass die israelische Regierung an der Lage in Gaza schuld sei, durchbrochen. In einer bedrückenden Authentizität erfährt der Zuschauer Geschichten aus dem Alltag. Es sind Bewegtbilder über Hoffnung, Verzweiflung, Sorgen und Ängste, über Erwartungen und Träume.

Ein Kurzfilm erzählt die Geschich-



Screenshot „Whispered in Gaza – My Brother is Gone“. Quelle: Youtube

te der Journalistin Safa. Im Jahre 2019 wollte sie einer Hamas-kritischen Demonstration helfen, auch jenseits von Gaza und Israel bekannt zu werden. Also machte sie Fotos von der Demo und wollte diese internationalen Medien zukommen lassen. Doch dazu kam es nicht: Die Hamas-Polizei zerstörte ihre Kamera und verletzte ihre Hand schwer. Einige Familienmitglieder der Fotografin wurden verhaftet und gefoltert. Man drohte sogar, Verwandte im Ausland zu verfolgen, sollten sie Fotos von Demonstrationen in sozialen Medien verbreiten. Safia selbst hat sich nicht einschüchtern lassen. Sie geht bis heute ihrer Arbeit als kritische Journalistin weiter nach.

Kein Einzelfall. In „Palästina“ unterliegen laut Reporter ohne Grenzen Journalisten immer wieder schwersten Einschränkungen. So blockiert nicht nur die Hamas, sondern auch die Fatah regelmäßig Twitter und Facebook Accounts kritischer Berichterstatter. Allein im Jahr 2019 kamen 42 Journalisten aus dem Gazastreifen in den Fokus und wurden Opfer von Beschlagnahmung von Ausrüstungen, Drohungen, Verhaftungen und Folter. Die Organisation „Freedom House“ gibt der Pressefreiheit vor Ort ein vernichtendes Urteil: „Journalisten und Blogger sind weiterhin Repressionen ausgesetzt, meist durch den internen Sicherheitsapparat der Hamas-Regierung“, heißt es auf der Homepage der Organisation.

Finanziert Deutschland den Terror mit?

In einem anderen Video sieht und hört man Zainab. Die junge Dame möchte mit dem Klischee aufräumen, dass „Palästinenser“ in Gaza „Raketen und Kriege lieben“. Es seien vielmehr die von der Hamas gesteuerten Medien, die der Jugend den Blutdurst einflößten. Sie möchte der Welt sagen, dass sie ein mensch-

liches Wesen sei und keine Bestie, keine Terroristin. Sie ist sich sicher: „Der Krieg gegen Israel wird von der Hamas zu politischen Zwecken angezettelt, die nur ihr selbst nutzen“. Weiter erzählt die „Palästinenserin“ mit Kopftuch: „Es sei nicht richtig, die Juden als Feinde zu sehen und sie umzubringen.“ Genauso falsch sei es zu glauben, dass die Hamas Waffen zur Befreiung von Israel benötigte. „Nicht alle Palästinenser stehen auf ihrer Seite“, betont Zainab.

Auch die Geschichte eines Gemüsehändlers in Gaza wird erzählt. Über zwei Jahre hinweg konfiszierte die Hamas-Polizei immer wieder seine Waren und verlangte Geld von ihm. Er wurde gefoltert, geschlagen, gedemütigt. Immer wieder fand er sich im Gefängnis wieder, wie Fatima, die Schwester des Betroffenen, erzählt. Heute lebt er an einem anderen Ort, weil er sich vor der Terrororganisation fürchtete. In Gaza ist dies von den Behörden ein übliches Vorgehen.

Laut der Organisation Palestinian Center for Policy and Survey Research (PSR) halten mehr als 70 Prozent der Bevölkerung die Hamas für korrupt. Immer wieder werden neue Steuern eingeführt. Proteste dagegen werden blutig niedergeschlagen, wie zuletzt im Jahr 2019. Und wenn man der Frage nachgeht, woher die Terrororganisation ihre Raketen hat, die sie auf Israel abfeuert, stößt man schnell auf den Verdacht, dass der Westen den Terror mitfinanziert. Größter Arbeitgeber in Gaza ist die UNRWA, das Hilfswerk, das 1949 einzig für die „Palästinenser“ gegründet wurde. Die UNRWA verfügt über ein Budget von rund 770 Millionen Euro (2020). 170 Millionen kamen alleine aus Deutschland.

Viele UNRWA-Mitarbeiter sind Ortsansässige. Manche sympathisieren mit der Hamas, andere sind sogar Mitglied der Terrororganisation. Die UNRWA-Einrichtungen werden im-

mer wieder als Waffendepots und Raketenabschussstellungen benutzt. Es liegt der Verdacht nah, dass Deutschland einiges davon mitfinanziert. Ferner produziert die UNRWA Schulbücher, die vor Judenhass nur so strotzen. Das hat im Jahr 2021 auch das EU-Parlament erkannt. So sei man „besorgt über die Hassreden und Gewaltaufrufe, die in „palästinensischen“ Lehrbüchern in UNRWA-Schulen in Gaza und der Westbank verwendet werden.“ Nach Deutschland war die EU selbst mit 157 Millionen Euro zweitgrößter Sponsor der sogenannten Flüchtlingsorganisation.

Großer Mut von starken „Palästinensern“

Auffallend an „Whispered in Gaza“ ist, dass überdurchschnittlich viele Frauen zu Wort kommen, was daran liegen könnte, dass Frauen dort besonders unter Beschuss geraten. Von Männern, aber auch von Geschlechtsgenossinnen selbst. 2022 wurde auf Youtube ein Interview mit der Anführerin der Hamas-Frauenbewegung veröffentlicht, in dem sie über die „Kultur der Märtyrerinnen“ sprach, eine zentrale Forderung ihrer Terrororganisation. „Mädchen haben nur eines im Sinn: ihrem Herrn durch ihr Blut und ihre Körperteile zu begegnen.“ Da in Gaza die meisten Kindergärten von der Hamas kontrolliert werden, bekommen die Kinder von klein auf den Sinn dieser Kultur mit. Sie werden erzogen, den Jihad zu leben und gegebenenfalls für Allah zu sterben.

Das Center for Peace hat die Vornamen der Protagonisten geändert. Und das, obwohl die Gesichter zwar zu sehen sind, aber so gezeichnet wurden, dass sie als anonym, oder zumindest austauschbar gelten. Diese Trickfilmanimation verstärkt die Botschaften der mutigen „Palästinenserinnen“ und „Palästinenser“ zusätzlich. Laut der Homepage von CBC fanden die Interviews während des letzten Jahres statt. Es wurden Menschen aus allen Gesellschaftsschichten befragt.

In der Sendung „Frankly Speaking“ des Senders Arab News kam auch der Präsident der CBC, Joseph Braude, zu Wort und äußerte sich zu dem Filmprojekt. „Wir wollten einen kreativen Weg finden, um den Leuten eine Plattform zu geben. Und wir haben einen Weg gefunden, dies mithilfe von Technologie und Animation zu tun,“ so Braude. Vielleicht ist es die Hoffnung, die die Menschen vor Ort brauchen, die Signale, die ein Umdenken ermöglichen. Zu wünschen wäre es ihnen.

Exilmuseum: Dem geschichtlichen Exil eine Heimat geben

Wer wie die Juden nach dem Aufstieg der Nationalsozialisten in den 1930er Jahren nicht in die NS-Ideologie passte – das waren neben den schikanierten jüdischen Menschen auch viele Andersdenkende – der musste aus Deutschland fliehen, um zu überleben. Das geplante Exilmuseum in Berlin widmet sich denen, die in der Nazi-Zeit ihre Heimat verlassen und in der Fremde eine neue Existenz aufbauen mussten. Das Museum möchte auf die jüdischen Lebensläufe, die außerhalb Deutschlands auf vielfältige Weise weitergingen, aufmerksam machen. Der Fokus liegt auf den Jahren 1933-1945. Das Museum soll 2026 eröffnet werden. (JR)

Von Sabine Schreck

... und dann der Knick in der Biografie. Billy Wilder, Max Reinhardt, Mascha Kaléko, Kurt Weill, Willy Brandt, Albert Einstein... In den 1920er Jahren waren sie in Deutschland, oft international gefeierte Künstler, angesehene Politiker, Anwälte oder Ärzte; Wissenschaftler mit bahnbrechenden Erkenntnissen; hinzu kamen die vielen kleinen Leute, die ebenfalls das Gewebe der Gesellschaft ausmachten. Wer nach dem Aufstieg der Nationalsozialisten in den 1930er Jahren nicht in die NS-Ideologie passte, wie Juden, Linke und Andersdenkende, musste aus Deutschland fliehen, um zu überleben. Als die Nationalsozialisten ihren Machtbereich über Deutschlands Grenzen hinweg erweiterten, waren auch diese Länder nicht mehr sicher.

Das geplante Exilmuseum in Berlin widmet sich denen, die ihrer Heimat entrissen wurden und in der Fremde eine neue Existenz aufbauen mussten – sofern dies möglich war. Manche konnten nur ausharren, da ihnen die Sprache fremd war. Sie kämpften mit Armut, da sie nicht arbeiten konnten oder nur eine Tätigkeit verrichten, die weit entfernt von ihrem eigentlichen Talent war. Der entscheidende Blick ist, dass mit dem Ende des Krieges, das Exil nicht vorbei war. Selbst wenn manche Emigranten zurückkamen, die emotionalen Wunden und Narben blieben oftmals ein Leben lang, sofern das Dasein im Exil sie nicht frühzeitig in den Suizid trieb. Alfred Polgar schrieb: „Die Fremde ist nicht Heimat geworden, aber die Heimat Fremde.“

Wie prägte das Exil die Menschen?

Das Museum möchte auf die Lebensläufe, die außerhalb Deutschlands auf vielfältige Weise weitergingen, aufmerksam machen. Was bedeutete es, Emigrant zu sein? Wie nahm das Gastland sie auf? Wie war es möglich sich zu integrieren? Oder blieb der Flüchtling dort ein ewiger Fremdkörper? Bestand die Heimat aus denen, die ebenfalls geflüchtet waren und die Heimat mit sich trugen? So wie beispielsweise in Hollywood, wo das Berlin der 1920er Jahre geistig weiterlebte durch die Emigranten der Filmelite wie Billy Wilder, Marlene Dietrich und Friedrich Hollaender. Wo bereicherten die Exilanten die Entwicklungen in Wissenschaft, Kunst und Kultur des Gastlandes? Wie beispielsweise Kurt Weill, der mit seinen Musiktheaterkompositionen den Broadway maßgeblich beeinflusste. Wo und wie wurde ein Stück Deutschland der Zeit in die Welt getragen? Wie hat die Erfahrung des Exils die Menschen geprägt?

Die Komplexität dieses Themas soll mit dem Exilmuseum einen zentralen Ort bekommen, der erfahrbar macht, was Exil bedeutete. Zudem möchte es den verschiedenen Stätten, die sich mit Exil beschäftigen, eine Plattform bieten.

Daher wird es viele Kooperationen geben, darunter mit dem Jüdischen Museum Berlin, der Forschungsstelle für Exilliteratur an der Universität Hamburg oder den Archiven der Akademie der Künste und der Nationalbibliothek in Frankfurt. Das Haus soll ebenso ein Raum für Begegnung und Austausch werden. Der Fokus liegt auf den Jahren 1933-1945 mit Verbindungen zur Gegenwart – das Thema Exil spielt auch heute eine Rolle.

Das Museum soll 2026 eröffnen. Bis dahin sind noch einige Hürden zu bewältigen, allen voran die Finanzierung. Das Museum basiert auf einer bürgerschaftlichen Initiative und dem Engagement des Kunsthändlers Bernd Schultz, der zusammen mit seinen Mitstreitern 2018 die Stiftung Exilmuseum gründete. Das heißt, das Projekt finanziert sich privat und ist auf Spenden angewiesen. Ein Museum, das sich mit solch einem schwerwiegenden Teil deutscher Geschichte auseinandersetzt, sollte vom Staat unterstützt werden. So werden derzeit Gelder von Bund und Land angefragt. Die nationale Bedeutung des Museums und das Prestige desselben zeigen sich in der Schirmherrschaft: Der ehemalige Bundespräsident Joachim Gauck sowie die Literaturnobelpreisträgerin Herta Müller, die sich bereits 2011 in einem offenen Brief an die damalige Bundeskanzlerin Angela Merkel für ein „Museum des Exils“ einsetzte.

Das Museum wird unweigerlich auch von internationaler Bedeutung sein, da Exil per se nicht auf ein Land begrenzt ist und die Emigranten in vielen Ländern Zuflucht fanden. Entsprechend sind internationale Kooperationen vorgesehen.

Ort mit Symbolkraft

Eine Besonderheit des Museums ist, dass es ein eigens dafür gebautes Haus bekommt. Den von der Stiftung ausgeschriebenen internationalen Architekturwettbewerb hat das Architekturbüro Dorte Mandrup in Kopenhagen gewonnen. Entscheidend für die Entwürfe war der Bezug zum Standort: die Fläche um die Ruine des Anhalter Bahnhofs. Der Bahnhof besitzt viel Symbolkraft: Von dort aus gingen viele Verfolgte wie Klaus und Heinrich Mann, Alfred Döblin und Max Reinhardt ins Exil. Die Züge fuhren in Richtung Wien, Budapest, Triest und Karlsbad. Es gab Verbindungen nach Italien und Südfrankreich. Marseille war dort ein wichtiger Hafen, um Europa zu verlassen. 1938 rollte vom Anhalter Bahnhof auch der erste Zug mit dem Kindertransport nach England, bevor ab 1942 die Züge nicht in die Freiheit, sondern nach Osten in die Gefangenschaft nach Theresienstadt fuhren.

Bis das Museum seine Türen öffnet, lässt die Stiftung die Öffentlichkeit in



Werkstatt Exilmuseum Fasanenstraße 24, Szenographie: chezweitz

ihre Werkstatt Ausstellung eintreten. Dort ist das zukünftige Museum zu erkunden. Die Ausstellung ist im ehemaligen Käthe-Kollwitz-Museum in der Fasanenstraße 24 untergebracht in direkter Nachbarschaft zum Literaturhaus Berlin. Gemeinsame Veranstaltungen liegen nahe. Die Werkstatt Ausstellung in dem dreistöckigen Haus ist ein kleiner Geniestreich: Sie gibt der Stiftung und dem Museum eine Präsenz und macht das Projekt samt Thema greifbar. Dies erfolgt gleich auf mehreren Ebenen.

Da sind die kleinen Installationen, die bereits einen Vorgeschmack geben, was im Museum zu erwarten sein wird und das Gefühl der Emigration vermitteln: Eine Anzeigetafel so wie man sie von Flughäfen und Bahnhöfen kennt, die Ankunft und Abfahrt anzeigt. Hier werden damit keine Zeiten angegeben, sondern Fragen gestellt. Eine Lichtinstallation, d.h. eine geschwungene Linie, die sich über die Treppe zu den verschiedenen Stockwerken schlängelt, macht sichtbar, wie bewegt Lebensläufe waren.

Im ersten Stock werden Workshops zum Thema angeboten bzw. können angefragt werden. Es gibt ein Fotostudio, dessen weißer Hintergrund gleichzeitig als Projektionsfläche fungiert. Das Thema bleibt lebendig: Es gibt Interviews mit Zeitzeugen und Experten. Im sogenannten ‚Labor‘ nebenan stehen Tische mit Modellen, an denen verschiedenen Optionen der Museumsgestaltung ausprobiert werden können. Geplant sind Abschnitte mitunter zu ‚Jahrhundert des Exils‘, ‚In Transit‘, ‚In den neuen Welten‘, und ‚Momentaufnahmen‘ zu den Jahren 1930 und 1955. Die Werkstatt Ausstellung ist partizipatorisch angelegt und Besucher sind willkommen, Anregungen zu geben.

Bewegte und bewegende Geschichten

„Es soll kein Objekt-basiertes Museum

werden, sondern stark mit medialen Beispielen arbeiten. Dennoch werden wir natürlich punktuell Objekte präsentieren, die auch als Dauerleihgaben aus anderen Sammlungen stammen können“, erklärt Sarah Blendin, Wissenschaftliche Mitarbeiterin bei der Stiftung. „Da der Fokus auf Lebensgeschichten liegt, ist die Herausforderung, immer neue Zugänge zu finden, und damit Anreize, sich mit weiteren Biografien zu beschäftigen“, fährt sie fort. Da kommen doch ein paar Objekte ins Spiel. Eines davon ist ein gelb-schwarzes Taxilicht mit hebräischen Schriftzeichen. Es steht für das Leben Anuta Sakheims. Sie wurde die erste weibliche Taxifahrerin in Palästina. Eine Erfolgsgeschichte? Nein. Als Jüdin wurde sie bei Ullstein entlassen und floh 1933 nach Palästina. Sie war alleinerziehend und konnte die Sprache nicht. Von ihrem letzten Geld kaufte sie sich ein Auto und verdingte sich als Taxifahrerin in Jaffa. Geldsorgen dominierten ihr Leben. Nachdem sie ihren Sohn bei einer Verwandten in New York unterbrachte, nahm sie sich 1939 das Leben.

Anders als die bereits existierenden Häuser, blickt das Exilmuseum auf die Leben, die die Verfolgung durch die Nazis zur Flucht zwang. Ängste, Sorgen und Gefahren reisten stets mit. Einmal angekommen, konnten sie der Armut entgehen? Sich integrieren? Ein neues Leben aufbauen?

Das Thema Exil steht in Hamburg schon länger im Vordergrund. Seit 2016 werden dort die Tage des Exils veranstaltet, die dieses Jahr zum ersten Mal auch in Berlin zwischen 8. 9. und 9.10.2023 ausgerichtet werden. Die Werkstatt Exilmuseum wird auch beteiligt sein. Bis dahin heißt die Werkstatt Besucher zu einem Rundgang und zu Veranstaltungen willkommen.

Werkstatt Exilmuseum
Fasanenstraße 24
10719 Berlin

Frank Sinatra – ein Freund der Juden und ein Aktivist für Israel

Seine Stimme ist unverwechselbar, seine Lieder Ikonen der Musikgeschichte – Frank Sinatra gewann Grammys, Golden Globes und sogar einen Oskar. Seinen Ruhm und seine Unterstützung setzte Sinatra auch für den Kampf gegen Judenfeindlichkeit ein. Er war ein echter Freund Israels, half vor der Staatsgründung den Kampftruppen der Haganah sogar dabei, Waffen für die Verteidigung des jüdischen Staates zu organisieren. Für seine Dienste wurde er 1972 mit der Israelischen Tapferkeitsmedaille geehrt, 1977 wurde ihm der Staatspreis Israels verliehen. Vor 25 Jahren verstarb Frank Sinatra, die Inschrift auf seinem Grabstein lautet: „The best is yet to come“. (JR)

Von David Shimanovsky

In einer Welt, in der der Antisemitismus zu verschiedenen Zeiten einen Großteil der Bevölkerung prägte, schätzten die Juden jede noch so kleine Geste des guten Willens ihnen gegenüber. Und das nicht nur, wenn ein Nicht-Jude sein Leben opfern musste, um einen Juden vor dem drohenden Tod zu retten. Aber auch im friedlichen Alltag genügte den Juden schon ein Mindestmaß an Sympathie, Verständnis und Freundlichkeit von Seiten Außenstehender, um dankbar zu sein. Schließlich, so schrieb schon der Kabbalist Moshe Karaudwero, müssen die Nichtjuden geliebt und respektiert werden (Tomer Dvora, Kap. 2). Und in Rabbi Eliezer bar Yitzhak's Pele Yoetz heißt es: "Ein Mann ohne Freund ist wie eine linke Hand ohne rechte Hand, solange es ein guter Freund ist...". Die jüdische Gemeinschaft verehrt und bewundert den Katholiken Frank Sinatra, den berühmten amerikanischen Entertainer, Filmschauspieler, Regisseur, Produzenten und Showman, der mehrfach seine aufrichtige Liebe zu den Juden und seine Loyalität zum Staat Israel bekräftigt hat.

Das beste Geschenk ist eine Mesusa

Seine Eltern, gläubige Katholiken, wanderten aus dem Apennin nach Amerika ein und ließen sich in der Stadt Hoboken am Hudson River in New Jersey nieder. Sein Vater, Martin Sinatra, ein Sizilianer, arbeitete als Hafearbeiter, war ständig auf der Suche nach Arbeit und betätigte sich nebenbei als Boxer. Die Mutter, Dolly Garavente, stammte aus Genua und war Krankenschwester und Sozialaktivistin. Am 12. Dezember 1915 brachte sie einen großen, fast 6 kg schweren Sohn zur Welt und nannte ihn Francis Albert. Da die Mutter immer im Krankenhaus und bei Besprechungen beschäftigt war, überließ sie das Kind oft seiner Großmutter oder der Nachbarin Golden. Die Großmutter sprach mit ihrem Enkel Italienisch, während Frau Golden nur Jiddisch sprach. Der Junge verstand die ihm unbekanntesten Wörter schnell und begann bald, selbst die jüdische Sprache zu sprechen. Als Erwachsener scherzte Frank, dass er Jiddisch besser beherrsche als Italienisch.

In dem Wohnhaus, in dem Sinatras Familie lebte, gab es Kinder verschiedener Nationalitäten, und die Beziehungen zwischen ihnen entwickelten sich oft in einem Geist der Feindseligkeit zwischen Yankees und Einwanderern - Italienern, Iren und Juden. Bei einer Gelegenheit erklärte Frank: "Kinder sind nicht schuldig an rassistischer und religiöser Intoleranz - sie hören, wie ihre Eltern über McGintys oder Ginsbergs sprechen und denken, dass etwas falsch daran sein muss, katholisch oder jüdisch zu sein". Später sagte er zu seinem Freund: "...Vorurteile, Vorurteile, davon hört man zu Hause, im Friseursalon an der Ecke." Bei der freundlichen Nanny Golden war das anders: Sie lud Frankie



Frank Sinatra, 1950

zu einem Kaffee Kuchen und einem Apfel ein, lehrte ihn, mit Juden und Nicht-Juden befreundet zu sein, und schenkte ihm eine kleine Mesusa als Andenken, die er jahrelang als Amulett mit sich herumtrug - eine seiner wertvollsten Belohnungen. Als er reich wurde, schenkte er ihr für ihre Unterstützung und bedingungslose Liebe israelische Anleihen im Wert von 250 Millionen Dollar.

Im Gegensatz zu seinen Altersgenossen wuchs der lockige, blauäugige Frankie langsam heran, aber er interessierte sich schon früh für Musik und arbeitete mit 13 Jahren als Teilzeitsänger in Bars. Und er kämpfte erbittert gegen diejenigen, die ihn nicht respektierten und die Schwachen verletzten. Er verachtete rassistische Vorurteile und war schnell bereit, sie zu beseitigen: "Wenn ich klein war und jemand mich 'dreckiger kleiner Italiener' nannte, brauchte ich ihm nur den Kopf einzuschlagen... Wenn jemand in unserer Nähe 'Jude' oder 'Neger' rief, haben wir ihm beigebracht, dass er das nicht noch einmal tun soll. Mit 16 Jahren wurde er wegen "hässlichen Verhaltens" aus der Schule geworfen und erhielt keine allgemeine oder musikalische Ausbildung. Er hatte jedoch ein absolutes Gehör und eine bemerkenswerte Stimme mit einem einzigartigen Samt-Timbre, obwohl er die Noten nie gelernt hatte. 1979 nahm Sinatra eines seiner Meisterwerke auf - New York - New York, das zur inoffiziellen Hymne

der Stadt wurde. Er nahm geringfügige Änderungen am Text vor, die von dem jüdischstämmigen Komponisten John Kander übernommen wurden: "Ich möchte in der Stadt aufwachen, die niemals schläft, und wissen, dass ich an der Spitze der Welt stehe".

Überzeugter Philosemit

Im Alter von 18 Jahren begann Frank Sinatra, im lokalen Radio aufzutreten. Bald gewann er den Nachwuchswettbewerb der Radiosendung und ging anschließend auf seine erste nationale Tournee. Er hielt sich an eine romantische Vortragsweise, die zwischen dem Singen mit tiefer Stimme und dem rhythmischen Rezitieren (Crooning) angesiedelt war.

Sinatra wurde von der Presse angegriffen und sogar gefeuert, unter anderem wegen des Verdachts auf kommunistische Sympathien aufgrund seines Engagements für die Rechte der Juden und Afroamerikaner. Doch dann kamen immer wieder neue Höhepunkte in seiner Karriere. In den 60 Jahren seiner künstlerischen Tätigkeit gewann er neun Grammy-Preise, nahm rund 100 populäre Singles auf und sang alle bekannten Lieder der großen amerikanisch-jüdischen Komponisten wie George Gershwin, Harold Arden und Irving Berlin. Er bewunderte die populären Filmkünstler Edward Robinson (Emmanuel Goldenberg) und Barbra Streisand. In der Folge spielte er in mehr

als 60 Filmen mit, darunter die jüdischen Komödien The Amazing Mrs. Maisel und The Kominsky Method sowie The Spy und Matryoshka, in denen jüdische Charaktere auftreten. Sinatra gewann einen Oscar als bester Schauspieler, zahlreiche Golden Globes, einen U.S. Screen Actors Guild Award und ein Jahr vor seinem Tod die höchste Auszeichnung, die Congressional Gold Medal.

Während seiner gesamten Karriere wurde Sinatra auf die eine oder andere Weise mit jüdischen Themen in Verbindung gebracht. In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts gab es in den Vereinigten Staaten immer wieder Wellen des Antisemitismus, ausgelöst durch Anschuldigungen gegen Juden in der Wirtschaftskrise, die Machtübernahme der Nazis in Deutschland und den Beginn des Zweiten Weltkriegs, den Zustrom von Migranten aus Europa und die sich verschärfende Krise im Nahen Osten nach der Gründung des Staates Israel. Als 1942 die ersten Berichte über die Brutalität der Nazis gegen die Juden die Vereinigten Staaten erreichten, bestellte Sinatra Protestmedaillons mit dem Bild des heiligen Märtyrers Christophorus auf der einen und dem Davidstern auf der anderen Seite und verschenkte sie an die in Europa stationierten US-Soldaten sowie an Freunde, Geschäftspartner und Polizeibeamte, die für die Sicherheit bei seinen Konzerten sorgten. Um die Öffentlichkeit auf den Holocaust

aufmerksam zu machen, beteiligte er sich 1943 an einer viermonatigen landesweiten Theateraufführung in sechs Städten mit dem Titel *We Will Never Die*, inszeniert vom Journalisten und Drehbuchautor Ben Hecht, der aus einer jüdischen Familie in Minsk stammte. Hecht, der die Ideen von Wladimir Jabotinsky teilte und für den Zionismus eintrat, kritisierte in den 1940er Jahren die jüdischen Organisationen in den USA und die britische Regierung scharf dafür, dass sie nicht genug taten, um den Holocaust zu verhindern, und Sinatra unterstützte ihn vehement.

1945 spielte Frank die Hauptrolle in dem Kurzfilm *The House I Live In*, der damit beginnt, dass seine Figur eine Jazzorchesterprobe verlässt und ein Dutzend junger Hooligans sieht, die einen Jungen in einer Gasse verprügeln, weil er Jude ist. Er hält sie an und fragt: "Was seid ihr - Nazis? Versteht doch, ihr Trottel, Rassen- und Religionsunterschiede spielen keine Rolle, außer für Nazis und Idioten wie euch". Und zum Schluss singt er ihnen ein Lied vor, dessen Leitmotiv die Worte sind: "Kinder aller Rassen und Religionen, deren Gesichter ich auf dem Spielplatz sehe, das ist Amerika für mich." Die Macher des Films - der Regisseur, der Drehbuchautor und der Komponist - waren Juden. Der Film, der für die Toleranz gegenüber Juden wirbt, wurde mit einem Sonderpreis der Filmakademie ausgezeichnet und in das Nationale Register der US Library of Congress eingetragen, und Sinatra wurde zum ersten Mal in der Kategorie "Förderung der Völkerverständigung" ausgezeichnet.

"Israel war sein Lieblingsland"

Er war ein lebenslanger Sympathisant des Judentums und betrachtete den Zionismus als "rechtgeleitete Sache". 1947 trat er bei einem Benefizkonzert im Rahmen einer Veranstaltung namens "Action for Palestine" auf. Die 20.000 Zuhörer applaudierten ihrem Idol begeistert und stimmten für den Teilungsplan, der in der UNO diskutiert wurde. Auf Bitten zionistischer Führer half Sinatra Teddy Kolk, dem Vertreter der Haganah in den USA, dem späteren Bürgermeister von Jerusalem, beim Kauf einer Waffenlieferung. Kolk sollte den Kapitän des Schiffes dafür bezahlen, die Waffen nach Palästina zu liefern. Da er wusste, dass eine Überwachung durch Bundesbeamte unvermeidlich war, wandte er sich an Sinatra, der gerade in einem Nachtclub auftrat. Kolk erinnerte sich: "Frühmorgens ging ich mit meiner Tasche aus der Vordertür des Gebäudes, und die Bundespolizei folgte mir. Sinatra kam durch die Hintertür mit einer Papiertüte voller Bargeld heraus. Er ging hinunter zum Dock, übergab es und sah zu, wie das Schiff davongegelte. Jahre später erzählte Frank seiner Tochter Nancy, dass er es nur für die Israelis tat: "Es war der Beginn einer jungen Nation. Ich wollte ihnen helfen, ich hatte Angst, sie könnten sterben."

Sinatras erster Besuch in Israel war im Jahr 1962 im Rahmen einer Welttournee. Sein Blick auf das Gelobte Land war von einer philosemitischen Weltanschauung geprägt. Er war überzeugt: Die Juden waren eine Minderheit, verfolgt und ermordet in Europa, sie brauchten Zuflucht in ihrer historischen Heimat Palästina, die ihnen völkerrechtlich versprochen war. Im Sommer desselben Jahres gab Frank Sinatra 30 Konzerte in der ganzen Welt. Die Arabische Liga lehnte es jedoch ab, dass Sinatra in Kairo und Beirut auftrat, und die muslimischen Länder verboten die



Frank Sinatra (erste Reihe, zweiter von links) bei der Parade zum israelischen Unabhängigkeitstag 1962 in Tel Aviv

Vorführung von Filmen mit Sinatra und den Verkauf von CDs mit seinen Liedern.

In Israel plante Sinatra sieben Konzerte in sechs Städten. Das Geld sollte für den Bau des Frank Sinatra International Youth Center für jüdische und arabische Jugendliche in Nazareth verwendet werden. Sinatra stellte sich vor, dass dieses Zentrum der "Chancengleichheit für Juden und Araber" seine liberale Vision eines "Schmelztiegels" erfüllen würde, in dem sich alle Vorurteile auflösen würden.

Sinatras Konzerte in Israel fielen mit den Feierlichkeiten zum 14. Mai, dem Tag der Staatsgründung Israels, zusammen. Bei offiziellen Anlässen saß er neben Premierminister Ben-Gurion und Verteidigungsminister Moshe Dayan. Auf dem Übungsplatz der Fallschirmjäger gab er ein Konzert, und in Jerusalem hielt er eine Rede, in der er die Menschen in aller Welt aufrief, Israel zu unterstützen. Die detaillierteste Beschreibung des Besuchs stammt von seinem Mitarbeiter J. Jacobs: "Frank verehrte Israel und Israel verehrte ihn... Israel war der einzige Ort auf der ganzen Tournee, an dem er wirkliches Interesse an dem Land zeigte und nicht nur ein Zwischenstopp für ein Konzert war. Er wollte alles sehen, und Israel rollte den roten Teppich für ihn aus. Als er den See Genezareth überqueren und die Golanhöhen sehen wollte, setzten sich die Israelis mit den Syrern in Verbindung und informierten sie darüber, dass Sinatras Militärwache keine Truppen bewegte und sie das Feuer nicht eröffnen sollten..." "Ein paar Tage mehr, und ich hätte ein Gläubiger werden können", sagte Sinatra halb im Scherz.

Ein Förderer und Freund

Nach seinem Aufenthalt auf der jordanischen Seite kehrte Frank nach Jerusalem zurück, um Yad Vashem zu besuchen. Jacobs schrieb dazu: "Das Bewegendste für uns war das Holo-

caust-Mahnmal auf dem Remembrance Hill. Es war ein überwältigender und feierlicher Ort. Die äußere Schönheit des Landes, in dem Milch und Honig fließen, stand im Kontrast zu den Schrecken, die im Inneren gezeigt wurden, insbesondere im unterirdischen 'Kindermuseum', wo jedes der mehr als eine Million winzigen Lichter das Leben eines Kindes darstellte, das gestorben war. Nach diesem Besuch sagte Sinatra, dass er sich wie ein wertloser Mann fühle, der nicht im Zweiten Weltkrieg gekämpft habe, und dass Israel ein wunderbares Land sei, für das man sterben könne... Wir kehrten oft nach Israel zurück, das sein Lieblingsland war. Sinatra sagte oft, er sei der 'König der Juden'."

Sinatra traf Simon Wiesenthal zum ersten Mal 1979 und gab zu, dass der Nazijäger "viele Jahre lang sein Held war". Nachdem er erfahren hatte, dass das Wiesenthal-Zentrum einen Dokumentarfilm über den Völkermord drehte, sagte Frank: "Obwohl ich kein Jude bin, ist der Holocaust wichtig für mich", bot dem Projekt 100.000 Dollar an und wurde Mitglied des Kuratoriums des Zentrums. Der Film wurde 1981 mit einem Oscar ausgezeichnet.

Sinatra erhielt mehrere Auszeichnungen für seinen aktiven Dienst am Staat Israel: den Holzer Memorial Award der Jüdischen Gemeinde von Los Angeles (1949), die Israelische Tapferkeitsmedaille (1972), den National Scopus Award der American Friends of the Hebrew University (1976) und den Staatspreis Israels (1977).

Am 14. Mai 1998 starb Frank Sinatra im Alter von 82 Jahren in Los Angeles an einem Herzinfarkt. Er ist neben seinem Vater und seiner Mutter auf dem Desert Memorial Park Cemetery in Cathedral City, Kalifornien, begraben. Die Inschrift auf seinem Grabstein lautet: "The best is yet to come". Im Dezember 2018 fand bei Sotheby's in New York eine Versteigerung des persönlichen Besitzes von Frank Sinatra statt. Unter anderem wurde bei der weltberühmten Auktion eine handgefertigte Kippa versteigert, die ihm gehörte und auf der "Frank" eingraviert war. Sie wurde für rund 10.000 Dollar verkauft. In der Beschreibung des Loses wurde hervorgehoben, dass Sinatra diese Kippa gerne trug, weil er glaubte, dass sie zu ihm passt.

DIE ÄLTEREN AUSGABEN DER „JÜDISCHEN RUNDSCHAU“ SIND IN DER REDAKTION ERHÄLTlich.

Wenn Sie eine oder mehrere Ausgaben brauchen, können Sie die auf der Seite www.juedische-rundschau.de/shop bestellen und bezahlen oder teilen Sie uns bitte auf dem Postweg (J. B. O., Postfach 12 08 41, 10598 Berlin) mit, welche genau, an welche Adresse sie geschickt werden sollte und legen Sie bitte als Bezahlung Briefmarken zu je 85 Cent bei:

• Für jede Ausgabe – 3 Briefmarken;

Für mehr als zwei Ausgaben wenden Sie sich bitte an die Redaktion, um die Rechnung zu erhalten.

8. Mai 1945: Das Dritte Reich kapituliert

In der Nacht vom 8. zum 9. Mai 1945 fand der Zweite Weltkrieg mit der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht vor den sowjetischen und amerikanischen sowie den englischen und französischen Truppen in Europa sein formales Ende. Größenwahn, Herrenmenschen und abgrundtiefer Judenhasse kosteten in nur sechs Jahren Krieg mehr als 70 Millionen Menschen das Leben. Unter ihnen waren 6 Millionen willkürlich, systematisch und industriell ermordete jüdische Kinder, Frauen und Männer. Nicht nur für die Gefangenen in den Konzentrationslagern und den okkupierten Gebieten, sondern ebenso für Deutschland und den Rest Europas war der Tag der deutschen Niederlage auch der „Tag der Befreiung“ vom unmenschlichen Joch des Nationalsozialismus. Nur 78 Jahre nach der bedingungslosen Kapitulation Hitler-Deutschlands versucht heute vor allem linke und grüne Politik die Singularität des Holocaust zu verwässern, den Genozid am jüdischen Volk zu relativieren und obwohl ein Teil der islamischen Machthaber massiv mit Hitler kollaborierte, muslimische Israel- und Judenhasser als Opfer zu stilisieren. (JR)

Von Collin McMahon

Am 6. Mai 1945 fuhr Generaloberst Alfred Jodl auf Befehl von Oberbefehlshaber Karl Dönitz in das Hauptquartier von Gen. Dwight D. Eisenhower in Reims, Frankreich, und unterzeichnete dort am 7. Mai die Bedingungslose Kapitulation. Am 9. Mai unterschrieb Generalfeldmarschall Wilhelm Keitel in Berlin-Karlshorst bei Marschall Georgi Schukow auf Drängen der Sowjets nochmal die Kapitulation, rückdatiert auf den 8. Mai. Stalin hatte Angst, dass die Westmächte einen separaten Frieden mit Nazi-Deutschland machen würden – und das vielleicht zurecht.

Zwei Monate zuvor, am 7. März 1945, erreichte der 22-jährige, in Frankfurt geborene Oberleutnant Karl Timmermann des 14. US-Panzerbataillons um 13 Uhr einen Hügel außerhalb von Remagen am Rhein und staunte: Vor ihnen lag die Ludendorff-Eisenbahnbrücke aus dem 1. Weltkrieg – und sie war noch ganz. Fast alle anderen Brücken über den Rhein waren gesprengt worden, um den Vormarsch der Alliierten aufzuhalten.

Bataillonskommandeur Major Murray Deevers fragte Timmermann: „Schaffen Sie es, ihre Kompanie über die Brücke zu bringen?“ Timmermann antwortete: „Wir können es versuchen, Sir. Was ist, wenn die Brücke unter unseren Füßen explodiert?“ Deevers antwortete nicht.

Um 16 h sollte die Brücke gesprengt werden. Um 15:50 h nahmen die US-Panzer die deutschen Verteidiger am Ostufer unter Beschuss. Wehrmachtsfeldwebel Anton Faust lief 90 m auf die Amerikaner zu, um die Sprengladungen zu zünden, doch die Brücke hielt stand. US-Feldwebel Alexander Drabnik sprintete unter MG-Beschuss über die 117 m lange Brücke und wurde der erste feindliche Soldat, der seit Napoleon den Rhein überquerte.

Während die Luftwaffe in den nächsten Tagen alles unternahm, um die Brücke zu zerstören, von V2-Raketen bis zu Me-262 Düsenjägern, die Hermann Göring sogar als Kamikaze-Flieger einsetzen wollte, brachte General Dwight Eisenhower bis zum 25. März 1945 sechs Divisionen mit 125.000 Soldaten über den Rhein.

Das Rennen auf Berlin

Als Stalin von der Brückenüberquerung der Amerikaner erfuhr, befahl er Marschall Schukow sofort zu sich, um den Angriff auf Berlin zu planen. Stalin befürchtete, dass die Alliierten mit Nazi-Deutschland ein Bündnis eingehen würden, nachdem die Amerikaner sich im März in der Schweiz heimlich mit SS-Obergruppenführer Karl Wolff getroffen hatten, um die Kapitulation in Norditalien auszuhandeln.

US-General Patton war schon im Vormarsch auf Prag, General Bradley auf Leipzig und Dresden, doch Eisenhower „glaubte, dass fanatische Nazis sich in einer Alpenfestung zurückziehen würden, und befahl die 3. US-Armee nach Süden“, schrieb Winston Churchill. Churchill befürchtete eher, dass Stalin Dänemark und den Öresund nehmen würde, und schickte Montgomery nach Norden.



Generaloberst Jodl, von Reichspräsident Dönitz dazu autorisiert, unterzeichnet am 7. Mai 1945 im Hauptquartier der Alliierten in Reims die bedingungslose Kapitulation der Wehrmacht.

Während das sowjetische Oberkommando Pläne machte, um mit 2,5 Mio. Soldaten, 41600 Kanonen, 6250 Panzern und 7500 Flugzeugen Berlin zu nehmen, schrieb Stalin am 1. April an Eisenhower, dass „Berlin seine strategische Bedeutung verloren“ habe, und die Rote Armee nach Süden abkommandiert werde. Der Plan könne jedoch „gegebenfalls leicht geändert werden“, so Stalin. Es war der größte Aprilscherz aller Zeiten.

Churchill wollte, dass das Aufeinandertreffen der Briten und Amerikaner mit den Russen „soweit östlich wie möglich“ stattfindet. „Wir haben freie Fahrt auf Berlin, nichts kann uns mehr aufhalten“, sagte Generalmajor Alexander Bolling nach der Einnahme Hannovers am 8. April zu Eisenhower. Eisenhower befürchtete jedoch, dass Amerikaner und Russen aufeinander schießen würden, wenn sie sich zu nahe kamen.

„Wenn wir schon hier sind, sollten wir es jetzt mit den Bastarden aufnehmen, denn irgendwann werden wir es tun müssen“, so Patton. „Ich sage eins: Die 3. Armee könnte die Russen in sechs Wochen mit sehr wenig Hilfe und verdammt wenig Verlusten besiegen. Eines Tages werden wir sie bekämpfen müssen, und es wird sechs Jahre dauern und sechs Millionen Leben kosten.“

„Ich habe jeden Winkel des Lagers besichtigt“

Am 4. April erreichten US-Soldaten das Buchenwald-Außenlager Ohrdruf und fanden es voller ausgegemergelter, apathischer Gefangener. Am 11. April wurden Buchenwald und die unterirdische V2-Fabrik Mittelbau-Dora durch die Amerikaner befreit, die Briten erreichten Bergen-Belsen am 15. April. In den 6 Wochen zuvor waren 37.000 Insassen in Bergen-Belsen an Hunger und Typhus gestorben. Die Alliierten zwangen die Bevölkerung, beim Beseitigen der Leichenberge zu helfen, die schworen, nichts

gewusst zu haben.

Aus Mittelbau-Dora wurden mehrere tausend Gefangene in eine Scheune gepfercht und angezündet. Auf ziellosen Todesmärschen kamen etwa 200.000 bis 350.000 ums Leben.

„Ich habe jeden Winkel dieses Lagers besichtigt“, sagte Eisenhower über seinen Besuch in Ohrdruf am 12. April. „Ich empfand es als meine Pflicht, aus erster Hand darüber Zeugnis ablegen zu können, falls zuhause jemals der Gedanke aufkam, die Geschichten der Nazibrutalität seien nur Propaganda gewesen.“

„Unsere Streitkräfte haben (am 28. April) das berüchtigte Konzentrationslager Dachau befreit und gesäubert“, so Eisenhower. „Etwa 32.000 Häftlinge wurden befreit; 300 SS-Lagerwachen wurden neutralisiert.“

Bereits am 8. April begannen die Nazis eine Orgie der Ermordungen ihrer Feinde, darunter Dietrich Bonhoeffer, Georg Elser und Admiral Wilhelm Canaris. „Fliegende Standgerichte“ ermordeten jeden Fahnenflüchtigen, während Gauleiter und SS-Größen begannen, sich mit ihren Familien abzusetzen.

Am 11. April nahm die Rote Armee Wien, am 13. April starb US-Präsident Roosevelt. Hitler erhoffte sich davon die Wende, doch Jugendliche, die zum Fronteinsatz an der Oder gezwungen wurden, verabschiedeten sich mit den Worten, „Wir sehen uns im Massengrab!“

„Der Iwan kommt!“

Am 16. März eröffnete Schukow mit 8983 Kanonen, Mörsern und Stalinorgeln das Feuer auf die Seelower Höhen jenseits der Oder. Am ersten Tag wurden 1,2 Mio. Granaten abgefeuert. Im 60 km entfernten Berlin bebten die Wände. „Der Iwan kommt!“ riefen die fliehenden Deutschen.

Doch der russische Angriff stockte im Schlamm des Oderbruchs. 88-mm-Pan-

zerabwehrkanonen und Tiger-II-Panzer hielten die angreifenden T-34 auf. Schukow war stolz auf seine Idee, die Verteidiger mit 143 Flakscheinwerfern zu blenden, doch diese leuchteten die sowjetischen Angreifer in der Dunkelheit von hinten an. Schukow opferte 33.000 Männer beim Angriff auf die Seelower Höhen, während die Deutschen ihre Verluste auf 12.000 Mann schätzten.

Stalin befahl Schukows Rivalen, Feldmarschall Konew, von Süden auf Zehlendorf vorzurücken. Am 25. April schloss sich der Ring um Berlin, bei Torgau trafen Konews Truppen auf die Erste US-Armee. Eisenhower hatte den US-Truppen befohlen, an der Elbe halt zu machen.

In Berlin setzten sich die Nazi-Größen nach Hitlers Geburtstag am 20. April ab: Dönitz sollte Oberbefehlshaber in Norddeutschland werden, Himmler traf sich am 22. April in Lübeck mit Graf Bernadotte des Schwedischen Roten Kreuzes und wollte mit den Alliierten verhandeln. Göring wollte „den Widerstand in Bayern“ organisieren. „Flucht der Goldfasane“ nannte man diese Absetzbewegung.

„Weltjudentum“ Schuld am Krieg

Nur Goebbels blieb bei seinem Führer, der am 29. April Eva Braun heiratete und sein Testament diktierte, in dem er Dönitz zum Reichspräsidenten ernannte und in seinem üblichen Wahn „dem Weltjudentum“ die Schuld am Krieg gab; er habe immer nur Frieden gewollt.

Während die Rote Armee auf den Reichstag marschierte, erschoss sich Hitler. Eva Braun vergiftete sich mit Zyankali. Die letzten Getreuen, die sich absetzen wollten, warteten ungeduldig, während Magda Goebbels ihre 6 Kinder vergiftete und sich mit ihrem Mann das Leben nahm. Die Leichen wurden verbrannt. Hitlers Leiche wurde am 5. Mai vom militärischen Nachrichtendienst der Sowjets SMERSh geborgen.

Auf Anregung unserer Leser hin möchten wir Ihnen regelmäßig historisch interessante Seiten der alten JÜDISCHEN RUNDSCHAU vorstellen, die erstmals 1902 unter diesem Namen erschien.

1, 1904

JÜDISCHE RUNDSCHAU

Abonnementspreis
einschliesslich LITERATURBLATT
vierteljährlich:

1. durch die Expedition:
a) in Berlin — 90 Mark, b) nach auswärts 1,— Mark, c) für das Ausland 1,50 Mark.
2. im Postabonnement 1,25 Mark.

Insertionspreis
die viergespaltene Petit-Zeile oder deren Raum 25 Pfennig.

**Allgemeine
Jüdische Zeitung**

Redaktion:
BERLIN NW. 52, Melanchthonstrasse 4.
Telephon: II, 3337.

**Expedition und
Adresse für Geldsendungen
und Bestellungen:**
Verlag Jüdische Rundschau, E. O. m. b. H.,
Berlin N. 64, Auguststrasse 49a.

Geschäftsstunden der Expedition
täglich (ausser Sabbat und Sonntag) von
mittags 10—1, nachmittags 3—7 U.

Alle Rechte vorbehalten. Abdruck aus der JÜDISCHEN RUNDSCHAU nur bei voller Quellenangabe gestattet.

Nummer 19
Berlin, 16. Ijjâr 5666 — 11. Mai 1906
XI. Jahrgang

Inhalt

Der Zionismus erstrebt für das jüdische Volk die Schaffung einer öffentlich-rechtlich gesicherten Heimstätte in Palästina.
(Baseler Programm.)

Verständige Juden oder anständige Juden?
Von Eljâqim

Deutscher Reichstag: Stenographischer Bericht über die Interpellation betr. Ausweisung russischer Staatsangehöriger.
Antwort des Ministers. Reden der Abgeordneten Bebel und v. Oldenburg

Jüdische Abgeordnete in Russland

Mitteilungen des Zentralbureaus der zionist. Vereinigung für Deutschland
Zum Schekeltage

Der zehnte Delegiertentag der Zion. Vereinig. f. Deutschland in Hannover

Brauereien und Brennereien in Palästina
Eine Antwort. Von M. Lewite, Landwirt

Beilage

Briefkasten

Die Lage im Judentum und die Pflichten des jüdischen Studenten
Von Willi Unna (Hasmonaea)
(Schluss)

Zum deutschen Delegiertentag:
Ein Rundschreiben

Aus den Ortsgruppen
Berlin — Metz — Würzburg — München — Kattowitz — Rybnik — Ratibor — Duisburg — Frankenthal
Nationalfond

Gedenket des Schekels!

ZIONISTISCHE VEREINIGUNG FÜR DEUTSCHLAND
NATIONALFOND-VERWALTUNG
Adresse für Goldsendungen
Max Wollsteiner,
Berlin N.W. 23, Holsteiner Ufer 10

ZENTRALBUREAU
Berlin W. 66
Mauerstrasse 2 III

Schekeltage
am 27., 28., 29. Mai 1906

Aufstand im Warschauer Ghetto: Ein Akt verzweifelter Selbstbestimmung

Nach vier Wochen erbitterten Widerstands wurde das Warschauer Ghetto niedergebrannt und zerstört. Der jüdische Aufstand wurde am 16. Mai 1943 von der SS für beendet erklärt. Trotzdem war der verzweifelte Kampf der tapferen jüdischen Männer, Frauen und sogar Kinder nicht vergebens: Sie haben das deutsche Deportationsinferno mit jüdischer Hand verzögert. Nur notdürftig bewaffnet, durch Hunger, Leid und Krankheit geschwächt, dafür aber mit erbittertem Kampfgeist haben sie versucht, der Ausrottung ihres Volkes Einhalt zu gebieten. Ihr Tod war nicht fremdbestimmt, endete nicht mit ihrer Deportation und Ermordung in einem deutschen KZ. Ihr Tod im Gefecht war vielmehr ganz im Sinne des historischen Geistes des Widerstandes von Masada, der letzte Ausdruck von Freiheit, um ehrenvoll, selbstbestimmt und als wirkliche Sieger im Kampf zu fallen. (JR)

Von Simone Schermann

Vor genau 80 Jahren, am 19. April 1943, begann im Warschauer Ghetto ein anderer Wind zu wehen, als Deutsche von Ghettojuden zur Strecke gebracht wurden, die im Kampf auf Leben und Tod zu jüdischen Ghetto-Kämpfern wurden, um sich bei den Nazibestien zu revanchieren, für das im Ghetto und den Lagern angerichtete Grauen. Jüdische Opfer übten Vergeltung an den Mördern, statt weiter still zu leiden und wie sie selbst sagten: „wie Schafe zur Schlachtbank zu gehen.“

In die deutsche „Gedenk-Kultur“ schaffen es diese Ghetto-Fighters kaum, eben weil sie aus Wut und Hass, Rache übten und Genuß forderten. Für eine Politik des Phrasen dreschen, für inhaltslose Sonntagsreden und ein jugendfreies Gedenken eignen sich nur ewige Opfer als jüdische Gedenk-Zwangsarbeiter, nicht so bewaffnete Juden, die es Tätern auch mal brutal heimzahlen und so dem Arbeitslager des deutschen Nachkriegs-Gedenk-Ghetto definitiv entkommen sind.

„Tit for Tat“ - Juden die Nazis töten! Ein No go für deutsche Gedenkakrobaten. Nicht aber für Juden Osteuropas, nicht so für die Juden des Warschauer Ghettos. Gerade polnische Juden revoltierten im bewaffneten Kampf gegen die Auflösung des Ghettos, was wir als die grausige Begrifflichkeit der Liquidierung kennen – und was mit der industriellen Vernichtung der Juden in den deutschen Todesfabriken endete.

Letzter Kampf um die Würde

Als die Nazis das Warschauer Ghetto errichteten, wurden fast eine halbe Million Menschen unter erbärmlichsten Bedingungen eingepfercht. Im Juli 1942 begannen Massendeportationen nach Treblinka, die im Januar 1943 intensiviert wurden. Widerstand formierte sich, der am 19. April 1943 im Aufstand der Ghetto-Kämpfer gipfelte, weil die Deutschen das Ghetto liquidieren wollten. Die längst durchgesickerten Nachrichten über die Massenmorde in den Vernichtungslagern motivierten die jüngeren Juden, Mitglieder zionistischer und anderer Organisationen, den Widerstand als letzten Kampf um Ehre und menschliche Würde zu wagen. Auch in anderen osteuropäischen Ghettos gab es jüdische Kampfgruppen, in einigen Vernichtungslagern Rebellion jüdischer Häftlinge.

Der Warschauer Ghetto-Aufstand wurde zum stärksten Ausdruck des Willens zum Widerstand, die Judenverbrennungen und Vergasungen in Chelmno und Belzic waren längst kein Geheimnis mehr.

Am 16. Mai 1943 endet die jüdische Revolte, die sich der Auflösung des Warschauer Ghettos, auch als „Aktion Reinhardt“ bekannt, entgegengestellt



Zwischen Juli und September 1942 wurden etwa 250.000 bis 280.000 Menschen aus dem Ghetto deportiert, über 10.000 Juden wurden im Ghetto von den Nazis ermordet.

hatte. Dieses Inferno grausamster Routine, bestehend aus der täglichen Deportation von 6000 Menschen, haben die Ghetto-Kämpfer ausgesetzt und darauf eine temporäre jüdische Antwort gegeben. Einer schrieb: „Wir kämpfen und sterben für die Ehre des jüdischen Volkes, für ein paar Zeilen in den Geschichtsbüchern.“

Am 28. Juli 1942 gründete sich die Zydowska Organizacja Bojowa/ZOB (Jüdische Kampf-Organisation), zu ihr gehörte der Bund, Kommunisten und acht zionistische Organisationen. Das Kommando hatten: Schmuël Braslaw, Jitzchak Zuckermann, Zivia Lubetkin, Mordechaj Tennenbaum-Tamarow und Marek Edelman. Kommandant der ZOB war der zionistische Jugendführer Mordechaj Anielewicz. Unter den Vertretern des ZOB waren auch Frauen wie Frumka Plotnicka, Lea Perlstein und Tosia Altman.

Die Vorbereitungen

Marek Edelman und Bernard Goldstein gehören zu den wenigen Überlebenden Ghetto-Kämpfern, die Zeugnis ablegten, über das brodelnde Ghetto, in Vorbereitung für den letzten Kampf, als sich dem Bund und den anderen

Widerstandsgruppen, die verbliebenen Fabrikarbeiter anschlossen. Zehntausend Liter Benzin, Waffen und Explosivstoffe wurden beschafft, die Kämpfer geschult. Über Michal Klepfisz und Zalman Friedrich erzählt Goldstein, wie beide Männer nach Rache dürsteten. Zalmans Vater, Mutter und Schwester waren vergast, seine Frau Zilla in Majdanek, sein Kind versteckt in einem katholischen Kloster.

Das schwierigste und zugleich wichtigste Unterfangen, war die Beschaffung der Waffen. Die Kasse des Judenrates wurde beschlagnahmt, Waffen eingekauft, 22 Kampfgruppen gebildet, über 1000 unterirdische Bunker und Verstecke gebaut. Fieberhaft arbeitete das Ghetto an der „endgültigen Vernichtungsschlacht“: Tunnel wurden gegraben, Verbindungssysteme durch Wasserversorgungs- und Abwasserkanalisation errichtet. Wenige Tage vor dem Ghettoaufstand brachten Zalman Friedrich und Michal Klepfisz die letzten Waffen ins Ghetto.

Die Geschichte kennt keine vergleichbare Situation, bei der gegen einen bis an die Zähne bewaffneten, übermächtigen Feind, ausgerüstet mit modernsten Vernichtungswerkzeugen, seitens

der Zivilbevölkerung ein militärischer Widerstand geleistet wurde. „Klopfenden Herzens erwartete das Ghetto den Kampf, das Ende der unheimlichen gespenstischen Tragödie.“

Der Einmarsch

Um zwei Uhr früh, am 19. April 1943, dem ersten Tag des Pessach-Festes, marschierten Militär, Polizei, SS, Ukrainer, Letten und Polen entlang der Ghettomauer auf, ihnen folgten schwarze Bataillone mit Panzern und Maschinengewehren. An der Mila-Straße angekommen, prasselten von drei Seiten Granaten und Feuerbomben herunter, der Feind erlitt herbe Verluste, zwei Panzer verbrannten samt Besatzung und die Deutschen zogen sich zurück. Am nächsten Tag begann der Häuserkampf, als Hundertschaften ins Ghetto einrückten und mit einem Hagel aus Dynamitbomben und Sprengflaschen empfangen wurden, die aus Häusern, von Dächern und Speichern flogen. Eine elektrisch gezündete Mine ließ deutsche Uniformen in Fetzen fliegen und das Kommando unter Michal Klepfisz fügte dem Feind im Kampf um jedes Haus und jede Wohnung schwere Verluste zu. Es war ein wilder, verzehrender Kampf

in der Dunkelheit, Michal fiel beim Rückzug im Kugelhagel, als er sich strategisch über ein Maschinengewehr der Deutschen warf.

Nun änderten die Deutschen ihre Taktik und legten Feuer an den Häusern. Ein Flammenmeer umbrandet das Ghetto, außer Reichweite der Gewehre und selbstgefertigten Granaten der Ghetto-Kämpfer wurden Artilleriegeschütze aufgestellt. Die Deutschen schossen ins brennende Ghetto und warteten, dass die Flammen die Juden aus ihren brennenden Verstecken trieben, aus Kellern, Dachböden, waren sie leichte Zielscheiben.

Eine Kampfgruppe um Berek Sznajd mils wehrte den Feind eine Woche lang ab und eskortierte hunderte Menschen von einem ausgebrannten Versteck zum nächsten. Unvergessen bleibt der junge David Hochberg, dessen Mutter ihm verboten hatte, sich dem Kampf anzuschließen. Als Anführer einer Gruppe, schützte sein Bunker viele Familien. Als die Deutschen sie zur Aufgabe zwangen, klemmte er sich in den engen Bunkereingang, setzte seinen Körper dem Kugelhagel aus, sodass alle fliehen konnten.

In diese Hölle warf der Gegner seine gepanzerte Macht, jeder Kampfpunkt wurde zu einer isolierten, belagerten Festung, umgeben von Feuer, eingehüllt vor atmehemmenden Rauch. Mit Revolvern, Granaten und Dynamitflaschen, feuchten Taschentüchern über dem Mund, kämpften Juden gegen die deutsche Übermacht. Schlussendlich zogen alle übriggebliebenen Ghettobewohner in den Kampf: Junge wie Alte, Männer und Frauen, Kinder. Jeder, der kämpfen konnte, ob er Waffen hatte oder nicht, andere fungierten als Kuriere, versorgten die Kämpfer mit Nahrung, Wasser und Munition.

Durch Feuersbrunst und Rauch schlugen sie sich von einem brennenden Häuserblock zum nächsten, von einem Versteck zum anderen, jede Kampfgruppe für sich allein, ohne zu wissen, wie es den anderen erging, unter ununterbrochenen Artilleriegeschossen der Deutschen. Ein ungeheures Feuerwerk durchtobte das Ghetto, von außen gut sichtbar, erleuchtete das brennende Ghetto die Umgebung der Stadt, während die verbliebene „Ghetto-Gemeinde“ kämpfte. Die neue Taktik der Deutschen war Giftgas. Die jüdischen Kämpfer, deren Reihen dezimiert waren, verbrannt vom Feuer, erstickt von Rauch und Gas, zerrissen von Geschossen, suchten einen Ausweg aus der Hölle. Der einzige Rückzugsweg führte durch die Abwasserkanalisation, viele begingen Selbstmord.

Weil sie Juden waren

Goldsteins Buch „Die Sterne sind Zeugen“ berichtet auch über das Leiden, das man den Menschen auferlegt hatte, einzig weil sie etwas sind: Juden.

Er erzählt über die Welt der Ghettos, in der sie leben mussten, bevor man sie in die Schlächtereien von Treblinka, Majdanek oder Auschwitz-Birkenau deportierte. In den „Ghetto-Gemeinden“ begann ein qualvolles Leben, unter erbärmlichen Zuständen, dezimiert durch Unterernährung und Krankheiten, um die Überlebenden dann zum Umschlagplatz zu treiben und sie mit Güterwagen zu den Endstationen der Massengräber, Gaskammern und Hinrichtungsstätten zu bringen. Das Wort Umschlagplatz sollte sich tief in die Seelen der Ghettobewohner einbrennen.

In den ersten Wochen des Krieges war das zerstörte und besetzte Warschau Ziel Zehntausender jüdischer

Flüchtlinge geworden und die Zahl der jüdischen Bevölkerung wuchs auf eine halbe Million, was Wohnraum, Arbeit und Nahrungsmittel immer knapper werden ließ.

Mit der Verordnung vom 16. Oktober 1940 wurde aus einem bereits überfüllten Elendsviertel Warschaus ein Juden-Ghetto, umzäunt von einer Backsteinmauer und Stacheldraht. Überall herrschte wilde Panik, grausame Szenen spielten sich ab. Die Juden rannten durch die Straßen, tödliche Angst in ihren verweinten Gesichtern, verzweifelt auf der Suche nach irgendeiner Art von Transportmittel, um ihre Habe zu befördern. Menschenmengen waren in Bewegung, endlos lange Reihen mit Karren aller Art, auf denen Hausgeräte, Kinder, Alte, Kranke lagen. Alle bewegten sich auf das Ghetto zu, gezogen und geführt von den Stärkeren und Gesünderen. Im Ghetto angekommen begann der Kampf um Lebensraum, um ein Zimmer, eine Ecke, einen Keller. Menschen lagen auf den Straßen, zogen durch die Gassen, zitternd vor Kälte, müde, hilflos, sterbend. „Eine Nation auf dem Marsch,“ so schreibt es Goldstein. Die erzwungene Umsiedlung war am 31. Oktober 1940 beendet, als die Tore sich schlossen.

Zwischen sechs bis sieben tausend Menschen starben monatlich im Ghetto durch Hunger und Seuchen. Jeden Morgen bedeckten Leichname die Gassen, kranke, verwahrloste und verwaisete Kinder bettelten um ein Stück Brot, Einzeln und in Gruppen.

Die Nazis erlaubten ab April 1941

„Leistet Widerstand! Kämpft mit Händen und Füßen! Begebt euch nicht auf den Umschlagplatz!“

legalen Schulunterricht für die rund 30.000 Kindern. Das Ghetto dasein machte erfinderisch, es erzwang geradezu einen geistig-moralischen Abwehrmechanismus, als Kompensation für abgrundtiefe Hilflosigkeit. Unter größten Opfern wurden kleine Wunder vollbracht: Lehrmaterial in mühsamer Handarbeit erstellt, illegale höhere Schulen veranstalteten Abschlussprüfungen, deren Zertifikate sorgfältig verborgen aufbewahrt, für bessere Zeiten. Es gab Kurse für Handwerker, Sanitäter, Schneider, sogar Gymnastikgruppen, einen illegalen Literaturvertrieb und kulturelle Programme. Sie vermittelten die Illusion eines früheren Lebens, wie viele Hinterhöfe, die den Namen „Kindergarten“ trugen, obwohl nur der Name an eine glücklichere Vergangenheit erinnerte. Dort spielten Kinder mit bleichen Gesichtern Kinderspiele, den Hunger dabei kurzzeitig vergessend und dass sie vor kaum einem Jahr noch sauber und wohlgenährt waren.

Goldstein erzählt die Geschichte einer 17jährigen, die ihn fragt, ob es unmoralisch sei ihn zu bitten, in dem überfüllten Ghetto für sie und ihren Freund einen Ort zu finden, wo sie sich lieben könnten. Beide waren in der illegalen Jugendbewegung tätig und natürlich erfüllte Goldstein ihnen diesen Wunsch. Sie kamen bei der Deportation ums Leben.

Der „Umschlagplatz“

Mit Beginn der Massendeportationen 1942 und der „Auslese“ zwischen „Produktiven“ und „Unproduktiven“ begann endgültig die Mobilisierung des Widerstands. Goldstein erzählt vom einstimmigen Beschluss, die Deportationen nicht mehr mitzumachen, Widerstand bis zum Tode zu leisten, lieber heroisch und ehrenvoll zu sterben, als

sich in Lagern versklaven zu lassen. Auf den Mauern des Ghettos klebte: „Leistet Widerstand! Kämpft mit Händen und Füßen! Begebt euch nicht auf den Umschlagplatz!“

Die Nächte im Ghetto waren dunkel, nach jedem Tag voller Schrecken und endlosen Kummers. Verzweiflung und das miserable Ghetto-Dasein trieben Tausende dazu, den Versprechungen des Judenrats zu glauben. Bloß weg von Hunger und Seuchen des überfüllten Ghettos, um unter besseren Bedingungen „arbeiten zu dürfen“, die Berichte von den Schlächtereien in Lagern ignorierend, begaben die Juden sich freiwillig zum Umschlagplatz, nahmen mit, was sie tragen konnten. Die Frommen ihre Gebetbücher, Handwerker ihre Geräte, respektable deutsche Juden ihre Lederkoffer, feines Bettzeug und Haushaltsutensilien. Man braucht uns zur Arbeit, war ihre Devise des Selbstbetrugs. Heute braucht man Juden zum Gedenken.

In der Nacht des 17. April 1942 begannen die Häuser-Razzien der Gestapo und der Terror im Ghetto trat in eine noch blutigere Phase, als fast jede Nacht Massaker auf den Straßen stattfanden. Mit vorgefertigten Listen holte auch die jüdische Ghetto-Polizei die Juden mit Gewalt, um sie in Güterwagen zu verladen oder belieferte SS und Gestapo mit Namenslisten. Kinder hängten sich an ihre Väter, Frauen an ihre Männer, mit Bestechung konnte man es um einen Tag verzögern.

Das Ghetto wurde zum Tollhaus, schreibt Bernard Goldstein, als jüdische Polizisten täglich ihre „Schlacht-

opfer zum Vernichtungsalter“ brachten: Freunde, Verwandte, sogar die eigenen Eltern. „Wir alle kamen uns wie lebende Leichname vor, wie Geister, die dieser Welt nicht mehr angehörten.“ „Jeder Gedanke betraf den Tod“ und der Tod erschien als „einzigster Ausweg aus dieser unbeschreiblichen Hölle, in der wir wandelten.“

Das Flammenmeer

Am 19. April 1943 begann etwas Verneigenswertes und mit großer Demut, zugleich in schmerzvoller Traurigkeit blicken wir heute auf die Beherztheit dieser Zionisten, Bundisten, Betaristen, Kämpfer des Dror, die das deutsche Deportationsinferno nur temporär, dafür aber mit jüdischer Hand aufhielten. Ein Szenario, in dem Juden mit den Peinigen ihres Volkes kaltblütig abrechneten, zwar nur notdürftig bewaffnet, durch Hunger und Leid geschwächt, dafür aber mit erbittertem Kampfgeist.

Mordechaj Anielewicz, Kommandant des ZOB im Warschauer Ghetto, wuchs in ärmlichen Verhältnissen in Warschau auf, absolvierte das jüdische Privatgymnasium, war Mitglied des rechtszionistischen Betar und später in der linkszionistischen Jugendorganisation Haschomer Hazair. Er organisierte die zionistische Jugendbewegung in der Illegalität und kehrte nach Warschau zurück, als lediglich 60.000 Juden nach den Massendeportationen verblieben waren. Der erst 23jährige Anielewicz war die Seele des Aufstands, verbündete Kommunisten, Bundisten, Links- und Rechtszionisten zu einer auf Leben und Tod verbundenen Kampfgemeinschaft unter dem Dach der ZOB, befähigte und überwachte die Vorbereitungen, verhandelte mit dem polnischen Untergrund für die Beschaffung von Waffen.

Er schrieb: „Unsere letzten Tage na-

hen. Aber solange wir noch Kugeln haben, so lange werden wir weiterkämpfen und uns verteidigen.“ Zusammen mit anderen Kämpfern starb er im Befehlsbunker der berühmten „Milastraße 18“, als der Bunker am 8. Mai 1943, dem 15. Tag des Aufstandes, fiel.

Das Ghetto war ein Flammenmeer, Artilleriefeuer überdröhnte das Knistern brennender Häuser und das Gepolter einstürzender Mauern, Geschosse aus naher Entfernung hagelten in das lodernde Inferno. Die Flammen trieben die Menschen aus Verstecken in Kellern, Bunkern und Böden, ohne Luft zum Atmen, nur schwarzer erstickender Qualm. Die Fliehenden strömten auf die Straßen, leichte Zielscheiben für die deutschen Einheiten, starben im Feuer, stürzten sich zu Tode, kämpften, während der Himmel über dem Ghetto flackerte.

Jitzchak Zuckerman, in Wilna geboren, war Koordinator des Widerstands, organisierte den Rückzug seiner Kämpfer durch die Abwasserkanäle, darunter auch seine Frau Zivia Lubetkin, Marek Edelman oder Abrasha Blum. Draußen empfingen die Polen mit ungläubigen Augen diese menschlichen Skelette, die mit Maschinenpistolen bewaffnet, nacheinander aus den Abflussrohren krochen. Mit entscherten Maschinengewehren, hungrig und todmüde, aber mit bleischweren Blicken aus Augen, die der Menge verdeutlichte, dass sie nicht zögern würden zu schießen.

Zivia Lubetkin, die in Ostpolen geboren war, gehörte dort der Führung des Dror an, kämpfte mit ihrem Mann später im Warschauer Aufstand gegen die SS. Sie organisierte gemeinsam nach dem Krieg die illegale Einwanderung der Shoa-Überlebenden nach Palästina und gründeten den Kibbutz der Ghetto-Kämpfer in Galiläa.

Ihren Henkern entrissen

Den Juden des Warschauer Ghettos, die sich im bewaffneten Kampf der Selektionsmaschinerie und dem Deportationsapparat der Deutschen entgegenstellten war bewusst, dass ihr Widerstand nicht erfolgreich sein würde. Es war ein ungleicher Kampf halbverhungertes jüdischer Frauen, Männer und Kinder, Seite an Seite, im erbitterten Gefecht gegen übermächtige Deutsche.

Der jüdische Aufstand, dauerte dennoch über einen Monat, bevor er sein vorhersehbares Ende fand. Eine jüdische Revolte, von der die Ghetto-Kämpfer wussten, dass sie am Ende zwar dasselbe Schicksal wie ihre Glaubensgenossen teilen würden, aber eben nicht das Gleiche, da sie die Entscheidung wie sie Leben und Sterben wollten in die eigene Hand nahmen und sie ihren Henkern entrissen.

Ihr Tod war nicht fremdbestimmt, endete nicht mit ihrer Deportation und Ermordung in einem deutschen KZ, ihr Tod im Gefecht war der letzte Ausdruck von Freiheit, um selbstbestimmt und als Sieger zu verlöschen.

Für das Einsperren in das heutige operzentrierte Gedenk-Ghetto und als Gedenkarbeiter deutscher Erinnerungsindustrie eignen diese Juden sich nicht. Die Ghetto-Fighters fordern geradezu den Ausbruch der jüdischen Zeitzeugen und Erinnerungszwangsarbeiter, der lebendigen Stolperstein-Juden und der sich hinter kugelsicheren Gemeinde-Ghettomauern versteckenden, staats-tragenden Diaspora-Juden aus den Fängen ihrer politischen „Wohl“-Täter. Der Aufstand im Warschauer Ghetto sollte heute den Aufstand der Juden aus dem Opfer- und Gedenk-Ghetto beflügeln, um nie wieder Ghetto-Gemeinde zu sein.

Israels erste Ministerpräsidentin: Vor 125 Jahren wurde Golda Meir geboren

Golda Meir widmete ihr Leben dem Traum von einer Heimstatt für alle Juden in Israel auf dem Gebiet des früheren Königreichs Judäa, das von den Römern nach der Eroberung in Palästina umbenannt worden ist. Sie war Mitunterzeichnerin der Unabhängigkeitsurkunde Israels am 14. Mai 1948, Mitglied der ersten Regierung und dann die erste Frau im Premierministeramt. Sie widmete ihr Leben mit Hingebung ihrem Land. Ein Blick auf das heutige Israel, den Ort prosperierender Wirtschaft und geglückter Demokratie, bestätigt den großen Erfolg ihres Wirkens und ihres politischen Erbes. (JR)

Von Myron Madzini

Golda Meir, diese bemerkenswerte Frau wurde in Kiew geboren und wuchs in den Vereinigten Staaten auf, aber sie erlangte in Israel große Bekanntheit. Auch 45 Jahre nach ihrem Tod ist die Geschichte der Wiedergeburt des jüdischen Staates noch nicht zu Ende. Manche sehen in ihr nur eine Parteifunktionärin, die für die Tragödie des Jom-Kippur-Krieges verantwortlich war, andere sehen in ihr eine Führungspersönlichkeit, die sich den Herausforderungen mit Würde stellte. Wie auch immer, Golda war zweifellos eine hartnäckige, energische und aktive Frau. Ihr Leben ist eng mit der Ära der Gründung des jüdischen Staates verbunden. Diese willensstarke Frau nahm ihr Schicksal schon früh selbst in die Hand und wurde zu einer aktiven Akteurin in der Geschichte des jungen Landes. Hatte sie einfach nur das Glück, zur richtigen Zeit am richtigen Ort zu sein? Oder gehörte sie zu den Menschen, die die Träume einer ganzen Nation wahr werden ließen, die unerreichbar schienen?

Von Kiew nach Milwaukee

Kaum jemand hätte voraussehen können, dass die Tochter von Moshe Mabovitch, einem Zimmermann aus Kiew, eine glorreiche Zukunft haben würde. Golda wurde am 3. Mai 1898 geboren und verbrachte ihre Kindheit am Rande von Armut und Entbehrung. Die Gemeinde lebte in ständiger Angst vor Pogromen. Glücklicherweise musste sie selbst nie damit konfrontiert werden. Doch diese Kindheit prägte ihr ganzes Leben.

Das Mädchen war wissbegierig, liebte Ordnung und Sauberkeit und war sehr selbstdiszipliniert. Sie war fünf Jahre alt, als ihr Vater für ein besseres Leben nach Amerika ging. Golda und ihre beiden Schwestern blieben bei ihrer Mutter. In ihren Memoiren beschreibt sie in Grautönen die Verzweiflung des jüdischen Lebens, die Armut der Stadt, den Schmutz, die feindselige Atmosphäre. Im Alter von sechs Jahren hörte sie zum ersten Mal vom Land Israel. Wahrscheinlich von ihrer älteren Schwester Schejna, die um den Tod des Vaters des politischen Zionismus, Theodor Herzl, trauerte.

Drei Jahre nach der Auswanderung des Ernährers zog die Familie nach Milwaukee nach, wo der Vater als Zimmermann für eine Eisenbahngesellschaft arbeitete. Die achtjährige Golda fand in ihrer neuen Schule leicht Freunde und lernte Englisch, obwohl sie es bis zum letzten Tag vorzog, ihre Gedanken auf Jiddisch auszudrücken. Sehr bald erkannte sie, wie elend das Leben im jüdischen Ghetto von Milwaukee war.

Sie wurde von Schejna in den Zionismus eingeführt. Sie war diejenige, die wegen illegaler zionistischer Aktivitäten in Russland fast verhaftet worden wäre, und die für ihre jüngere Schwester zur Mentorin in jüdischen Angelegenheiten wurde. Schejna führte die 12-jährige Golda in die zionistische sozialistische



„Eiserne Ladys“ der Weltpolitik: Golda Meir und Margaret Thatcher

Bewegung Poale Zion. Dort versuchte sich Golda zum ersten Mal als Rednerin in der Öffentlichkeit. Sie vertiefte sich immer tiefer in die Bewegung und las alles, was sie über das jüdische Volk und das Land Israel finden konnte.

Ihre Eltern unterstützten ihren Wunsch, die High School zu besuchen, nicht, sondern sprachen stattdessen von Heiratsvermittlung. Golda wusste genau, dass eine frühe Heirat sie für immer in Milwaukee begraben und sie jeder Chance berauben würde, dem jüdischen Volk nützlich zu sein. Alle Perspektiven würden sich auf das Unterrichten, die Stenografie, die Arbeit als Näherin oder Verkäuferin, das Gebären und Aufziehen von Kindern beschränken. Für sie war das Selbstmord. Sie träumte davon, in das Land Israel zu ziehen und in einem Kibbuz zu leben, obwohl sie keine Ahnung hatte, was das war.

Um das Schicksal ihrer Mutter nicht zu wiederholen, lief Golda im Alter von 15 Jahren von zu Hause weg und zog nach Denver zu ihrer älteren Schwester, die bei ihrem Mann lebte. Ihre Eltern wussten nicht, wie sie eine solche Blamage überstehen sollten, Golda hingegen blühte an ihrem neuen Wohnort auf. Sie kam auf die Oberschule und lernte Morris (Moshe) Meyerson kennen. Ganz im Gegensatz zu ihren früheren Freunden - gebildet und sensibel - öffnete er ihr die Welt der Literatur und der Musik. Nur war Morris kein Zionist. Vor allem das Leben in einem Kibbuz schüchternete ihn ein.

Nach zwei Jahren in Denver kehrte Golda auf Drängen ihrer Eltern nach Milwaukee zurück, schloss die High School ab und besuchte die Lehrerbildungsanstalt. Morris folgte ihr. Die Romanze zwischen den beiden ging weiter. Der Wendepunkt für Golda war 1916, als sie David Ben-Gurion und Yitzhak Ben-Zvi kennenlernte, die während des Ersten Weltkriegs von den osmanischen Mächten aus dem Land Israel vertrieben worden waren. Die Begegnung mit ihnen überzeugte sie davon, dass die einzige Möglichkeit, ihre Berufung zu finden, darin bestand, die USA zu verlassen und nach Palästina zu gehen.

Am Scheideweg zwischen dem Persönlichen und dem Öffentlichen

Im Dezember 1917 feierten Golda und Morris ihre Hochzeit nach jüdischer Tradition im Haus ihrer Eltern. Sie interessierte sich für Parteiangelegenheiten. Sie warb überall in den Staaten um Anhänger und besuchte Parteitage. "Das ist es, worum es mir im Leben geht", schrieb Golda an ihre Freundin. Ihre unaufrichtigen Reisen, zunächst in den Vereinigten Staaten und dann in der ganzen Welt, führten dazu, dass das Scheitern ihrer Ehe unausweichlich war. Am Vorabend ihrer Hochzeit hatte es Golda zur Bedingung gemacht, dass sie in einen Kibbuz ziehen würden. Da er keine andere Wahl hatte, stimmte Morris zu. Im Mai 1921 brachen sie mit einer Gruppe von 20 jungen Aktivisten der Poale Zion auf und erreichten nach zwei Monaten be-

schwerlicher Reise Jaffa. Schließlich landete das Paar im Kibbuz Merchawia. Die drei Jahre dort waren eine glückliche Zeit für Golda und eine unerträgliche Zeit für Morris.

In Merchawia kehrte Golda ins öffentliche Leben zurück. Ihr Überzeugungstalent und ihre Englischkenntnisse machten sie zu einer begehrten Begleiterin für ausländische Besucher - in der Regel potenzielle Sponsoren der Farm oder britische Beamte. Sie wurde Aktivistin im Arbeiterrat und nahm an den Konferenzen der Nachfolgepartei von Poale Zion, der Achdut haAwoda, teil. Nach und nach erregte Golda die Aufmerksamkeit der Führer des sozialistischen Zionismus - David Ben-Gurion, Berl Katznelson, David Remez und Zalman Shazar. Zu den beiden Letztgenannten entwickelte sie später eine enge Beziehung.

Ihre schnelle Auffassungsgabe und ihre enorme Arbeitsfähigkeit verhalfen ihr zu einem schnellen Aufstieg in der Partei. Doch nach drei Jahren in einem Kibbuz verlangte Morris, nach Tel Aviv oder in die USA zurückzukehren. In dem Versuch, ihre Ehe zu retten, zog die Familie nach Jerusalem. Dort bekamen sie zwei Kinder, Menachem und Sarah. Morris arbeitete weiterhin in Tel Aviv. Für Golda waren diese Jahre wahrscheinlich die schwersten ihres Lebens. Sie war hin- und hergerissen zwischen ihrer schlecht bezahlten Arbeit, der Erziehung ihrer Kinder und ihren sozialen Aktivitäten.

Doch 1927 berief David Remez, einer der Führer der Arbeitergewerkschaft

Histadrut und Achdut haAwoda, seine Freundin Golda in eine führende Position in der Leitung des Arbeiterrats. Diese Ernennung veränderte ihr Leben für immer. Sie musste sich nicht mehr um ein Stück Brot oder ein Dach über dem Kopf sorgen. Die Familie zog nach Tel Aviv. Das Paar ließ sich nicht scheiden, lebte aber nun getrennt.

Golda nahm aktiv an Konferenzen im Ausland teil, und Anfang der 1930er Jahre wurde sie zur Vertreterin der Gewerkschaft in den USA gewählt. In dieser Position erzielte sie beachtliche Erfolge, und als sie 1934 nach Tel Aviv zurückkehrte, engagierte sie sich im Exekutivkomitee der Gewerkschaft, die eine wichtige Rolle im Leben der Jeschiwa spielte. Nach und nach durchlief sie alle führenden Positionen in dieser Struktur. Der Preis für ihre Karriere war ein unglückliches Privatleben. Später gestand Golda, dass die Partei schließlich ihr Zuhause geworden war. Sie fand ihre Berufung, und obwohl sie nicht viel zur Ideologie der Arbeiterbewegung beitrug, wurde sie eine Parteifunktionärin.

Aufstieg innerhalb des Parteiapparats

Am Ende des Zweiten Weltkriegs gehörte Golda bereits zu den zehn einflussreichsten Führern des Jischuw und war Mitglied einer 1946 von Großbritannien und den USA gebildeten Kommission zur Koordinierung der Politik gegenüber dem Mandatsgebiet Palästina. Als die Briten im Juni 1946, während des so genannten Schwarzen Sabbats, führende jüdische Persönlichkeiten, darunter Moshe Sharet, verhafteten, leitete Golda die politische Abteilung der Jewish Agency, praktisch das Außenministerium des Jischuw. In dieser Position blieb sie auch nach Sharets Freilassung. Sie arbeiteten nun zusammen. Sie wurde mit den Verhandlungen mit der britischen Führung betraut - dem Hohen Kommissar und dem Generalsekretär der Regierung des Mandatsgebietes Palästina.

Am Vorabend der Staatsgründung reiste Golda in die USA, um unter den amerikanischen Juden Spenden zu sammeln. Innerhalb weniger Wochen gelang es ihr, die unglaubliche Summe von 50 Millionen Dollar aufzubringen. Mit diesem Geld wurden in der Tschechoslowakei Waffen gekauft, die in der ersten Hälfte des Unabhängigkeitskrieges eine wichtige Rolle spielten. Ben-Gurion sagte später: "Eines Tages werden die Chroniken aufzeichnen, wie eine einzige jüdische Frau in der Lage war, die Mittel aufzubringen, die die Verteidigung eines ganzen Landes ermöglichten."

Golda war enttäuscht, dass sie keinen Ministerposten in der Interimsregierung bekam, aber ihr wurde die Ehre zuteil, die Unabhängigkeitserklärung des jüdischen Staates zu unterzeichnen. "Der Staat Israel! Meine Augen füllten sich mit Tränen, meine Hände zitterten. Wir haben es geschafft. Wir haben den jüdischen Staat Wirklichkeit werden lassen - und ich, Golda Mabo-vitch-Meyerson, habe diesen Tag noch miterlebt. Egal, was passiert ist, egal, wie hoch der Preis war, wir haben das jüdische Heimatland wiederhergestellt. Das lange Exil ist vorbei", schrieb sie in ihren Memoiren.

Unmittelbar nach der Ausrufung der Unabhängigkeit Israels wurde Golda dessen Vertreterin in Moskau. Innerhalb von acht Monaten hatte sie die Herzen der sowjetischen Juden entflammt. "Unsere Golda" wurde für sie zur Verkörperung des zionistischen Traums.

Im Januar 1949 wurde sie in die erste Knesset gewählt. Sie blieb ein Vierteljahrhundert lang Mitglied des jüdischen Parlaments, bis sie im Juni 1974 in den Ruhestand ging. Sie war für die Unterbringung und die Bereitstellung von Arbeitsplätzen für Hunderttausende von Einwanderern verantwortlich. Diese Menschen hatten praktisch alles verloren, nachdem sie aus muslimischen Ländern geflohen waren. Sie



Im Alltag war Golda unprätentiös: Sie rauchte billige Zigaretten und kochte selbst

wurden in einem jungen und armen Land aufgenommen, das sich gerade von einem langen und zermürbenden Krieg erholte. Golda beschrieb ihre sieben Jahre als Ministerin für Arbeit und Bauwesen als die glücklichsten ihres Lebens. Sie setzte sich unermüdlich für Projekte von nationaler Bedeutung ein, wie den Bau neuer Wohnsiedlungen, die Instandsetzung von Straßen und

„Eine Nation wie die Palästinenser gibt es nicht; es hat sie nie gegeben. Vor 1948 waren wir Palästinenser.“

die Umschulung Tausender von Menschen. Es gelang ihr, eine Reihe von Gesetzen zu verabschieden, die ihren Idealen entsprachen: das Arbeitszeit- und Ruhezeitgesetz, das Jugendarbeitsgesetz und das Frauenarbeitsgesetz. Ihr wichtigstes Anliegen war das Gesetz über die Sozialversicherung, das man als "Goldas Gesetz" bezeichnen könnte. Als sie sich für die Verabschiedung des Gesetzes einsetzte, stellte sie sich gegen den einflussreichen Finanzminister Levi Eshkol. Er argumentierte, dass ein armes Land das Programm nicht finanzieren könne. Doch Golda blieb standhaft: Es gelang ihr, Ben-Gurion zu überzeugen, und das Gesetz wurde verabschiedet.

Bis zum Ende ihrer Amtszeit als Ministerin waren Zehntausende von Repatrianten aus den Durchgangslagern in neue Wohnungen umgezogen. Als Ben-Gurion Ende 1953 als Premierminister zurücktrat, wurde Golda bereits als möglicher Nachfolger gehandelt.

Die Diplomatin

Mitte 1956 stellte Golda fest, dass ihre Rolle als Arbeitsministerin erschöpft war. In der Zwischenzeit hatten die parteipolitischen Differenzen zwischen Regierungschef Ben-Gurion und Außenminister Mosche Sharet einen Höhepunkt erreicht. Golda wurde gebe-

ten, das Außenministerium zu leiten. Sie war nicht begeistert von der Entlassung ihres langjährigen Kollegen, erklärte sich aber bereit, das Amt zu übernehmen, da sie der Meinung war, dass im Vorfeld des bevorstehenden Krieges mit Ägypten die Klärung der israelischen Position auf der internationalen Bühne wichtiger war als persönliche Beziehungen. Sie musste sofort geheime Verhandlungen mit Frankreich

in der Knesset. Sie befand sich in ihrem siebten Lebensjahrzehnt, und viele ihrer Kollegen waren der Meinung, dass ihre Karriere beendet war. Doch die Opposition innerhalb des sozialistischen Lagers eröffnete ihr unerwartet eine ganz neue Chance.

Im Jahr 1969 führte sie die Kandidatenliste der Sozialisten für die Knesset an. Obwohl nur etwa 3 % der Bevölkerung Golda Meir als Premierministerin sahen, erklärte sich das Parteiestablishment bereit, sie als die am besten geeignete Kandidatin zu akzeptieren, um die Auseinandersetzungen zwischen den fatal verfeindeten Lagern von Yigal Allon und Moshe Dayan zu vermeiden. Doch nur einen Monat, nachdem Golda Meir Premierministerin geworden war, wurde sie bereits von etwa 80 % der Bevölkerung als erfolgreiche Führungspersonlichkeit angesehen. Mit der Unterstützung des Volkes übernahm sie selbstbewusst und entschlossen die Zügel der Regierung. In ihrem neuen Amt sah sie es als ihre wichtigste Aufgabe an, den Zermürbungskrieg in den Griff zu bekommen und die Beziehungen zu den USA zu stärken. Mit beidem war sie recht erfolgreich.

Die israelische Premierministerin glaubte nicht an die Möglichkeit eines Friedens mit den Arabern. Im Umgang mit ihrer feindlichen Umgebung hielt Golda an ihrer Politik der Aufrechterhaltung des Status quo fest. Ihre bemerkenswertesten Erfolge erzielte sie an der Ostgrenze, wo sie dank ihrer guten Beziehungen zu König Hussein von Jordanien einen relativen Frieden und Ruhe erreichen konnte. Aus verschiedenen Gründen wurde die Position von Golda Meir in der israelischen Gesellschaft nicht angemessen dargestellt. Dies ermöglichte es den Befürwortern von Zugeständnissen an die Araber, die Premierministerin zu beschuldigen, die Ursache für den Jom-Kippur-Krieg zu sein.

Militärische Führung

Der gemeinsame Angriff von Ägypten und Syrien, der den Jom-Kippur-Krieg auslöste, kam für Golda nicht überraschend. Aber die allgemeine Unvorbereitetheit der israelischen Armee und die falschen Vorhersagen des Verteidigungsministers und des Chefs des militärischen Geheimdienstes waren eine sehr unangenehme Überraschung. Aber es war auch der Krieg, der Goldas beste Führungsqualitäten zum Vorschein brachte - stählerne Entschlossenheit, kühles Urteilsvermögen und enorme Erfahrung in der Außenpolitik. Sie bildete ein Kriegskabinett aus einer kleinen Anzahl von Ministern und Armeegehörigen. Das Kabinett übernahm das Kommando über die militärischen Operationen und die damit verbundenen politischen Entscheidungen. Auf diese Weise konnte Israel trotz anfänglicher Niederlagen schließlich den Sieg erringen, wenn auch zu einem hohen Preis.

Die zur Untersuchung der Fehler im Jom-Kippur-Krieg eingesetzte Kommission unter der Leitung des Obersten Richters Shimon Agranath lehnte es ab, den Premierminister zur Verantwortung zu ziehen. Doch Golda Meir erkannte, dass ihre politische Karriere zu Ende war, und trat zurück, sowohl als Premierministerin als auch aus der Knesset.

Golda Meir starb am 8. Dezember 1978 und ist auf dem Berg Herzl begraben, wo sie zu den herausragenden Persönlichkeiten der Nation gehört. Sie ist die einzige Frau, die dort nicht für die Verdienste ihres Mannes, sondern für ihre eigenen Leistungen begraben wurde.

über den Kauf von hochentwickelten Waffen aufnehmen. Als im Oktober 1956 der Suezkrieg unter Beteiligung Großbritanniens, Frankreichs, Israels und Ägyptens ausbrach, war es Golda Meir, die die israelische Position vor der UN-Generalversammlung in Washington verteidigen musste. Von November 1956 bis März 1957 verbrachte sie die meiste Zeit in New York, um mit den

USA und dem UN-Generalsekretär die Bedingungen für den Abzug der israelischen Verteidigungskräfte aus dem Sinai auszuhandeln.

Es wurde vereinbart, dass die UN-Truppen im Gazastreifen stationiert werden sollten, nicht die ägyptische Armee. Doch als Israel sich von der Halbinsel zurückzog, erlaubten die USA Ägypten, mit seinen Truppen in den Gazastreifen einzumarschieren. Dies untergrub Goldas Vertrauen in das Weiße Haus und legte den Grundstein für einen der wichtigsten Grundsätze des künftigen israelischen Regierungschefs: niemandem zu vertrauen, auch nicht den Amerikanern.

Goldas größte Leistung während ihrer zehnjährigen Amtszeit als Außenministerin war der Aufbau enger Beziehungen zu anderen jungen Ländern, insbesondere auf dem afrikanischen Kontinent. Ihre diplomatischen Bemühungen erhöhten das Ansehen des jüdischen Staates in der Welt, so dass die Zahl der israelischen diplomatischen Vertretungen in Afrika auf zweieinhalb Dutzend anstieg.

An der Spitze

Im Jahr 1965 wurde bei Golda Krebs diagnostiziert. Obwohl die Behandlung erfolgreich war, war sie gezwungen, die Regierung zu verlassen. Aber sie blieb

Eine schicksalhafte Begegnung in letzter Not: „G“tt bestellte einen hohen Beamten, der mich freiließ.“

Im März 1933 wird der im Zarenreich geborene und in Deutschland wirkende Thoragelehrte und Rabbiner Mordechai J. Bereisch in Duisburg bei dem sogenannten „Judenumzug“ von Schergen der SS öffentlich misshandelt und beinahe gelyncht. In letzter Minute griff ein couragierter deutscher Polizist ein, nahm den Rabbi in Schutzhaft und rettete ihm damit das Leben. Rabbiner Bereisch kann im Nachgang aus dem Deutschen Reich in die Schweiz fliehen, wo seine Gemeinde in Zürich unter seinem Rabbinat prosperierte und „zu einem der größten ostjüdischen Zentren Europas“ gewachsen ist. Seine talmudischen Werke gehören zu den unverzichtbaren Klassikern der rabbinischen Welt. (JR)

Von Theodor Joseph

Der 23. März 1933 war ein Donnerstag, ein Tag, der sich in das Gedächtnis der Duisburger Juden eingebrannt hat. Auch in das Gedächtnis der übrigen Stadtbevölkerung.

Die Macht des nationalsozialistischen Terrors in Deutschland begann allerhöchstens mit der Inmachtsetzung Hitlers am 30. Januar 1933: Man darf nicht annehmen, dass die offen ausgeübte Gewalt allein ein Terror der Straße, des Pöbels war. Sie hatte längst alle möglichen Gesellschaftsbereiche erfasst. Und wo sie am wenigsten vermutet wurde und sich im eigentlichen Sinne ad absurdum führte, das war der Bereich der Justiz, die verfassungsmäßig verbrieft dritte Gewalt im Staat – im staatsphilosophischen Denken unantastbar und unabhängig, losgelöst von den beiden anderen Gewalten Legislative und Exekutive. Aber die Judikative hatte in der heraufziehenden Diktatur längst ihre Unschuld verloren.

Bereits vor dem groß angelegten „Tag des Judenboykotts“ vom 1. April 1933 sah sich die Justiz in Duisburg mit antisemitischen Angriffen auf jüdische Richter und Rechtsanwälte konfrontiert. Die antijüdische Stimmung wurde besonders durch die Duisburger „National-Zeitung“ manipuliert und aufgeheizt, die in ihrer Ausgabe vom 22. Februar 1933 die Juden als „plattfüßige Jordanplanscher“ und „krummnasige, asiatische Gewächse“ verunglimpfte.

Der 23. März 1933 ist ein Tag, an dem sich antisemitische Gewalt an verschiedenen Stellen der Stadt Duisburg entlädt: SA-Trupps stürmen vormittags das Duisburger Landgericht am König-Heinrich-Platz, jagen die jüdischen Juristen aus ihren Amtsräumen. Eine symbolische Handlung sei es gewesen, schreibt die „National-Zeitung“ tags darauf, und dass die nationalsozialistischen Juristen nunmehr gewillt seien, die „Säuberungsaktion mit aller Schärfe“ durchzuführen. „In Zukunft dürfte über einen deutschen Mann niemals wieder ein rassefremder Richter zu Gericht sitzen.“

Die SA zieht an diesem 23. März 1933 in einer Art Prozession durch eine immer dichter werdende Menschenmenge Richtung Dellplatz, wo die „Symbole der Schmach und Schande deutscher Geschichte“, womit vor allem die deutschen Reichsfahnen gemeint waren, so tönt die „National-Zeitung“, für die gesamte Öffentlichkeit weit sichtbar, verbrannt wurden. Das ist eine Art vorweggenommene reichsweite „Bücherverbrennung“, die bereits vor dem 10. Mai 1933 in Duisburg beginnt.

Demütigung und Gewalt

Am Vormittag des gleichen Tages um 11.30 Uhr werden mehrere Ostjuden gewaltsam aus ihren Wohnungen in der Duisburger Altstadt gezerrt. Die verängstigten Juden müssen erste körperliche Attacken über sich ergehen lassen. Einer dieser Opfer ist der „Prediger“ der



Dayan Mordechai Jaakow Bereisch (vorne) wird vor dem Duisburger Stadttheater von SS-Männern misshandelt.

ostjüdischen Gemeinde, Jaakow Mordechai Bereisch, seit 1929 Dayan des chassidischen Vereins Machsika Hadas („Erhalter des Glaubens“). Zusammen mit zwei weiteren Juden wird er durch die Duisburger Straßen bis zum König-Heinrich-Platz geführt. Der „Judenzug“ bewegt sich in „aufgelöster Ordnung“, dem 30 SS-Männer folgen.

Der Düsseldorfer Oberstaatsanwalt hat die Ermittlungen in diesem Fall von Misshandlung eines Juden aus Duisburg aufgenommen, dem man den Bart abgeschnitten und durch die Straßen gejagt hat. Bei diesem, euphemistisch „Judenumzug“ genannten Gewaltmarsch durch die Straßen Duisburgs, werden den Juden die verhasste demokratische schwarz-rot-goldene Fahne um den Hals gehängt, die dann von einem nachfolgenden Juden schleppenartig dem Vordermann nachgetragen wird. Man zwingt sie, Heil-Rufe auf Hitler zu deklamieren. Bei dieser Gelegenheit, so will der Polizeibericht glauben machen, wird Bereisch der Bart abgeschnitten.

Der polnische Konsul richtet eine Beschwerde an den Regierungspräsidenten zu diesem Vorfall. Aus diesem Schreiben werden weitere Einzelheiten von den Misshandlungen, in die auch die Familie des Bereisch einbezogen ist, bekannt: Nachdem Bereisch vor dem Stadttheater „freigelassen“ worden sei, schreibt der Konsul, sei er in Richtung jüdisches Gemeindehaus geflüchtet. Die Volksmenge sei hinter ihm hergehetzt. Als er die Tür des Gemeindehauses erreicht habe, habe ein SA-Mann versucht, ihn zurückzuziehen, was jedoch noch rechtzeitig durch das Eingreifen einer dritten Person, die wir nicht kennen,

verhindert worden sei. Die daraufhin alarmierte Polizei hätte Bereisch zum Polizei-Kommissariat ins Rathaus gebracht, wo er in Schutzhaft genommen worden sei. In einem Antwortschreiben des Duisburger Polizeipräsidenten auf das Protestschreiben des polnischen Konsuls heißt es, dass die drei Betroffenen bereits vor dem Theater in Schutzhaft genommen und bis zu ihrer Ausreise „wirksam polizeilich geschützt“ worden seien.

Die internationale Presse ist sogar aufmerksam geworden. Gegen einen der beteiligten SS-Männer kommt es – zumindest formell – zu einem strafrechtlichen Verfahren. Der Polizeipräsident wälzt in seinem Bericht vom 3. April 1933 an den Düsseldorfer Regierungspräsidenten die Verantwortung für die Einzelaktionen auf die Bürgerschaft ab, die, seit langem gegen die Ostjuden und deren Geschäftsgebaren aufgebracht, ihrem Hass in den revolutionären Verhältnissen Luft mache. Es seien vor allem Zivilpersonen, die „unverantwortliche SA- oder SS-Männer“ zu Einzelaktionen treiben würden. Hier gegen gehe er mit aller Schärfe vor und hoffe, dass es keine weiteren Klagen geben werde. Soweit die administrative Stellungnahme über die Geschehnisse am 23. März 1933.

Mordechai Bereisch schildert die Misshandlungen

Aus der subjektiven Sicht Bereischs erhalten wir einen anderen Blick auf die Ereignisse, die sich an jenem 23. März 1933 vor dem Duisburger Stadttheater und während des weiteren Verlaufs abspielten. In einem seiner Bücher

(Responen) mit dem Titel „Chelkath Yaakow“ („Jakobs Besitzteil“) gibt Mordechai Jaakow Bereisch in seiner Vorrede einen Eigenbericht von den Misshandlungen, die er 1933 von SS-Leuten in Gegenwart einer riesigen Volksmenge erleiden musste. Nachdem er auf Ereignisse zu sprechen kommt, die sich bereits am 18. März 1933 ereignet haben, kommt er auf den „Judenumzug“ fünf Tage später zu sprechen. Er schreibt: „Ich danke G“tt von ganzem Herzen für die große Gnade, die er mir erwiesen hat, daß er mich im Jahr 5693 [= 1933], als ich noch Rabbi in Duisburg am Rhein war, vor den Deutschen (der Name der Frevler möge verwesen!) gerettet hat, als das Reich des Frevels (sein Name möge ausgelöscht sein!) anbrach und das Land sich in ein Land des Blutvergießens verwandelte.“

Am 25. des Monats Adar [= 23. März 1933] um 10 Uhr morgens kamen wieder Kriegsleute der SS, ein noch größerer Haufen, holten mich heraus und schleppten mich, unter Begleitung der verruchten Frevler, durch alle Straßen hindurch, Menschen zu Hunderten und Tausenden liefen hinter ihnen her, und es war keiner unter ihnen, der protestiert hätte, als sie die Demütigungen, Beleidigungen und auch Schläge sahen, die sie mir auf dem ganzen Weg antaten. Als eine Stunde vergangen war, als ich zu dem weiträumigsten Platz in dieser Stadt, am Theater, ankam und Tausende von Menschen mich umringten, rissen sie mir Haare vom Kopf und vom Bart aus und warfen sie mit Flüchen und Verwünschungen unter die Volksmassen. Es gab allerlei Schläge, und dann war da neben mir eine große Feuerflamme,

und es sah so aus, als ob sie mich vor der ganzen Volksmasse auf den Scheiterhaufen werfen würden, und hätte sich G'tt nicht meiner erbarmt, so hätten sie mich gewiß später in das verruchte Todeslager von Dachau abgeführt“.

Unerwartete Rettung

Dann kam es unerwartet zu seiner Rettung, die Bereisch so beschreibt: „G'tt ließ Seine Gnade nicht ausbleiben. Er bestellte unter die Volksmasse einen hohen Beamten, der die verruchten Frevler anflehte, mich freizulassen. Es war ein reines Wunder, daß ich den Zähnen der Bestien in Menschengestalt entging und den Kiefern der Raubtiere. Ich verließ sofort das bluttriefende Land Deutschland [...]“.

Es gab unter den Zuschauern, die sich sensationslüstern vor dem Duisburger Stadttheater versammelt hatten, einen Gerechten. Seinen Namen kennen wir nicht. Dieser Mann hat sich der losgelösten Gewalt entgegengestellt, ein Polizist, der ganz offensichtlich nicht vor der SS kuschte. Ein Mann, der vor der zutage getretenen rohen Gewalt noch nicht so eingeschüchtert war, dass er sich traute, ihr couragiert entgegenzutreten, und die Ordnung wiederherstellte.

Bereisch spricht von einem Polizeibeamten, der die „Frevler“ angefleht habe, von ihm und den beiden Mitopfern abzulassen. Dieser „hohe Beamte“ ist ein Ordnungspolizist, der über hinreichende Autorität verfügt, die SS, die eine „wilde“ Aktion durchführte, einzuschüchtern und die Juden - diesmal im Wortsinn - in Schutzhaft zu nehmen. Oder, wie es in einem Nachruf auf Mordechai Jaakow Bereisch heißt, sei es diesem „im letzten Augenblick“ gelungen, den „bereits nach ihm ausgestreckten Nazipranken“ zu entkommen.

G'tt schickte einen hohen Beamten - Kurt Nabakowski

Es gibt den Bericht eines Polizeihauptmanns über die Ereignisse am 23. März 1933, hinter dem sich möglicherweise der Judenretter verbirgt als derjenige, der die drei gepeinigten Juden in Schutzhaft nimmt und anordnet, dass die Fahnen, die die drei Opfer gezwungen sind mitzuführen, durch Parteimitglieder zur Kreisleitung der NSDAP gebracht werden. Auf seine Frage an die SS-Leute, wer die Aktion leite, erhält er keine Antwort. Seinen Mut lässt er auch erkennen, als er in seinem schriftlichen Bericht die Bestrafung der durch keinen NS-Erlass „legitimierten“ Gewalttäter fordert.

In seinem Bericht fordert der Polizist, den Vorfall untersuchen zu lassen und schreibt: „Ich bitte, die [namentlich] aufgeführten SS-Leute zur Verantwortung zu ziehen, da dieselben sich m.E. nicht entspr. des Aufrufs der Reichsregierung verhalten haben“. Tatsächlich: Drei beteiligte SS-Männer werden disziplinarisch zur Rechenschaft gezogen. Ob diese Bestrafungen tatsächlich erfolgen, bleibt zweifelhaft.

Dieser Polizeihauptmann, den auch Bereisch in seinem Erinnerungsbericht erwähnt, ist derjenige, der die SS-Männer zur Raison bringt und ihnen die Opfer entwindet, ist - es kann nicht anders sein - auch derjenige, der die drei Ostjuden in Schutzhaft nimmt, wobei sich das Wort diesmal wirklich auf „Schutz“ bezieht, und der schließlich einen Polizeibericht verfasst, in dem er die Bestrafung der Täter fordert. Mehr noch: Schoul Breisch, der Sohn des misshandelten Rabbiners, berichtet, dass der Polizeioffizier auf der Wache den Rabbiner zur Seite nahm und ihm dringend

riet, das Land so schnell wie möglich zu verlassen. Bereisch und seine beiden Leidensgenossen erhalten noch am gleichen Tage auf eigenen Wunsch ein Visum für Belgien.

Bei dem Polizisten handelt es sich den Polizeihauptmann Kurt Nabakowski.

Nabakowski ist am 31. Oktober 1895 im schlesischen Marienwerder geboren, evangelisch und verheiratet. Im Bundesarchiv (Militärarchiv) Freiburg be-



Mordechai Jaakow Bereisch (links mit Zigarette) im Gespräch mit Raw Moshe Solowiejczyk.

findet sich seine Personalakte.

31 Jahre lang, mindestens, trägt Nabakowski als Soldat und Polizist Uniform.

Als Major und Batteriechef nimmt Nabakowski zunächst am „Polenfeldzug“, dann am „Feldzug im Westen“ teil. Er beendet seine militärische Laufbahn mit dem Dienstgrad Oberst. Während seines Kriegseinsatzes wird er einige Male beurteilt, Urteile, die eine eher negative Tendenz aufzeigen. Einen Superlativ lassen alle Beurteilungen vermissen. Will man seine Benotung in einem Wort zusammenfassen, wäre „Durchschnitt“ die passende Bezeichnung. Die Spannbreite der Beurteilungen changiert zwischen „Umsicht“, „Sachkenntnis“, „Entschlossenheit“ bis „persönlichen Mut“, wofür er mit dem Eisernen Kreuz und weiteren Orden ausgezeichnet wird.

In sämtlichen Beurteilungen ist das Urteil im ideologischen Sinne für das Regime stets günstig, wenn es z. B. heißt, dieser trete jederzeit für den NS-Staat ein, sei vom Nationalsozialismus „durchdrungen“ und zur Vermittlung des weltanschaulichen Unterrichts und nationalsozialistischen Gedankengutes „vollbefähigt“. Von einer Mitgliedschaft in der NSDAP ist in der Personalakte nirgendwo die Rede.

Nabakowski zieht bei Kriegsende seinen Uniformrock aus und tritt nach 31 Jahren Militär- und Polizeidienst in ein bürgerliches Leben ein, in ein ziviles Leben, das er zuvor nicht gekannt hatte. Aus dem gewesenen Oberst und Regimentskommandeur ist mit einem Mal ein „Industrievertreter“ in Bremen-Lesum geworden, der ab 1951 seinen Lebensabend im baden-württembergischen Bühl verbringt.

Auch wenn Nabakowski eine dem Nationalsozialismus zugeneigte Gesinnung gehabt haben mag, scheint er sich doch ein gewisses Maß an humanistischem Anstand und Mitmenschlichkeit bewahrt zu haben, die er bei seiner Rettungstat am 23. März 1933 für Rabbiner Bereisch an den Tag gelegt hat.

Auswanderung und Rabbinat

Jaakow Bereisch kann nach den spektakulären Misshandlungen und öffentlichen Demütigungen, die ihm im März 1933 vor aller Öffentlichkeit zugefügt worden sind, aus Deutschland fliehen. Auf der Einwohnermeldekarte findet sich der unmissverständliche schönfärbische und zugleich verschleierte Vermerk: „7.7.1933, Register bereinigt“. Er erhält - nicht zuletzt aufgrund einer

gezogen, sich nicht länger in einen weiteren Rechtsstreit mit deutschen Behörden einzulassen. Seine Erfahrungen waren ganz anderer Art.

Erinnerungsbericht des Sohnes

Der jüngste Sohn Rabbi Bereischs, Schoul Breisch (1933-2019) - Nachfolger seines Vaters in der Gemeinde Agudas Achim, Av Bet Din von Zürich und einer der führenden Poskim in Europa und der Schweiz - der zum Zeitpunkt der Misshandlungen seines Vaters noch gar nicht auf der Welt war - hat im Februar 2009 in einem Brief auf sehr persönliche Weise an seinen Vater erinnert. Über seinen Vater schreibt er: „Die Fakten sind bekannt, die Misshandlungen erschütternd, und die danach erwartete plötzliche Rettung, ein G'liches [göttliches] Wunder. Nur durch ein Wunder gelang es wenigen, sich vor dem eisernen Ring und breit ausgedehnten Netz der Nazis zu retten. Wer dies in aller Tiefe erkannt hat, gelangt zur Einsicht, dass sein Überleben nur durch die himmlische Gnade möglich war. Er sollte die Gnade des Allmächtigen hervorheben, die verschiedenen teilweise auch kleinen Geschehnisse ineinanderfügen und für das Überleben dem Allmächtigen danken und Ihn in Ehrfurcht gleichzeitig anflehen, uns keinen Moment zu verlassen, sondern seine schützende Hand immer über uns walten zu lassen. Was mich und meine Familie anbetrifft, sehen wir mit aller Deutlichkeit eine Offenbarung vom Himmel, hat man doch uns, die Eltern und Kinder, bei den Händen gefasst und von einem Ort zum andern geführt und getrieben. Es war eine schwere Zeit, ja, eine sehr schwere, doch führten diese Leiden zu unserer Rettung. Dieses Bewusstsein der erlebten Wunder verpflichtete uns, für das Wohl anderer besorgt zu sein und sich dafür voll einzusetzen.“

Er schloss seinen Erinnerungsbericht mit den Worten: „Mein Vater sah es als seine Pflicht und Aufgabe, diese Verherrlichung des weltlichen Studiums in seinem Kreise, den Kampf anzusagen. Er war begnadet mit einer scharfen Intelligenz und Klugheit, mit der er Andersdenkende überzeugen konnte. Er begnügte sich aber nicht mit der Kampfansage, sondern arbeitete mit Kräften daran, der Jugend das Toralernen interessant und angenehm zu gestalten, und das Interesse und die Liebe zum Toralernen zu fördern. In dieser kurzen Zeitspanne gelang es ihm, eine ganze Gruppe Schüler zur völligen Hingabe zum Talmud-Lernen zu erziehen. Diese Schüler entwickelten sich zu Talmudgelehrten und Persönlichkeiten. Wer die Verhältnisse in Deutschland von damals kannte, die unangefochtene Macht der deutschen Kultur, wird diesen bahnbrechenden Erfolg richtig einstuft und daraus eine Lehre ziehen.“

Rabbi Bereisch und der Polizeihauptmann Nabakowski, zwei Männer, die das Schicksal auf zufällige Weise zusammengeführt hat. Bereisch wurde am 6. Mai 1895 in Sokol/Galizien geboren, Nabakowski im gleichen Jahr am 31. Oktober 1895 in Marienwerder, heute Kwidzyn, eine Stadt in der polnischen Woiwodschaft Pommern. Sie sind sich nur einmal im Leben begegnet, am Donnerstag, 23. März 1933, vor dem Duisburger Stadttheater. Kurt Nabakowski starb am 16. Mai 1974 im badischen Bühl; Mordechai Jaakow Bereisch starb am 6. Dezember 1976 oder, nach seiner jüdisch-kalendarischen Rechnung, am 14. Kislew 5737 in Zürich - er wurde in eine bessere Welt abgerufen.

Referenz des Duisburger Gemeinderabbiners Manass Neumark - im Mai 1935 bei der Jüdischen Gemeinde Agudas Achim („Vereinigung der Brüder“) in Zürich die Stellung als Gemeinderabbiner. Wie Bereischs 1933 in Duisburg geborener Sohn Schoul Breisch, selbst später Rabbiner in Zürich, schreibt, war sein Vater über vierzig Jahre „mit außerordentlichem Erfolg“ in Zürich tätig gewesen.

Unter seinem Rabbinat sei die Gemeinde „zu einem der größten ostjüdischen Zentren Europas“ gewachsen. Über die väterliche Gelehrsamkeit als religiöser Schriftgelehrter äußert sich Schoul Breisch folgendermaßen: „Seine talmudischen Werke [...] gehören zu den Klassikern der rabbinischen Welt“.

Am 28. März 1969, knapp neun Jahre nach dem ersten, erging in der Entschädigungssache „Markus Jakob Bereisch“ ein zweiter und zugleich letzter Bescheid. Und der fiel niederschmetternd aus. Der Bescheid gliederte sich in drei Punkte: 1. Der Antrag auf Gewährung einer Kapitalentschädigung wegen Schadens an Eigentum wurde als unzulässig zurückgewiesen. Der Antragsteller hatte zweitens keinen Anspruch auf Gewährung einer Kapitalentschädigung wegen Schadens an Vermögen durch Auswanderungskosten und drittens erging die Entscheidung auslagen- und gebührenfrei.

Zu den Ablehnungsgründen hinsichtlich des Eigentumsschadens verwies die Behörde darauf, dass ein Fristversäumnis vorliege. Bereisch hatte seinen Antrag dreieinhalb Monate zu spät eingereicht. Bezüglich der Bahn- und Transportkosten in die Schweiz hatte er die Bagatellgrenze von 500 RM nicht erreicht und damit einen Anspruch auf Gewährung einer Kapitalentschädigung wegen Schadens an Vermögen durch Auswanderungskosten verwirkt. Und mit diesem Bescheid, gegen den innerhalb von drei Monaten kein Widerspruch eingelegt wurde, war sein Wiedergutmachungsverfahren auf beschämende Weise beendet worden. Bereisch hat es ganz offensichtlich vor-

Antijudaismus und Antisemitismus: Pius XI. und Pius XII. zwischen Opportunismus und Kollaboration mit Hitler und Mussolini - Teil 1

Der Judenhass ist seit über 1000 Jahren in der christlichen Lehre tief verankert. Noch immer glauben viele Christen, dass die Juden „den Sohn Gottes“ ermordet haben. In Hitler-Deutschland ging ein Teil der katholischen Kirche, wie auch der überwiegende Teil der EKD, eine Zusammenarbeit mit den Nazis und deren Antisemitismus ein. Die Kirchen erleichterten u.a. durch den Rückzug christlicher Parteien den Durchmarsch der NSDAP zur politischen Macht. In Italien scheute sich der Vatikan auch nicht vor einer Allianz mit Mussolini. Auch das umstrittene Handeln von Papst Pius XI. sowie Pius XII. (dem in den 1930er Jahre in Deutschland tätigen Kardinal Pacelli) zeigt, wie fatal und bedrohlich religiöser Antijudaismus und ideologischer Antisemitismus zusammengewirkt haben. (JR)

Von Dr. Peter Gorenflos

Vor dem Zweiten Weltkrieg betrug der jüdische Bevölkerungsanteil in Italien ungefähr ein Prozent, in Deutschland ein Prozent und im katholischen Polen circa zehn Prozent. In polnischen Städten stellten sie vielfach die Mehrheit und allein Warschau hatte ungefähr 350.000 jüdische Einwohner. Pater Józef Kruszyński, ein prominenter katholischer Priester, meinte 1923: „Wenn die Welt von der jüdischen Plage befreit werden soll, ist es notwendig, sie bis ins letzte Glied auszurotten“. Das war die Auffassung vieler seiner Priesterkollegen, die von der Existenz einer jüdischen Weltverschwörung überzeugt waren. Zwei Jahre später wurde er Präsident der Katholischen Universität von Lublin.

Gegen Ende des Ersten Weltkrieges bat der Erzbischof von Warschau Papst Benedikt XV., einen Emissär nach Polen zu schicken, um die religiöse, soziale und politische Lage im Lande zu erkunden. Seine Wahl fiel auf Achille Ratti, der dann 1922 das Nachfolgepontifikat als Pius XI. antreten sollte. Ratti äußerte sich gegenüber seinem Auftraggeber in Rom äußerst abfällig über die Juden und als es zu zahlreichen Pogromen kam, meinte er in seinem Bericht: „Eine der übelsten und stärksten Kräfte, die man hier antrifft, vielleicht die stärkste und übelste überhaupt, sind die Juden“ und am 15. Januar 1919 schrieb er über die Situation in Warschau: „Die Juden sind dort ungeheuer zahlreich und könnten nicht stärker verachtet werden, aber sie werden nicht belästigt und noch viel weniger verfolgt“. Der Abschlussbericht der Mission, geschrieben von seinem geschätzten Sekretär Monsignore Pellegrinetti, triefte förmlich vor antisemitischen Klischees, angefangen von den angeblich rassischen Merkmalen (große Nase, abstehende Ohren etc.) über andere Vorurteile und erklärte die Juden sowohl zu Kapitalisten, die unglücklicherweise einen großen Teil des polnischen Wohlstands besäßen, als auch zu den Hauptkräften des Bolschewismus. Als Ratti im Februar 1922 vom Konklave zum Papst ernannt wurde, Papst Pius XI., belohnte er seinen damaligen Sekretär mit einer Nuntiat in Serbien und einer Erzdiözese.

Parallel zu Rattis schnellem Aufstieg erfolgte jener von Mussolini, der 1919 die faschistische Partei gründete, nachdem er sich – für Italiens Kriegseintritt votierend – mit seinen sozialistischen Genossen überworfen hatte. Als antiklerikaler Sprücheklopfer erkannte er bald, dass er nur mit Hilfe der katholischen Kirche erfolgreich Karriere machen würde und verkündete im Sommer 1921, „dass die einzige universelle Idee, die heute in Rom existiert, diejenige ist, die vom Vatikan ausstrahlt“.



Pius XI

Zwischen der faschistischen Ideologie und der katholischen Lehrmeinung gab es viele Gemeinsamkeiten. Man bekämpfte Kommunisten, Sozialisten und Liberale, man hatte ein autoritäres Gesellschaftskonzept und selbst der Große Rat der Faschisten war eine Nachahmung des Heiligen Kollegiums. Die Nachfolge des Duce wurde ebenso geregelt, wie die des Papstes.

„Zwischen der faschistischen Ideologie und der katholischen Lehrmeinung gab es viele Gemeinsamkeiten.“

Nachdem Mussolini nach der Farce des Marsches auf Rom, den er im Schlafwagen zurückgelegt hatte, Premierminister geworden war, hob er auch schon bald die Presse- und Versammlungsfreiheit auf, ließ Kreuzfixe in die Schulsäle zurückbringen, den Religionsunterricht wieder einführen und gab beschlagnahmte Klöster und Kirchen wieder frei. Anfang 1923 gab es geheime Gespräche zwischen ihm und dem Kardinalstaatssekretär Gasparri, in denen sich der Vatikan verpflichtete, die katholische Partei

„Partito Popolare“ aufzulösen, damit jener eine freie Hand gegen die gemeinsamen Gegner haben würde. Dafür garantierte Mussolini die Wahrung kirchlicher Interessen.

Nach einer Wahlrechtsreform, die die Faschisten begünstigte, kam es am 10. Juni 1924 zu einem Verbrechen, das Mussolini fast seine Karriere gekostet hätte. Der junge und beliebte Sozialis-

tenführer Giacomo Matteotti, der die Wahl wegen der zahlreichen Gewaltakte und Einschüchterungsversuche in Frage stellte und Korruptionsvorwürfe erhob, wurde offensichtlich auf Betreiben Mussolinis ermordet. Die Entrüstung, nicht nur in ganz Italien, war extrem und man forderte seine Absetzung durch den König. Pius XI. stellte sich jetzt auf Mussolinis Seite, die katholische Presse, insbesondere der Osservatore Romano und die Civiltà Catolica, schob die Schuld am Verbrechen den Freimaurern in die Schuhe und forderte Loyalität gegen-

über der gewählten Regierung. Mussolini bekam auch persönlich vom Papst moralische Rückendeckung. Der katholische Priester, ehemalige Minister, ehemalige Vorsitzende und Gründer des Partito Popolare, Don Sturzo, wurde nun auf Betreiben des Papstes endgültig zum politischen Rückzug gezwungen und die Partei faktisch aufgelöst. Damit war die Gefahr gebannt, dass sich Sozialisten und die katholische Partei in einer Koalition erfolgreich gegen Mussolini wenden würde. Nur mit päpstlicher Unterstützung konnte das Ende seiner politischen Karriere verhindert werden.

Nach mehreren Attentaten im Jahr 1926 beseitigte er die verbliebenen Parteien - Liberale und Sozialisten - endgültig, schaltete die Presse gleich und war nun endgültig Diktator. Jetzt verlangte Pius XI. seine Belohnung. Mit den Lateranverträgen von 1929 bekam der Vatikan seine Staatlichkeit auf dem Gebiet der Città del Vaticano zurück, die er 1870 verloren hatte, und als Abfindung die ungeheure Summe von fast 2 Milliarden Lira (das entspricht heute ca. einer Milliarde Euro), das Grundkapital der späteren Vatikanbank. Der Katholizismus wurde Staatsreligion und blieb es bis 1984, der Staat verpflichtete sich, seine ganze Gesetzgebung mit dem kanonischen Recht abzustimmen, antikirchliche Bücher, Filme und Zeitungen wurden verboten, die Beleidigung des Papstes galt fortan als Majestätsbeleidigung und vieles mehr, alles in allem ein Kotau des italienischen Staates vor der katholischen Kirche.

Der Vatikan machte durch den Rückzug der katholischen Parteien den Weg für die Faschisten frei

Das erfolgreiche „Modell Italien“, die Beseitigung von liberalen und sozialistischen Gruppierungen mithilfe einer Partei, die v.a. mit Gewalt ihre Interessen durchsetzt, wurde nun auch auf die Weimarer Republik übertragen, wo Hitler in Mussolini sein großes Vorbild fand, allerdings mit seinem Putsch in München 1923 gescheitert war. Das Procedere war das gleiche. Durch Rückzug der katholischen Partei, dem Zentrum, wurde der NSDAP der Weg freigemacht für die Gewaltherrschaft. Seit 1928 war ein katholischer Theologe, Prälat Ludwig Kaas, Vorsitzender der Partei. Er war eng befreundet mit Eugenio Pacelli, dem Nuntius in Berlin, der 1939 die Nachfolge von Pius XI. antreten sollte. Kaas war nicht nur Herausgeber der gesammelten Reden Pacellis, man verbrachte auch wiederholt gemeinsamen Urlaub in der Schweiz, und stimmte alle politischen Entscheidungen eng miteinander ab, führte das Zentrum auf Wunsch der Kurie nach rechts. Als die NSDAP bei den Reichstagswahlen im November 1932 an Einfluss zu verlieren begann und die KPD ihren Sitzanteil im Parlament von 89 auf 100 verbessern konn-

te, entschloss man sich zu handeln.

Am 4. Januar 1933 trafen sich im Haus des Kölner Bankiers Schröder Adolf Hitler, Franz von Papen - beide katholisch -, zusammen mit dem Hausherrn. Vor dem Nürnberger Tribunal erklärte Papen später, dass man hier über die Entfernung aller Sozialdemokraten, Kommunisten und Juden aus führenden Positionen sprach und dass man kurz darauf das Konkordat geschlossen habe. Unmittelbar darauf reiste Papen durch das Ruhrgebiet und die leeren Nazi-Kassen waren schnell wieder gefüllt, allein der SS wurde von einem Konsortium von Industriellen eine Million Reichsmark überwiesen. Am 30. Januar wurde Hitler auf Papens Vorschlag von Hindenburg gegen erhebliche Bedenken zum Reichskanzler ernannt, bereits im Februar wurden mit Artikel 48 Grundrechte außer Kraft gesetzt und nach dem Reichstagsbrand am 28. des Monats, der nach den Gesetzen der Plausibilität nur von den Nazis inszeniert sein konnte, kam es zu massenhaften Verhaftungen politischer Gegner, sowie zu einem Verbot öffentlicher Auftritte von Mitgliedern der KPD. In den Wahlen am 5. März gewann sie dennoch 12,3% der Stimmen, also 81 Sitze.

Zur Errichtung einer Diktatur mit dem Ermächtigungsgesetz wäre eine Zweidrittelmehrheit erforderlich gewesen. Da die NSDAP nur über 43,9% der Stimmen verfügte, war sie auf die Mitarbeit der ältesten katholischen Partei Europas angewiesen. Am 24. März 1933 beschloss der Reichstag dieses Gesetz mit Zustimmung des Zentrums nach illegaler Ausschaltung der KPD unter Verletzung der Immunität der mittlerweile inhaftierten oder geflohenen Abgeordneten. Auch das gefährdete Quorum wurde unter den Augen anwesender bewaffneter SA- und SS-Angehöriger verfassungswidrig mittels Geschäftsordnungsantrag untergraben. Unentschuldig fehlende Abgeordnete wurden einfach als formal anwesend deklariert. Wie wir von Pater Leiber, Jesuit und späterer Privatsekretär Pacellis, wissen, lobte Pius XI. zehn Tage vor dem Ermächtigungsgesetz in einem geheimen Konsistorium Hitler für sein Vorgehen gegen die KPD.



Reichskonkordatsunterzeichnung im Juli 1933 in Rom (v.l.n.r.: Prälat Ludwig Kaas, Vizekanzler Franz von Papen, Untersekretär Giuseppe Pizzardo, Staatssekretär Pacelli, Substitut Alfredo Ottaviani und Außenminister Joachim von Ribbentrop).

seine Anweisung löste sich das Zentrum und die katholische Bayerische Volkspartei am 5. Juli auf. Unter Mitwirkung des Prälaten Kaas, des päpstlichen Kammerherrn Franz von Papen und des Kardinalstaatssekretärs Pacelli kam es dann im Juli 1933 zum Reichskonkordat. Hier wurden die freundschaftlichen Beziehungen zwischen dem Heiligen Stuhl und dem Dritten Reich beschlossen, Bischöfe mussten einen Treueid ablegen und an Sonn- und Feiertagen wurde in den Kirchen für das Wohlergehen des neuen Reiches gebetet. In einem geheimen Zusatzprotokoll wurden Priester vom Militärdienst ausgenommen, obwohl eine Wehrpflicht zu diesem Zeitpunkt vom Versailler Vertrag verboten war. Der Vatikan wusste also bereits, wohin der Zug fährt.

Grundsätzlich sollte sich die Kirche aus dem politischen Vereins- und Parteileben heraushalten und bekam dafür pastorale Autonomie. Das Allerwichtigste am Konkordat war allerdings, dass es überhaupt abgeschlossen wurde, denn dieser erste völkerrechtliche Vertrag verlieh dem neuen Staat vor aller Welt Legalität und bedeutete eine Anerkennung des Nationalsozialismus durch die katholische Kirche. Der Völkische Beobachter triumphtierte und sprach von einer „ungeheuren moralischen Stärkung der nationalsozialistischen Reichsregierung“. Kardinal Faulhaber bekannte 1936, dass „Pius XI. der beste Freund, am Anfang sogar der einzige Freund des neuen Reiches gewesen“ sei. Alle Vorbehalte, die die deutschen Bischöfe zuvor gegen die Nazis hatten, wurden nun fallengelassen und es wurde auf Bischofskonferenzen und in Hirtenbriefen zur Zusammenarbeit mit der neuen Regierung aufgerufen.

Ende April 1933 konferierte der Katholik Hitler mit Vertretern des hohen katholischen Klerus in Berlin und sagte: „Man hat mich wegen der Behandlung der Judenfrage angegriffen. Die katholische Kirche hat fünfzehnhundert Jahre lang die Juden als Schädlinge angesehen, sie ins Ghetto gewiesen usw., da hat man erkannt, was die Juden sind. Ich gehe zurück auf die

Zeit, was man fünfzehnhundert Jahre lang getan hat. Ich stelle nicht die Rasse über die Religion, sondern ich sehe die Schädlinge in den Vertretern dieser Rasse für Staat und Kirche, und vielleicht erweise ich dem Christentum den größten Dienst.“ Bischof Berning



Neujahrsempfang Hitler's in Berlin. - Vorn im Bild: Außenminister von Ribbentrop im Gespräch mit dem Nuntius Orsenigo. Im Hintergrund: Führer und Reichskanzler Adolf Hitler..

nannte die Besprechung herzlich und sachlich, „...er sprach mit Wärme und Ruhe, hie und da temperamentvoll. Gegen die Kirche kein Wort, nur Anerkennung gegenüber den Bischöfen.“

Natürlich war die katholische Kirche nicht begeistert von dem Katholiken Hitler. Im Grunde gab es eine Konkurrenz zwischen zwei autoritären Ideologien, Herz-Jesu-Kult versus Blut-und-Boden-Kult. Aber mit der Unterstützung Hitlers wählte man das „kleinere Übel“, um den Einfluss liberaler und sozialistischer Kräfte zu bekämpfen. Die gottlose Sowjetunion war das Schreckgespenst, das den Vatikan zu den Faschisten trieb.

Ab 1935 gab es im Dritten Reich die Rassegesetze unter dem Namen Nürnberger Gesetze. Hier wurden Eheschließungen zwischen Ariern und Juden verboten, Verstöße wurden als Rassenschande mit Gefängnis oder Zuchthaus bestraft. Es wurden zwei Klassen von Bürgern geschaffen. Jüdische Bürger durften keine Beamten sein, verloren das Wahlrecht, später wurde jüdischen Ärzten und Rechtsanwälten die Zulassung entzogen. Ab 1941 wurde deutschen Juden die Staatsangehörigkeit aberkannt, wenn sie ihren Wohnsitz im Ausland hatten und bei Deportationen verloren sie diese automatisch. Ihr Eigentum und Vermögen, einschließlich der Ansprüche aus Lebens- und Rentenversicherungen, gingen an den Staat über. Aber schon im April 1933 gab es Boy-

kottaufufe gegen jüdische Geschäfte, Ärzte und Anwälte und den Bücherverbrennungen im Mai des Jahres fielen auch zahlreiche Werke jüdischer Autoren und Wissenschaftler zum Opfer. An Hitlers fanatischem Antisemitismus konnte schon seit Erscheinen von „Mein Kampf“ im Jahre 1925 keinerlei Zweifel mehr bestehen.

Die Rassegesetze in Italien waren ein Import aus Deutschland

In Italien wurde der politische Antisemitismus und die Rassegesetze erst 1938 eingeführt. Mussolini hatte ihn aus Deutschland importiert, v.a. um seine Verbundenheit mit Hitler zu demonstrieren und das Bündnis – die Achse Berlin-Rom – zu zementieren. Zunächst gab es ein Arrangement zwischen dem Vatikan und den Faschisten. Die katholische Presse würde die Rassegesetze nicht kritisieren, dafür sollten die Schwarzhemden keine Gewalt mehr gegen die katholischen Laienverbände ausüben. Der Konfliktpunkt lag darin, dass im Katholizismus, anders als in den Rassegesetzen, konvertierte Juden als Christen galten.

Die Annäherung Mussolinis an Hitler bereitete Pius XI. zunehmend Kopfzerbrechen, so dass er eine Enzyklika vorbereitete, die diese Entwicklung kritisieren sollte. Als Eugenio Pacelli am 2. März 1939 - wenige Wochen nach dem Tod seines Vorgängers - vom Konklave zum neuen Papst gewählt wurde, ließ er diese Enzyklika noch vor Erscheinen in der Öffentlichkeit sofort umfassend vernichten. Die Reichspogromnacht – der Auftakt zur Shoa – lag gerade einmal vier Monate zurück, die Wehrmacht sowie SS-Verfügungstruppen fielen in die Tschechoslowakei ein, besetzten Prag und gliederten das Protektorat Böhmen und Mähren dem

Reich ein. Nicht einmal eindringliche Versuche, den neuen Papst zum Anschluss an die Proteste demokratischer Staaten zu bewegen, hatten Erfolg, wie der deutsche Vatikan-Botschafter Diego van Bergen berichtete. In einer seiner ersten Äußerungen wünschte Pius XII. kundzutun, „wie sehr er Deutschland schätze und dass er gewillt sei, für Deutschland viel zu tun. Kurz nach seiner Wahl schrieb er an Hitler („Hochzuehrender Herr“) und erflehte, unbeeindruckt von der bereits sechsjährigen Terrorherrschaft, „mit den besten Wünschen den Schutz des Himmels und den Segen des Allmächtigen Gottes“.

Wenige Wochen später sandte er ihm zu dessen fünfzigsten Geburtstag eine handschriftliche Botschaft, die sehr gut aufgenommen wurde. Die Vorbehalte seines Vorgängers gegen eine Allianz des italienischen mit dem deutschen Faschismus, insbesondere gegen Hitler, seine Einwände gegen die Verletzung kirchlicher Interessen, gingen unter Pacelli deutlich zurück, so dass die gleichgeschaltete Presse in Italien und Deutschland ihre Kritik an der katholischen Kirche reduzierte. Sogar Himmellers Blatt „Das schwarze Korps“ stellte seit seinem Pontifikat die Angriffe ein.

Erfahren Sie in Teil 2 von David Kertzers neuen Funden aus dem Vatikanischen Geheimarchiv („Der Papst, der schwieg“): Ein Nazi-Prinz führt im Auftrage Hitlers Geheimverhandlungen direkt mit Pius XII.

A collection of text snippets and headlines from a publication. Visible titles include 'LESERBRIEFE', 'Paulus war es', 'Für die Enkel', and 'Neun Israel begründen wollte, was eine Degradation der Vorgängertätigkeit an erforderlich machte...'. The text is partially obscured and appears to be a preview or a collage of articles.

Zur Überraschung der Zentrumspartei verließ Ludwig Kaas nach Errichtung der Diktatur Berlin, konferierte nur noch einmal mit Hitler und setzte seine Karriere in Rom fort. Dort wurde er Sekretär des Kardinalskollegiums und Domherr des Petersdoms. Auf

„Irrtümer der Jugend“ – Frankreich und Präsident Mitterrand zwischen Widerstand und Kollaboration gegen Nazi-Deutschland

Im Monat der Kapitulation Hitler-Deutschlands und angesichts der Entwicklung der deutsch-französischen-Freundschaft ist auch die Lebensgeschichte des ehemaligen französischen Präsidenten François Mitterrands von Interesse. Die Vita Mitterrands spiegelt das geschichtlich vielfach zerrissene Frankreich und die Haltung gegenüber seinen Juden während des 2. Weltkriegs wider. Ein Teil der Franzosen war im Widerstand, andere schlossen sich dem Vichy-Regime an, kollaborierten mit den Nationalsozialisten und lieferten ihnen sogar Juden aus, obwohl sie wussten, dass dies der sichere Tod für jüdische Menschen war. Auch der sozialistische Präsident Mitterrand schloss sich während seiner Jugend faschistischen Organisationen an, bevor er sich für den Widerstand, sei es aus Pragmatismus sei es aus ideologischer Überzeugung, entschloss. Während der Regierungszeit Mitterrands verurteilte der Elysée-Palast jedenfalls den Antisemitismus und bemühte sich, Angriffe auf Juden zu unterbinden, die seit den späten 1970er Jahren aufgrund der zahlreichen nach Frankreich eingewanderten Araber erheblich zugenommen hatten und heute wieder den Alltag bestimmen. (JR)

Von Alexander Kumbarg

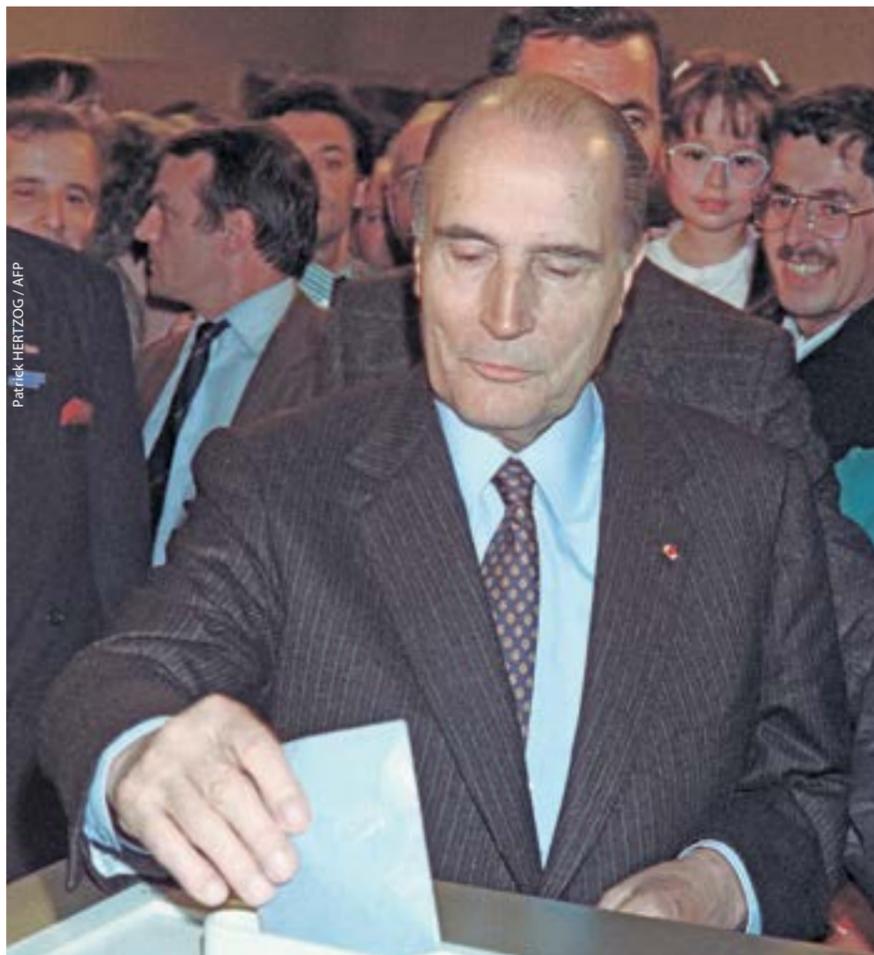
Der 21. Präsident der Französischen Republik, François Mitterrand, der Frankreich 14 Jahre lang zwischen 1981 und 1995 regierte, wird oft als "rätselhafter Präsident", als eine Art "Sphinx" bezeichnet. Er kam als Sozialist in das Amt des Präsidenten. Aber er wurde nicht "als Sozialist geboren". Während seiner "überschwänglichen Jugend" war er mit einer Reihe von Führern der französischen faschistischen Bewegungen gut bekannt. Und es gibt auch ein berühmtes Foto, das den jungen Mitterrand mit Marschall Pétain, dem Chef des Vichy-Regimes, zeigt.

Von Pétain zu de Gaulle

Den Zweiten Weltkrieg erlebte François als Stabsfeldwebel in einem Infanterieregiment der französischen Armee. Er wurde verwundet und geriet in Gefangenschaft, wo er eineinhalb Jahre verbrachte. Er versuchte zu fliehen. Bei seinem dritten Versuch gelang es ihm zu fliehen. Er machte sich auf den Weg nach Frankreich, das damals in einen nördlichen Teil mit Paris, das von den Nazis besetzt war, und einen südlichen Teil geteilt war, in dem die Franzosen den von Deutschland kontrollierten Quasi-Staat Vichy errichteten, an dessen Spitze der Diktator Philippe Pétain stand - ein Held des Ersten Weltkriegs, der sich aber im Zweiten Weltkrieg kleinlaut Hitler ergab.

Für Mitterrand gab es zwei Wege: Geht man nach links, befindet man sich im freien Frankreich mit General Charles de Gaulle, der die Résistance anführte. Geht man nach rechts, landet man in Vichy.

Mitterrand wählte Vichy, und das war kein Zufall. Nicht nur, weil er, wie so viele Menschen in Frankreich zu dieser Zeit, wahrscheinlich glaubte, dass Deutschland diesen Weltkrieg gewinnen würde und dass er sich den Umständen anpassen musste. Es lag auch daran, dass Mitterrand vor dem Krieg gute Kontakte zu rechtsextremen Gruppen hatte und Mitglied des "Geheimen Komitees für Revolutionäre Aktion" war, einer französischen pro-faschistischen terroristischen Untergrundorganisation, die sich Cagouards (vom französischen Wort "cagoule" - Kapuze) nannte. Bei ihren Treffen trugen sie Kapuzen mit Schlitzen für die Augen. Die Cagouards bekämpften aktiv die Linke in Frankreich. Insbesondere nachdem die Volksfront, deren Führer der jüdische Sozialist Leon Blum war, der 1936 Premierminister wurde, die Wahlen gewonnen hatte. Nachdem ein bewaffneter Aufstand gescheitert war, wurde die Organisation zerschlagen. Während der Besetzung Frankreichs kollaborierten viele der ehemaligen Cagouards mit den Nazis und dem Vichy-Regime.



François Mitterrand wählt seine zweite Amtszeit als Präsident am 8. Mai 1988

Im Oktober 1941 organisierten mehrere Führer aus ihrem Kreis Bombenangriffe auf sieben Synagogen in Paris.

Auch Verwandte und Freunde von Mitterrand arbeiteten in der Kollaborationsregierung. Es gab keine Probleme mit der Beschäftigung. Ab Anfang 1942 arbeitete er fleißig im Kommissariat für die Eingliederung von Kriegsgefangenen in das zivile Leben. Im Frühjahr 1943 erhält er von Pétain "für die Verdienste um Frankreich" sogar den von ihm erfundenen Franzosenorden. Aber François Mitterrand war nicht darauf erpicht, radikal zu sein.

Die Franzosen lieferten deutsche Anti-Nazis und Juden, sowohl Flüchtlinge als auch französische Staatsbürger, an die Gestapo aus. Die Regierung Pétain erließ 1940 selbst antisemitische Gesetze, ohne auf deutschen Druck zu warten. Juden wurden aus dem öffentlichen Dienst, dem Schuldienst usw. verbannt. Ihre Bewegungsfreiheit wurde eingeschränkt und sie wurden in Lagern untergebracht. Das Kommissariat für die Juden, das von dem berüchtigten Judenhasser Louis Darquier de Pellepoix geleitet wurde, brachte Juden in die Todeslager der Nazis. Freunde boten Mitterrand einen leitenden Posten in dieser Institution an. Doch er lehnte ab. Auch

äußerte er sich nicht öffentlich zu antisemitischen Agenden, nicht einmal in den Vichy-Medien, als es dort schon reichlich antisemitisches Material gab. Viele Menschen zeigten sich zu dieser Zeit virulent antisemitisch. Georges Simenon zum Beispiel, der später als "Kommissar Maigret" berühmt wurde, arbeitete bei einer Zeitung und veröffentlichte eine große Serie von Artikeln unter dem allgemeinen Titel "Die jüdische Bedrohung". Diese basierten auf den gefälschten "Protokollen der Weisen von Zion". Nach dem Krieg ist Simenon zwar verstummt, aber in seinen Kriminalromanen finden sich immer wieder negative Darstellungen der Juden.

Mitterrand hat sich nie etwas Derartiges erlaubt, aber in Briefen an seine Schwester im März und April 1942 äußerte er sich beispielsweise erfreut über die Umwandlung der französischen Vichy-Legion in eine pro-nazistische, antisemitische Miliz zur Identifizierung von Feinden. Und er bewunderte die antisemitische Politik Pétains: "Ich habe den Marschall im Theater gesehen... Er sieht fantastisch aus, sein Gesicht ist wie eine Marmorstatue". Mitterrand glaubte, dass eine starke paramilitärische Miliz Frankreich das Überleben sichern würde, egal wer den Krieg gewinnen würde.

Charles de Gaulle, das "Freie Frankreich", wurde dagegen als Spielball der Angelsachsen betrachtet. Es ist schwer zu sagen, ob Mitterrand ein französischer Patriot war, aber sicher ist, dass er schon damals große Machtambitionen hatte, die sich nur in Frankreich verwirklichen ließen.

Der Weg in den Widerstand

Im Herbst 1942 ändert sich die Lage an der Front grundlegend. Die anglo-amerikanischen Truppen rücken erfolgreich in Nordafrika vor. Als die deutschen Truppen im November 1942 auch die südlichen Vichy-Gebiete Frankreichs besetzen, können sich die naiven Franzosen nicht mehr der Illusion hingeben, dass Hitler ihnen erlauben würde, ihren Nationalstaat zu behalten. Mitterrand war sich der Situation bewusst: Als die Deutschen die Schlachten der Anti-Hitler-Koalition zu verlieren begannen, die Initiative und die afrikanischen Gebiete verloren, aber den französischen Süden eroberten, geriet seine Vichy-Position zusehends ins Wanken. Wie viele Franzosen zu dieser Zeit. Er beschloss, Widerstandskämpfer zu werden. Offensichtlich hatte Mitterrand die Situation richtig eingeschätzt. Und seine Pläne für eine politische Karriere, für die er auf der Gewinnerseite stehen musste, um ein angemessenes Image zu haben. 1943 schloss er sich einer geheimen Widerstandsorganisation aus ehemaligen französischen Soldaten an, die entschlossen waren, die Besatzer zu bekämpfen. Er arbeitet mit dem Freien Frankreich zusammen und sammelt Informationen. Als die Wolken über ihm aufzogen, tauchte er unter. Die Deutschen verhafteten zwei seiner Freunde, die nicht aus dem Konzentrationslager zurückgekehrt waren. Fast hätten sie auch ihn verhaftet. Es wurde gefährlich, in Frankreich zu bleiben, und Mitterrand ging nach Großbritannien und dann in die französische Kolonie Algerien zu de Gaulle, zu dem sich die Beziehungen nicht sofort entwickelten und die ganze Zeit über sehr angespannt blieben. Anschließend kehrte er heimlich nach Frankreich zurück. Bei der Befreiung von Paris im August 1944 führte er mehrere Widerstandsgruppen an. Nach dem Krieg fand er zufällig seinen halbtoten Widerstandskameraden, den jüdischen Schriftsteller Robert Antelme, im Konzentrationslager Dachau und half ihm, nach Paris zu gelangen.

Der französische Journalist Pierre Péan erzählt in seinem Buch Die französische Jugend, dass Mitterrand ihm sagte: Er kam nach Vichy mit dem Wunsch, für sein Land zu arbeiten, nicht für die Deutschen. Und er war nie antisemitisch. Nach Mitterrands Ansicht waren in der Vichy-Regierung zunächst gemäßigte Ansichten vorherrschend, und der Faschismus begann erst später, un-

ter der deutschfreundlichen Regierung von Pierre Laval, als er das Regime verließ. Er sagte, er wisse, dass die Rechte der Juden verletzt würden, dass Listen von Juden erstellt würden, die an die Deutschen ausgeliefert werden sollten, aber er wisse nichts von Konzentrationslagern. Nun, diese Version ist nicht neu. Viele andere, die unter dem Vichy-Regime in bequemen Positionen saßen, haben das Gleiche behauptet. Aber es ist unmöglich, das zu glauben. Mitterrand gab zu, dass er, wie so viele Franzosen seiner Zeit, "Jugendfehler" gemacht habe.

"Nationale Einheit"

Vom Faschismus zum Sozialismus... Mitterrand legte nach dem Krieg eine schwindelerregende politische Karriere hin, positionierte sich als Sozialist, bekleidete verschiedene Ministerämter und gewann 1981 die Präsidentschaftswahlen als Kandidat der Sozialistischen Partei. Während seiner Regierungszeit verurteilte der Elysée-Palast ständig den Antisemitismus und bemühte sich, Angriffe auf Juden zu unterbinden, die seit den späten 1970er Jahren aufgrund der zahlreichen nach Frankreich eingewanderten Araber zugenommen hatten. Mitterrand entwickelte ein gutes Verhältnis zur jüdischen Gemeinde. Im Jahr 1983 gründeten jüdische Organisationen das Zentrum für die Untersuchung des zeitgenössischen Antisemitismus. Als Judenhasser 1990 Gräber auf jüdischen Friedhöfen schändeten und mehr als 200.000 Menschen in den Straßen von Paris protestierten, marschierte auch Mitterrand unter den Demonstranten. 1994 wurde der hundertste Jahrestag der Dreyfus-Affäre begangen, bei der es um den jüdischen Offizier ging, der Ende des 19. Jahrhunderts des Verrats an Frankreich beschuldigt wurde.

Die Beziehungen zwischen Mitterrand und den französischen Juden wurden jedoch von Zeit zu Zeit durch unterschiedliche Interpretationen der Verbrechen des Vichy-Regimes getrübt, das zusammen mit der Gestapo für die Ermordung von mehr als 75.000 Juden, darunter 11.000 Kinder, verantwortlich war. Und es waren meist die Franzosen selbst, die sie verhafteten.

In den ersten Jahren nach der Befreiung Frankreichs von den Nazis durch die Anglo-Amerikaner beschäftigten sich die Behörden mit den Kollaborateuren. Im Jahr 1946 berichtete der Justizminister, dass etwa 4000 Nazi-Kollaborateure zum Tode verurteilt worden waren. Auch der Chef der kollaborierenden Regierung, der sehr nazifreundliche Pierre Laval, wurde hingerichtet. Das Gericht verurteilte auch Pétain zum Tode, aber die Richter empfahlen dann, die Strafe des "alten Mannes" in lebenslange Haft umzuwandeln. Im Übrigen wurde er nie wegen der Deportation der Juden angeklagt. Meinungsumfragen zufolge hielten etwa 15 % der Franzosen eine Bestrafung des Marschalls nicht für notwendig, sie sahen ihn nicht als Verräter, sondern erinnerten sich daran, dass er im Ersten Weltkrieg tapfer gegen die Deutschen gekämpft hatte. Und de Gaulle selbst, der das Nachkriegsfrankreich führte, sprach zwar von den Vichy-Aktionen Pétains als einer Schande für das Land, war aber kein Befürworter einer Hinrichtung und unterzeichnete ein "lebenslänglich".

Der Standpunkt der "Versöhnung des Volkes" sollte sich bald durchsetzen. Im Jahr 1953 wurde eine Amnestie erlassen. Die französischen Staatspräsidenten (Charles de Gaulle, Georges



Mitterrand (rechts) bei einem Treffen mit Marschall Pétain am 15. Oktober 1942

Pompidou, Valéry Giscard d'Estaing) erklärten nacheinander, dass die Vergangenheit nicht verwüstet und das Land nicht in Helden und Kollaborateure unterteilt werden dürfe. Mitterrand schloss sich dieser Linie an: Die neuen Prozesse gegen die Kollaborateure beeinträchtigten angeblich die "nationale Einheit". Er versucht, das Land zu konsolidieren. Es ist an der Zeit, dem Bürgerkrieg ein Ende zu setzen und die Zeiten hinter sich zu lassen, in denen einige Franzosen andere ermordet haben. Diese Position wurde von großen Teilen der französischen Gesellschaft

die Vichyisten verantwortlich sein könne, da Vichy keine Republik gewesen sei und die Vichy-Regierung ihre eigenen Gesetze gehabt habe. Seine Formulierung wurde jedoch bald in Frage gestellt. 1993 erklärte Mitterrand den 16. Juli (den Tag der Massenverhaftungen von Juden in Paris im Jahr 1942) zum Tag des Gedenkens an die Opfer rassistischer und antisemitischer Verfolgung. Auf der Kundgebung erklärte er, dass die Verfolgungen "unter der faktischen Führung der Behörden, die sich zur Regierung des französischen Staates erklärten", stattfanden.

„In den letzten 25-30 Jahren hat sich ein starkes Band zwischen Frankreich und Israel entwickelt.“

unterstützt. Natürlich vor allem von denen, die dem Nationalsozialismus in keiner Weise ablehnend gegenüberstanden. Die Tatsache, dass Sie oder Ihre Verwandten mit den Nazis kollaborierten oder es gelassen hinnahmen, am Holocaust teilnahmen oder sich darüber freuten oder zu den Geschehnissen schwiegen, war für viele nicht angenehm. Selbst die französischen Kommunisten, die unter sowjetischem Einfluss standen, haben sich bis zum Ausbruch des sowjetisch-deutschen Krieges nicht gegen die Nazis (die damals mit den Sowjets befreundet waren) gestellt oder gar mit ihnen kollaboriert. Erst 1941 beteiligten sie sich aktiv an der Widerstandsbewegung. Die Kapitulation vor Hitler sollte für immer aus dem Gedächtnis gestrichen werden. Während die meisten Franzosen mit den deutschen Verbrechen, die gejagt wurden, sympathisierten, war es schwieriger, französische Kriegsverbrecher zu entlarven.

Der Staat ist verantwortlich

In den 14 Jahren seiner Herrschaft über Frankreich hat François Mitterrand versucht, eine Entschuldigung im Namen des französischen Staates für die Deportation der Juden zu vermeiden. Selbst als 200 prominente französische Intellektuelle - Juden und Nichtjuden - ihn im Juni 1992 aufforderten, die Verbrechen des Vichy-Regimes an den Juden anzuerkennen und zu erklären, dass der französische Staat dafür verantwortlich sei. Mitterrand antwortete nicht auf den Appell, er gab die Verbrechen zu, sagte aber, dass die Französische Republik nicht für

Präsident Jacques Chirac, der Nachfolger Mitterrands, räumte jedoch im ersten Jahr seiner Präsidentschaft 1995 unmissverständlich die Schuld Frankreichs ein: "Diese schwarzen Stunden sind zu einem unauslöschlichen Fleck in unserer Geschichte geworden ... der verbrecherische Wahnsinn der Besatzer wurde auch von den Franzosen, dem französischen Staat unterstützt".

Jüdische Minister

Es wird erzählt, dass Mitterrand nach seinem Wahlsieg 1981 bei der Amtseinführung im Elysee-Palast den ehemaligen französischen Premierminister (1954-1955), seinen sozialistischen Kollegen Pierre Mendes-France, einen Juden, umarmte und sagte: "Ohne Sie wäre das alles nicht möglich gewesen". Als Mendes-France ein Jahr später starb, kam Mitterrand, um seiner Familie sein Beileid zu bekunden.

In Mitterrands Personalpolitik gab es keine Diskriminierung von Juden. Sie hatten sehr prominente Positionen in der Regierung inne. Laurent Fabius war von 1984 bis 1986 Premierminister. Später war er von 1992 bis 1993 Vorsitzender der Sozialistischen Partei Mitterrands. J. Lang war von 1981 bis 1993 Kulturminister in der Regierung; Simone-Anne Weil, ehemalige Präsidentin des Europäischen Parlaments von 1979 bis 1982, war von 1993 bis 1995 Gesundheitsministerin. R. Badinter war von 1981 bis 1986 Leiter des Justizministeriums und anschließend Präsident des französischen Verfassungsrates; Dominique Strauss-Kahn war von 1991 bis 1993 Minister für Industrie und Außenhandel. B.

Kouchner, ein weltberühmter Arzt, der die Organisationen "Ärzte ohne Grenzen" und "Ärzte der Welt" gegründet hat, die in verschiedenen Ländern der Welt medizinische und humanitäre Hilfe leisten, war von 1992 bis 1993 Vorsitzender des Gesundheitsministeriums. Während der Ära Mitterrand waren viele Juden prominente Vertreter von Kultur, Wissenschaft und Journalismus.

Besuch in Israel

Unter François Mitterrand waren die israelisch-französischen Beziehungen recht stabil und fruchtbar, die wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Kontakte wurden verstärkt. Sie waren besser als etwa unter dem verstorbenen Charles de Gaulle und Georges Pompidou. Und besser als unter Präsident Jacques Chirac, der Jassir Arafat während der zweiten Intifada unterstützte.

Im Jahr 1982 besuchte Mitterrand Israel und hielt eine Rede vor der Knesset. Er sagte: "In den letzten 25-30 Jahren hat sich ein starkes Band zwischen Frankreich und Israel entwickelt. Frankreich war von Anfang an der Meinung, dass das jüdische Volk Herr seines eigenen Schicksals sein und von der Weltgemeinschaft als unabhängiges Volk akzeptiert werden sollte." Das französische Staatsoberhaupt besuchte Israel auch 1992.

Doch die französische Führung stand in engem Kontakt mit der PLO. Das blieb nicht ohne Skandale. So kam es 1994 zu einem solchen Skandal, als Georges Habash, der Leiter der Volksfront zur Befreiung Palästinas - einer terroristischen und marxistischen paramilitärischen Organisation - in einem Pariser Krankenhaus tot aufgefunden wurde. Die aufsehenerregende Situation wurde durch die Entlassung mehrerer hochrangiger Beamter vertuscht.

Ein angeschlagener Ruf

Die Fehler seiner turbulenten Jugend - Mitglied einer pro-faschistischen Organisation zu sein, in einer pro-faschistischen Vichy-Verwaltung zu arbeiten (und erst später ein Führer der Résistance zu werden) - prägten in gewisser Weise das Leben von François Mitterrand für den Rest seines Lebens. Sie untergruben nicht nur seinen Ruf als junger Mann, sondern prägten auch sein späteres Handeln: sein Widerstreben, seine Kollaborateure auszuliefern, sein Zögern, aufsehenerregende Anti-Nazi-Prozesse zu führen, die manchmal erst nach dem Ende seiner Präsidentschaft realisiert wurden.

Das ganze entlastende Gerede der französischen Kollaborateure in der Nachkriegszeit - es gab kein Fernsehen und kein Internet, woher sollten wir wissen, wo und warum die Juden umgebracht wurden - spricht für den „armen Mann“. In einigen abgelegenen Gebieten haben wir es vielleicht nicht gewusst. Aber diejenigen, die im Zentrum des Geschehens standen, die sich der Diskriminierung der Juden und der Razzien gegen sie bewusst waren, konnten nicht umhin zu verstehen, dass die Juden an den Orten, an die sie geschickt wurden, nichts Gutes erwartete. Sie haben es verstanden und den Nazis geholfen, oder sie haben bestenfalls geschwiegen. Und Mitterrand hat es verstanden.

In jedem Fall ging François Mitterrand mit einem angeschlagenen Ruf in die Geschichte ein. Wie wir sehen können, verhinderte dies jedoch nicht seine langjährige Präsidentschaft in Frankreich, wo viele bereit waren, sich mit dem Naziregime zu versöhnen, und viele mit ihm kollaborierten.

Ein Jahrhundert in der Politik - Henry Kissinger feiert am 27. Mai seinen 100. Geburtstag

Der deutschstämmige Jude und frühere langjährige Außenminister der USA Henry Kissinger, dem die Flucht vor dem Holocaust gelang, prägte die amerikanische und die Weltpolitik der 1970-er Jahre mit seiner bekannten aber nicht immer effektiven „Pendeldiplomatie“. Nun feiert der prominente US-Politiker seinen 100. Geburtstag. Kissinger polarisierte schon als Außenminister und tut es noch. Seine Verdienste um Stabilität während des Kalten Krieges sind bemerkenswert. Seine Entscheidungen haben aber auch viele Kritiker. Die Ära Nixon-Kissinger baute Brücken zwischen den USA und Israel. 2012 erhielt Henry Kissinger den Verdienstorden des israelischen Präsidenten für seinen „bedeutenden Beitrag zum Staat Israel und zur Menschlichkeit“. (JR)

Von Yuri Pereverzev

Von Bayern nach Amerika

Als am 27. Mai 1923 im bayerischen Fürth Heinz Alfred Kissinger als Sohn des religiös-jüdischen Lehrers Louis Kissinger und seiner Frau Paula Kissinger (geborene Stern) geboren wurden, konnte niemand ahnen, dass er zu einem der größten Staatsmänner der USA werden und im Jahr 2001 die Liste der 100 bekanntesten Intellektuellen der Welt anführen würde, wie die Medien berichten.

Als die Familie erkannte, dass die antisemitische Politik der Nazis im Begriff war, die Macht zu übernehmen, emigrierte sie auf Drängen der Mutter Paula in die USA, um dem Schicksal ihrer im Holocaust ermordeten Verwandten zu entgehen.

In den USA ließ sich die Familie im Stadtteil Washington Heights des New Yorker Stadtteils Manhattan nieder, wo es eine große deutsche und jüdische Diaspora gab. Heinz Alfred Kissinger nahm den Namen Henry Alfred Kissinger an und besuchte die Schule, aber die normale Schulzeit dauerte nur ein Jahr, denn um seine Familie unterstützen zu können, besuchte er die Abendschule und arbeitete tagsüber in der Fabrik. Henry fügte sich schnell in die amerikanische Kultur ein, obwohl er einen bleibenden Akzent hatte, der ihn in seinen Teenager- und frühen Jugendjahren wortkarg machte.

In der Armee

Kissinger arbeitete auch dann weiter, als er die Schule verließ, um am City College zu studieren, wo er Buchhaltung studierte. Das Studium verlief gut, aber der Junge beendete es nicht, denn 1943 wurde er in die Armee eingezogen. Im selben Jahr erhielt er die amerikanische Staatsbürgerschaft. Nach der militärischen Grundausbildung wurde Kissinger dem Lafayette College zugewiesen, um Ingenieurwesen zu studieren. Das Programm wurde jedoch von der Armee gestrichen, und er wurde zur 84. Infanteriedivision in Louisiana versetzt, wo er einem Mann begegnete, der seine politische und intellektuelle Ausbildung entscheidend prägte. Fritz Kremer, ebenfalls ein Einwanderer aus Deutschland, bemerkte Henrys fließende Deutschkenntnisse und seine Intelligenz und ermöglichte ihm daraufhin die Versetzung in den militärischen Nachrichtendienst der Division. Kremer blieb für viele Jahre Henrys Mentor und Betreuer.

In seiner neuen Position leistete Kissinger gute Arbeit. Während der Teilnahme der Division an der Arden-Operation wurde er mit riskanten Aufgaben betraut, die er mit Bravour meisterte. Als die amerikanischen Streitkräfte dann tief nach Deutschland vordrangen, wurde Kissinger mit



Henry Kissinger ist ehemaliger Außenminister der USA

der Entnazifizierung einiger Städte beauftragt. Später wurde er im Rang eines Sergeants zum Counterintelligence Corps versetzt und zeichnete sich besonders in Hannover aus, wo er Gestapo-Offiziere und Saboteure aufspürte, wofür er mit dem Bronze Star ausgezeichnet und zum Kommandanten des Counterintelligence Corps ernannt wurde. Im Jahr 1946 wurde Kissinger an die Nachrichtendienstschule in Oberursel versetzt, wo er nach Beendigung seines Militärdienstes noch ein Jahr blieb.

Studium und Berufseinstieg

Nach seiner Rückkehr in die Vereinigten Staaten schrieb sich Kissinger am Harvard College ein und schloss sein Studium 1950 mit einem Bachelor of Arts und einem Diplom cum laude ab. Seine 388-seitige Dissertation "The Meaning of History" ist die längste Bachelorarbeit, die jemals in Harvard verteidigt wurde. Kissingers Doktorvater war Professor William Yandell Elliott, ein Historiker, Berater mehrerer US-Präsidenten und Vizepräsident des Nationalen Sicherheitsrates der USA.

Noch während seines Studiums in Harvard organisierte Kissinger mit der Unterstützung von Elliott im Herbst 1950 ein internationales Se-

minar in Harvard. Das Harvard International Seminar hatte zum Ziel, junge Führungskräfte aus aller Welt im Kampf gegen den Kommunismus des Kalten Krieges zu vereinen und - unter amerikanischer Führung - den Einfluss traditioneller westlicher Werte zu stärken. Das Seminar zog sofort die Aufmerksamkeit der CIA auf sich, die es unterstützte und lange Zeit indirekt finanzierte. Kissinger leitete das Seminar jeden Sommer von 1951 bis 1967 und blieb bis 1971 sein Direktor.

Während er nach seiner Promotion weiterhin in Harvard lehrte, leitete er auch eine Reihe von Programmen, darunter das "Defence Studies Programme", das die Aufgabe hatte, die höchsten Militärs und Politiker zu beraten. Kissinger war von 1958 bis 1971 Direktor dieses Programms, doch schon vorher erregte seine energische Tätigkeit die Aufmerksamkeit des politischen Establishments und der Regierung, so dass er 1955 Berater des Operational Coordinating Committee wurde, das dem Nationalen Sicherheitsrat der USA unterstellt war.

In den Jahren 1955-1956 war Kissinger Direktor des Forschungsinstituts der Chinesischen Akademie der Wissenschaften. Kissinger war Direktor für Nuklearwaffen und au-

ßenpolitische Forschung und trat dem Operational Coordinating Committee und dem Nuclear Weapons Safety Research Board bei. Das Ergebnis war sein erstes Buch Nuclear Weapons and Foreign Policy (Atomwaffen und Außenpolitik), das 1957 veröffentlicht wurde und in dem sich der Autor zu einer flexiblen Doktrin der begrenzten Nutzung der Atomenergie bekannte. Das Buch wurde ein Bestseller und machte Kissinger berühmt.

1958 wurde in Harvard das Centre for International Affairs gegründet, um Fachleute für komplexe politische und diplomatische Missionen auszubilden, und Kissinger wurde zum Assistenten des Direktors ernannt. Während seiner zweijährigen Tätigkeit in diesem Amt spielte er eine wichtige Rolle beim Aufbau eines Netzwerks zwischen Politikwissenschaftlern und Politikern. Gleichzeitig arbeitete Kissinger bis 1968 als Berater für verschiedene Regierungsstellen, darunter der Nationale Sicherheitsrat und das Außenministerium. Zu diesem Zeitpunkt galt er bereits als einer der einflussreichsten Strategieexperten der Welt.

Als der New Yorker Gouverneur Nelson Rockefeller beschloss, sich 1960 zum ersten Mal für die republikanische Präsidentschaftskandidatur

zu bewerben, überraschte es nicht, dass er Kissinger als Berater einlud. Im Januar 1969 ernannte der neu gewählte Präsident Richard Nixon Kissinger zu seinem nationalen Sicherheitsberater.

Der Beginn einer politischen Karriere

In dieser Position war Henry Kissinger vier Jahre lang tätig. Nixon schätzte sein Wissen und die von ihm angebotenen Lösungen, so dass Kissinger das Amt des US-Außenministers angeboten wurde, das er am 22. September 1973 antrat. Aber auch danach blieb er (bis zum Rücktritt von Präsident Nixon) nationaler Sicherheitsberater - der erste und einzige Fall dieser Art in der Geschichte der USA. Kissinger ließ die Struktur des Nationalen Sicherheitsrates ausbauen und sein Personal aufstocken. Der Rat erhielt mehr Macht und ersetzte das Außenministerium, wenn es um die Behandlung außenpolitischer Fragen ging. Unter diesem System wurden alle Macht und alle Informationen in den Händen von Kissinger konzentriert, der die Außenpolitik des Landes zentralisierte. Als Gerald Ford 1974 Präsident wurde, verlor Kissinger seinen Posten als nationaler Sicherheitsberater und blieb Außenminister, aber sein Einfluss auf die Politik und seine tatsächliche Macht in der Verwaltung nahmen nicht ab. Man kann sagen, dass er zwischen 1969 und 1977 eine dominierende Rolle in der US-Außenpolitik spielte.

Vietnam

Kissinger war in den militärischen Konflikt in Vietnam zwischen dem nördlichen Teil, in dem die prokommunistische Demokratische Republik Vietnam (DRV) gebildet wurde, und dem südlichen Teil, der Teil der Republik Vietnam (R-V) wurde, involviert, der in den späten 1950er Jahren als Bürgerkrieg begann und in den sich die USA und andere Staaten schließlich lange vor seiner Ernennung zum nationalen Sicherheitsberater einmischten. Während er noch in Harvard studierte und für das Weiße Haus als außenpolitischer Berater arbeitete, besuchte er die RV zwischen 1965 und 1966 auf Ersuchen seines alten Freundes Henry Lodge, des US-Botschafters in Saigon, dreimal. Aufgrund seiner Vertrautheit mit der Situation in Vietnam konnte Kissinger später unter Nixon bei den Verhandlungen zur Wiederherstellung des Friedens zwischen den USA und der DRV vermitteln. Nixons Wahlprogramm enthielt das Versprechen, den Krieg in Vietnam durch einen "ehrenhaften Frieden" zu beenden. Zum Zeitpunkt von Nixons Präsidentschaft wurde das Engagement der USA in diesem Krieg von der amerikanischen Gesellschaft scharf kritisiert, aber sowohl Nixon als auch Kissinger waren sich darüber im Klaren, dass ein einfacher Truppenabzug die bereits angeschlagene Glaubwürdigkeit, das Prestige und den Ruf der USA als Supermacht gefährden würde. Außerdem, so argumentierte Kissinger, hätte dies einen "Dominoeffekt" zur Folge haben können: prosovietische und muslimische Länder wären in ihren militärischen Operationen ermutigt worden. Alles in allem begannen schwierige Verhandlungen, die in dem Pariser Abkommen vom 27. Januar 1973 gipfelten. Die Hoffnungen auf eine Beendigung der Feindseligkeiten erfüllten sich nicht,

aber Kissinger und Außenminister Le Duc Tho erhielten dafür den Friedensnobelpreis (den letzterer allerdings nicht annehmen wollte).

China

Während seiner Wahlkampagne argumentierte Nixon, dass die USA und die Welt von engeren Beziehungen zu China profitieren würden, dessen Bevölkerung unweigerlich seinen Einfluss in der Welt vergrößern würde. Außerdem glaubte er, dass China ein gutes Gegengewicht zur UdSSR in der Weltpolitik sein könnte. So sah es auch Kissinger, der sogar den Begriff "Dreiecksdiplomatie" prägte. Von Beginn seiner Präsidentschaft an suchte Nixon nach Wegen, um Verhandlungen mit China aufzunehmen. Die ersten Versuche fanden im Verborgenen statt. Ab dem Sommer 1969 wurden zwei Jahre lang Gespräche zwischen Nixon und Kissinger auf der einen und Zhou Enlai und Mao Zedong auf der anderen Seite über Vermittler geführt. Das Ergebnis war Kissingers geheimer Besuch im Juli 1971 in Peking, wo er mit Zhou Enlai, dem Premierminister des chinesischen Staatsrats, zusammentraf und einen Besuch Nixons in China arrangierte. Die wichtigste Bedingung Chinas für eine Verbesserung der Beziehungen zu den USA war der Abzug

„Die erste internationale Krise, mit der Kissinger als Außenminister zu tun hatte, war der Jom-Kippur-Krieg.“

der US-Truppen aus Taiwan und die Anerkennung Taiwans als Teil der Volksrepublik China...

Nixons Besuch - der erste Besuch eines US-Präsidenten in der Volksrepublik China überhaupt - fand im Februar 1972 statt, bei dem Nixon Taiwan als chinesisches Territorium anerkannte und den Abzug seiner Truppen zusagte. Außerdem erörterten er und Kissinger mit Zhou Enlai und anderen Vertretern der chinesischen Führung die "koreanische Frage", den Vietnamkrieg, die Aufnahme des Handelsaustauschs zwischen den beiden Ländern und andere Themen, die für beide Seiten von Interesse waren (Mao Zedong nahm nicht an den Gesprächen teil, traf aber mit Kissinger zusammen). Nach diesem Besuch kam Kissinger noch zweimal nach Peking, um die "Taiwan-Frage" abzuschließen, eine offizielle Erklärung zu verfassen und China mit Informationen über die sowjetischen Streitkräfte zu versorgen. Dies war der Beginn der diplomatischen Beziehungen zwischen den beiden Ländern nach 22 Jahren der Feindschaft, die zum Abbau der Spannungen in Südostasien und zur Bildung eines neuen antisowjetischen Blocks zwischen den USA und China beitrugen. Kissinger sagte über China und die Chinesen, dass sie weitaus gefährlicher seien als die Russen, und empfahl daher der amerikanischen Führung, Vertreter des Himmelsreichs zu Partnern zu machen.

Sowjetunion

Kissinger war der Schöpfer und Verfechter der Entspannungspolitik, die darauf abzielte, die aggressive Konfrontation zwischen dem sozialistischen und dem kapitalistischen Lager abzubauen, und die zu einer erheblichen Entspannung der Beziehungen zwischen den USA und der Sowjetunion führte.

Ursprünglich waren Abrüstungs-

verhandlungen unter der Regierung von Präsident Johnson geplant, wurden aber als Reaktion auf die Ereignisse in der Tschechoslowakei im August 1968 verschoben. Kissinger richtete zusammen mit dem sowjetischen Botschafter in den Vereinigten Staaten, Anatoli Dobrynin, einen vertraulichen Kanal für Geheimverhandlungen ein. Ihr Hauptthema war die Entspannung zwischen den beiden Großmächten. Kissinger und Dobrynin regeln auch mögliche Meinungsverschiedenheiten zwischen Washington und Moskau über Vietnam, den Nahen Osten, Kuba und die jüdische Emigration. Im Mai 1971 erzielten Kissinger und Dobrynin eine vorläufige Einigung. Im Sommer desselben Jahres wurde ein Termin für ein Gipfeltreffen in Moskau im Frühjahr 1972 festgelegt. Die Verhandlungen wurden von Nixon und Kissinger geführt; weder der US-Außenminister noch der US-Verteidigungsminister durften am Verhandlungsprozess teilnehmen. Während der Verhandlungen wurde der Vertrag zur Begrenzung strategischer Waffen (START I) geschlossen, der von Breschnew und Nixon unterzeichnet wurde. Darüber hinaus wurde ein Vertrag über die Lieferung von Getreide an die UdSSR geschlossen und die "Grundprinzipien

der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen" wurden unterzeichnet. Im selben Jahr unterzeichneten sie den Vertrag zur Begrenzung der Verteidigung gegen ballistische Raketen, das Interimsabkommen zwischen den Vereinigten Staaten und der UdSSR über bestimmte Maßnahmen zur Beschränkung strategischer Offensivwaffen und das Übereinkommen über biologische Waffen. Im Frühjahr 1973 wurden die Grundprinzipien der Verhandlungen zwischen der UdSSR und den USA über weitere Beschränkungen der strategischen Offensivwaffen unterzeichnet, und im Sommer wurde auf dem Washingtoner Gipfel der Vertrag über die Verhütung eines Atomkriegs unterzeichnet. Kissingers Gespräche mit dem sowjetischen Außenminister Andrei Gromyko führten 1974 zu Nixons zweitem Besuch in Moskau, bei dem der Vorläufige Teststoppvertrag unterzeichnet wurde.

Unter der Ford-Regierung spielte Kissinger weiterhin eine wichtige Rolle in der US-Außenpolitik gegenüber der UdSSR. Er war ein wichtiges Bindeglied bei den Verhandlungen zwischen Ford und Breschnew auf den Gipfeltreffen in Wladiwostok 1974 und in Helsinki 1975. In Wladiwostok erörterte Ford mit Breschnew die Frage der Begrenzung strategischer Waffen, während in Helsinki die Schlussakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa unterzeichnet wurde.

Israel

Die erste internationale Krise, mit der Kissinger als Außenminister zu tun hatte, war der Jom-Kippur-Krieg. Nachdem er mit der UdSSR eine gemeinsame Linie für das Krisenmanagement ausgearbeitet hatte, handelte Kissinger die Annahme der Resolutionen des UN-Sicherheitsrates (Nr. 338 und 339) für einen Waffenstillstand aus. Die Einigung mit der UdSSR war nicht einfach:

Als Reaktion auf ihre Drohung, in den Nahostkonflikt einzugreifen, erklärte Kissinger unmissverständlich die Bereitschaft der USA, zurückzuschlagen. Schließlich wurde im Dezember 1973 in Genf eine Friedenskonferenz einberufen, um die Angelegenheit zu beenden, aber die Spannungen in der Region blieben bestehen. Schon vor und nach der Konferenz betrieb Kissinger die so genannte "Pendeldiplomatie", zu der häufige Kurzreisen in den Nahen Osten gehörten.

Es gibt sogar die Anekdote, dass Kissinger einmal gefragt wurde, was das sei, und er antwortete, es sei eine universelle jüdische Methode, die er mit einem Beispiel erklärte: "Sie wollen die Tochter von Rockefeller mit einem einfachen Mann aus einem russischen Dorf verheiraten, indem Sie Pendeldiplomatie betreiben. Wie das geht? Ganz einfach. Ich gehe in ein russisches Dorf, finde einen einfachen Mann und frage ihn: "Willst du eine amerikanische Jüdin heiraten?" Er sagt zu mir: "Wir haben genug eigene Mädchen." Ich sagte: "Ja, aber sie ist die Tochter eines Milliardärs." Er sagt: "Oh! Das ändert die Dinge..." Ich fahre also in die Schweiz zu einer Bankvorstandsitzung und sage: "Wollt ihr einen sibirischen Mann als Präsidenten haben?" - "Igit!", sagen sie in der Bank zu mir. "Was, wenn er Rockefellers Schwiegersohn ist?" - "Oh! Das ändert die Sache natürlich." Also gehe ich zu Rockefeller und sage: "Wollen Sie einen Russen als Schwiegersohn?" Er sagt zu mir: "Wovon reden Sie? Wir sind doch alle Finanziers in unserer Familie!" Ich sage zu ihm: "Er ist der Präsident der Schweizer Bank". Er sagt: "Oh, das ändert die Dinge. Susie! Mr. Kissinger hat einen Verlobten für dich gefunden. Es ist der Präsident der Schweizer Bank!" Susie: "All diese Finanziers sind Versager." Und ich sagte: "Ja, aber dieser ist ein großer sibirischer Mann." Sie sagte: "Oh! Das macht einen Unterschied!"

Dank Kissingers Hartnäckigkeit und diplomatischem Talent führte diese Strategie zu drei Abkommen mit Ägypten - einem Waffenstillstand (November 1973), einem Rückzug (24. Januar 1974) und einem "Interimsabkommen" (1. September 1975) sowie einem Rückzug mit Syrien (Mai 1974). Diese Teilverträge lagen natürlich im Interesse der Vereinigten Staaten, da sie die UdSSR aus dem Verhandlungsprozess verdrängten und ihren Einfluss im Nahen Osten reduzierten. Kissinger hatte jedoch auch eine intrinsische - vielleicht unbewusste - Motivation, dem jungen jüdischen Staat zu helfen. Obwohl seine Haltung gegenüber Israel zu Beginn seiner Amtszeit eher zurückhaltend war, wurden seine Äußerungen gegenüber Israel später immer freundlicher. Kissinger knüpfte persönliche Kontakte zu einigen der führenden Politiker Israels, darunter Golda Meir und Yitzhak Rabin. Auch in der Vergangenheit: Als Golda Meir bei einem Treffen mit Nixon darum bat, den Druck der USA auf die sowjetischen Offiziellen zu erhöhen, um sie zur Genehmigung der jüdischen Auswanderung zu bewegen, nahm Kissinger eine ablehnende Haltung ein und sagte zu Nixon: "Die Auswanderung der sowjetischen Juden steht nicht auf der Liste der Prioritäten der amerikanischen Außenpolitik". Doch das Leben bringt Änderungen mit sich, und 1979 wurde der prominente amerikanische Politiker in Anerkennung von Kissingers Engagement für Israel zum Ehrendoktor der Hebräischen Universität in Jerusalem ernannt.

Schawuot – Das Fest der Toragebung

Am jüdischen Wochenfest Schawuot feiern wir die Offenbarung am Sinai und die Übergabe der Tora durch G'tt. Schawuot steht auch für das Brot der Freiheit, das gesäuerte Weizenbrot des Landes Israel. Es ist also auch ein Erntedankfest, das die Ankunft im Land Israel feiert. (JR)

Von Rabbiner Igor Mendel Itkin

Das Schawuot-Fest (Wochenfest) ist von allen Festen das merkwürdigste. Es hat kein festes Datum und keine praktischen Gebote für unsere Zeit. An Schawuot feiern wir die Offenbarung am Sinai und nennen das Fest „die Zeit unserer Torahgebung“, aber in der Torah wird Schawuot nicht mit der Offenbarung am Sinai in Verbindung gebracht. Kein anderes Fest hat in der Antike so viele Kontroversen zwischen den verschiedenen Strömungen des Judentums ausgelöst, die bis heute nachhallen. Was also ist Schawuot und wie wurde es zu dem, was es heute ist?

Wir kennen die Daten aller Feste, Pessach, Sukkot, Rosch Haschana, Jom Kippur usw. Nur von Schawuot heißt es: „Sieben volle Wochen sollt ihr zählen von dem Tag an, an dem ihr die Geweihte Garbe dargebracht habt, fünfzig Tage... und ihr sollt an diesem Tag das Fest ausrufen“ (Lev. 23:15-21); „Sieben Wochen sollst du zählen, wenn man zum ersten Mal die Sichel an den Halm legt, sollst du anfangen, sieben Wochen zu zählen. Dann sollst du für den Ewigen, deinen Gott, das Wochenfest feiern mit einer freiwilligen Gabe von deiner Hand“. Aus diesen Versen wird deutlich, woher der Name Schawuot (Wochenfest) stammt, nämlich dass man von Pessach an sieben Wochen, also 7×7 Tage, zählen und am 50. Tag das Fest feiern.

Diese Zählung führt zu folgendem Problem: Der jüdische Kalender wurde erst im 4. Jahrhundert fixiert. In den Jahrhunderten davor wurde die Länge der Monate vom Zentralgericht in Jerusalem auf der Grundlage von Zeugen, die die Mondsichel gesehen hatten, festgelegt. Daraus ergab sich, dass ein Monat entweder 29 oder 30 Tage hatte. Wenn wir nun von Pessach aus die sieben Wochen zählen und der Zufall will, dass die Monate Nisan und Ijar beide 30 Tage haben, dann findet Schawuot am 5. Siwan statt. Wenn aber beide Monate nur 29 Tage lang sind, findet Schawuot am 7. Siwan statt, und wenn sie abwechselnd 29 und 30 Tage lang sind, fällt Schawuot auf den 6. Siwan. Es gibt also drei mögliche Daten für Schawuot, wie kann man auf diese Weise eines historischen Ereignisses gedenken? Heute, da wir einen festen Kalender haben, fällt Schawuot immer auf den 6. und nie auf den 7. Siwan. Laut Rabbi Jose fand die Torahgebung jedoch genau am 7. Siwan statt, während die Weisen sie auf den 6. Siwan datierten (Schabbat 86b). Bei der Festlegung des Kalenders wurde die Meinung von Rabbi Jose einfach ignoriert.

Welcher Schabbat ist gemeint?

Doch das ist nicht die einzige Kontroverse um Schawuot, eine andere reicht weit in die Antike zurück. Von wann an soll man die 50 Tage bis Schawuot zählen? Die Torah äußert sich dazu nicht eindeutig: „Ihr sollt von dem Tag an zählen, der auf den Schabbat folgt“ (Lev. 23:15). Welcher Schabbat ist hier gemeint? Es gibt vier Interpretationen dieses Ausdrucks, der zur wohl längsten Spaltung in der Geschichte des jüdischen Volkes geführt hat: Die einen meinen, das Wort „Schabbat“ beziehe



Schawuot (Gemälde von Moritz Daniel Oppenheim, 1880)

sich auf den wöchentlichen Schabbat, der entweder in die Woche des Pessach-Festes fällt (Samaritaner, Karäer) oder nach dem Fest (Boethusianer, Qumran); die anderen meinen, der Schabbat beziehe sich auf den für das Pessach-Fest vorgeschriebenen Ruhetag von schwerer Arbeit (Pharisäer).

Die Position der Pharisäer (Vorgänger der Rabbiner) war, dass mit „Schabbat“ hier der Pessachtag gemeint sei, also der 15. Nisan. Sollte hier mit Schabbat der siebte Wochentag gemeint sein, so bliebe unklar, welcher Schabbat genau gemeint ist. Überhaupt finden wir im Buch Levitikus mehrere Bedeutungen des Wortes Schabbat. Neben dem siebten Tag bedeutet es auch das siebte Jahr (Lev. 25:4), den Schabbat des Landes (25:6), einen Zyklus von sieben Jahren (25:8) oder auch das Fest selbst (23:39). Dies ist die traditionelle Sichtweise, die auch in der Septuaginta, der griechischen Übersetzung der Torah im 3. Jahrhundert v.d.Z., bestätigt wird: Statt wie in der hebräischen Vorlage „Ihr sollt von dem Tag an zählen, der auf den Schabbat folgt“, schreiben die griechischen Übersetzer: „am Morgen nach dem ersten Tag“, also nach dem 15. Nisan. Dieser Auslegung folgen auch der jüdische Philosoph Philo von Alexandria und der jüdische Historiker Flavius Josephus.

Die Samaritaner, eine Gruppe, die nur den Pentateuch angenommen hat und bis heute in der Nähe von Nablus Tieropfer darbringt, zählen die 50 Tage ab dem Sonntag nach Pessach. Nach

dieser Zählung findet Schawuot immer an einem Sonntag statt. Fällt Pessach (15. Nisan) auf einen Montag, warten die Samaritaner mit der Zählung bis Sonntag (21. Nisan). Fällt Pessach auf einen Sonntag, beginnen die Samaritaner an diesem Tag zu zählen. Also immer am Sonntag der Woche, in der das Pessachfest stattfindet. Das führt dazu, dass die Samaritaner Schawuot manchmal sieben Tage später feiern als andere Juden. Diese Ansicht wird auch von den Karäern geteilt. Die Karäer sind eine jüdische Sondergemeinschaft, die im 8. Jahrhundert n.d.Z. entstanden ist. Sie lehnen die mündliche Überlieferung ab und befolgen nur den wörtlichen Text der Torah.

Die Boethusianer und die Qumraniten, zwei jüdische Sekten aus der Zeit des Zweiten Tempels, die heute nicht mehr existieren, hatten wiederum eine andere Zählung. Für sie bezeichnete die Torah mit „Schabbat“ die sieben Tage des Pessach-Festes. Dementsprechend begann die Zählung der 50 Tage erst mit dem Ende des Pessachfestes.

Biblische Bedeutung von Schawuot

Nachdem wir die verschiedenen Zählweisen kennengelernt haben, wollen wir uns nun der biblischen Bedeutung von Schawuot zuwenden. Das Fest hat einen anderen Namen: „Fest der Ernte der Erstlingsfrüchte“ (Ex. 23:16). Mit Erstlingsfrüchten ist hier die Weizenernte gemeint. Alle drei Feste markieren den Beginn oder das Ende der Ernte. Pessach markiert den Beginn

der Gerstenernte, drei Monate später, an Schawuot, reift der Weizen, und vier Monate später, an Sukkot, endet die Erntezeit mit der Wein- und Olivenernte. Nicht umsonst wird das Land Israel als „Land von Weizen und Gerste“ gepriesen (Deut. 8:8). Zu Schawuot war jeder Bauer verpflichtet, seine Erstlingsfrüchte in den Tempel zu bringen und folgende Erklärung abzugeben:

„Ein wandernder Aramäer war mein Vater, und er zog hinab nach Ägypten...die Ägypter aber behandelten uns schlecht und unterdrückten uns und auferlegten uns harte Arbeit...und der Ewige führte uns heraus aus Ägypten mit starker Hand und ausgestrecktem Arm...er brachte uns an diesen Ort und gab uns dieses Land, ein Land, in dem Milch und Honig fließen.“

Und nun sieh, ich bringe die erste Ernte von den Früchten des Bodens, den du, Ewiger, mir gegeben hast“ (Deut. 26:5-10).

Hier wird Gott für die Befreiung aus der Sklaverei und für die reiche Ernte gedankt. Auffallend ist, dass der Bauer gerade dann, wenn seine Arbeitskraft auf dem Feld gebraucht wird und seine Existenz davon abhängt, seine Ernte unterbrechen und zum Tempel pilgern muss, um Gott seine Dankbarkeit auszudrücken. Vielleicht liegt hier die Analogie zum Schabbat: So wie wir an jedem siebten Tag unsere Arbeit unterbrechen, so sollen wir nach sieben Wochen (7×7) unsere Arbeit ruhen lassen und Gott für seinen Segen danken, um uns bewusst zu werden, dass alles Erreichte nicht nur von unserem eigenen Fleiß abhängt.

Verbindung zwischen Schawuot und dem Land Israel

Die Wallfahrtsfeste haben nicht nur eine landwirtschaftliche, sondern auch eine historische Bedeutung. Pessach, der Auszug aus Ägypten, steht für die Befreiung aus der Sklaverei. An Sukkot erinnern wir uns an die vierzigjährige Wüstenwanderung und wie Gott uns in dieser Zeit mit Manna versorgt hat. Was fehlt, ist die Ankunft im Land Israel, wie Gott es Abraham versprochen hatte: „Deinen Nachkommen gebe ich dieses Land“ (Gen. 15:18). Genau dafür steht Schawuot: Die mit dem Auszug gewonnene Freiheit ist nicht Selbstzweck, sondern Mittel zu einem höheren Ziel, der Ankunft im Land, dem Eisdodus. Die Verbindung zwischen Schawuot und dem Land Israel zeigt sich auch in den Vorschriften über die Opfergaben: „Wenn ihr in das Land kommt, das ich euch gebe, und seine Ernte einbringt, sollt ihr die Erstlingsgarbe eurer Ernte dem Priester bringen... und zusammen mit dem Brot sollt ihr sieben fehlerlose einjährige Lämmer, einen jungen Stier und zwei Widder darbringen“ (23:10,18). Da diese Bestimmungen mit der Überschrift „wenn ihr ins Land kommt“ eingeleitet werden, sind diese Opfergaben nach dem Talmud an das Land gebunden und wurden während der Wüstenwanderung nicht dargebracht (Menachot 95b).

Zu diesem Verständnis der Feste (Auszug, Umzug, Einzug) passt das Symbol des Brotes. Pessach steht für Mazza, das ungesäuerte „Brot des

Elends“ (Ex 16:3), das unsere Vorfahren in Ägypten aßen. Sukkot steht für das Manna, das „Brot vom Himmel“ (Ex. 16:4), mit dem Gott unsere Vorfahren vierzig Jahre lang in der Wüste versorgte. Schawuot steht für das Brot der Freiheit, das gesäuerte Weizenbrot des Landes Israel. Schawuot ist also ein Erntedankfest, das die Ankunft im Land Israel feiert. Aber was hat das mit der Offenbarung am Sinai und der Torahgebung zu tun? Warum feiern wir nicht den Einzugs ins Land?

Der dritte Monat

In der Torah wird Schawuot nicht explizit mit der Torahgebung in Verbindung gebracht. Dennoch besteht ein direkter Zusammenhang, wenn man die Monatsangaben betrachtet: „Im dritten Monat nach dem Auszug der Israeliten aus dem Land Ägypten kamen sie in die Wüste Sinai“ (Ex 19:2). Die Israeliten kamen im dritten Monat zum Berg Sinai und empfangen dort die Torah. Der dritte Monat ist der hebräische Monat Siwan und welches Fest wird im Monat Siwan gefeiert? Richtig, Schawuot. Dabei ist es egal, ob man der pharisäischen, der samaritanischen oder der qumranischen Zählweise folgt, Schawuot ist immer im 3. Monat.

Bestätigt wird dies durch eine Feier, die der jüdische König Asa (9. Jh. v.d.Z.) im dritten Monat veranstaltete, nachdem er das Land vom Götzendienst gereinigt hatte: „Und sie versammelten sich in Jerusalem im dritten Monat des fünfzehnten Jahres der Königsherrschaft Asas. Und sie traten ein in den Bund, den Ewigen zu suchen, den Gott ihrer Vorfahren, mit ihrem ganzen Herzen und mit ihrer ganzen Seele. Und sie schworen dem Ewigen mit lauter Stimme und unter Jubel und mit Trompeten und Hörnern. Und ganz Juda freute sich über den Schwur; denn sie hatten von ihrem ganzen Herzen geschworen und ihn mit ganzem Willen gesucht. Und er ließ sich von ihnen finden, und der Ewige verschaffte ihnen Ruhe ringsum“ (2.

Chroniken. 15:10-15). König und Volk schlossen oder erneuerten einen Bund mit Gott, genau zur Zeit von Schawuot. Das ist die älteste Verbindung von Schawuot und Bundschluss, und doch ist sie unklar, weil Schawuot nicht erwähnt wird. Es sei denn, der Verfasser der Chronik, der im 5. Jahrhundert Jh. v.d.Z. schrieb, dachte an eine andere Etymologie des Wortes Schawuot.

Fest der Torahgebung

Schawuot bedeutet im Plural „Wochen“, im Singular „Schawua“. In diesem Wort steckt das Wort für die Zahl Sieben „Schewa“. Das heißt, im Hebräischen ist die Zahl Sieben bereits im Wort Woche enthalten. Die europäischen Sprachen haben ihre Schwierigkeiten, die zahlreichen Wortverknüpfungen der semitischen Sprachen nachzuahmen, mit Ausnahme des Griechischen (wo fast nichts unmöglich ist). Im Griechischen heißt Woche „Hebdomas“, und hier ist die Zahl sieben bereits im Namen enthalten. Wenn ich das Wort Woche neu erfinden müsste, würde ich Siebenmaß oder etwas Ähnliches wählen.

Im Hebräischen gibt es ein anderes Wort, das den Konsonanten nach genauso geschrieben wird wie Schawuot: „Schewua“, Schwur. In den oben zitierten Versen schwören König Asa und das Volk mehrmals, was zu der Vermutung führt, dass der Autor dieser Verse Schawuot von „Schwüre“ abgeleitet hat, was im Plural genauso geschrieben wird. Mit anderen Worten: Schawuot kann sowohl „Wochen“ als auch „Schwüre“ bedeuten. Damit haben wir den ersten biblischen Beleg für Schawuot als Fest der Torahgebung.

Dieser Zusammenhang wird im 2. Jahrhundert v.d.Z. auf andere Weise bestätigt. Das Buch der Jubiläen gehört zu den Apokryphen, den Büchern, die nicht zum Kanon der hebräischen Bibel gehören. Dort heißt es: „Deshalb steht in den himmlischen Tafeln geschrieben, dass sie in diesem Monat einmal im Jahr das Schawuot-Fest feiern sol-

len, um den Bund in jeder Hinsicht zu erneuern, Jahr für Jahr“ (6:17). Hier geht es nicht um den Bund zwischen Gott und Israel, sondern zwischen Gott und Noah. Noah und seine Söhne hätten, so der Verfasser, geschworen, kein Blut zu essen. Dieser Schwur findet sich nicht in der Tora, für unsere Zwecke ist hier wichtig zu betonen, dass der Autor Schwüre mit Schawuot in Verbindung bringt, was unser Verständnis von 2. Chroniken. 15:10-15 bestätigt. Was wir aus all dem sehen: Schawuot wurde auch in der Antike als Fest der Torahgebung verstanden, nur führte dieses Verständnis gegenüber seiner landwirtschaftlichen Bedeutung ein Nischendasein, denn zu unserer großen Überraschung wird es weder von Josephus noch von Philo erwähnt. Erst nach der Zerstörung des Zweiten Tempels trat diese Bedeutung in den Vordergrund, aus mehreren Gründen:

Götzendienst und fremde Kulturen

Die Geschichte der Juden im Land Israel, wie sie in der Bibel beschrieben wird, ist eine Geschichte des Scheiterns. Während sie in Unabhängigkeit lebten, huldigten sie den Göttern ihrer Nachbarn, dem Kemosch, Dagon, Baal, der Aschera etc. Der Götzendienst hörte erst mit der Zerstörung des ersten Tempels (587 v.d.Z.) auf. Nach nur drei Königen teilte sich das vereinte Reich in Israel und Judah. Mit wenigen Ausnahmen waren auch die Könige Götzendiener, so Menasse (696-642 v.d.Z.), der 55 Jahre regierte und von dem es heißt: „Er tat, was böse war in den Augen des Ewigen, so abscheulich wie das, was die Nationen getan hatten, die der Ewige vor den Israeliten vertrieben hatte ... Manasse vergoss auch viel unschuldiges Blut, bis er Jerusalem von einem Ende zum anderen damit füllte, abgesehen von seiner Sünde, zu der er Judah verführte, damit sie taten, was böse war in den Augen des Ewigen.“ (2. Könige 21:2, 16). Aber auch von König Salomo, dem Erbauer des ersten Tempels, heißt

es: „Salomo lief der Astarte nach, der Göttin der Sidonier, und Milkom, dem Scheusal der Ammoniter. Damals baute Salomo auf dem Berg, der gegenüber von Jerusalem liegt, eine Kulthöhe für Kemosch, das Scheusal Moabs, und für Molech, das Scheusal der Ammoniter“ (1. Könige 11:5-7).

Nicht nur Könige und Fürsten waren moralisch verkommen, sondern auch die Priester, deren Aufgabe es war, das Volk in der Torah zu unterweisen (Lev. 10:11), von denen es heißt: „Die Priester haben meiner Weisung Gewalt angetan und entweiht, was mir heilig war... und vor meinem Schabbat haben sie ihre Augen verschlossen. Und so wurde ich in ihrer Mitte entweiht“ (Ezek. 22:26). Die Propheten ermahnten König und Volk, dem Götzendienst abzuschwören, die Korruption zu bekämpfen und zur Gerechtigkeit zurückzukehren, doch sie blieben erfolglos. Auch zur Zeit des Zweiten Tempels hingen die Juden fremden Kulturen wie dem Hellenismus an. Als die Makkabäer 143 v.d.Z. die Hellenisten besiegten und die Juden nach 400 Jahren Abhängigkeit ihre Freiheit erkämpft hatten, dauerte es kaum eine Generation, bis die Makkabäer zu dem wurden, was sie bekämpft hatten: Hellenisten. Bei so vielen Irrwegen war es nicht leicht, Schawuot als Fest der Torah zu feiern, wenn die Torah nicht geschätzt wurde. Andererseits war es nach der Zerstörung des Tempels durch die Römer nicht leicht, Schawuot als Fest des Landes zu feiern, ohne Land.

Erst nach dieser Katastrophe kam es zu einer Hinwendung zur Tora. Die Rabbiner spielten dabei eine zentrale Rolle. Sie mussten die zerstörte Theokratie für die Zukunft erhalten, indem sie alles auf die Bildung setzten. Sie gründeten Schulen, führten Reformen ein und machten die Tora zum religiösen Zentrum jeder Familie. Ihnen ist es zu verdanken, dass Schawuot in seiner ursprünglichen Form als Fest der Torahgebung gefeiert wird.

JUDISCHE RUNDSCHAU

Unabhängige Monatszeitung

Herausgeber: J. B. O. Jewish Berlin Online GmbH
Verlag: J. B. O. Jewish Berlin Online GmbH, Dahlmannstr. 23, 10629 Berlin
 Für die Postsendungen: Postfach 12 08 41, 10598 Berlin
 Tel. (Redaktion): (030) 54 71 02 51, (Aboverwaltung) Fax: (03222) 13 24 601
 E-Mail: redaktion@juedische-rundschau.de • www.juedische-rundschau.de
 Redaktion: Laila Mirzo (V.i.S.d.P.) • Administration: Michail Goldberg • Layout: Maria Pokrovski

Kontaktmöglichkeiten

• per Post: J. B. O. GmbH, Postfach 120841, 10598 Berlin • per Mail: redaktion@juedische-rundschau.de
 • per Telefon: (030) 54 71 02 51 (Redaktion) • per Fax: (03222) 13 24 601 (Aboverwaltung)
 • per Website: www.juedische-rundschau.de

Werbeabteilung: Tel.: (030) 54 71 02 51

E-Mail: werbung@juedische-rundschau.de

Druck: Pressedruck Potsdam GmbH, Friedrich-Engels-Str. 24, 14473 Potsdam

Die Zeitung erscheint monatlich. Abonnementpreis: frei Haus jährlich 39€, ermäßigt 32€ einschließlich 7% MwSt.

Alle in dieser Zeitung veröffentlichten Beiträge unterliegen dem Urheberrecht. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wider. Der Verlag haftet nicht für die Richtigkeit der mitgeteilten Angaben und für die Werbung. Für unaufgeforderte Manuskripte oder Fotos wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion. Für fernmündlich und handschriftlich erteilte Anzeigenaufträge übernimmt der Verlag keine Haftung.

© Copyright AFP Agence France-Presse GmbH – Das mit dem Kürzel «AFP» gekennzeichnete Bildmaterial dieser Seiten ist urheberrechtlich geschützt und ausschließlich für die persönliche Information bestimmt. Jede weitergehende Verwendung, insbesondere die Speicherung in Datenbanken, Veröffentlichung, Vervielfältigung und jede Form der gewerblichen Nutzung sowie die Weitergabe an Dritte – auch in Teilen oder in überarbeiteter Form – ohne explizite Zustimmung der AFP GmbH ist untersagt.

Es gelten AGB vom 01.05.2014 und Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 01.09.2014

Unsere Kontaktadressen

- J. B. O., Postfach 12 08 41, 10598 Berlin
- (030) 54 71 02 51 (Redaktion, auch Anrufbeantworter)
- (030) 54 71 02 50 (Aboverwaltung, auch Anrufbeantworter)
- redaktion@juedische-rundschau.de
- (03222) 13 24 601
- www.juedische-rundschau.de
- www.facebook.com/jrundschau
- @jrundschau

COUPON ABO-BESTELLUNG

- Hiermit bestelle ich zum nächstmöglichen Termin die Monatszeitung «Jüdische Rundschau» im Abonnement zum Preis (in Deutschland) von
- 57,50 € für ein Jahr (Preis gilt für Deutschland, in anderen EU-Ländern und Schweiz - 67,50 €, in Israel zum Preis von 89,50 €)
 - 69,50 € für ein Jahr in einem Umschlag (Preis gilt für Deutschland)
 - 99,75 € für zwei Jahre (Preis gilt für Deutschland)
 - 47,50 € für ein Jahr als Student (nur in Deutschland, mit Nachweis).

Name, Vorname _____
 Strasse, Hausnummer _____
 PLZ _____ Wohnort _____
 Geburtsdatum _____ Telefon: _____ E-Mail: _____

Ich bin damit einverstanden, dass mein Abonnement sich um ein weiteres Jahr verlängert, wenn ich es nicht spätestens sechs Wochen vor dem Ende schriftlich kündige. Mir ist bekannt, dass ich innerhalb von 14 Tagen meine Bestellung widerrufen kann.

Datum _____ Unterschrift 

Ich zahle gegen Rechnung:

Ich bin damit einverstanden, dass meine Daten für interne Verlagszwecke gespeichert und verarbeitet werden sowie dafür benutzt werden, um mich über die Neuigkeiten des Verlags zu informieren. Dieses Einverständnis kann jederzeit schriftlich widerrufen werden.

Füllen Sie bitte den Abo-Coupon aus, schneiden Sie ihn aus und schicken ihn uns per Post (J. B. O., Postfach 120841, 10598 Berlin), per Fax (03222/1324601) oder als Scan per E-Mail an: redaktion@juedische-rundschau.de. Sie können die Zeitung auch auf unserer Website www.juedische-rundschau.de abonnieren.

Veteranen des Israelischen Unabhängigkeitskrieges von 1948: Der Holocaust war keinesfalls der einzige Grund für ihren Kampf um den jüdischen Staat

Entgegen vielerlei Behauptungen gaben die meisten der damaligen Kämpfer aus dem israelischen Unabhängigkeitskrieg an, dass vor allem die historische Legitimation sowie die 3000 Jahre jüdische Geschichte und nicht etwa ausschließlich die Shoah sie dazu bewegt haben, für die Rückgewinnung des historischen jüdischen Heimatlandes zu kämpfen. Der Genozid und das Massaker an Millionen Juden in Europa war ein zusätzlicher klarer Beweis für die Dringlichkeit, die schmerzhaft verlorene historische jüdische Heimat in Eretz Israel wiederzuerrichten. (JR)

Von Avi Kumar/JNS.org

Viele sehen die Gründung des modernen Staates Israel als Teil einer historischen Erzählung, in der die israelische Unabhängigkeit eine Reaktion auf den Holocaust war. „Die Katastrophe, die das jüdische Volk vor kurzem heimgesucht hat - das Massaker an Millionen von Juden in Europa - war ein weiterer klarer Beweis für die Dringlichkeit, das Problem seiner Heimatlosigkeit durch die Wiedererrichtung des jüdischen Staates in Eretz-Israel zu lösen“, erklärte die provisorische Regierung Israels am 14. Mai 1948.

Doch als JNS von Oktober 2022 bis Januar 2023 fast 30 Veteranen des Unabhängigkeitskrieges von 1948 in Israel befragte, sagten alle Achtzigjährigen, Nicht-Jahrhundertjährigen und Hundertjährigen, dass 3.000 Jahre jüdischer Geschichte - und nicht die Shoah - sie dazu bewegten, bei der Rückgewinnung des historischen jüdischen Heimatlandes zu helfen.

JNS fand die Interviewpartner durch Besuche in Pflegeheimen, Kibbuzim und anderen Orten in Israel und im Ausland und bat oft darum, mit den ältesten anwesenden Personen zu sprechen. Die rund 30 Personen, die sich bereit erklärten, über ihre Erfahrungen zu sprechen, sprachen insgesamt mehr als 60 Stunden mit JNS - die meisten auf Englisch, einige auf Jiddisch.

Bei den Veteranen handelte es sich sowohl um in Israel geborene Sabras, die in den jüdischen Milizen Irgun, Lehi und Haganah aktiv waren, als auch um ausländische Kämpfer, die zur Unterstützung der späteren israelischen Verteidigungstreitkräfte in Machal-Einheiten kamen. Sowohl die Sabras als auch die ausländischen Freiwilligen wussten viel über den Holocaust, und viele hatten Verwandte und Freunde verloren. Sie trafen Überlebende, die von ihren Erfahrungen berichteten. Die Veteranen erklärten jedoch gegenüber JNS, dass sie in ihrem Dienst eher durch eine lange kulturelle und historische Erinnerung motiviert waren als durch den Zweiten Weltkrieg selbst.

Haganah-Botschafter

Der in Jerusalem geborene Mizrahi sagte, er sei ein Bote der Jugendabteilung der Haganah, Gadna, gewesen.

Bei Ausbruch des Krieges im Mai 1948 hielten sich Itzik und seine Familie in der Gegend des Mount Scopus auf, und Araber versperrten ihnen den Weg in andere sichere Gebiete. Der Patriarch einer arabischen Familie, Abu Mustafa, der in ihrem Haus wohnte, hielt an der Tür Wache und sagte dem Mob, er müsse ihn zuerst töten. Kurz darauf kamen Mitglieder der Haganah in einem gepanzerten Lastwagen und teilten der Familie mit, sie habe eine halbe Stunde Zeit, ihre Sachen zu packen und sich in Sicherheit zu bringen.

Mizrahi, der bei guter Gesundheit ist



Israelische Soldaten hissen die improvisierte „Tintenflagge“ nach der kampflosen Einnahme von Eilat.

und selbständig gehen und fahren kann, erzählte JNS, dass er die siebte Generation seiner Familie ist, die in Israel lebt, nachdem seine Vorfahren, sephardische Juden, Spanien während der Vertreibung verlassen hatten.

Als Nachrichtenläufer der Haganah lernte er KAPAP - ein Akronym für *krav panim el panim* (Nahkampf), mit dem die Haganah ihre Waffenausbildung verschleierte. Mizrahi studierte später bei Imi Lichtenfeld, dem Begründer des Krav Maga, und sein Sohn Rhon Mizrahi ist heute einer der anerkannten Experten auf diesem Gebiet.

Mizrahi sagte gegenüber JNS, der Holocaust sei nur ein Kapitel der jüdischen Geschichte. „Warum sollten wir zulassen, dass dieser Moment allein uns als Juden definiert“, sagte er. „Lange vor dem Holocaust haben wir jedes Jahr während des Pessach-Seders gesagt: 'Nächstes Jahr in Jerusalem.'“

Der Holocaust war ein Motivationsfaktor, aber nicht der wichtigste. „Seit Generationen sehnten wir uns nach unserer Unabhängigkeit. In unserer Geschichte gab es viele Pogrome, Massaker und Vertreibungen. Auch davon haben wir uns nie abgrenzen lassen“, sagte er.

Südafrikanischer Zionismus

„Die südafrikanische jüdische Gemeinde war schon lange vor dem Holocaust sehr zionistisch eingestellt“, sagte Ruth Stern, 97, eine südafrikanische Kranken-

schwester, die heute in Jerusalem lebt, gegenüber JNS.

Die 800 südafrikanischen Freiwilligen im Jahr 1948 waren zahlenmäßig nur von den Amerikanern übertroffen (1.000). Da vor allem diese beiden Nationen vertreten waren, wurde Englisch zur meistgesprochenen Sprache unter den Machalniks, und die meisten ausländischen Freiwilligen, die eher Jiddisch als Hebräisch konnten, unterhielten sich zunächst auf Jiddisch mit Israelis.

Stern, die trotz der Einwände ihrer Eltern - „Warum kannst du nicht wie deine Schwestern sein und nicht gehen?“ - als Freiwillige nach Israel ging, sagte, dass sie und ihre Altersgenossen über den Holocaust Bescheid wussten und dass viele südafrikanische Juden litauischer Herkunft Verwandte in ihrer Heimat verloren haben.

„Der Holocaust war nicht der Grund, warum ich mich freiwillig meldete oder warum die meisten anderen Juden es taten“, betonte sie.

1948 behandelte sie viele Patienten, die den Holocaust überlebt hatten, bevor sie im Krieg verletzt wurden. Sie erlebte ein Trauma nach dem anderen, sagte sie. Ihre Entscheidung, trotz des Drucks ihrer Eltern nach Israel zu gehen, begründete sie mit ihrer Abenteuerlust. Es kommt nicht alle 2.000 Jahre vor, dass man den Wiederaufbau des jüdischen Staates erleben kann, sagte sie. Sie wollte nicht noch zwei Jahrtausende warten.

Auf die Frage, ob der Holocaust ihn motiviert habe, antwortete der am 3. März im Alter von 107 Jahren verstorbene Alex Zilony: „Nein. Was für eine Frage!“

Der in Polen geborene und in Israel aufgewachsene Zilony studierte im Vereinigten Königreich, bevor er Pilot der Haganah wurde. Er war einer der Gründer der israelischen Luftwaffe und erklärte gegenüber JNS von seinem Haus in Tel Aviv aus, dass er das Emblem der IAF entworfen habe, das bis heute verwendet wird.

„Wir wollen seit über 3.000 Jahren einen Staat“, sagte er. „Vielleicht war die Möglichkeit, einen Staat zu gründen, nach dem Holocaust größer, weil wir viele neue Einwanderer und Kriegsveteranen bekamen, aber die Juden wanderten schon seit den 1920er Jahren und sogar davor ein“, sagte er.

Zilonys Tochter Ruth, die bei dem Interview anwesend war, zeigte sich ebenso überrascht wie JNS über die Antwort ihres Vaters. „Das war nicht die Antwort, die ich erwartet hatte“, sagte sie und verwies auf die Unterschiede zwischen den Generationen im heutigen Israel.

Trotz der Tendenz amerikanischer, südafrikanischer und britischer Freiwilligenpiloten, stolz zu verkünden, dass sie 1948 zum Sieg beigetragen haben, war Zilony der festen Überzeugung, dass Israel auch ohne diese Hilfe gesiegt hätte.

Bleiben Sie am Leben!

„Es heißt, drei Juden, fünf Meinungen“, sagte der verstorbene Tom Tugend Ende letzten Jahres in einem Telefonat von seinem Haus in Kalifornien aus zu JNS. „Dieses Mal war es eine halbe Million von uns, eine Meinung - bleibt am Leben! So ziemlich die gesamte Diaspora oder jeder Jude, der eine Waffe halten konnte, schickte jemanden, um seine Gemeinde zu vertreten.“

Obwohl er aus Nazi-Deutschland in die Vereinigten Staaten geflohen und später als US-Soldat nach Europa zurückgekehrt war, betonte Tugend, dass sein Wunsch, bei der Gründung eines jüdischen Staates mitzuhelfen, eine wichtigere Motivation war als der Holocaust. Die Juden, so Tugend, hatten die unterschiedlichsten Hintergründe, von jüdischen Waffenschmugglern der IRA (Irish-Republicianische Armee) bis zu indischen Juden. Einige, wie Tugend, hatten im Zweiten Weltkrieg im US-Militär oder in der britischen oder französischen Armee gedient. Einige waren Offiziere, während andere keinerlei militärische Erfahrung hatten, sagte er, und einige wenige kamen sogar aus Kenia.

„Die Südafrikaner gehörten zu den engagiertesten Kämpfern“, betonte er. „Es gab einen jüdischen texanischen Cowboy mit Südstaaten-Akzent. Es gab einen Juden mit schottischem Akzent, und ich erinnere mich an einen aus Yorkshire, den niemand verstehen konnte! Sie alle wollten die neue Nation Israel verteidigen.“